

Forum
Empirische
Sozialforschung

KONRAD
ADENAUER
STIFTUNG



Politische Polarisierung in Deutschland

Repräsentative Studie zu Zusammenhalt in der Gesellschaft

Jochen Roose



www.kas.de

Politische Polarisierung in Deutschland

Repräsentative Studie zu Zusammenhalt in der Gesellschaft

Jochen Roose

Impressum

Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2021, Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

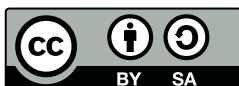
Umschlagfoto: © Timon Studler/unsplash

Gestaltung und Satz: yellow too, Pasiak Horntrich GbR

Die Printausgabe wurde bei der Druckerei Kern GmbH, Bexbach, klimaneutral produziert und auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN 978-3-95721-983-1

Auf einen Blick

Die Gesellschaft wird in politischen Fragen als zunehmend polarisiert wahrgenommen. In einer repräsentativen und qualitativen Umfrage vor der Pandemie und einer repräsentativen Umfrage in der Pandemie sowie Ergebnissen von weiteren repräsentativen Umfragen zeigt sich langfristig eine Zunahme der politischen Polarisierung. Die Corona-Pandemie scheint die Polarisierung nicht verstärkt zu haben.

Die politische Polarisierung wird als Problem, wenn auch nicht als größtes Problem wahrgenommen. Bei politischen Ansichten vertritt eine Mehrheit Mittelpositionen, wobei in den letzten Jahren die Vertretung von Randpositionen und insbesondere linken Positionen zugenommen hat. Die Parteianhängerschaften trennen sich nicht in klare Lager. Die politischen Ansichten der Parteianhängerschaften haben erhebliche Überschneidungen. Inhaltlich stehen sich große Teile der Anhängerschaften von Grünen und Linken einerseits und AfD andererseits an den Rändern gegenüber. Es gibt eine große Offenheit gegenüber Menschen unterschiedlicher politischer Ansichten und Kompromisse werden der konsequenten Interessenverfolgung durchweg vorgezogen. Allerdings zeigt sich eine klare Abgrenzung gegenüber der AfD und ihren Wählern. Wählerinnen und Wähler der AfD wiederum fühlen sich zu größeren Teilen ausgegrenzt und nicht repräsentiert. Hier zeigt sich eine Polarisierung zwischen der AfD mit ihrer Anhängerschaft auf der einen Seite sowie den Grünen und der Linken mit ihren Anhängerschaften auf der anderen Seite. Die übrigen Parteien und Wahlberechtigten sehen sich durchweg näher am Pol der Grünen.

Polarisierung in der Wahrnehmung der Gesellschaft

- › Zwei Drittel der Bevölkerung sind Anfang 2019 der Ansicht, es gäbe wenig oder keinen Zusammenhalt in der Gesellschaft.
- › Die wahrgenommene Polarisierung hat in der Corona-Pandemie abgenommen. Die Zustimmung zur Aussage „In unserer heutigen Gesellschaft stehen sich die Menschen unversöhnlich gegenüber“ ging von 41 Prozent vor der Pandemie auf 31 Prozent in der Pandemie zurück (stimme voll und ganz oder eher zu).
- › Themen, die zu besonders harten politischen Diskussionen führen und Polarisierung verstärken, sind nach Ansicht der Befragten der Gegensatz von Arm und Reich, die Migrationspolitik und der Klimaschutz.

Polarisierung der Einstellung zu politischen Streitfragen

- › Auf der Links-Rechts-Skala ordnet sich eine deutliche Mehrheit bei den mittleren Werten ein (Werte 3 bis 7 auf einer Skala von 0 bis 10). Am rechten Rand verorten sich mit 6 Prozent weniger als am linken Rand mit 13 Prozent.
- › Ab 2010 nimmt in Westdeutschland der Anteil von Menschen zu, die sich ganz links verorten. In Ostdeutschland hat sich ihr Anteil 2005 erhöht und blieb auf diesem Niveau.

- › In Westdeutschland sehen sich ab 2009 kontinuierlich etwas weniger Menschen ganz rechts. In Ostdeutschland ist der Anteil auf niedrigerem Niveau konstant.
- › In der Sozial-, Klima- und Migrationspolitik entscheidet sich jeweils eine Mehrheit für Mittelpositionen. Allerdings unterstützt eine nennenswerte Minderheit auch konsequente Randpositionen in die eine oder andere Richtung.
- › In der Klimapolitik und der Migrationspolitik werden konsequente Randpositionen häufiger vertreten als in der Sozialpolitik.
- › In der Klimapolitik haben von 2009 bis 2020 die Randpositionen an Unterstützung gewonnen. In der Migrationspolitik gibt es eine Verschiebung hin zu einer größeren Offenheit für Zuwanderung, aber keine Stärkung der Ränder des Meinungsspektrums insgesamt.

Polarisierung zwischen Parteianhängerschaften

- › Die deutlichsten Unterschiede in der Sozial-, Klima- und Migrationspolitik sowie der Einstellung zur Rolle von Frauen gibt es zwischen den Anhängerschaften von Linken und Grünen einerseits und AfD andererseits.
- › In der Migrationspolitik gibt es die größten Einstellungsunterschiede zwischen den Parteianhängerschaften, wobei sich insbesondere die Anhängerschaft der AfD mit einer verbreiteten Präferenz für eine restriktive Immigrationspolitik von den anderen unterscheidet.
- › Die Links-Rechts-Selbsteinordnung der Parteianhängerschaften zeigt eine zunehmende Polarisierung ab 2015 in Westdeutschland und ab 2017 in Ostdeutschland. Eine ähnlich starke Polarisierung gab es in Westdeutschland Mitte der 1980er Jahre.
- › Bei den Einstellungen in der Klimapolitik haben sich die Parteianhängerschaften zwischen 2009 und 2019/20 auseinanderbewegt und in der Pandemie 2020 wieder etwas angenähert.
- › Bei den Einstellungen in der Migrationspolitik haben sich die Parteianhängerschaften zwischen 2009 und 2017 deutlich auseinanderbewegt. In der Pandemie 2020 hat sich der Abstand wieder etwas verringert.

Wahrnehmung der Polarisierung zwischen Parteien

- › Die wahrgenommene Unterschiedlichkeit der Parteien auf der Links-Rechts-Skala hat ab 2015 zugenommen und erreicht in Westdeutschland ein Niveau, das die wahrgenommene Unterschiedlichkeit in den 1980er Jahren übersteigt.
- › Die Wahlberechtigten geben für ihre Wahl und Alternativwahl bei einer Bundestagswahl unterschiedlichste Kombinationen an. Es gibt keine offensichtliche Gegenüberstellung einzelner Lager.
- › Wahlberechtigte, die von einer früher gewählten Partei enttäuscht sind, tendieren in erheblichen Teilen zu den Parteien des Randes der Polarisierung, also Grüne, Linke oder AfD.

- › In der Sympathie (Partei sehr/etwas mögen) liegen die Grünen vorn, gefolgt von SPD, CDU und CSU.
- › Vor der Pandemie 2019/20 wird die AfD mit Abstand am häufigsten sehr oder etwas abgelehnt (78 Prozent), mit deutlichem Abstand gefolgt von der Linken (45 Prozent). Die geringste Ablehnung gibt es bei der SPD mit 24 Prozent.
- › In der Pandemie hat die Ablehnung der AfD etwas zugenommen (von 78 Prozent auf 81 Prozent). Die Ablehnung der CSU ist von 40 Prozent auf 26 Prozent zurückgegangen, die der CDU von 32 Prozent auf 23 Prozent. Bei den übrigen Parteien sind die Unterschiede gering.
- › Eine Tendenz zur polarisierten Sympathie gibt es zwischen Grünen und AfD. In der Pandemie mögen 51 Prozent der Wahlberechtigten die Grünen sehr oder etwas und lehnen gleichzeitig die AfD sehr oder etwas ab. Andersherum mögen 9 Prozent die AfD sehr oder etwas und lehnen gleichzeitig die Grünen sehr oder etwas ab.

Polarisierte Gesellschaft

- › Der Abbruch von Kontakten aufgrund politischer Meinungsverschiedenheiten ist selten. Nur 13 Prozent stimmen der Aussage „Zu bestimmten Menschen habe ich den Kontakt wegen ihrer politischen Ansichten abgebrochen“ voll und ganz oder eher zu. Der Anteil hat sich in der Corona-Pandemie nicht verändert.
- › Anhängerinnen und Anhänger der Linken, der Grünen und der SPD brechen häufiger einen Kontakt aus politischen Gründen ab als Anhängerinnen und Anhänger anderer Parteien.
- › Menschen, die sich selbst weit links einordnen, konsequent für mehr sozialstaatliche Leistungen, einen Vorrang des Klimaschutzes vor dem Wirtschaftswachstum und eine Erleichterung der Zuzugsmöglichkeit für Ausländer plädieren, brechen häufiger einen Kontakt wegen politischer Ansichten ab als andere.
- › Insgesamt schließen nur wenige den Kontakt zu bestimmten Personengruppen (z. B. CDU-Wähler, Grünen-Wähler, Katholiken, Jäger, Homosexuelle, Flüchtlinge) aus. Ausnahme sind AfD-Wähler, mit denen 57 Prozent nichts zu tun haben möchten.
- › Anhängerinnen und Anhänger der AfD schließen meist in einer Minderheit, aber häufiger als Anhängerinnen und Anhänger anderer Parteien den Umgang mit bestimmten Personengruppen aus. Dies gilt insbesondere für CDU-Wähler und Flüchtlinge, aber der Tendenz nach auch für Katholiken.
- › Eine große Mehrheit der Anhängerschaften aller Parteien zieht Kompromisse der konsequenten Durchsetzung eigener Positionen vor. Die Kompromissbereitschaft ist in den Anhängerschaften von AfD und Linker in verschiedenen Politikfeldern und der Politik insgesamt etwas geringer als bei den übrigen Wahlberechtigten.
- › Die Präferenz für Kompromisse ist bei Personen, die Ansichten am Rande des Meinungsspektrums vertreten, geringer als bei anderen, aber auch bei ihnen plädiert eine Mehrheit für die Kompromissuche.

- › Die gesellschaftliche Polarisierung hat sich in der Pandemie gegenüber der Situation vor der Pandemie nicht verändert.

Ausgrenzung und gesellschaftliche Zugehörigkeit

- › Eine Mehrheit von 62 Prozent ist der Ansicht, selbst den gerechten Anteil in der Gesellschaft zu bekommen. In den Anhängerschaften von AfD und Linker ist diese Ansicht etwas seltener als in den Anhängerschaften der übrigen Parteien.
- › 25 Prozent fühlen sich mit ihrer Meinung weniger gut in den öffentlich-rechtlichen Medien repräsentiert, 7 Prozent gar nicht.
- › Eine Mehrheit ist sehr oder ziemlich zufrieden mit der Demokratie in Deutschland. 10 Prozent sind ziemlich unzufrieden, 5 Prozent sehr unzufrieden.
- › 11 Prozent stimmen der Aussage „Oft habe ich das Gefühl, mit meinen Ansichten ausgegrenzt zu werden“ voll und ganz oder eher zu. In der Anhängerschaft der AfD liegt die Zustimmung bei 33 Prozent.
- › Personen in schwierigen Lebensumständen und jene, die sich politisch weit rechts verorten, konsequent weniger sozialstaatliche Leistungen, konsequent einen Vorrang des Wirtschaftswachstums vor dem Klimaschutz und konsequent eine Einschränkung der Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer präferieren, fühlen sich in den öffentlich-rechtlichen Medien mit ihrer Meinung häufiger nicht vertreten und sind unzufriedener mit der Demokratie. Sie fühlen sich häufiger wegen ihrer Ansichten ausgegrenzt.

Die Studie

Die Analyse beruht auf zwei repräsentativen, telefonischen Umfragen sowie qualitativen Tiefeninterviews und Gruppendiskussionen. Von Oktober 2019 bis Februar 2020 wurden insgesamt 3.250 Personen befragt. Um Veränderungen in der Corona-Pandemie abzubilden, wurden von August bis September 2020 noch einmal 1.521 Personen telefonisch befragt. Beide Umfragen führte das Umfrageinstitut Infratest dimap durch. Die Ergebnisse der beiden Umfragen sind jeweils repräsentativ für die wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland.

Für die qualitative Studie wurden telefonisch 68 leitfadengestützte Tiefeninterviews und 24 Gruppendiskussionen durchgeführt. Die Auswahl der Teilnehmenden berücksichtigte eine Verteilung über Wahlabsicht, Geschlecht, Alter und Tätigkeit, ist aber nicht repräsentativ. Die Interviews wurden von Mauss Research durchgeführt.

Zusätzlich nutzt die Analyse eine Reihe weiterer repräsentativer Umfragen. Die Auswertung erfolgte durch die Konrad-Adenauer-Stiftung.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-----------|
| 1. Polarisierung und gesellschaftlicher Zusammenhalt | 9 |
| 2. Was ist Polarisierung? | 11 |
| 3. Methode der Studie | 15 |
| 4. Polarisierung als Selbstbeschreibung | 18 |
| 4.1 Selbstdiagnose der Gesellschaft | 18 |
| 4.2 Die Wahrnehmung spaltender Themen | 23 |
| 4.3 Die Wahrnehmung gesellschaftlicher Polarisierung in der Corona-Pandemie | 26 |
| 5. Polarisierte Meinungen | 30 |
| 5.1 Polarisierte Meinungen vor der Pandemie | 30 |
| 5.2 Entwicklung der Polarisierung von Meinungen | 35 |
| 6. Polarisierte Parteianhängerschaften | 44 |
| 6.1 Meinungsunterschiede in Parteianhängerschaften | 44 |
| 6.2 Veränderungen der Meinungsunterschiede zwischen Parteianhängerschaften | 50 |
| 7. Polarisierte Lager | 58 |
| 7.1 Unterschiedlichkeit der Parteien | 58 |
| 7.2 Wahlentscheidung und alternative Wahlentscheidung | 60 |
| 7.3 Sympathie und Antipathie für Parteien | 65 |
| 7.4 Polarisierung politischer Lager in der Pandemie | 72 |
| 8. Polarisierte Gesellschaft | 77 |
| 8.1 Umgang mit Meinungsdifferenzen | 77 |
| 8.2 Kontaktabbruch | 85 |
| 8.3 Kompromissbereitschaft | 98 |
| 8.4 Gesellschaftliche Polarisierung in der Pandemie | 105 |

| | |
|--|------------|
| 9. Polariserte Gesellschaft erleben: | |
| Ausgrenzung und gesellschaftliche Zugehörigkeit | 108 |
| <hr/> | |
| 9.1 Gerechte Behandlung in der Gesellschaft | 108 |
| 9.2 Gefühl der angemessenen Repräsentation in den Medien | 113 |
| 9.3 Gefühl der angemessenen Repräsentation in der Demokratie | 121 |
| 9.4 Gefühl der Ausgrenzung | 126 |
| | |
| 10. Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Polarisierung – Fazit | 134 |
| <hr/> | |
| | |
| Literatur | 136 |
| <hr/> | |
| | |
| Der Autor | 142 |
| <hr/> | |
| | |
| Anhang: Details zu den Umfragen | 143 |
| <hr/> | |



Polarisierung und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Die Präsidentschaft von Donald Trump hat die politische Polarisierung in den USA besonders sichtbar gemacht. Die Begeisterung für seinen Populismus einerseits und die tiefe Abneigung gegen ihn, seine politische Rhetorik und Programmatik andererseits machen deutlich, wie tief gespalten die US-amerikanische Gesellschaft ist. Nicht zuletzt der Sturm auf das Kapitol durch Trump-Anhängerinnen und -Anhänger nach seiner verlorenen Wahl 2020 illustriert, wie politische Polarisierung nicht nur die Stimmung in Debatten vergiftet, sondern die Gesellschaft zerreißen und die Demokratie gefährden kann. Was in den USA so prominent zu beobachten war, wirft unmittelbar die Frage für Deutschland auf: Kann es auch hier geschehen? Geschieht es bereits?

Der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland wird bereits seit längerem diskutiert. Norbert Lammert resümiert Mitte 2019, es gäbe Entwicklungen, „die Anlass sein sollten für ein vertieftes Nachdenken über Inhalt und Stil von Debatten in Deutschland“ (Lammert 2019). Die Wochenzeitung *Die ZEIT* kam zu dem Schluss, dass „der politische Diskurs oft vergiftet ist und es vielen darum zu gehen scheint, einander absichtsvoll misszuverstehen“ (*Die ZEIT* 2019).¹ Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ging in seiner Weihnachtsansprache 2019 und bei seiner Rede auf dem ökumenischen Kirchentag 2020 auf das Thema ein. Der Eindruck einer unversöhnlich streitenden, gespaltenen Gesellschaft drängte sich vielen auf und war Ausgangspunkt eines Schwerpunkts an der Konrad-Adenauer-Stiftung mit zahlreichen Studien zu dem Thema (vgl. z. B. Köhler/Roose 2019, Neu 2019a, Pokorny 2019, Kümpel/Rieger 2019).

Die Corona-Pandemie wirft für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zusätzliche Fragen auf. Die Pandemie bedeutete eine vielfache Zumutung, als Krankheit selbst, durch die Maßnahmen zur Infektionsvermeidung und auch durch die vielfältigen Programme zur Unterstützung all jener, die unter diesen Eindämmungsmaßnahmen besonders zu leiden haben. Die Zumutung besteht aber nicht zuletzt darin, all diese Einschränkungen und Belastungen zu tragen, weil andere besonders betroffen sind. Es ist vielfach eine Rücksichtnahme auf *andere* und das zu einem sehr hohen Preis.

In der öffentlichen Kommunikation zur Pandemie spielte diese Rücksichtnahme von Beginn an eine große Rolle. Es wurde appelliert, der Pandemie gemeinsam zu begegnen, Rücksicht zu nehmen und keinen zurückzulassen. Die Pandemie testet damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt, bringt aber auch in einer neuen Dimension Gemeinsamkeit und Rücksichtnahme zutage. Das gemeinsame Entstehen gegen die Pandemie könnte eine Polarisierung verringern.

Ausgangspunkt dieser Studie ist die Frage, in welchem Maße und in welcher Weise die deutsche Gesellschaft politisch polarisiert ist und ob sie sich in den letzten Jahren polarisiert hat. Die Frage entstand bereits vor der Corona-Pandemie und auch die Erhebung einer umfangreichen, repräsentativen Umfrage sowie einer qualitativen Befragung und Gruppendiskussionen dazu lagen vor der Pandemie. Mit der Ausbreitung des Virus in

Deutschland bekam die Frage eine neue Wendung. Nun zeigte das Virus und die Maßnahmen zur Eindämmung seiner Verbreitung das Potenzial, die Gesellschaft zu spalten, aber auch die Gesellschaft mit einer gemeinsamen Reaktion auf die Pandemie zusammenzuführen. Damit stellte sich in der Pandemie die Frage der politischen Polarisierung neu. Eine zweite, etwas kleinere, repräsentative Befragung während der Corona-Pandemie erlaubt es, die Veränderung einzuschätzen. Somit ist die zweite Frage der Studie, in welchem Maße die Corona-Pandemie die politische Polarisierung des Landes verändert hat.

1 In Reaktion auf diese Diagnose richtet *Die ZEIT* eine Rubrik „Streit“ ein, um ein Forum für eine harte, aber sachliche Auseinandersetzung zu bieten. Im Juli 2018 hatten bereits auf Anregung von Zeit online mehrere Medienhäuser die Aktion „Deutschland spricht“ ins Leben gerufen, um Fremde mit unterschiedlichen politischen Ansichten zu einer persönlichen Diskussion zusammenzubringen. Die Begründung war auch hier die Beobachtung einer Polarisierung: „In Deutschland wird der Ton in den Debatten unversöhnlicher“ (Zeit online 2018).



Was ist Polarisierung?

Auf den ersten Blick erklärt sich Polarisierung von selbst.² Polarisierung bezeichnet eine Verteilung, in der sich die Fälle nicht vornehmlich in der Mitte finden, sondern an den Rändern. Verschiedene Lager stehen einander gegenüber, während die Mitte weitgehend leer bleibt. Bezogen auf politische Haltungen stünden sich entsprechend Gruppen mit vollkommen unterschiedlichen Ansichten gegenüber. Dies ist der Kern von politischer Polarisierung.

Im nächsten Schritt zeigen sich dann aber doch eine ganze Reihe von Facetten. So kann sich politische Polarisierung auf unterschiedliche Akteure beziehen. Parlamente und das Parteienspektrum können in hohem Maße polarisiert sein, während die politischen Ansichten der Bevölkerung keineswegs polarisiert sind.³ Dies mag die Kompromissfindung in den Parlamenten erschweren und durchaus Sprengkraft für das politische System haben, ein Problem für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ergibt sich daraus gleichwohl nicht unbedingt.⁴

Etwas anders sieht es aus, wenn die Gesellschaft politisch polarisiert ist und sich unversöhnliche Ansichten gegenüberstehen. Dabei ist nicht jede Meinungsverschiedenheit ein Problem für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Im Gegenteil, die Debatte und die Demokratie leben von unterschiedlichen Positionen, die möglicherweise auch pointiert und in einer klaren Form vertreten werden. Ein gewisser Grad an Polarisierung wäre dementsprechend wichtig für erkennbare Unterschiede in der politischen Debatte, die erst die Wahl zwischen unterschiedlichen Optionen ermöglicht. Dem steht aber eine weitergehende, tiefere Polarisierung gegenüber, in der sich Teile der Bevölkerung unversöhnlich gegenüberstehen und eine Vermittlung nicht mehr möglich ist.⁵

Ausgehend von der Frage nach gesellschaftlichem Zusammenhalt lassen sich mehrere Formen von Polarisierung unterscheiden. Eine erste Form der politischen Polarisierung ist die *Polarisierung von Meinungen*. Bei vielen politischen Fragen haben Menschen unterschiedliche Ansichten. Dabei gibt es in der Regel nicht nur zwei Antworten, sondern es ist ein ganzes Spektrum von Haltungen möglich zwischen Extremen und abwägenden Kompromisspositionen. Eine *Polarisierung von Meinungen* wäre demnach eine Verteilung der Einstellungen in der Bevölkerung, bei der die Ansichten weit auseinandergehen und eine Mittelposition selten vertreten wird.

Nicht jedes polarisierte Meinungsbild muss den gesellschaftlichen Zusammenhalt infrage stellen. Auch hoch kontroverse Fragen lassen sich durch Mehrheiten entscheiden und auch bei solchen Fragen sind Kompromisse möglich, selbst wenn die Kompromissposition anfänglich niemand vertreten hat.

Eine zweite Form sind *polarisierte Parteianhängerschaften*. Parteianhängerschaften sind dann polarisiert, wenn sich die Positionen bei inhaltlichen Fragen zwischen Anhängerschaften unterschiedlicher Parteien stark unterscheiden. Wenn eine polarisierte Meinung

quer zu den Parteien steht und in allen Parteien mit großer Entschiedenheit sowohl die eine als auch die andere Position zu finden ist, werden sich die polarisierten Meinungen nicht in einem unversöhnlichen Parteienstreit niederschlagen, sondern die Parteien suchen intern nach Ausgleich. Werden aber die unterschiedlichen Positionen der polarisierten Frage von unterschiedlichen Parteien vertreten, sind die Parteianhängerschaften in der Frage also sortiert, führt der demokratische Wettbewerb zu einer Intensivierung des Konflikts.⁶ Um die jeweils eigene Anhängerschaft zufriedenzustellen, ist es dann für Parteien attraktiv, die eine Seite der Polarisierung besonders prägnant zu vertreten.

Bei polarisierten Parteianhängerschaften mag die Kompromissfindung erschwert sein, bleibt aber eine Möglichkeit, wenn sich die Polarisierung auf Inhalte bezieht. Schwieriger wird es, wenn sich die Polarisierung auf die Akteure bezieht. *Polarisierung in politische Lager* meint eine polarisierte Haltung zu politischen Akteuren mit Sympathie für eine Seite und Ablehnung gegenüber der anderen Seite. Grundsätzlich unterschiedliche Einstellungen, wie sie den polarisierten Parteianhängerschaften zugrunde liegen, mögen eine solche Ablehnung wahrscheinlicher machen, sind aber für sich nicht ausreichend. Die Polarisierung in politische Lager beruht auf einer emotionalen Haltung, einer Identifikation mit den Akteuren der eigenen Seite und der gleichzeitigen Ablehnung der Akteure auf der anderen Seite. Es geht nicht nur darum, ob die Anhängerinnen und Anhänger unterschiedlicher Parteien unterschiedlich über politische Themen *denken*, sondern ob sie nach eigenem Verständnis unterschiedlich *sind*.⁷

Die bisher diskutierten Formen der Polarisierung beziehen sich ausnahmslos auf das Politische. Eine politische Polarisierung muss aber nicht auf Politik begrenzt bleiben. Wenn sie zu einer *gesellschaftlichen Polarisierung* wird, steht der gesellschaftliche Zusammenhalt unmittelbar infrage. Entscheidend ist dafür, ob die Polarisierung jenseits des Politischen in eine persönliche Abneigung übergeht und die Personen mit anderen politischen Ansichten abgelehnt werden (Iyengar u. a. 2019). In diesem Fall strahlt die politische Polarisierung auf andere Lebensbereiche aus. Die gesellschaftliche Polarisierung hat zwar ihren Ursprung in politischen Ansichten, bezieht sich aber auf das gesellschaftliche Leben insgesamt. Die Ablehnung von Personen mit politischen Ansichten, die den eigenen Ansichten entgegenstehen, kann zu tiefen Gräben innerhalb einer Gesellschaft führen.

Tabelle 1: Formen der politischen Polarisierung

| | |
|--|---|
| Polarisierte Meinungen | Häufige Vertretung von Randpositionen und seltene Vertretung von Mittelpositionen |
| Polarisierte Parteianhängerschaften | Polarisierte Meinungen zwischen Parteianhängerschaften |
| Politische Lagerbildung | Sympathie für Parteien des eigenen Lagers und Ablehnung der Parteien des jeweils anderen Lagers |
| Gesellschaftliche Polarisierung | Ablehnung der Personen, die mit dem jeweils anderen politischen Lager sympathisieren |



Die hier unterschiedenen Formen politischer Polarisierung sind jeweils zunehmend problematisch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt (zum Beispiel Mason 2015). Allerdings ist nicht unbedingt eine Stufe der Polarisierung die Vorstufe für die nächste. Die Formen der politischen Polarisierung sind jeweils ohne einander denkbar. Die Polarisierung von Parteianhängerschaften kann sich auf die Anhängerinnen und Anhänger von Parteien beschränken, ohne dass die Bevölkerung insgesamt polarisiert wäre. Eine politische Lagerbildung kann sich in der Vergangenheit gebildet und so verfestigt haben, dass sie unabhängig von konkreten Meinungsdivergenzen fortbesteht. Jede Form der politischen Polarisierung kann für sich bestehen und muss für sich betrachtet werden.

Der Begriff Polarisierung kann noch in anderer Hinsicht unterschiedliche Bedeutungen haben: Er bezeichnet sowohl einen Zustand als auch einen Prozess. Hier wird zum einen der aktuelle Grad an Polarisierung dargestellt, zum anderen die Entwicklung der Polarisierung beleuchtet, soweit entsprechende Daten verfügbar sind.

Den Formen der politischen Polarisierung ist eine Frage vorgeschaltet, die das Thema aus einer anderen Perspektive betrachtet: Wie nimmt sich die Gesellschaft selbst wahr? Gibt es eine Selbstbeschreibung als polarisierte Gesellschaft? Die in der Einleitung erwähnten Beobachtungen weisen in eine solche Richtung. In welchem Maße die Bevölkerung die Gesellschaft als polarisiert wahrnimmt, wird im Folgenden näher untersucht, bevor es um die Formen der Polarisierung geht.

Abschließend geht ein Blick auf Einstellungen, die von politischer Polarisierung beeinflusst sein könnten: Einschätzung der gerechten Behandlung in der Gesellschaft, die Einschätzung einer angemessenen Repräsentation in Medien und Politik sowie das Gefühl, ausgegrenzt zu sein. Den kausalen Einfluss von Polarisierung auf diese Dimensionen kann die vorliegende Studie nicht nachweisen (oder widerlegen). Diese Einstellungen sind aber relevant für die Aussichten, wie sich die Polarisierung verschärfen oder abschwächen könnte und in welchem Maße ein Schaden für die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt wahrscheinlich ist.

Während in Deutschland die empirische Forschung zu politischer Polarisierung bislang wenig detailliert ist, gibt es in den USA eine breite wissenschaftliche Debatte zu dem Thema.⁸ Für die USA lässt sich seit den 1970er Jahren eine politische Lagerbildung im Kongress und den Parlamenten der US-Bundesstaaten nachzeichnen (McCarty 2019: 25, 31). Der Befund für eine Polarisierung der US-amerikanischen Bevölkerung ist nach McCarty (2019: 67) weniger eindeutig. In der Bevölkerung gibt es nach wie vor einen großen Anteil, der moderate Positionen vertritt, allerdings nimmt die Polarisierung zwischen den Parteianhängerinnen und Parteianhängern zu. Iyengar und Kollegen (2019) kommen in ihrem Literaturüberblick zu einem ähnlichen Befund und zeigen für die Parteianhängerschaften in den USA eine gesellschaftliche Polarisierung, also die affektive Ablehnung von Menschen, die mit der jeweils anderen Partei sympathisieren. Diese unterschiedliche Zurechnung positiver und negativer Eigenschaften nach Parteianhängerschaft in den USA hat seit den 1980er Jahren zugenommen.

Studien zu anderen Ländern sind weit seltener. Carothers und O'Donohue (2019) sowie McCoy und Somer (2019c) haben jeweils vergleichende Studien zur Polarisierung in verschiedenen Ländern auf verschiedenen Kontinenten zusammengetragen. Sie konzentrieren sich jeweils auf die gesellschaftliche Polarisierung und zeigen die Gefahren

für die Stabilität von Demokratien auf. Zwar folgt auf eine gesellschaftliche Polarisierung keineswegs in jedem Fall eine instabilere Demokratie, die Bedrohung für die Demokratie zeigt sich in den Studien aber deutlich (McCoy/Somer 2019b; Lütjen 2021, Helms 2017).

Für Deutschland sind Untersuchungen zu politischer Polarisierung bisher selten. Die Perspektive auf Polarisierung findet sich in Einzelstudien, beispielsweise bei der Analyse des Konflikts um Stuttgart 21 (Nagel 2016) oder mit Blick auf die Pegida-Proteste (Schenke u. a. 2018).

Stattdessen wurde der Blick auf gesellschaftlichen Zusammenhalt gerichtet (vgl. z. B. Heitmeyer 1997a,b; Pickel u. a. 2019). Die Bertelsmann Stiftung initiierte empirische Untersuchungen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt (Arant u. a. 2017; Follmer u. a. 2020). Dabei handelt es sich allerdings nicht um dieselbe Frage wie die nach der Polarisierung (nur mit umgekehrtem Vorzeichen), sondern um eine grundlegend andere Perspektive. Während Polarisierung, insbesondere die gesellschaftliche Polarisierung mit politischer Ursache, die explizite Abstoßung in den Blick nimmt, geht es bei den Studien der Bertelsmann Stiftung um Aspekte und (vermeintliche) Ursachen für Bezugnahme aufeinander in Abgrenzung vor allem zu Indifferenz. Die Studien von More in Common Deutschland (Krause/Gagné 2019) interessieren sich ebenfalls für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Sie befragen Personen mit unterschiedlicher Haltung zur Gesellschaft und unterscheiden Typen nach ihrer Beziehung zum gesellschaftlichen Kern in Stabilisatoren, Polarisierende und Unsichtbare. Die Typen entstehen allerdings aus den Perspektiven auf die Gesellschaft insgesamt, womit die Polarisierung abgeleitet bleibt. Während die Studien zu gesellschaftlichem Zusammenhalt die Schwächen des Zusammenhalts, also geringe Relevanz und Verbindung zwischen den Menschen oder der einzelnen Person und der Gesamtgesellschaft, in den Mittelpunkt stellen, geht es bei der Polarisierungsfrage um die Stärke von Abstoßung.

Eine umfassende Betrachtung der politischen Polarisierung in Deutschland wurde bisher nicht unternommen.

- 2 Zum Konzept der politischen Polarisierung vgl. McCarty (2019) und Fiorina/Abrams (2008).
- 3 Diese Möglichkeit ist insbesondere plausibel für politische Systeme mit einem Mehrheitswahlrecht, bei dem die Kandidatin bzw. der Kandidat mit den meisten Stimmen ein Mandat erhält, während alle anderen leer ausgehen. In solchen Systemen bilden sich oft zwei dominante Parteien heraus, weil kleinere Parteien wenig Aussicht auf Mandate haben. In dieser Konstellation kann es zu einer Konkurrenz um die Wählerinnen und Wähler der Mitte kommen und damit eine Annäherung beider Parteien, möglich ist aber auch eine Fokussierung auf die Wählerschaft an den Rändern und damit eine Polarisierung der Parteien. McCarty (2019) zeigt diese Entwicklung für die USA (vgl. auch Klein 2020 und Lütjen 2020).
- 4 Unter gesellschaftlichem Zusammenhalt verstehe ich den Grad, mit dem Menschen innerhalb einer Gesellschaft füreinander relevant sind, im Sinne von Interesse aneinander, aufeinander bezogener Kommunikation und Handlungen, Identifikation als gemeinsame Einheit und Bereitschaft zu Rücksichtnahme und Solidarität untereinander. Vgl. dazu Roose (2010), Arant/Dragolov/Boehnke (2017), Münch (1997) und Schiefer/van der Noll (2017).
- 5 McCoy und Somer (2019b) bezeichnen dies als „pernicious polarization“ (schädliche Polarisierung) und sehen hierin eine wesentliche Gefahr für Demokratien.
- 6 In der US-amerikanischen Literatur wird diese Frage als sorting diskutiert (McCarty 2019: 55 ff.).
- 7 Für die USA beschreibt dies sehr eindrucksvoll Klein (2020).
- 8 Vgl. Baldassari/Bearman (2007), Fiorina/Abrams (2008), Iyengar u. a. (2019), Layman u. a. (2006), Prior (2013) und Tucker u. a. (2018).

3

Methode der Studie

Im Zentrum dieser Studie stehen zwei repräsentative und eine qualitative Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema Polarisierung. Zur Ergänzung weiterer Perspektiven und um Zeitvergleiche zu ermöglichen, werden eine Reihe weiterer Umfragen genutzt, die im Anhang detailliert beschrieben sind.⁹ Mit Ausnahme der qualitativen Studie beruhen alle benutzten standardisierten Umfragen auf telefonischen oder persönlichen Befragungen und sind repräsentativ für die wahlberechtigte, deutschsprachige Bevölkerung in Deutschland.

Vom 9. Oktober 2019 bis 27. Februar 2020 wurden im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung vom Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap insgesamt 3.250 Wahlberechtigte telefonisch befragt. Für die Studie wird durch die Konrad-Adenauer-Stiftung ein Fragebogen entworfen, nach dem die Befragung durch Infratest dimap durchgeführt wird. Die Analyse der Rohdaten liegt bei der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Von den 3.250 Befragten wurden 3.000 Befragte nach dem Dual-Frame-Ansatz ausgewählt, bei dem 60 Prozent der Befragten mit einer Zufallsauswahl von Festnetz-Nummern und 40 Prozent mit einer Zufallsauswahl von Mobiltelefon-Nummern in die Stichprobe kamen. Um vergleichende Aussagen für West- und Ostdeutschland treffen zu können, wurden zusätzlich 250 Personen aus den ostdeutschen Flächenländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen befragt. Dabei handelte es sich um eine Zufallsauswahl aus Festnetznummern. Die Gesamtstichprobe wurde zum einen nach Strukturmerkmalen der Bevölkerung (Altersgruppen, Geschlecht, Schulabschluss) und zum anderen nach der tatsächlichen regionalen Verteilung gewichtet.¹⁰ Die Umfrage ist repräsentativ für die bei einer Bundestagswahl wahlberechtigten, deutschsprachigen Bevölkerung in Deutschland. Diese Studie ist als „KAS-Umfrage 1021“ bezeichnet.

Um das Meinungsbild in der Corona-Pandemie abbilden zu können, wurde ein Teil der Fragen aus der ersten Umfrage im Sommer 2020 wiederholt. Vom 9. August bis 11. September 2020 befragte wiederum das Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung insgesamt 1.521 Wahlberechtigte telefonisch, ebenfalls mit dem Dual-Frame-Ansatz (60 Prozent Festnetz, 40 Prozent Mobiltelefon). Darunter sind 522 Personen aus den ostdeutschen Flächenländern. Auch in diesem Fall wurden die Daten nach Strukturmerkmalen der Bevölkerung und der regionalen Verteilung gewichtet. Damit ist die Befragung repräsentativ für die bei einer Bundestagswahl wahlberechtigten, deutschsprachigen Bevölkerung in Deutschland. Diese Studie ist als „KAS-Umfrage 1023“ bezeichnet.¹¹

Standardisierte Befragungen mit vorgegebenen Antwortmöglichkeiten ermöglichen eine große Zahl von Interviews und damit repräsentative Ergebnisse. Allerdings sind die Informationen oft punktuell. Um detaillierter die Sichtweisen der Menschen zu erkunden, eignen sich unstandardisierte, qualitative Verfahren besser. Zusätzlich zu den standardisierten Umfragen wurden deshalb 68 Tiefeninterviews und 24 Gruppendiskussionen

im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung von Mauss Research durchgeführt. Diesen offenen Erhebungsverfahren liegt ein Leitfaden zugrunde, der die Themen für die Tiefeninterviews bzw. die Gruppendiskussionen bezeichnet. Diese Leitfäden wurden von der Konrad-Adenauer-Stiftung entwickelt und zusätzlich gab es eine ausführliche Abstimmung mit dem Institut Mauss Research über die interessierenden Aspekte.

Bei der Auswahl von Befragten für die Tiefeninterviews war das Ziel eine große regionale Streuung. Deshalb erfolgten diese Interviews telefonisch. Um möglichst viele unterschiedliche Perspektiven abzudecken, wurden die Befragten so ausgewählt, dass sie sich nach Alter, Geschlecht, formalem Bildungsabschluss, Tätigkeitsstatus (z. B. Erwerbstätigkeit, Haushaltstätigkeit, Rente), Ost- bzw. Westdeutschland und Parteipräferenz unterscheiden.

Hinzu kommen 24 Gruppendiskussionen. Der Vorteil von Gruppendiskussionen ist die Möglichkeit, dass die Beteiligten sich in den Gesprächen gegenseitig auf Aspekte aufmerksam machen, auf die andere dann reagieren. So können Deutungen facettenreicher werden. Gleichzeitig ergibt sich durch die Diskussion eine Validierung von Sichtweisen durch Zustimmung oder Widerspruch. Schließlich kann sich in Gruppendiskussionen eine Gesprächsdynamik entwickeln, die das Thema noch einmal breiter ausleuchtet. Drei der Gruppen bestanden aus Personen, die jeweils homogen eine Partei (CDU, Grüne, AfD) präferieren, in einer vierten Gruppe waren die Parteipräferenzen gemischt. In weiteren Kriterien (Alter, Geschlecht, formaler Bildungsabschluss, Tätigkeitsstatus) wurde eine Mischung angestrebt. Diese vier Gruppen wurden jeweils an sechs Orten durchgeführt, drei in Ostdeutschland und drei in Westdeutschland. Zwei dieser drei Gruppen im jeweiligen Landesteil waren in Städten, eine weitere in einem ländlichen Raum.

Die Tiefeninterviews fanden vom 28. Oktober 2019 bis zum 27. November 2019 statt, die Gruppendiskussionen waren zwischen dem 18. November 2019 und dem 11. Dezember 2019. Die Auswertung in dieser Publikation ist inspiriert durch die Analyse von Sebastian Graf von Mauss Research, verwendet aber zusätzlich die transkribierten Interviews selbst und ist entsprechend die Auswertung durch die Konrad-Adenauer-Stiftung. Diese Befragung ist als „KAS-Umfrage 1022“ bezeichnet. Die Interviewzitate im Ergebnisteil entstammen dieser Umfrage.

Um weitere Facetten der Polarisierung in Deutschland abbilden zu können und insbesondere Vergleiche mit früheren Zeitpunkten möglich zu machen, wurden weitere repräsentative Umfragen herangezogen, die über das Archiv des GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften öffentlich zugänglich sind. Diese Umfragen sind im Anhang detailliert beschrieben.

Die verschiedenen Zugänge haben für die Untersuchung der Frage nach der politischen Polarisierung in Deutschland Vor- und Nachteile. In der Kombination, einem mixed-methods-design (Small 2011), werden die verschiedenen Perspektiven kombiniert und ergänzen sich gegenseitig.



-
- 9 Diese zusätzlichen Umfragen werden alle von dem GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften für wissenschaftliche Zwecke frei zur Verfügung gestellt und können von dort bezogen werden. Die jeweiligen Studiennummern im Datenbestandskatalog der GESIS sind im Folgenden angegeben.
 - 10 Eine „politische“ Gewichtung nach Parteipräferenzen erfolgt nicht. Daher können die Ergebnisse insbesondere bei der Entscheidung für eine Partei bei einer angenommenen Bundestagswahl am kommenden Sonntag („Sonntagsfrage“) von den Ergebnissen anderer Umfragen abweichen, selbst wenn sie vom selben Institut durchgeführt wurden. Abweichungen entstehen auch dadurch, dass die vorliegenden Umfragen mehr Personen befragen als bei Umfragen zur politischen Stimmung üblich. Daraus ergibt sich auch ein längerer Zeitraum der Erhebung, der wiederum im Vergleich zu sehr kurzfristig durchgeführten Umfragen zu Unterschieden führen kann.
 - 11 Die beiden Umfragen wurden zunächst intern als Umfrage 2020–05 und Umfrage 2020–07 geführt (siehe Roose 2020a und 2020b). Da diese Bezeichnung auch als Angabe eines Monats missverstanden wurde, ist die interne Nummerierung auf eine fortlaufende Zahl umgestellt worden.



Polarisierung als Selbstbeschreibung

Wie in der Einleitung angeklungen, war Anlass für diese Studie ein Eindruck, die deutsche Gesellschaft habe sich politisch polarisiert und drifte auseinander. Wie die Bevölkerung in Deutschland über den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Polarisierung im Land denkt, wird zum einen als Blick auf das Phänomen insgesamt untersucht und zum anderen mit der Frage, welche Themen aus Sicht der Menschen zu einer Spaltung führen. Als Drittes geht es um die Frage, in welchem Maße die Corona-Pandemie die Sicht auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt verändert hat.

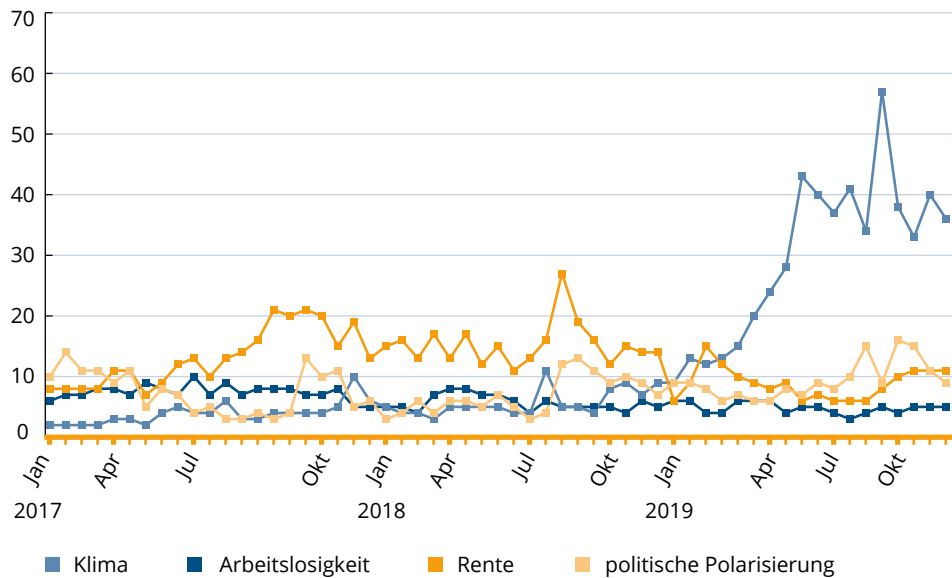
4.1 Selbstdiagnose der Gesellschaft

Die Bevölkerung nimmt eine Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts als Problem wahr, wenn auch nicht als eines der wichtigsten und drängendsten Probleme. Die Wahrnehmung, es gebe wenig gesellschaftlichen Zusammenhalt, ist weitverbreitet. Eine Unversöhnlichkeit zwischen den Menschen wird von einer deutlichen Mehrheit zumindest nicht bestritten.

Das Politbarometer befragt regelmäßig eine repräsentative Stichprobe zu den zwei wichtigsten politischen Problemen in Deutschland. Es gibt keine Antwortvorgaben, sondern die freien Antworten werden beim Interview aufgenommen und dann festgelegten Kategorien zugeordnet. Die Zusammenfassungen der Antworten richten sich nach den Nennungen und werden regelmäßig angepasst, um neu aufkommende Themen abzubilden, und sehr seltenen Nennungen von Themen Rechnung zu tragen.¹²



Abbildung 1: Ausgewählte Themen als wichtigste Probleme (2017–2019)



Quelle: Politbarometer. Angaben in Prozent der Befragten. Die Befragungen des Politbarometers sind nicht ganz gleichmäßig über den Zeitraum verteilt. Frage „Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das wichtigste Problem in Deutschland?“ Keine Antwortvorgaben.

Die Sorge um eine politische Polarisierung¹³ ist im Zeitraum 2017 bis 2019 eher verhalten. Anfang 2017, Mitte 2018 und Ende 2019 ist der Anteil jeweils für einen kürzeren Zeitraum etwas höher als in den übrigen Untersuchungswochen. Der höchste Anteil liegt in der 42. Kalenderwoche 2019 bei 16 Prozent der Wahlberechtigten, die ein Thema politischer Polarisierung als eines der beiden wichtigsten Probleme in Deutschland nennen. Konkret gesellschaftlichen Zusammenhalt als Problem nennen dabei 3 Prozent, kein übermäßig großer Anteil.

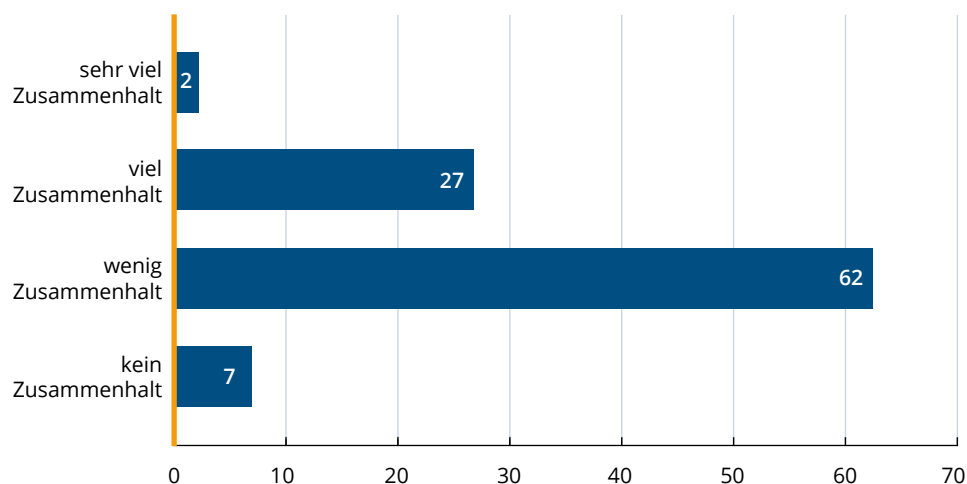
Sorge um Rechtsradikalismus ist immer wieder unter den genannten wichtigsten Problemen in Deutschland. Anfang 2015, als die Pegida-Protteste in der gesamtdeutschen Öffentlichkeit sichtbar werden, nennt ein Viertel der Befragten Rechtsradikalismus als eines der beiden wichtigsten Probleme in Deutschland (Politbarometer, Kalenderwoche 5/2015). Doch schnell geraten auch wieder andere Probleme in den Fokus. Gesellschaftlicher Zusammenhalt scheint, gerade auch als Problem über den Rechtsradikalismus hinaus, etwas an Bedeutung gewonnen zu haben, ohne aber zu einem dominanten Thema zu werden. Es sind durchweg andere Themen, die als am wichtigsten angesehen werden.

Der Blick allein auf die beiden wichtigsten Probleme kann allerdings verdecken, dass jenseits der drängendsten Probleme weitere als durchaus wichtig angesehen werden. Aufschlussreich ist also auch die direkte Frage, in welchem Maße die Menschen Polarisierung in der Gesellschaft erkennen oder sich um den gesellschaftlichen Zusammenhalt sorgen.

In einer Umfrage des Bundespresseamtes von Anfang 2019 gaben 62 Prozent der Befragten an, es gebe wenig Zusammenhalt in Deutschland und weitere 7 Prozent sahen keinen

Zusammenhalt in Deutschland (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2019). Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung sehen also einen eher geringen Zusammenhalt.

Abbildung 2: Einschätzung der Stärke gesellschaftlichen Zusammenhalts



Quelle: Umfrage „Polarisierung in Deutschland“ des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. 2019. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Was meinen Sie zum Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, gibt es in unserer Gesellschaft sehr viel Zusammenhalt, viel, wenig oder keinen Zusammenhalt?“

In Ostdeutschland nehmen die Deutschen weniger Zusammenhalt wahr als in Westdeutschland. 75 Prozent der Ostdeutschen nehmen wenig oder keinen Zusammenhalt wahr, während in Westdeutschland 64 Prozent wenig oder keinen Zusammenhalt beobachten.

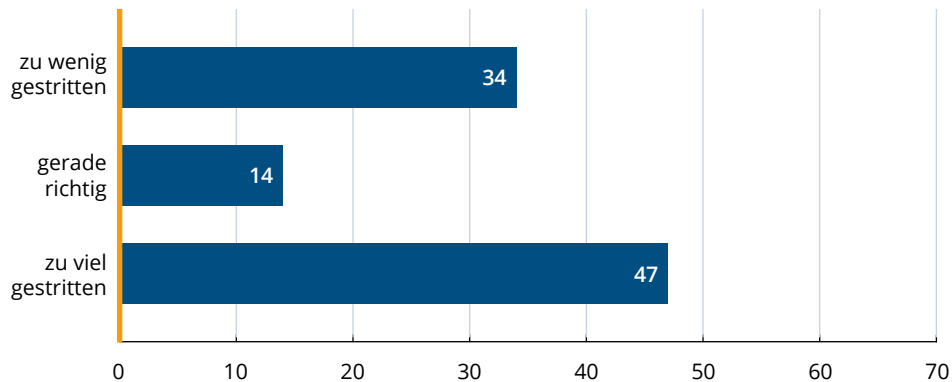
Über die Veränderungsrichtung gibt es eine bemerkenswert klare Einschätzung. 78 Prozent sind der Ansicht, der gesellschaftliche Zusammenhalt habe in den letzten Jahren eher abgenommen. Weitere 17 Prozent meinen, es habe keine Veränderung gegeben, während nur 4 Prozent der Ansicht sind, der gesellschaftliche Zusammenhalt habe eher zugenommen. In Ostdeutschland sehen mit 80 Prozent etwas mehr eine Abnahme des Zusammenhalts als in Westdeutschland (75 Prozent).

Die Frage nach gesellschaftlichem Zusammenhalt lässt zunächst offen, was darunter zu verstehen ist. Konkretere Fragen geben aber Auskunft, wie die Menschen die politische Polarisierung einschätzen.

Mit dem politischen Streit ist eine große Mehrheit unzufrieden. Das Ausmaß an Streit in der Politik über wichtige Fragen beurteilen nur 14 Prozent als gerade richtig. Wie es besser wäre, darüber gehen die Meinungen aber auseinander. Ein Drittel ist der Ansicht, es werde zu wenig gestritten. Auf der anderen Seite meinen 47 Prozent, es werde zu viel gestritten. Auch in der Frage, wie mit gesellschaftlichen Konflikten umzugehen wäre, ist die Gesellschaft polarisiert.



Abbildung 3: Beurteilung von politischem Streit

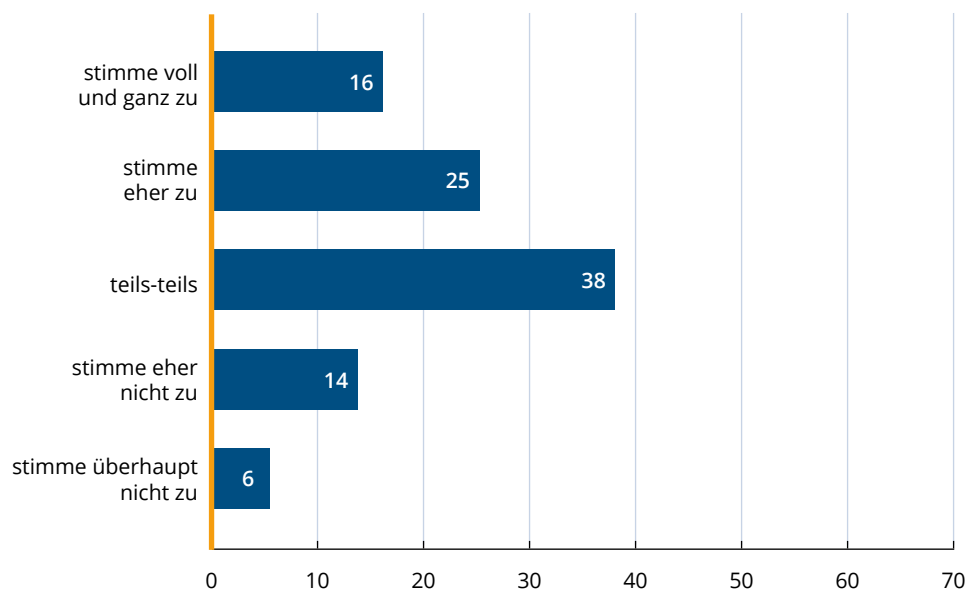


Quelle: Umfrage „Polarisierung in Deutschland“ des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. 2019. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/ keine Angabe“.

Frage: „Was meinen Sie, wird bei uns in der Politik in wichtigen Fragen zu viel gestritten, zu wenig gestritten oder ist das gerade richtig?“

Die Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung geht einen Schritt weiter und lässt das Ausmaß einer polarisierten Gesellschaft beurteilen. Der Aussage „In unserer heutigen Gesellschaft stehen sich die Menschen unversöhnlich gegenüber“ stimmen immerhin 16 Prozent voll und ganz zu. Weitere 25 Prozent stimmen der Aussage eher zu. Zwei von fünf sehen demnach tendenziell eine Unversöhnlichkeit in unserer Gesellschaft und weitere 38 Prozent wählen die Antwort „teils-teils“, wollen eine solche Situation also auch nicht bestreiten. 19 Prozent sind dagegen der Ansicht, die Aussage treffe eher oder überhaupt nicht zu.¹⁴

Abbildung 4: Beurteilung von gesellschaftlicher Polarisierung



Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt nochmals einige Aussagen. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. In unserer heutigen Gesellschaft stehen sich die Menschen unversöhnlich gegenüber.“

In den Tiefeninterviews taucht das Thema der politischen Polarisierung gelegentlich schon bei der Frage nach den aktuellen politischen Problemen auf: „Was mich allgemein gesellschaftlich ein bisschen besorgt macht, ist halt so diese zunehmende Polarisierung und Extremisierung, dass halt (...) immer weniger so der vernünftige Mittelweg dann irgendwie noch die Wahl sein kann, sondern immer nur irgendwie so immer mehr verhärtende Fronten“ (m, West, 40–49, Sonstige).¹⁵ Wird eine Polarisierung der Gesellschaft dann vom Interviewer zum Thema gemacht, gehen viele von unversöhnlichen Lagern aus. „Ich denke, das ist im Moment unvereinbar, alles“ (w, West, 50–59, Grüne). Ein anderer aus Ostdeutschland beschreibt es ähnlich: „Diese Mitte gibt es irgendwie nicht mehr. Es gibt immer dieses links, rechts oder wie immer man das nennen möchte. Menschen, die dafür sind, dagegen sind“ (m, Ost, 20–29, FDP). „Einen Riss gibt es“ (m, Ost, 30–39, AfD).

Andere sehen Ansätze einer Polarisierung, ohne zu einem so deutlichen Urteil zu kommen. „Die Tendenz ist da“ (w, West, 40–49, CDU). „Ja etwas schon. Ja doch“ (m, 40–49, SPD). Ein anderer sieht eher eine leichte, aber situationsabhängig zu- und abnehmende Polarisierung. „Das wechselt natürlich auch mal, dann sieht es wieder andersherum aus. Diese Scheinheiligkeit immer noch dabei, zwar Polarisierung, aber auch nicht so richtig“ (m, 60–69, CDU).



Eher selten sind Befragte der Ansicht, es gebe keine Polarisierung. „Nein, weil das ja variabel ist, je nach Thema. (...) Einer kann ja zehn verschiedene Interessengebiete mit jeweils einer anderen Meinung als seine Kumpels haben und dann haben wir mal so eine Gruppe, mal so eine Gruppe“ (m, 40–49, CDU).

Mit Blick auf die Entwicklung der Polarisierung in Deutschland dominiert die Vorstellung einer Zunahme. „Einen Riss gibt es. (...) Ganz klar und der wird immer größer“ (m, Ost, 30–39, AfD). „Leute, die (...) nicht radikal sind und auch in ihren Ansichten nicht radikal sein wollen, die werden meiner Ansicht nach immer weniger“ (m, Ost, 40–49, CDU). „Das ist – kontinuierlich ist das mehr geworden“ (w, West, 40–49, SPD).

Wiederum Einzelne sehen dies anders und gehen nicht von einer Zunahme aus, meist weil die Spaltung schon lange auf hohem Niveau bestand. „Sie war schon immer gespalten. Sie ist genauso gespalten wie schon immer“ (m, Ost, 60–69, Linke). Eine andere meint: „Ich habe das Gefühl, dass es im Moment ein bisschen stagniert“ (w, West, 50–59, Grüne).

4.2 Die Wahrnehmung spaltender Themen

Politischer Streit bis hin zu einem unversöhnlichen Konflikt kann sich an vielen Themen entzünden. Als besonders kontrovers erweisen sich die Gegenüberstellung von Arm und Reich, die Konstellation zwischen Ausländern und Deutschen sowie die Klimathematik. Die stärksten Konflikte werden allerdings in der politischen Debatte selbst zwischen links und rechts wahrgenommen.

„Die Kluft zwischen links und rechts finde ich größer werdend. (...) Das Gefühl, dass es wenig Leute dazwischen gibt, ist extrem“ (w, Ost, 30–39, Sonstige). „Ich habe schon ein bisschen im Gefühl, dass es in den letzten Jahren sehr linkslastig und sehr rechtslastig geworden ist. (...) Und dass (...) diese Mitte (...) so ein bisschen verloren gegangen ist“ (w, West, 30–39, CDU). Die Befragten beschreiben dabei eine Tendenz, der einen oder anderen Seite zugeordnet zu werden. „Du kannst nicht einfach nur sagen: Das gefällt mir nicht. Sondern, nein, du musst entweder rechts oder links sein. Was anderes gibt es heutzutage nicht mehr“ (w, Ost, 40–49, FDP). Dabei steht in der Regel rechts für die AfD und links für die Linke und die Grünen. „Man braucht ja nur bestimmte Worte in den Mund zu nehmen und man wird sofort in irgendeine Ecke gedrängt. (...) Früher waren das ganz normale Diskussionen um diese Themen und heute: Du bist ja sowieso grün oder rechts“ (w, West, 50–59, CDU). Beschrieben wird eine Polarisierung zwischen links und rechts, die meist nicht mit dem Begriff Polarisierung bezeichnet wird.

Der Unterschied zwischen Arm und Reich scheint eine feste Assoziation mit dem Begriff Polarisierung zu sein. Auf die Frage, ob sie unsere Gesellschaft als gespalten empfinde, antwortet eine Befragte: „Doch, schon. In Arm und Reich“ (w, West, 50–59, Grüne). Auf dieselbe Frage antwortet ein Thüringer: „Würde ich schon sagen, es gibt viele, viele reiche Leute, aber es gibt auch viele arme Leute. Ich denke die Schere geht ... wird weiter auseinandergehen“ (m, 40–49, Ost, CDU). Eine andere meint: „Ich finde den Unterschied zwischen Arm und Reich zum Beispiel sehr groß und das ist ja schon was Gespaltenes“ (w, 60–69, West, SPD). Mit größter Selbstverständlichkeit gehen die Befragten davon aus, dass die soziale Ungleichheit in Deutschland zunimmt. „Die Reichen werden immer reicher, die Armen werden immer ärmer“ (m, West, 20–29, CDU). „Die soziale Schere ist

aufgegangen, geht immer weiter auf“ (m, West, 20–29, SPD). „Ich denke, dass es zugenommen hat“ (m, 40–49, Ost, CDU). Die Vorstellung zunehmender sozialer Ungleichheit scheint sich recht fest etabliert zu haben, auch wenn die wissenschaftlich ermittelte Entwicklung sozialer Ungleichheit in Deutschland ein differenzierteres Bild ergibt.¹⁶

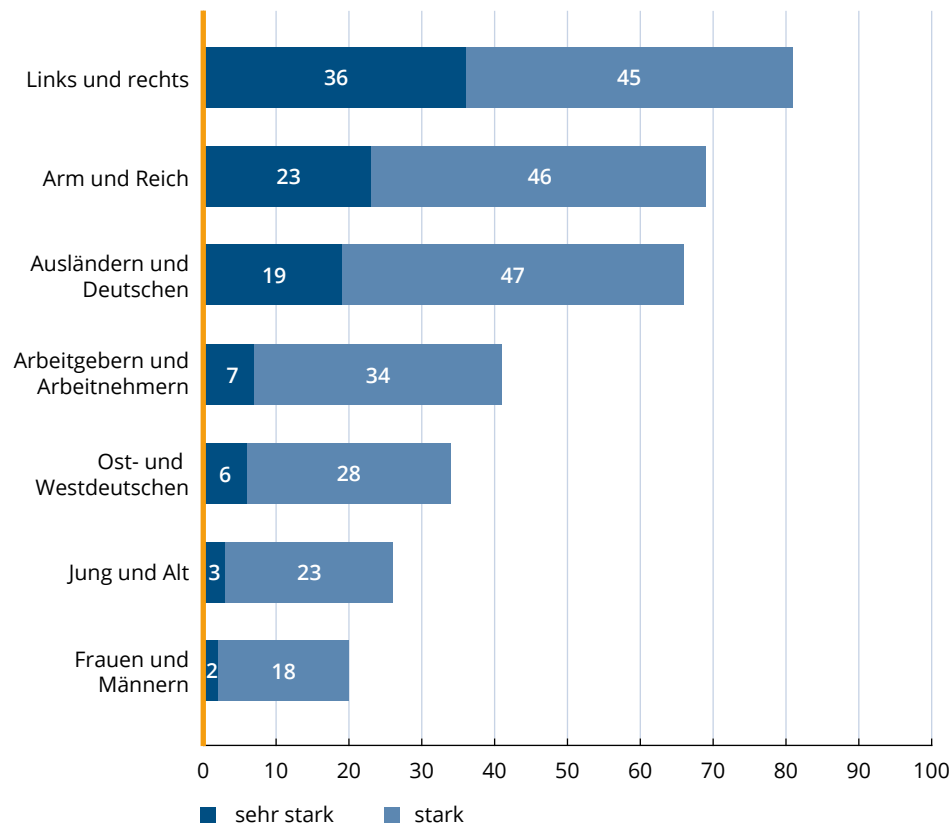
Umweltfragen und Klimaschutz sind weitere Themen, die die Menschen beschäftigen. Zunächst geht es um einzelne Maßnahmen und deren Durchsetzbarkeit. „Die einen, (...) die, sowie ein neues Handy herauskommt, müssen die das haben, während andere (...) dann eher sagen: Mein Gott, muss ich hier alles mitmachen? (...) Spaltung jetzt vielleicht nicht, aber es gibt da sehr kontroverse Positionen“ (w, West, 60–69, Nichtwählerin). „Man kann sich auch gar nicht mehr zum Essen treffen. Es ist jetzt keine politische Sache, aber wenn einer vegan ist, dann wissen wir langsam nicht mehr, was wir kochen sollen“ (w, Ost, 40–49, CDU).

Jenseits inhaltlicher Fragen zeigen die Befragten an der Art des Umgangs mit dem Thema die Polarisierung auf. Sie berichten von der Moralisierung des Themas und gegenseitigen Vorwürfen. „Wenn du sagst, ich fliege mit dem Flieger, dann ist ja alles zu spät. Die fahren die alten Karren, aber mit dem Flieger darfst du nicht fliegen“ (w, Ost, 40–49, FDP). „Es gibt mehr Extreme, finde ich. (...) Ich darf kein Fleisch mehr essen und du bist ganz schlecht, du bist ein ganz schlechter Mensch. (...) Es ist mehr ins Extreme hineingegangen“ (m, Ost, 30–39, CDU). „Dass man polarisiert, ganz stark polarisiert: Du darfst nicht das, du darfst nicht das, du darfst nicht das“ (w, Ost, 60–69, AfD).

Migration und der Umgang mit Geflüchteten oder Ausländern ist das dritte Thema, das vielen bei Polarisierung einfällt. „Also, ich sage mal, es geht ja viel um Flüchtlinge, aber da gibt es halt, gerade im Osten, viele Menschen, die keine Flüchtlinge haben wollen. Da gibt es natürlich auch viele Menschen, die helfen wollen. Also das ist jetzt auch so ein Thema, was die Gesellschaft spaltet“ (m, West, 40–49, AfD). „Das ist das Problem momentan: Es gibt dafür, es gibt gegen die und zwischen drin gibt es gar nichts“ (m, West, 40–49, Nichtwähler). „Immer Flüchtlinge, Ja – Nein. Diese Spaltung“ (m, West, 40–49, SPD).

Andere Themen, die zu einer Spaltung beitragen, werden gelegentlich auch genannt, ohne vielfach in den Interviews aufzutauchen. Gelegentlich kommt noch ein Verweis auf Ost-West-Unterschiede. „Teilweise auch noch zwischen Ost und West“ (w, Ost, 70–79, Linke). Allerdings ist dies selten der erste Gedanke bei der Frage nach den Spaltungslinien der Gesellschaft, sondern die Spaltung zwischen West- und Ostdeutschland taucht eher in einer Liste mit anderen Themen auf. Aber auch eine breite Palette weiterer Themen wird gelegentlich genannt, etwa Jung-Alt oder Autofahrende gegen andere.

Abbildung 5: Eingeschätzte Intensität von Konflikten



Quelle für „links und rechts“: Umfrage „Vertrauen in Staat und Gesellschaft in der Corona-Krise (April 2020)“ des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „nicht so stark“, „gibt keine Konflikte“ und „weiß nicht/keine Angabe“.

Quelle für weitere Werte: Umfrage „Polarisierung in Deutschland“ des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. 2019. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „nicht so stark“, „gibt keine Konflikte“ und „weiß nicht/keine Angabe“.

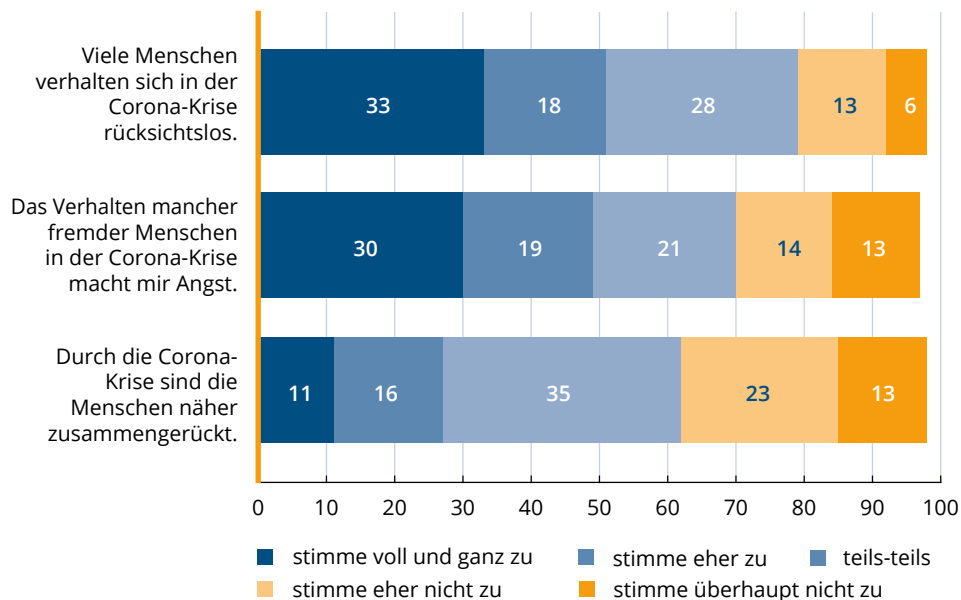
Frage: „In allen Gesellschaften gibt es Gegensätze oder sogar Konflikte zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen. Wie stark sind Ihrer Meinung nach die Konflikte hier in Deutschland? Sind die Konflikte zwischen ...“

Repräsentative Daten zu der Einschätzung, wie konfliktreich Themen sind, bieten Umfragen des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Dabei wurde 2019 für sechs Themen die eingeschätzte Intensität der Konflikte in Deutschland abgefragt, 2020 kam ein siebtes Thema hinzu.¹⁷ Klimapolitik gehörte nicht zu den abgefragten Themen, bei den übrigen Themen zeigt sich eine ähnliche Gewichtung wie in der qualitativen Befragung. Den schärfsten Konflikt nehmen die Menschen zwischen links und rechts wahr. Der Unterschied zwischen Arm und Reich sowie die Beziehungen von Ausländern und Deutschen sind nach Ansicht der Bevölkerung ebenfalls konfliktreich.¹⁸ Die Konflikte zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Ost- und Westdeutschen, Jung und Alt oder Männern und Frauen werden als weniger gravierend eingeschätzt. Damit ist nach Ansicht der Bevölkerung die brisanteste Konfliktkonstellation eine politische.

4.3 Die Wahrnehmung gesellschaftlicher Polarisierung in der Corona-Pandemie

Die Corona-Pandemie stellte die Gesellschaft quasi über Nacht vor eine neue Herausforderung, gerade auch in Bezug auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Bei der Bewältigung dieser konkreten Aufgabe, der Rücksichtnahme in der Pandemie, ist die Einschätzung in der Bevölkerung nicht übermäßig optimistisch. Das Verhalten vieler Menschen wird als rücksichtslos empfunden. Direkt gefragt, können viele eine Zunahme an gesellschaftlichem Zusammenhalt nicht erkennen. Andererseits wird etwas seltener der Aussage zugestimmt, in der Gesellschaft stünden sich die Menschen unversöhnlich gegenüber. Auch bei den konkreten Konfliktkonstellationen erkennen etwas weniger sehr starke oder starke Konflikte.

Abbildung 6: Mangelnde Rücksichtnahme in der Corona-Krise



Quelle: Umfrage 1023 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Ich nenne Ihnen einige Aussagen. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.“ a) „Viele Menschen verhalten sich in der Corona-Krise rücksichtslos.“ b) „Das Verhalten mancher fremder Menschen in der Corona-Krise macht mir Angst.“ c) „Durch die Corona-Krise sind die Menschen näher zusammengedrückt.“

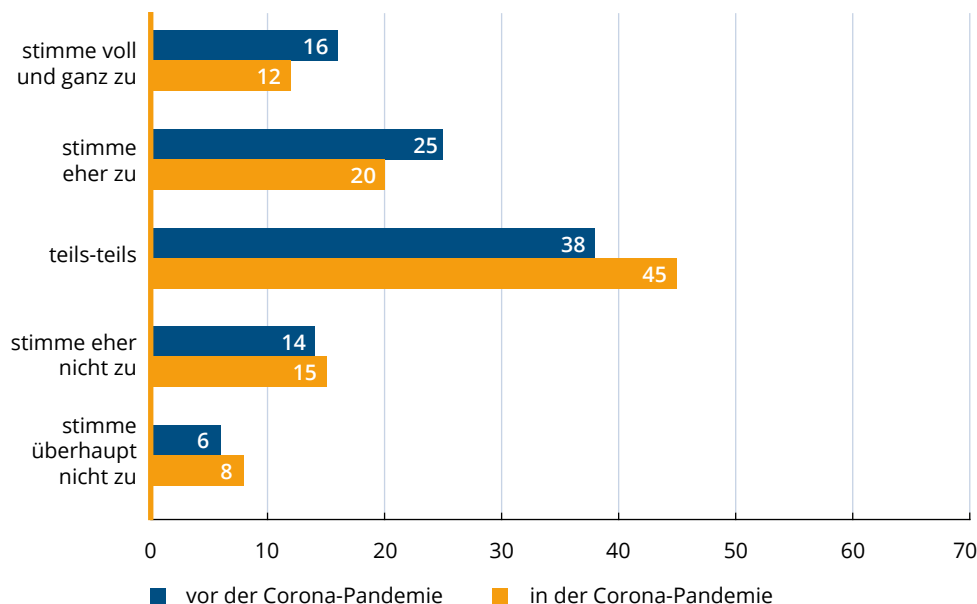
Der Aussage, viele Menschen verhielten sich in der Corona-Krise rücksichtslos, stimmen 33 Prozent voll und ganz zu, weitere 18 Prozent stimmen eher zu. Ähnlich hohe Zustimmung erhält die Aussage, das Verhalten mancher fremder Menschen in der Corona-Krise mache Angst. Ein rücksichtsvoller Umgang miteinander scheint nicht die dominante Wahrnehmung unter den anspruchsvollen Bedingungen einer Pandemie zu sein. Die Ansicht, in der Krise seien die Menschen näher zusammengedrückt, vertritt rund ein



Viertel (27 Prozent), während etwas mehr als ein Drittel (36 Prozent) dies verneint (siehe ausführlicher Hirndorf 2020b).

Umso überraschender ist allerdings die Einschätzung zur gesellschaftlichen Polarisierung im Vergleich zum Niveau vor der Krise. In der Corona-Pandemie sind etwas weniger Menschen der Ansicht, Deutschland sei gesellschaftlich polarisiert, als dies vor der Pandemie der Fall war. Der Aussage über die sich unversöhnlich gegenüberstehenden Menschen stimmten vor der Krise 16 Prozent voll und ganz zu, während es in der Krise 12 Prozent sind. Für die Antwort „stimme eher zu“ entschieden sich vor der Pandemie 25 Prozent, in der Pandemie sinkt dieser Anteil auf 20 Prozent.

Abbildung 7: Beurteilung gesellschaftlicher Polarisierung vor und in der Pandemie

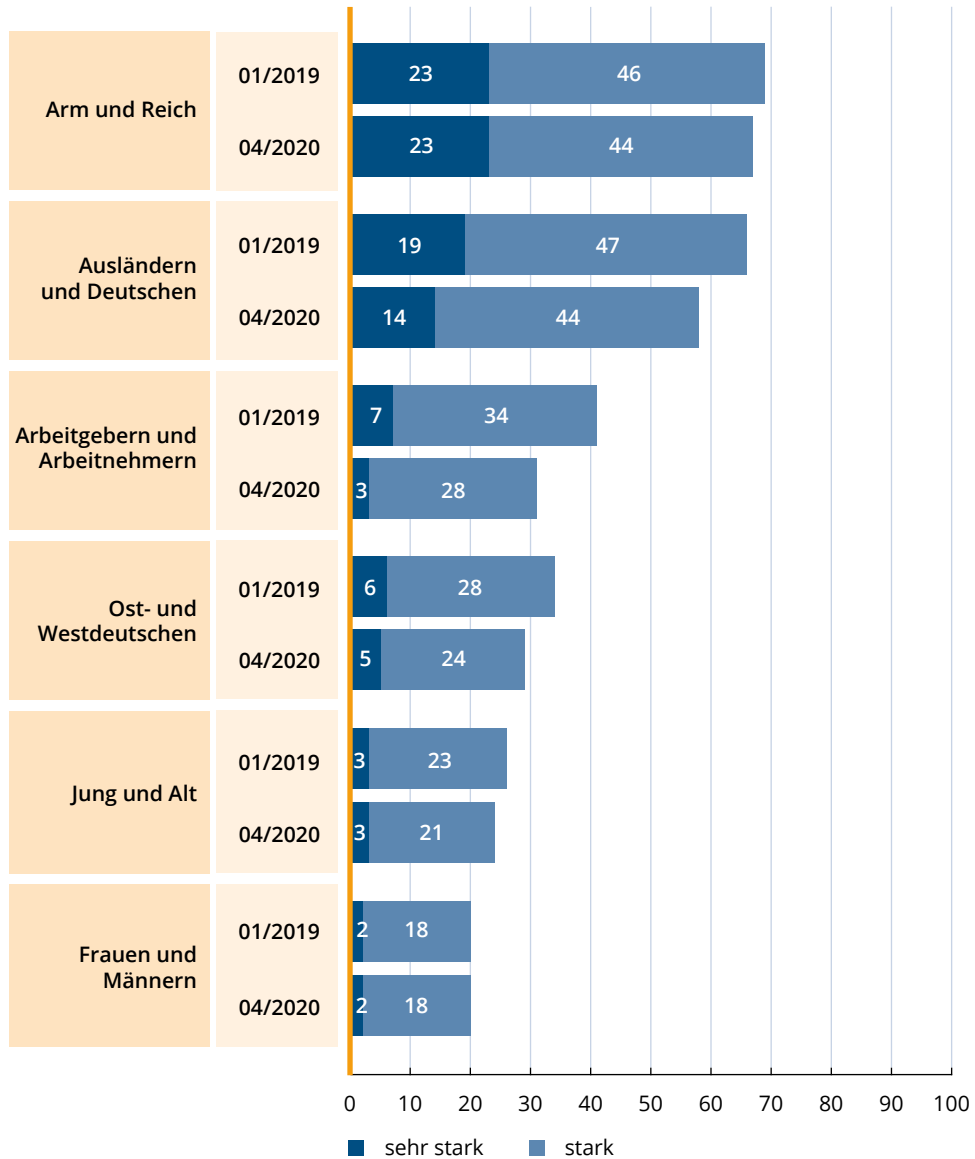


Quelle: Umfragen 1021 und 1023 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20 und 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Ich nenne Ihnen einige Aussagen. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. In unserer Gesellschaft stehen sich die Menschen unversöhnlich gegenüber.“

Die Einschätzung der konkreten Konfliktkonstellationen hat sich mit der Pandemie nicht verändert. Wie schon Anfang 2019 sind auch im April 2020, während des ersten Lock-down der Pandemie in Deutschland, am ehesten die Menschen der Meinung, der Konflikt zwischen Arm und Reich sei stark oder sehr stark. Etwas weniger gilt dies für den Konflikt zwischen Ausländern und Deutschen. Weniger häufig werden die übrigen abgefragten Konflikte als sehr stark oder stark eingeschätzt.¹⁹ Eine Zunahme von Konflikten ist auch bei dieser konkreteren Formulierung nicht sichtbar.

Abbildung 8: Eingeschätzte Intensität von Konflikten – vor und in der Pandemie



Quelle: 01/2019: Umfrage „Polarisierung in Deutschland“ des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. 2019. 07/2020: Umfrage „Vertrauen in Staat und Gesellschaft in der Corona-Krise (April 2020)“. 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „nicht so stark“, „gibt keine Konflikte“ und „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „In allen Gesellschaften gibt es Gegensätze oder sogar Konflikte zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen. Wie stark sind Ihrer Meinung nach die Konflikte hier in Deutschland? Sind die Konflikte zwischen ...“

Der Einfluss der Pandemie auf die Wahrnehmung von Polarisierung hat zwei Aspekte. Einerseits ist eine Wahrnehmung von Rücksichtslosigkeit verbreitet und das Verhalten anderer macht im Pandemie-Sommer 2020 sogar vielen Angst. Ein Zusammenrücken angesichts der Corona-Krise erkennt nur eine Minderheit. Dies ist die skeptische Beur-



teilung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Andererseits geht die Zustimmung zur Aussage über eine Unversöhnlichkeit zwischen den Menschen zurück im Vergleich zur Zustimmung unmittelbar vor der Pandemie. Dies spricht eher für eine etwas günstigere Einschätzung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch die Menschen.

- 12 2017 sind die für gesellschaftlichen Zusammenhalt einschlägigen zusammengefassten Antworten „Rechtsradikale/NPD“, „AfD/Pegida/Ausländerfeindlichkeit/Rechtspopulismus“, „Zusammenhalt in der Gesellschaft“ und „AfD im Bundestag“. 2018 sind die im Politbarometer zusammengefassten Themen „AfD im Bundestag“, „Rechtsradikal/Rechtsextremismus/Rechtspopulismus“, „Zusammenhalt in der Gesellschaft“ und „Falsche Berichterstattung/Fake News“. Nicht mit aufgenommen ist das Thema „Ausländerfeindlichkeit“, das alleine von 1 bis 2 Prozent als eines der beiden wichtigsten Themen genannt wird. 2019 sind die im Politbarometer zusammengefassten Themen „AfD im Bundestag“, „Rechtsradikal/Rechtsextremismus/Rechtspopulismus“ und „Zusammenhalt in der Gesellschaft“. Nicht mit aufgenommen sind das Thema „Ausländerfeindlichkeit“ sowie das Thema „Antisemitismus/Judenfeindlichkeit“. Linksextremismus wird in den drei Jahren nicht häufig genug genannt, um als eigene Antwort ausgewiesen zu werden.
- 13 In der Abbildung ist der Anteil der Befragten ausgewiesen, die auf die Frage „Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das wichtigste Problem in Deutschland?“ die Antworten „Rechtsextremismus/Rechtspopulismus/Rechtsradikale/Pegida“ oder „(fehlender) Zusammenhalt in der Gesellschaft/Spaltung der Gesellschaft“ oder „Falsche Berichterstattung in Medien/Fake News/Lügenpresse/Medienschele“ als eine von zwei möglichen Antworten genannt haben. Zum Vergleich ist der Anteil von Personen abgebildet, die „Umweltschutz/Klimawandel/Artenschutz“, „Rente“ bzw. „Arbeitslosigkeit“ genannt haben.
- 14 Der Unterschied zwischen dem angegebenen Prozentwert für die zusammengefassten Antworten „stimme eher nicht zu“ und „stimme überhaupt nicht zu“ und den Einzelwerten in der Abbildung ergibt sich durch Rundungen. Dies gilt auch für die weiteren Differenzen zwischen Abbildungen und Text.
- 15 Die Kurzbeschreibung der interviewten Person bedeutet: männlich, aus Westdeutschland, 40 bis 49 Jahre alt und die Wahlabsicht bei einer vorgestellten Bundestagswahl am nächsten Sonntag ist eine sonstige Partei, die derzeit nicht im Bundestag vertreten ist. In Einzelfällen stehen nicht alle Informationen zur Verfügung, insbesondere bei Teilnehmenden der Gruppendiskussionen. Die Zitate geben die gesprochene Sprache wieder und sind deshalb nicht in jedem Fall grammatikalisch korrekt.
- 16 Nach den Zahlen von Eurostat schwankt die soziale Ungleichheit, gemessen mit dem Gini-Koeffizienten, zwischen 2008 und 2019 auf ähnlichem Niveau. 2008 bis 2012 ist der Gini-Koeffizient von 30,2 auf 28,3 gesunken, hat in den folgenden zwei Jahren zugenommen und lag 2014 bei 30,7, um dann bis 2017 wieder auf 29,1 zu fallen. 2018 lag der Wert dann bei 31,1, im Folgejahr 2019 bei 29,7. Von einer kontinuierlichen Zunahme kann also keine Rede sein (Online-Datencode bei Eurostat: TESSI190). Vgl. auch Destatis (Statistisches Bundesamt): Einkommensverteilung (Nettoäquivalenzeinkommen) in Deutschland mit weiteren Maßzahlen und identischem Ergebnis. Die Sorge über eine vermeintlich zunehmende soziale Ungleichheit hatte sich auch in Tiefeninterviews eines Projekts in 2018 gezeigt (Roose 2019: 37–41).
- 17 Der Vergleich zu den sechs Konfliktkonstellationen, die 2019 und 2020 abgefragt wurden, findet sich im nächsten Kapitel.
- 18 Die Menschen in Ostdeutschland sehen einen stärkeren Konflikt zwischen Ausländern und Deutschen als die Westdeutschen. 23 Prozent der Ostdeutschen, aber nur 15 Prozent der Westdeutschen erkennen einen sehr starken Konflikt in der Gesellschaft zwischen Ausländern und Deutschen.
- 19 Ende Juni bis Anfang Juli wurde die Frage in einer weiteren Befragung des Bundespresseamtes gestellt (Umfrage „Vertrauen in Staat und Gesellschaft während der Corona-Krise [Juni/Juli 2020]“). Die Ergebnisse unterscheiden sich aber nicht von den Befunden aus dem April 2020.

5

Polarisierte Meinungen

Den Eindruck einer Polarisierung gilt es nun zu überprüfen und damit genauer zu fassen. Der erste Blick geht dabei auf das Meinungsspektrum. Ausgangspunkt der Analyse ist die Polarisierung von Meinungen unmittelbar vor der Pandemie, um dann die langfristige Entwicklung bis in die Zeit der Pandemie zu diskutieren.

5.1 Polarisierte Meinungen vor der Pandemie

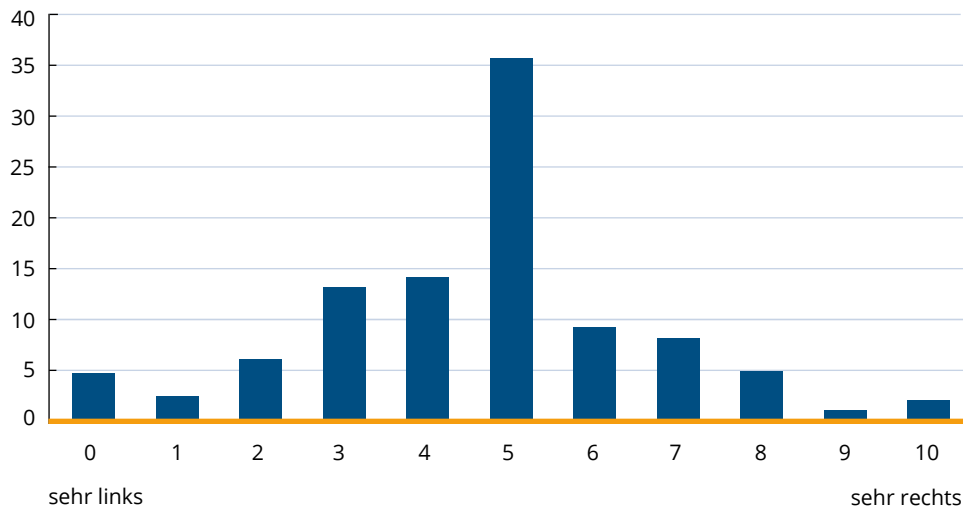
Prinzipiell können bei allen politischen Fragen polarisierte Einstellungen auftreten. Die Einstellungen zu Ladenöffnungszeiten können genauso polarisiert sein wie die Einstellungen zur Digitalisierung in Schulen oder zu den Maßnahmen gegen den Klimawandel. Von Relevanz dürften aber vor allem politische Grundhaltungen und Grundsatzfragen sein, die langfristig eine große öffentliche Aufmerksamkeit erhalten. Potenzielle Streitfragen waren im vorhergehenden Abschnitt mit den Konfliktthemen Arm und Reich, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Migration und Maßnahmen gegen den Klimawandel, aber auch der Aufspaltung nach links und rechts bereits angeklungen.²⁰

Insgesamt dominieren bei all diesen Fragen in den Einstellungen die Mittelpositionen. Auf der Links-Rechts-Skala ordnen sich die Menschen vor allem in der Mitte ein. Dies gilt gleichermaßen für die Sozialpolitik wie für die Klima- und die Migrationspolitik. Bei der Haltung zum Geschlechterverhältnis hat sich eine dominante Position entwickelt, die von im Grundsatz gleichen Interessen bei Frauen und Männern ausgeht. Jenseits der Mittelpositionen gibt es aber einen erheblichen Anteil, der sehr konsequente Positionen im Meinungsspektrum vertritt. Dies gilt für die Sozialpolitik, aber mehr noch für die Klima- und die Migrationspolitik.

Im Einzelnen verteilen sich die Einstellungen folgendermaßen. Die Menschen in Deutschland haben überwiegend keine Schwierigkeiten, sich auf der Links-Rechts-Skala zu verorten. Mit 3 Prozent verweigern nicht ungewöhnlich viele die Antwort.



Abbildung 9: Selbsteinordnung Links-Rechts-Skala



Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Wenn von Politik die Rede ist, hört man immer wieder die Begriffe ‚links‘ und ‚rechts‘.

Wir hätten gerne von Ihnen gewusst, ob Sie sich selbst eher links oder eher rechts einstufen.

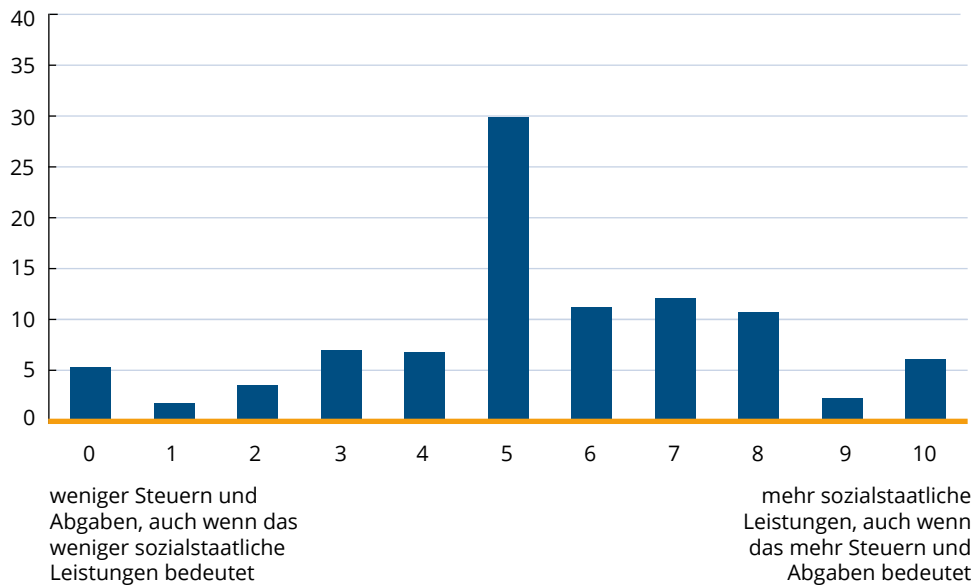
Bitte benutzen Sie dazu eine Skala von 0 bis 10. 0 bedeutet ‚sehr links‘. 10 bedeutet ‚sehr rechts‘. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft sagen. Wo würden Sie sich einstufen?“

Auf einer Skala von 0 für ganz links bis 10 für ganz rechts wird die mittlere 5 mit Abstand am häufigsten gewählt. Mehr als ein Drittel (35 Prozent) ordnet sich exakt in der politischen Mitte zwischen links und rechts ein. Die mittleren Werte 3 bis 7 wählen 78 Prozent.²¹

Eine deutliche Polarisierung ist auf der Links-Rechts-Achse nicht zu erkennen. Die Mitte ist sehr stark besetzt, während die Ränder der Skala nur von wenigen gewählt werden. Die äußeren drei Skalenpunkte auf beiden Seiten werden von insgesamt 19 Prozent gewählt.

Die Links-Rechts-Achse ist nur eine Möglichkeit und zudem eine recht abstrakte Form, das politische Feld zu vermessen. Konkrete inhaltliche Fragen könnten zielgenauer eine Polarisierung sichtbar machen. Die wahrgenommene Polarisierung in sozialen Fragen (Gegensatz Arm und Reich) lässt sich durch eine Frage zur Positionierung zwischen Sozialausgaben und Steuern abbilden.

Abbildung 10: Einstellung zu sozialstaatlichen Leistungen vs. Steuern



Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

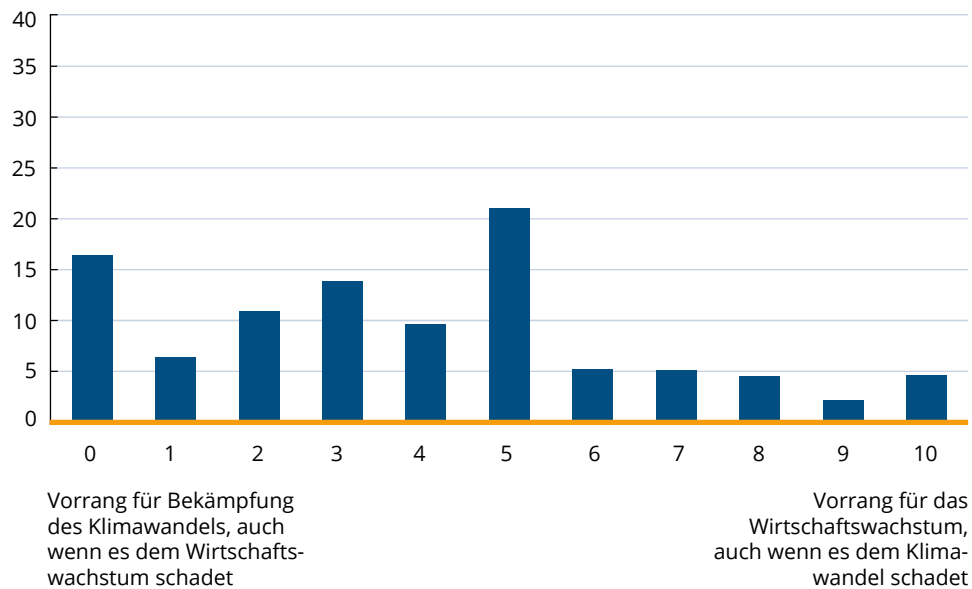
Frage: „Kommen wir nun zu einer politischen Streitfrage. Manche wollen weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet. Andere wollen mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet. Wie stehen Sie dazu? Bitte sagen Sie mir das mit Hilfe einer Skala von 0 bis 10. 0 heißt, weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet. 10 heißt mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.“

Bei einer Abwägung zwischen sozialstaatlichen Leistungen einerseits und Steuern andererseits äußert der größte Teil der Befragten eine Meinung in der Mitte. 30 Prozent wählen die Mittelkategorie auf der Skala, für die mittleren Kategorien (Werte 3 bis 7) entscheiden sich zusammengenommen zwei Drittel (67 Prozent). An den Rändern plädieren 11 Prozent konsequent für weniger Steuern bei geringeren sozialstaatlichen Leistungen (Werte 0 bis 2), während 19 Prozent konsequent für mehr sozialstaatliche Leistungen bei höheren Steuern sind (Werte 8 bis 10).

Bei den Einstellungen in der Sozialpolitik sind die Ränder stärker besetzt als bei der Links-Rechts-Selbsteinordnung. Immerhin plädieren zusammengenommen 30 Prozent für eine konsequente Position in der einen oder anderen Richtung (Werte 0 bis 2 und 8 bis 10 auf der Skala von 0 bis 10). Dem steht allerdings eine große Mehrheit gegenüber, die eine Mittelposition vertritt.



Abbildung 11: Einstellung zu Klimaschutz vs. Wirtschaftswachstum



Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent.

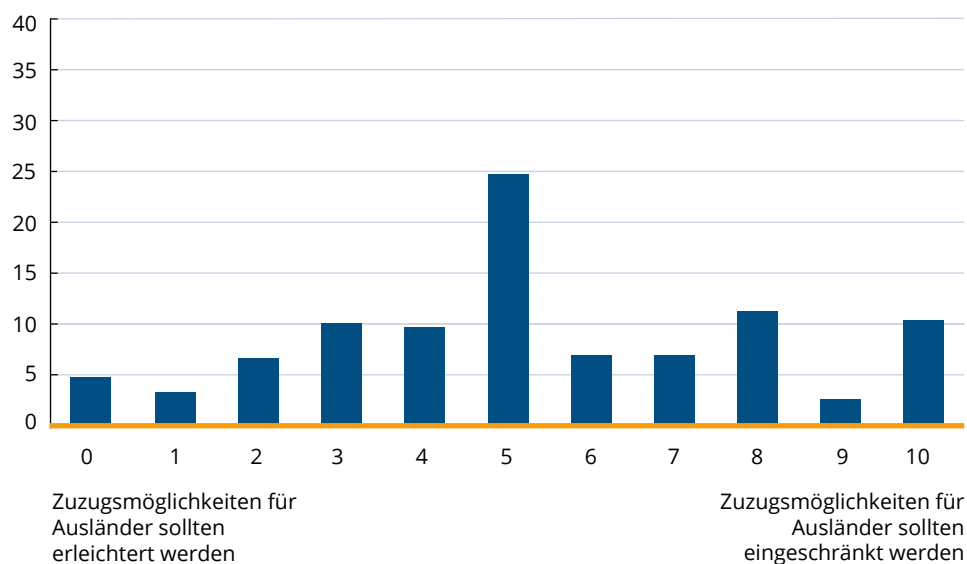
Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Manche meinen, dass die Bekämpfung des Klimawandels auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das dem Wirtschaftswachstum schadet. Andere meinen, dass das Wirtschaftswachstum auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das die Bekämpfung des Klimawandels erschwert. Wie stehen Sie dazu? Bitte sagen Sie mir das mit Hilfe einer Skala von 0 bis 10. 0 bedeutet, dass die Bekämpfung des Klimawandels Vorrang hat, auch wenn es dem Wirtschaftswachstum schadet. 10 heißt, dass Wirtschaftswachstum Vorrang hat, auch wenn es die Bekämpfung des Klimawandels erschwert. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinungen abstimmen.“

Bei der Abwägung zwischen der Bekämpfung des Klimawandels und dem Wirtschaftswachstum sind die Meinungen etwas breiter verteilt, doch auch hier entscheiden sich 21 Prozent für die mittlere Kategorie. Die mittleren fünf Kategorien (Werte 3 bis 7) werden zusammengenommen von 54 Prozent gewählt. Dabei tendieren die Menschen eher zu einer Position, die der Bekämpfung des Klimawandels einen gewissen Vorrang gibt.

Eine konsequente Position zugunsten des Wirtschaftswachstums und auf Kosten des Klimaschutzes (Werte 8 bis 10) vertreten 11 Prozent, während auf der anderen Seite die konsequente Position für den Klimaschutz auf Kosten des Wirtschaftswachstums (Werte 0 bis 2) 33 Prozent vertreten. Damit finden sich 44 Prozent jenseits der Mittelpositionen und damit deutlich mehr als bei der Haltung zur Sozialpolitik (30 Prozent).

Abbildung 12: Einstellung zu Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer



Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Manche wollen die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer erleichtern, andere wollen die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer einschränken. Wie stehen Sie dazu? Bitte sagen Sie mir das mit Hilfe einer Skala von 0 bis 10. 0 heißt, dass die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer erleichtert werden sollen. 10 heißt, dass die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer eingeschränkt werden sollen. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.“

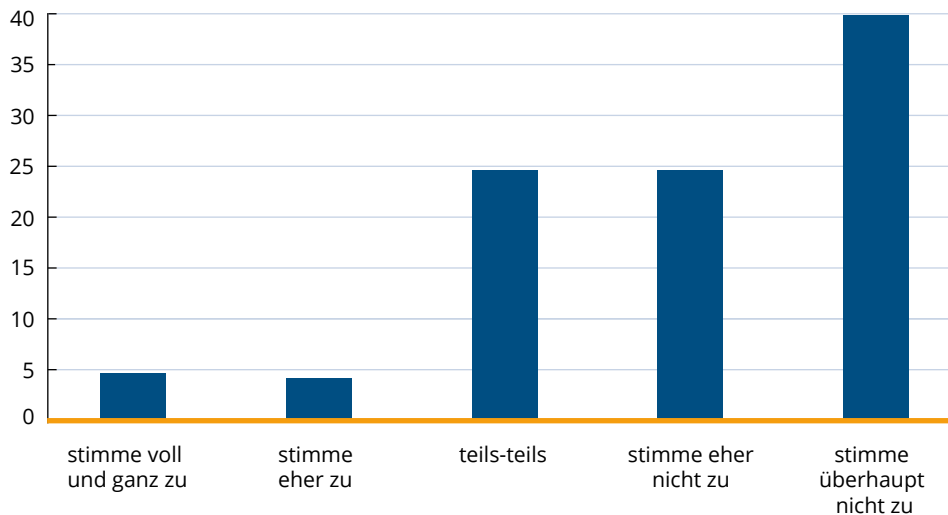
Auch bei der Regulierung von Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer gibt es eine starke Präferenz für die Mittelpositionen. 58 Prozent entfallen auf die mittleren Kategorien (Werte 3 bis 7). Die konsequente Position für eine Erleichterung der Zuzugsbedingungen für Ausländer (Werte 0 bis 2) ist mit 15 Prozent seltener gewählt worden, als die konsequente Position für eine Beschränkung der Zuzugsmöglichkeiten (Werte 8 bis 10), auf die 24 Prozent entfallen. Damit haben 39 Prozent eine Meinung, die jenseits der Mitte des Spektrums liegen. Dieser Anteil ist nur etwas niedriger als bei den Meinungen zur Klimapolitik (44 Prozent), aber deutlich höher als bei den Meinungen zur Sozialpolitik (30 Prozent).

Ein Thema, das mit Blick auf eine Polarisierung in der Bevölkerung als wenig problematisch eingeschätzt wird, ist das Verhältnis von Frauen und Männern (siehe Kapitel 4). Diese Einschätzung ist überraschend, weil Fragen der Geschlechtergerechtigkeit und des Umgangs mit Geschlechtern immer wieder heiß diskutiert werden, beispielsweise wenn es um die Einführung von Quoten geht. Zudem sind in anderen Ländern Fragen der Identität, gerade auch der geschlechtlichen Identität, eng mit Polarisierung verbunden, beispielsweise in den USA (Klein 2020, Lütjen 2020).

Für Einstellungen zum Geschlechterverhältnis steht die Bewertung einer generalisierten Aussage über die Vorlieben von Frauen im Allgemeinen bezüglich Beruf oder Kindern zur Verfügung.²²



Abbildung 13: Einstellung zur Rolle von Frauen



Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Stimmen Sie der folgenden Aussage voll und ganz zu, eher zu, teils-teils zu, eher nicht zu oder überhaupt nicht zu? Einen Beruf zu haben, ist ja ganz schön, aber das, was die meisten Frauen wirklich wollen, sind ein Heim und Kinder.“

Der Aussage „Einen Beruf zu haben, ist ja ganz schön, aber das, was die meisten Frauen wirklich wollen, sind ein Heim und Kinder“ stimmt eine deutliche Mehrheit von 64 Prozent eher oder überhaupt nicht zu, die meisten darunter lehnen die Aussage komplett ab. Weitere 25 Prozent entscheiden sich für die Antwort „teils-teils“, stimmen also auch nicht explizit zu. Es sind wenige, die der Aussage eher (4 Prozent) oder voll und ganz (5 Prozent) zustimmen. So ist das Meinungsbild recht einheitlich in dieser Frage.

Das politische Meinungsspektrum wird bei den hier betrachteten Themen von der Mitte dominiert. Dies gilt gleichermaßen für die Sozialpolitik wie für die Klima- und Migrationspolitik. Bei der Haltung zum Geschlechterverhältnis hat sich eine dominante Position entwickelt, die von im Grundsatz gleichen Interessen bei Frauen und Männern ausgeht. Jenseits der Mittelpositionen gibt es aber einen erheblichen Anteil, der sehr konsequente Positionen vertritt.

5.2 Entwicklung der Polarisierung von Meinungen

Eine zunehmende Meinungspolarisierung zeigt sich für thematische Fragen nicht als durchgängiges Muster. Auf der Links-Rechts-Skala verortet sich eine große Mehrheit in der Mitte und die Sozialpolitik wird von einer großen Mehrheit kontinuierlich abwägend beurteilt. In der Klima- und der Migrationspolitik werden ebenfalls über den Untersuchungszeitraum Mittelpositionen durchgängig stark vertreten und mit Blick auf die Einstellungen zu Geschlechterrollen gibt es eine Verschiebung hin zur recht einheitlichen Ansicht der Geschlechtergleichheit.

Neben dieser Grundtendenz gibt es einige interessante Verschiebungen. Die Selbstpositionierung am linken Rand nimmt in den letzten Jahren zu, wenn sie auch nach wie vor nur für eine Minderheit gilt. In der Klimapolitik sind beide Randpositionen stärker geworden, wobei die konsequente Position zugunsten des Klimaschutzes deutlich häufiger vertreten wird. In der Migrationspolitik ist die Tendenz einer Polarisierung am stärksten. Seit 2009 haben sich die Einstellungen weg von einer Dominanz der Einschränkung für den Zuzug von Ausländern zu einem Meinungsbild verschoben, bei dem jeweils ein Fünftel konsequent für und ein Fünftel konsequent gegen den Zuzug von Ausländern plädiert. In dieser Frage stehen sich recht große Lager mit sehr starken Haltungen gegenüber. So finden wir bei den politischen Fragen unterschiedliche Muster der Polarisierung.

Im Detail sieht es folgendermaßen aus. Für die Links-Rechts-Selbstverortung macht das Politbarometer eine Untersuchung über mehrere Jahrzehnte möglich. Dabei gibt es im Zeitverlauf einige Lücken, weil das Politbarometer nicht durchgängig die Frage gestellt hat.²³

Abbildung 14a: Extreme der Selbsteinordnung Links-Rechts-Skala im Zeitverlauf – Westdeutschland

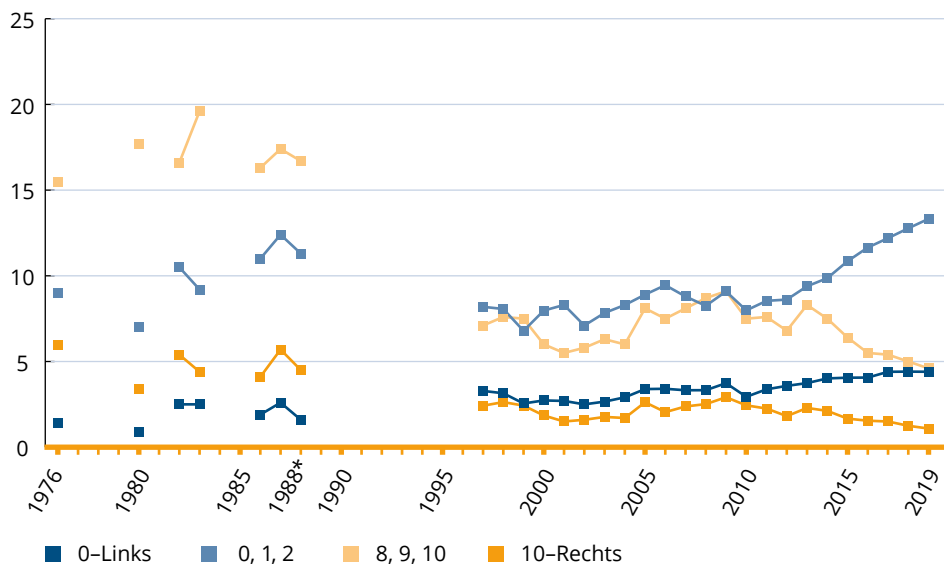
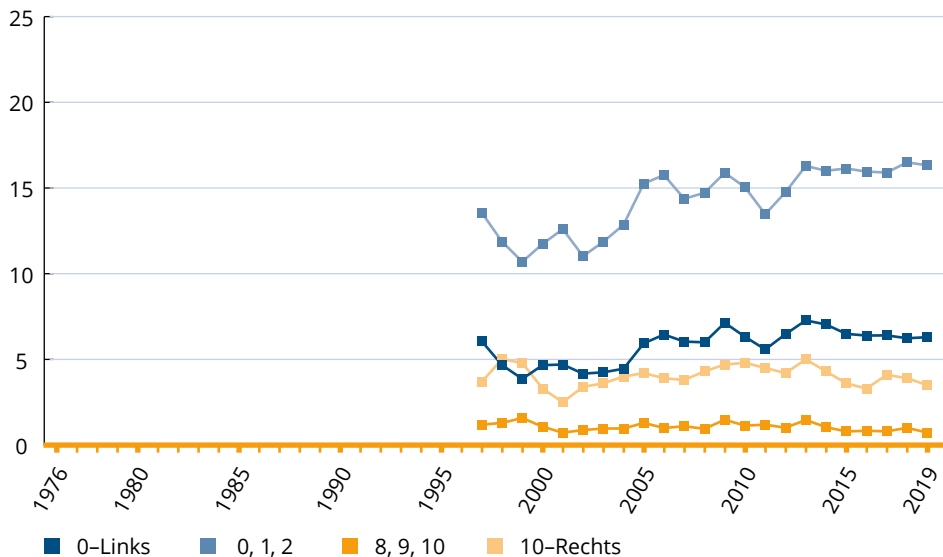




Abbildung 14b: Extreme der Selbsteinordnung Links-Rechts-Skala im Zeitverlauf – Ostdeutschland



Quelle: Politbarometer, kumulierte Jahresdaten. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent Werte 3 bis 7, „weiß nicht/keine Angabe“. * Die Zahlen für 1988 basieren nur auf den Monaten Januar und April. Die im Mai erhobenen Daten weichen deutlich ab, wobei die Ursache unklar ist. Deshalb wurden sie für diese Analyse ausgeschlossen.

Frage: „Wenn von Politik die Rede ist, hört man immer wieder die Begriffe ‚links‘ und ‚rechts‘. Wir hätten gerne von Ihnen gewusst, wo Sie sich selbst auf dieser Skala einstufen. (...) 0 bedeutet sehr links, 10 bedeutet sehr rechts. (...) Wo würden Sie sich einstufen?“ Vgl. auch Abb. 9. Die genaue Frageformulierung ist nicht immer ganz identisch und vor 2010 wird die Frage in der Regel auf einer Skala von 1 bis 11 abgefragt. Für diese Jahre wurden die Werte entsprechend umgerechnet.

Die starke Orientierung auf die Mitte der Links-Rechts-Skala zeigt sich auch im Polikbarometer über die gesamte abgedeckte Zeit seit Mitte der 1970er Jahre. In keinem der Jahre, für die Daten verfügbar sind, haben sich weniger als 70 Prozent für die mittleren fünf Kategorien entschieden (Werte 3 bis 7, nicht in der Abbildung). Das gilt gleichermaßen für Ost- und Westdeutschland.

Der Blick auf die Ränder der Verteilung ist für die Frage nach einer Polarisierung entscheidend. Tatsächlich hat sich die Neigung zu den Rändern ganz links oder ganz rechts über die Zeit verändert. Am rechten Rand des Spektrums (Werte 8 bis 10) verorteten sich bei der ersten verfügbaren Umfrage des Politbarometers 1976 in Westdeutschland 16 Prozent. Dieser Anteil erreicht seinen Höchstwert von 20 Prozent 1983 und geht bis zum Ende des Zeitraums (2019) auf 5 Prozent zurück. In Ostdeutschland sehen sich durchweg (1997–2019) deutlich weniger an der rechten Seite des Spektrums. 4 bis 5 Prozent wählen einen Wert ganz rechts (Werte 8 bis 10).

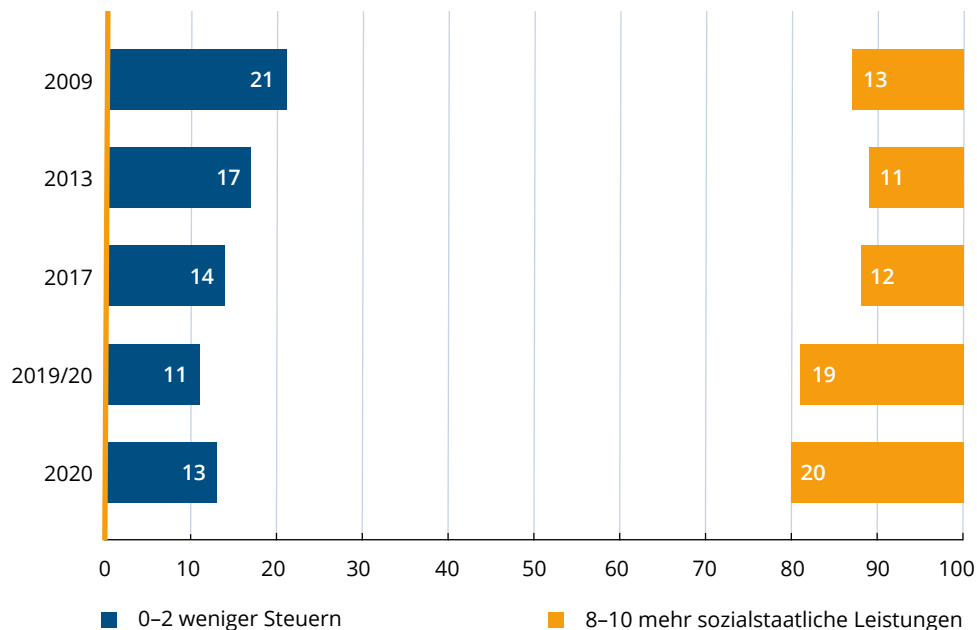
Am linken Rand des Spektrums (Werte 0 bis 2) sahen sich 1976 in Westdeutschland 9 Prozent und in den 1980er Jahren lag der Anteil zwischen 9 und 12 Prozent. Nach einem leichten Rückgang verstehen sich ab 2010 zunehmend mehr Menschen als weit links. In Ostdeutschland positionieren sich deutlich mehr Menschen ganz links (Werte 0 bis 2). Ende der 1990er Jahre waren es in Ostdeutschland 11 bis 14 Prozent (Westdeutschland 7 bis 8 Prozent), ab 2005 nimmt ihr Anteil noch einmal etwas zu.

Die Selbstverortung auf der Links-Rechts-Skala zeigt für Westdeutschland in den 1980er Jahren eine deutlich stärkere Polarisierung der Meinungen als heute. Zwischen 25 und 30 Prozent der Westdeutschen haben sich in den 1980er Jahren entweder auf den drei Werten am linken oder am rechten Rand der Skala gesehen. Dieser Anteil ist ab Ende der 1990er Jahre in Westdeutschland mit 15 Prozent deutlich geringer und bleibt bis heute auf einem niedrigeren Niveau. Ab 2013 sind es mit 17 bis 18 Prozent etwas mehr in Westdeutschland, die sich entweder am linken oder rechten Rand der Skala sehen. Dieser leichte Anstieg in der Summe von beiden Rändern des Spektrums geht zurück auf ein deutliches Wachstum am linken Rand und einen Rückgang am rechten Rand.

In Ostdeutschland ist die Polarisierung ab den späten 1990er Jahren bis heute durchgängig etwas höher als in Westdeutschland. Der Anteil von Menschen, die sich am linken oder rechten Rand des politischen Spektrums sehen, liegt ab 2004 in allen Beobachtungsjahren 2 bis 3 Prozentpunkte höher als in Westdeutschland.

Für die inhaltlichen Fragen ist der Zeitvergleich nicht in derselben Länge möglich wie bei der Links-Rechts-Einordnung. Doch es gibt zumindest aus der jüngeren Vergangenheit Vergleichsmessungen.²⁴

Abbildung 15: Einstellung zu sozialstaatlichen Leistungen vs. Steuern im Zeitverlauf – Ränder

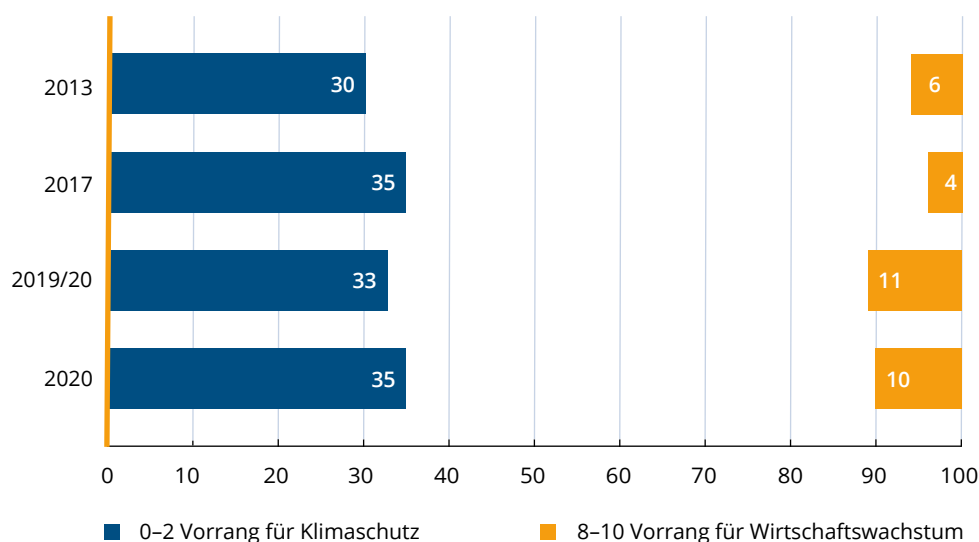


Quelle: 2009: German Longitudinal Election Study (GLES) Nachwahlbefragung 2009, ZA 5301. 2013: GLES Nachwahlbefragung 2013, ZA5702. 2017: GLES Nachwahlbefragung 2017, ZA 6801. 2019/20: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2020: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Manche wollen weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet. Andere wollen mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet. Wie stehen Sie dazu? (...) 0 heißt, weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet, 10 heißt mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet.“ Vgl. Abb. 10.

Bei der Abwägung zwischen sozialstaatlichen Leistungen und Steuern beobachten wir eine Meinungsverschiebung, aber keine Polarisierung. Die äußere Position zugunsten von mehr Sozialleistungen bei höheren Steuern und Abgaben erhält 2020 mehr Unterstützung als zehn Jahre zuvor, während die konsequente Position für geringere Steuern bei geringeren Abgaben etwas an Zustimmung verloren hat. Insgesamt verorten sich auf diesem Meinungsspektrum 2020 an den beiden Rändern zusammen 33 Prozent (Werte 0 bis 2 und 8 bis 10). 2009 waren es mit 34 Prozent genauso viele.

Abbildung 16: Einstellung zu Klimaschutz vs. Wirtschaftswachstum im Zeitverlauf – Ränder



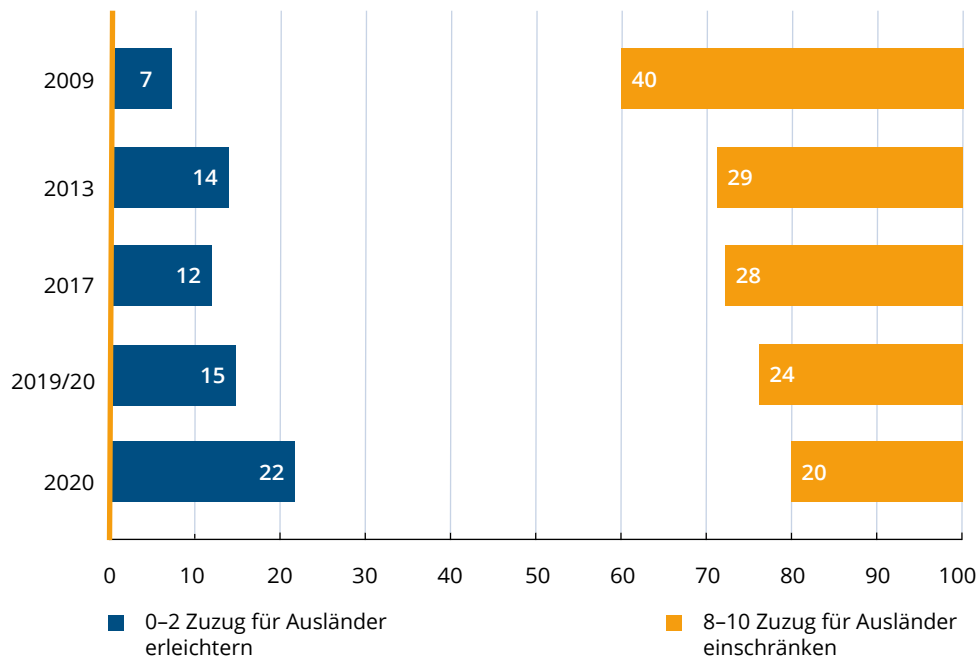
Quelle: 2013: German Longitudinal Election Study (GLES) Nachwahlbefragung 2013, ZA5702. 2017: GLES Nachwahlbefragung 2017, ZA 6801. 2019/20: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2020: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Manche meinen, dass die Bekämpfung des Klimawandels auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das dem Wirtschaftswachstum schadet. Andere meinen, dass das Wirtschaftswachstum auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das die Bekämpfung des Klimawandels erschwert. (...) 0 bedeutet, dass die Bekämpfung des Klimawandels Vorrang hat, auch wenn es dem Wirtschaftswachstum schadet. 10 heißt, dass Wirtschaftswachstum Vorrang hat, auch wenn es die Bekämpfung des Klimawandels erschwert.“
Vgl. Abb. 11.

Die recht konsequente Position zugunsten des Klimaschutzes (Werte 0 bis 2) wird über die beobachtete Zeit nur etwas häufiger vertreten. 2013 entschieden sich insgesamt 30 Prozent für einen der drei äußeren Werte zugunsten des Klimaschutzes.²⁵ 2020 liegt der Anteil mit 35 Prozent etwas höher.²⁶ Auf der anderen Seite wurde ein konsequenter Vorrang für das Wirtschaftswachstum (Werte 8 bis 10) im Jahr 2013 von 6 Prozent befürwortet. Dieser Anteil steigt 2020 auf 10 Prozent.

Die Mittelposition (Werte 3 bis 7) wird 2020 von einer Mehrheit vertreten, allerdings ist diese Mehrheit kontinuierlich kleiner geworden (nicht in der Abbildung). Die Klimapolitik ist ein zunehmend polarisierendes Thema, bei dem beide äußeren Positionen an Zustimmung gewonnen haben.²⁷

Abbildung 17: Einstellung zu Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer im Zeitverlauf – Ränder

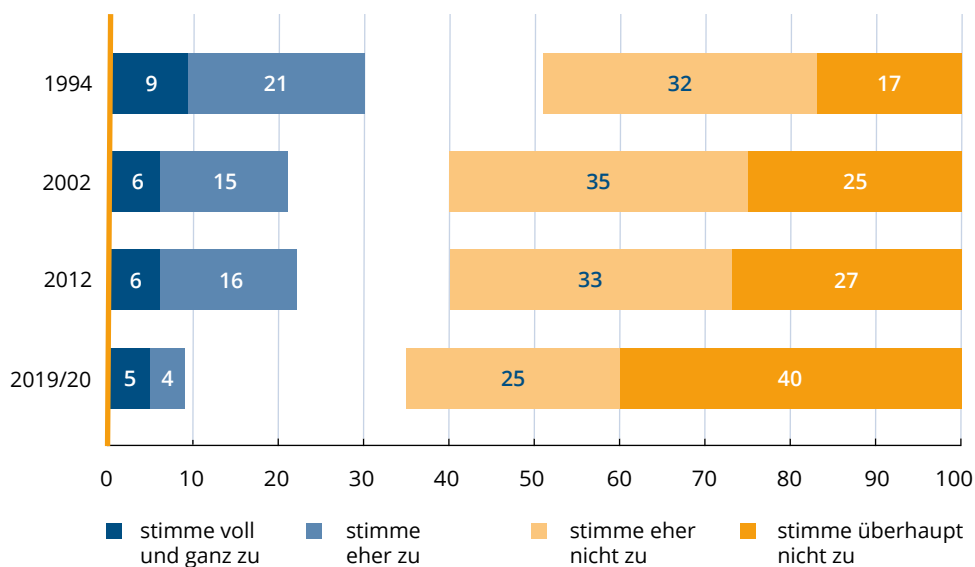


Quelle: 2009: German Longitudinal Election Study (GLES) Nachwahlbefragung 2009, ZA 5301. 2013: GLES Nachwahlbefragung 2013, ZA5702. 2017: GLES Nachwahlbefragung 2017, ZA 6801. 2019/20: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2020: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Manche wollen die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer erleichtern, andere wollen die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer einschränken. (...) 0 heißt, dass die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer erleichtert werden sollen. 10 heißt, dass die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer eingeschränkt werden sollen.“ Vgl. Abb. 12.

Bei der Haltung zu Einwanderung entwickelt sich eine etwas andere Art der Polarisierung. Die Mittelposition wird mit der Zeit etwas häufiger vertreten, allerdings sind in der Mitte weniger zu finden als bei den Einstellungen zur Sozialpolitik. Gleichzeitig gibt es seit 2009 eine sehr deutliche Verschiebung. Die starke Präferenz für eine Einschränkung der Zuzugsmöglichkeiten ist zurückgegangen bei den konsequenten Randpositionen. 2009 entschieden sich 40 Prozent konsequent für eine stärkere Einschränkung der Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer (Werte 8 bis 10). Bis 2020 ging der Anteil auf 20 Prozent zurück. Auf der anderen Seite des Meinungsspektrums waren 2009 nur 7 Prozent konsequent der Ansicht, die Zuzugsmöglichkeiten sollten erleichtert werden (Werte 0 bis 2). Dieser Anteil stieg bis 2020 auf 22 Prozent. Zwischen 2009 und 2020 ist die Randposition zur Einschränkung der Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer von einer fast majoritären Position zu einer Minderheitenposition geworden und gleichzeitig ist die konsequente Gegenposition auf eine ähnliche Stärke angewachsen.

Abbildung 18: Einstellung zur Rolle von Frauen im Zeitverlauf – Ränder



Quelle: 1994: Allgemeine Bevölkerungsumfrage (ALLBUS) 1994, ZA2400. 2002: ALLBUS 2002, ZA3700. 2012: ALLBUS 2012, ZA4614. 2019/20: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2020: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „teils-teils“, „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Stimmen Sie der folgenden Aussage voll und ganz zu, eher zu, teils-teils zu, eher nicht zu oder überhaupt nicht zu? Einen Beruf zu haben, ist ja ganz schön, aber das, was die meisten Frauen wirklich wollen, sind ein Heim und Kinder.“ Vgl. Abb. 13.

Umfragen zu Einstellungen über die Rolle von Frauen erlauben wieder einen Blick etwas weiter in die Vergangenheit. Seit 1984 hat die Ablehnung der Aussage, die meisten Frauen wollten vor allem ein Heim und Kinder, erheblich zugenommen. Gleichzeitig ging die Zustimmung deutlich zurück. Voll und ganz stimmten der Aussage bereits 1994 mit 9 Prozent nicht sehr viele zu und diese konsequente Zustimmung zur Aussage ging 2002 auf 6 Prozent zurück. Eher zugestimmt haben der Aussage 1994 allerdings 21 Prozent und auch 2002 sowie 2012 lag diese tendenzielle Zustimmung noch bei 15 bzw. 16 Prozent. In der aktuellen Umfrage von 2019/20 ist die tendenzielle Zustimmung dann auf 4 Prozent zurückgegangen. In den Einstellungen zur Rolle von Frauen wird eine Entpolarisierung sichtbar. 1994 standen sich nennenswerte Minderheiten mit entgegengesetzten konsequenten Ansichten gegenüber. Doch die konsequente Ansicht einer spezifischen Rolle von Frauen in Haushalt und Kindererziehung ist bis 2020 deutlich zugunsten einer jetzt sehr weitverbreiteten Ansicht zurückgegangen, die eine solche Bestimmung von Frauen ablehnt.

Während die Mittelpositionen sowohl bei der Links-Rechts-Skala als auch bei den inhaltlichen Fragen von einem Großteil der Bevölkerung vertreten werden, sind einzelne Polarisierungstendenzen erkennbar. Insbesondere die Klima- und Migrationspolitik erweisen sich als kontroverse, tendenziell polarisierende Themen.



- 20 Auch wenn die Unterscheidung von linken und rechten politischen Positionen bereits im Nachgang der Französischen Revolution entstanden ist und entsprechend mit Blick auf völlig andere Probleme als heute, so hat sich die Gegenüberstellung bis heute bewährt (Fuchs/Klingemann 1990; Kroh 2007; Trüdinger/Bollow 2011; Decker 2018). Auch in aktuellen Auseinandersetzungen dienen die Bezeichnungen links und rechts als verständliche Kurzformen, um Positionen zu ganz verschiedenen Themen deutlich zu machen. Gleichzeitig wird die Links-Rechts-Unterscheidung immer wieder kritisiert. Politische Programme nehmen für sich in Anspruch, weder links noch rechts zu sein (z. B. Giddens 1997; Reckwitz 2020), und manche melden Zweifel an, ob links und rechts die Unterschiede angemessen abbilden (als Überblick Decker 2018). Dabei scheint die Links-Rechts-Achse ihre Bedeutung nicht eingebüßt zu haben, auch wenn andere Konflikte, insbesondere eine Gegenüberstellung von kultureller Integration und transnationaler Öffnung einerseits und kultureller Abgrenzung mit nationaler Schließung andererseits (Hutter 2014; Kriesi u. a. 2006), sich konträr darstellen. Bei dieser Konfliktlinie stehen sich nicht die Positionen zu sozialer Ungleichheit gegenüber, wie primär bei der Unterscheidung von links und rechts, sondern Haltungen zu Migration und transnationaler Integration, beispielsweise in der Europäischen Union.
- 21 Die Selbstverortung auf der Links-Rechts-Skala ist in Ost- und Westdeutschland sehr ähnlich, allerdings wollen sich in Ostdeutschland 7 Prozent dazu nicht äußern, während es in Westdeutschland nur 2 Prozent sind.
- 22 Diese Aussage wurde bereits in länger zurückliegenden Umfragen bewertet, sodass hier ein Zeitvergleich möglich ist. Siehe dazu die weitere Darstellung. Heute aktuellere Diskussionen wie zum Beispiel die Debatte über ein drittes Geschlecht oder die Verwendung einer Gender-sensiblen Sprache hätte einen solchen Zeitvergleich nicht erlaubt.
- 23 Das Antwortmuster im Politbarometer unterscheidet sich etwas von dem Muster in den Umfragen der Konrad-Adenauer-Stiftung (vgl. auch Pokorny 2020: 28 ff.). Ursache dafür dürften die etwas unterschiedlichen Vorgehensweisen in den Befragungen sein. Die Umfragen der Konrad-Adenauer-Stiftung arbeiten mit größeren Fallzahlen für eine einzelne Umfrage, die über einen längeren Zeitraum und mit zahlreichen Kontaktversuchen bei den Telefoninterviews erhoben werden. Das Politbarometer hat einen deutlich kürzeren Erhebungszeitraum für die Einzelstudien und damit auch weniger Kontaktversuche. Es gibt weitere Aspekte (Thema der Umfrage, Länge und Ähnliches), die ebenfalls zu Unterschieden beitragen können, ohne dass geklärt werden kann, in welcher Weise die Ergebnisse dadurch verändert sind. Für einen Zeitvergleich ist allerdings vor allem wichtig, dass sich all diese Einflüsse nicht grundsätzlich über die Zeit verändert haben und damit keinen Einfluss auf die Veränderungen haben.
- 24 Die Zahlen für 2009, 2013 und 2017 stammen von der German Longitudinal Election Study, die jeweils unmittelbar nach der Bundestagswahl die Umfragen durchgeführt hat. Die Bundestagswahl und der davorliegende Wahlkampf können also durchaus die Einstellungen beeinflusst haben. Dies gilt für alle drei Umfragen, wobei im Wahlkampf jeweils unterschiedliche Themen im Vordergrund standen.
- 25 Für die Abwägung zwischen Klimaschutz und Wirtschaftswachstum liegen für 2009 keine Daten vor.
- 26 Eine deutlichere Verschiebung findet zum äußersten Wert auf der Antwortskala statt (nicht in der Abbildung). 2013 und 2017 entschieden sich 8 Prozent für die konsequenteste Position zugunsten des Klimaschutzes, 2020 sind es 20 Prozent.
- 27 Dabei ist zu bedenken, dass die eingeschätzte Wichtigkeit des Themas deutlich zugenommen hat. In der zweiten Jahreshälfte 2019, also unmittelbar vor der Corona-Pandemie, gaben zwischen 35 und 59 Prozent der Bevölkerung Umwelt/Klima als eines der beiden wichtigsten politischen Themen an. 2017 waren es zwischen 3 und 13 Prozent, 2013 waren es zwischen 4 und 12 Prozent (Quelle: GESIS – Politbarometer).



Polarisierte Parteianhängerschaften

Eine geringe bis mäßige Polarisierung in der Gesamtbevölkerung kann einzelne sehr deutliche Polarisierungen von Parteianhängerschaften überdecken. In einem Mehrparteiensystem wie dem deutschen gilt dies potenziell für kleinere Parteien, es ist aber für alle Parteien denkbar.

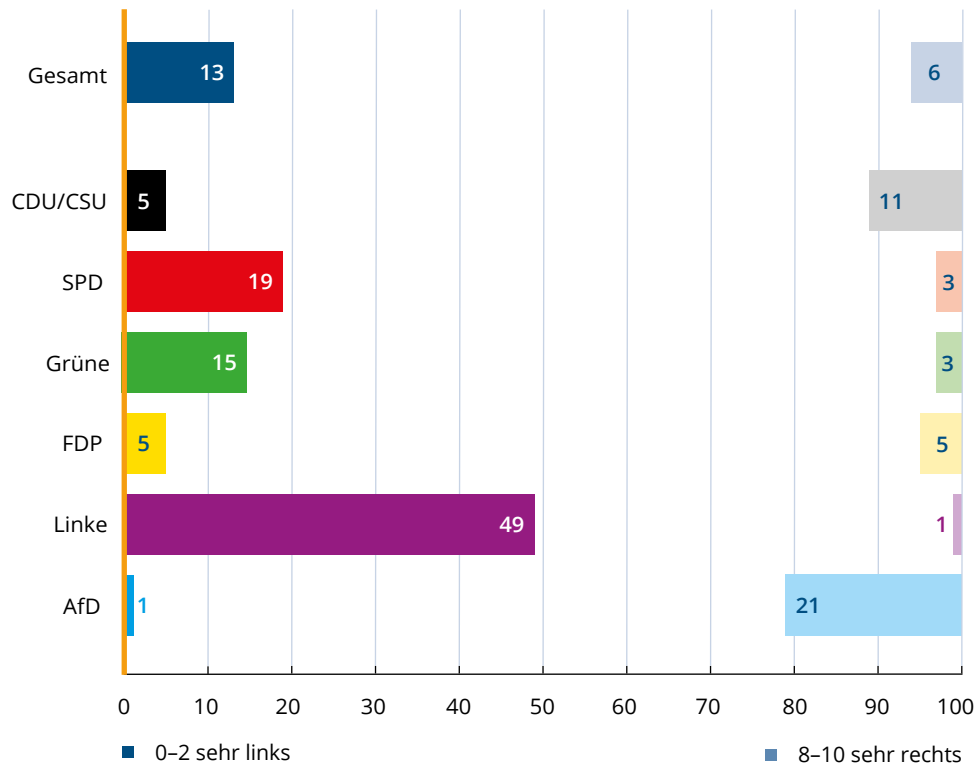
In welchem Maße sich die Parteianhängerschaften in ihren politischen Meinungen unterscheiden und wie sich diese Meinungsunterschiede entwickelt haben, wird im Folgenden diskutiert.

6.1 Meinungsunterschiede in Parteianhängerschaften

Bei der Links-Rechts-Skala und allen hier diskutierten inhaltlichen Fragen gibt es große Überschneidungen bei den Parteianhängerschaften. Meist tendieren die Parteianhängerschaften zu Mittelpositionen. Jenseits dieses Überschneidungsbereichs finden wir ein durchgängiges Muster. Bei den inhaltlichen Fragen positionieren sich die Anhängerschaften von Linken und Grünen tendenziell auf der einen Seite, die Anhängerschaft der AfD überwiegend auf der anderen Seite. Die Anhängerinnen und Anhänger von CDU/CSU, SPD und FDP sind dagegen zwischen diesen Polen zu finden. Deutlich ist dies auf der Links-Rechts-Skala (nur die Linke und die AfD) und bei der Klimapolitik, am stärksten ist der Kontrast aber bei der Migrationspolitik.

Doch nun der Reihe nach. Auf der Links-Rechts-Skala hat die Selbsteinstufung der Wählerinnen und Wähler fast aller Parteien eine starke Tendenz zur Mitte. Die konsequenten Randpositionen werden bei CDU/CSU, SPD, Grünen und FDP nur von wenigen gewählt, bei Grünen und SPD kommt der linke Rand etwas häufiger vor.

Abbildung 19: Links-Rechts-Selbsteinordnung nach Parteianhängerschaft – Ränder



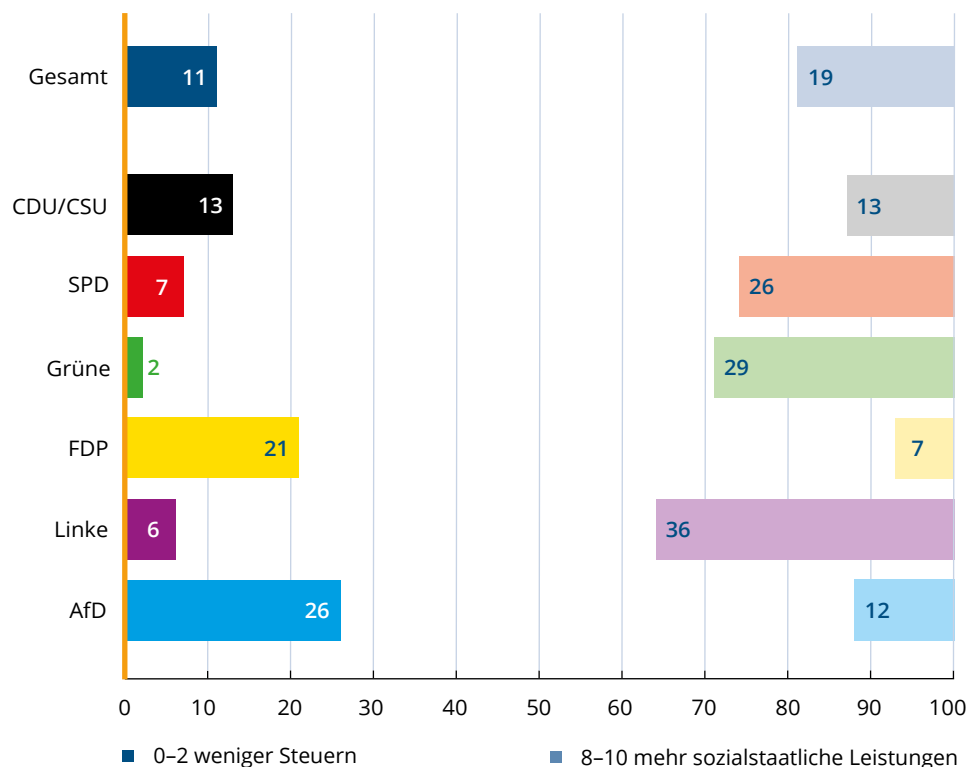
Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent.
Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Wenn von Politik die Rede ist, hört man immer wieder die Begriffe ‚links‘ und ‚rechts‘. Wir hätten gerne von Ihnen gewusst, ob Sie sich selbst eher links oder eher rechts einstufen. (...) 0 bedeutet ‚sehr links‘, 10 bedeutet ‚sehr rechts‘. (...) Wo würden Sie sich einstufen?“
Vgl. Abb. 9.

Anders ist es bei der Linkspartei und der AfD. Unter den Anhängerinnen und Anhängern der Linkspartei ordnet sich mit 49 Prozent fast die Hälfte am linken Rand ein (Werte 0 bis 2). Doch gleichzeitig überschneidet sich die Selbsteinordnung vieler Linkspartei-Anhängerinnen und -Anhänger mit der Selbsteinordnung der Anhängerschaften von SPD und Grünen. Ganz ähnlich sieht es auf der anderen Seite bei der AfD-Anhängerschaft aus, die sich am häufigsten für die Werte rechts der Mitte entscheidet. Am rechten Rand (Werte 8 bis 10) sehen sich 21 Prozent der Wählerinnen und Wähler der AfD, doch viele von ihnen ordnen sich auch im mittleren Bereich ein, wo auch die Wählerinnen und Wähler anderer Parteien zu finden sind.

Der Blick auf die Links-Rechts-Selbstverortung nach Parteianhängerschaft kann gleichwohl das Ausmaß der Polarisierung unterschätzen. Aufgrund der thematischen Breite der Links-Rechts-Unterscheidung können unterschiedliche politische Positionen mit den Polen und der Mitte verbunden werden. Die Betrachtung der Positionen zu politischen Inhalten, insbesondere im Vergleich zur aktuellen Situation, kann diese Schwäche zumindest partiell ausgleichen.

Abbildung 20: Einstellung zu sozialstaatlichen Leistungen vs. Steuern nach Parteianhängerchaft – Ränder



Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent.

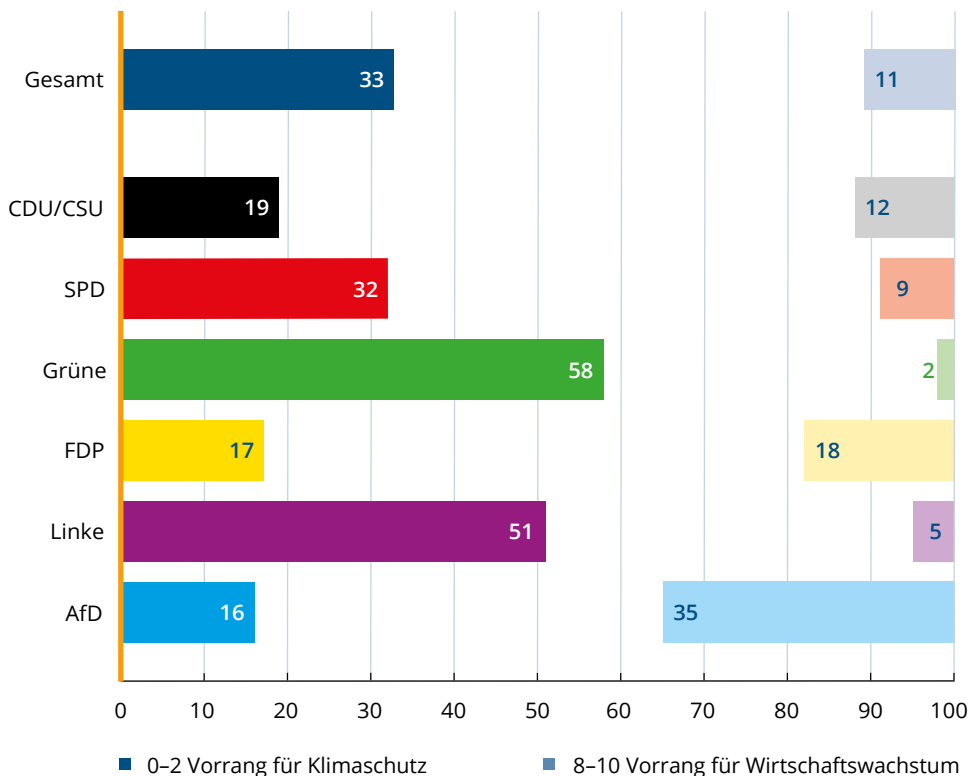
Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Manche wollen weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet. Andere wollen mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet. Wie stehen Sie dazu? (...) 0 heißt weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet, 10 heißt mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet.“ Vgl. Abb. 10.

Bei der Abwägung zwischen sozialstaatlichen Leistungen und Steuerbelastung, formuliert als eine Änderung der momentanen Situation, entscheidet sich in allen Parteianhängerchaften die Mehrheit für mittlere Positionen (Werte 3 bis 7). Stark in Richtung der Ränder (Werte 0 bis 2 bzw. 8 bis 10) tendiert bei keiner Partei deutlich mehr als ein Drittel. Die Partei mit dem größten Anteil der Anhängerschaft nahe an einem Rand des Meinungsspektrums ist die Linke. 36 Prozent von allen, die die Linke unterstützen, sind konsequent für mehr sozialstaatliche Abgaben und mehr Steuern (Werte 0 bis 2). In der Anhängerschaft der Grünen sind es 29 Prozent und bei der SPD 26 Prozent. Auf der anderen Seite unterstützen 26 Prozent unter den Anhängerinnen und Anhängern der AfD konsequent weniger Steuern bei geringeren sozialstaatlichen Leistungen. Bei der FDP sind es 21 Prozent. Ausgeglichen in dieser Frage ist die Anhängerschaft der CDU/CSU mit jeweils 13 Prozent bei beiden konsequenten Positionen.

Am weitesten voneinander entfernt sind in der Sozialpolitik die Anhängerschaften von Linke und Grünen auf der einen und AfD auf der anderen Seite, wobei es trotz dieser Entfernung Überschneidungen in den Positionen der Anhängerschaften gibt.

Abbildung 21: Einstellung zu Klimaschutz vs. Wirtschaftswachstum nach Parteianhängerschaft – Ränder



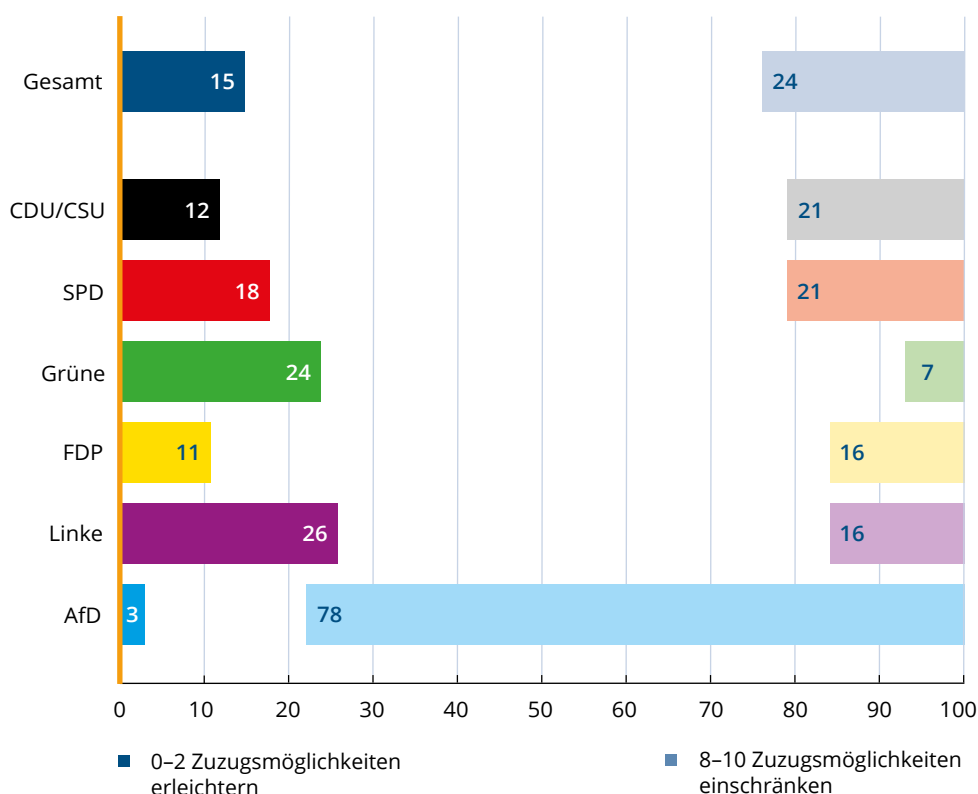
Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Manche meinen, dass die Bekämpfung des Klimawandels auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das dem Wirtschaftswachstum schadet. Andere meinen, dass das Wirtschaftswachstum auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das die Bekämpfung des Klimawandels erschwert. Wie stehen Sie dazu? (...) 0 bedeutet, dass die Bekämpfung des Klimawandels Vorrang hat, auch wenn es dem Wirtschaftswachstum schadet. 10 heißt, dass Wirtschaftswachstum Vorrang hat, auch wenn es die Bekämpfung des Klimawandels erschwert.“ Vgl. Abb. 11.

Bei der Abwägung zwischen Klimaschutz und Wirtschaftswachstum sind die Unterschiede schon deutlicher. Wiederum entscheiden sich in dieser Frage viele für die Mittelkategorie, insbesondere in der Anhängerschaft der CDU/CSU, FDP und AfD. Dazu sind aber insbesondere bei der Linken, den Grünen und der AfD konsequentere Randpositionen stark besetzt. So plädieren 58 Prozent in der Anhängerschaft der Grünen und 51 Prozent in jener der Linken konsequent für Klimaschutz, auch auf Kosten des Wirtschaftswachstums (Werte 0 bis 2). Bei der SPD liegt der Anteil bei 32 Prozent, während es bei FDP und AfD 16 bzw. 17 Prozent sind. Auf der anderen Seite wollen 35 Prozent der AfD-Anhängerinnen

und Anhänger konsequent Wirtschaftswachstum, auch auf Kosten des Klimaschutzes (Werte 8 bis 10). In der Anhängerschaft der FDP vertreten diese Position mit 18 Prozent gerade einmal etwa halb so viele. Damit liegen auch in der Klimapolitik die Anhängerschaften der Linken und Grünen einerseits und der AfD andererseits am weitesten auseinander.

Abbildung 22: Einstellung zu Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer nach Parteianhängerschaft – Ränder



Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

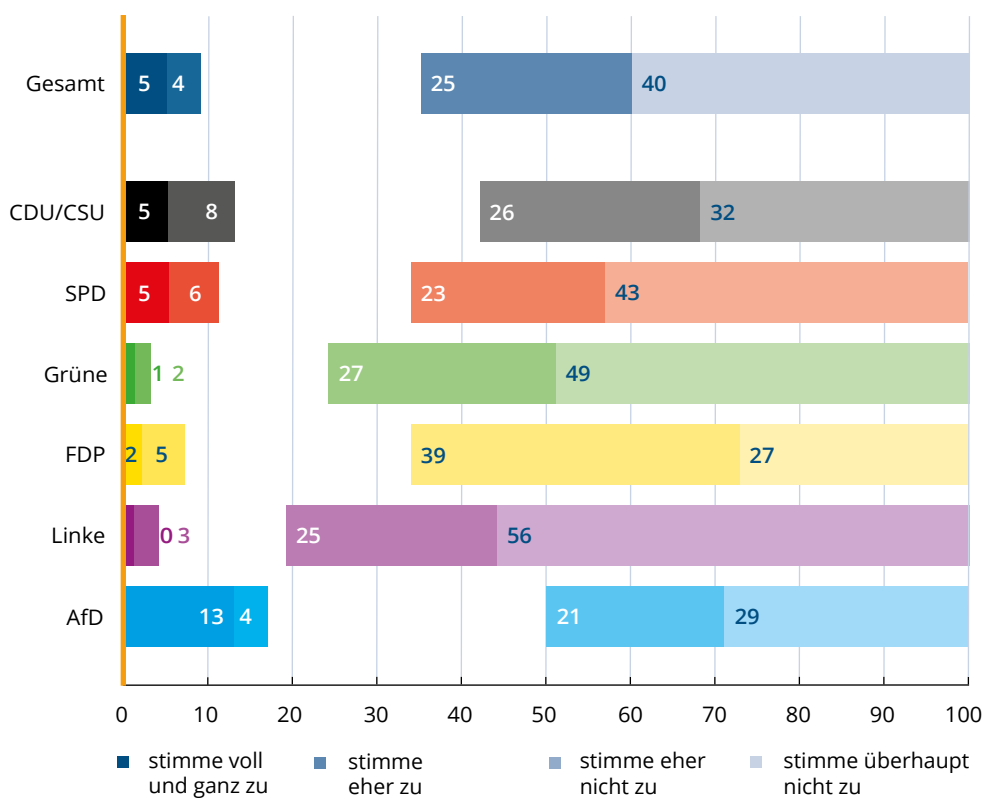
Frage: „Manche wollen die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer erleichtern, andere wollen die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer einschränken. Wie stehen Sie dazu? (...) 0 heißt, dass die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer erleichtert werden sollen. 10 heißt, dass die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer eingeschränkt werden sollen.“ Vgl. Abb. 12.

Die Migration ist das Thema, bei dem die Meinungen am stärksten auseinandergehen. Auch bei diesem Thema entscheiden sich bei allen Parteien mit Ausnahme der AfD die meisten für mittlere Positionen. Bei den Positionen an den Rändern gibt es aber erhebliche Unterschiede. Konsequenterweise die Einschränkung von Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer (Werte 8 bis 10) favorisieren 78 Prozent der AfD-Wählerinnen und -Wähler.²⁸ Von den Anhängerschaften der CDU/CSU und der SPD äußern jeweils 21 Prozent diese konsequente Position. FDP und Linke haben mit jeweils 16 Prozent etwas geringere Anteile mit dieser Meinung in ihrer Anhängerschaft, bei den Grünen sind es mit 7 Prozent noch

einmal deutlich weniger. Auf der anderen Seite wollen 26 Prozent der Linke-Anhängerinnen und -Anhänger konsequent die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer erleichtern, bei den Grünen sind es 24 Prozent und bei der SPD 18 Prozent. In der AfD-Anhängerschaft haben nur 3 Prozent diese Ansicht.

Die Migrationspolitik weist die größten Unterschiede bei den Einstellungen der Parteianhängerschaften auf. Dabei stehen wiederum große Teile der Anhängerschaften von Linken und Grünen großen Teilen der Anhängerschaft der AfD gegenüber.

Abbildung 23: Einstellung zur Rolle von Frauen nach Parteianhängerschaft – Ränder



Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „teils-teils“, „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Stimmen Sie der folgenden Aussage voll und ganz zu, eher zu, teils-teils zu, eher nicht zu oder überhaupt nicht zu? Einen Beruf zu haben, ist ja ganz schön, aber das, was die meisten Frauen wirklich wollen, sind ein Heim und Kinder.“ Vgl. Abb. 13.

In allen Parteianhängerschaften lehnt mindestens die Hälfte die Aussage ab, Frauen würden vor allem ein Heim und Kinder anstreben. Zustimmung kommt dagegen selten vor. Allerdings unterscheidet sich sowohl der Grad der Ablehnung als auch die Größe der zustimmenden Minderheit. In der Linke-Anhängerschaft ist die Ablehnung mit 81 Prozent am größten, gefolgt von der Grünen-Anhängerschaft mit 76 Prozent (stimme eher nicht zu und stimme überhaupt nicht zu). Bei beiden ist die Zustimmung mit 3 Prozent sehr klein. Die Zustimmung ist auf der anderen

Seite in der Anhängerschaft der AfD am stärksten. 17 Prozent der AfD-Anhängerinnen und Anhänger stimmen der Aussage zu. Gleichzeitig ist die Ablehnung unter ihnen mit 50 Prozent zwar sehr groß, aber im Vergleich der Parteianhängerschaften ist dies die geringste Ablehnung.

Es würde wohl zu weit gehen, angesichts der großen Überschneidungen von einer deutlichen Polarisierung der Parteianhängerschaften zu sprechen. Der Ausgangspunkt einer Polarisierung zwischen der AfD auf der einen Seite sowie der Linken und den Grünen auf der anderen Seite wird allerdings sichtbar. Wird zudem eine Tendenz der Befragten unterstellt, die jeweils eigene Position als mittig anzusehen, während die Ansichten der anderen eher den Rändern oder Extremen zugerechnet werden, dann wäre die hier sichtbare Polarisierung zwischen Teilen der Anhängerschaften von AfD einerseits und Linke sowie Grünen andererseits eher eine Unterschätzung der Unterschiede.

6.2 Veränderungen der Meinungsunterschiede zwischen Parteianhängerschaften

Um den Prozess der Polarisierung abzuschätzen, ist ein Blick in die Vergangenheit nötig. Die Abstände in der Links-Rechts-Selbsteinstufung der Parteianhängerschaften ist auch im historischen Vergleich groß, wobei es zumindest in Westdeutschland in den 1980er Jahren ähnlich große Unterschiede bei einem kleineren Parteienspektrum gab. Dieser Unterschied dürfte allerdings schwerer gewogen haben, weil die damals am Rand stehende CDU/CSU in der Regierung war. Während sich die Unterschiede in den Einstellungen der Parteianhängerschaften in der Sozialpolitik zwischen 2009 und 2020 nicht wesentlich verändert haben, sind die Abstände in der Klima- und der Migrationspolitik bis 2019 größer geworden, haben sich in der Pandemie aber wieder etwas verringert.

Abbildung 24a: Links-Rechts-Selbsteinstufung nach Parteianhängerschaft im Zeitverlauf – Westdeutschland

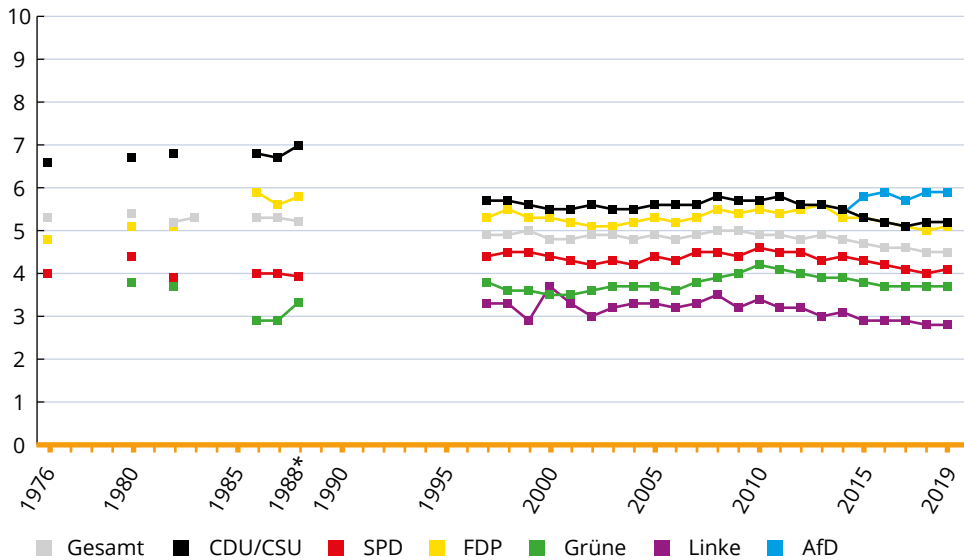
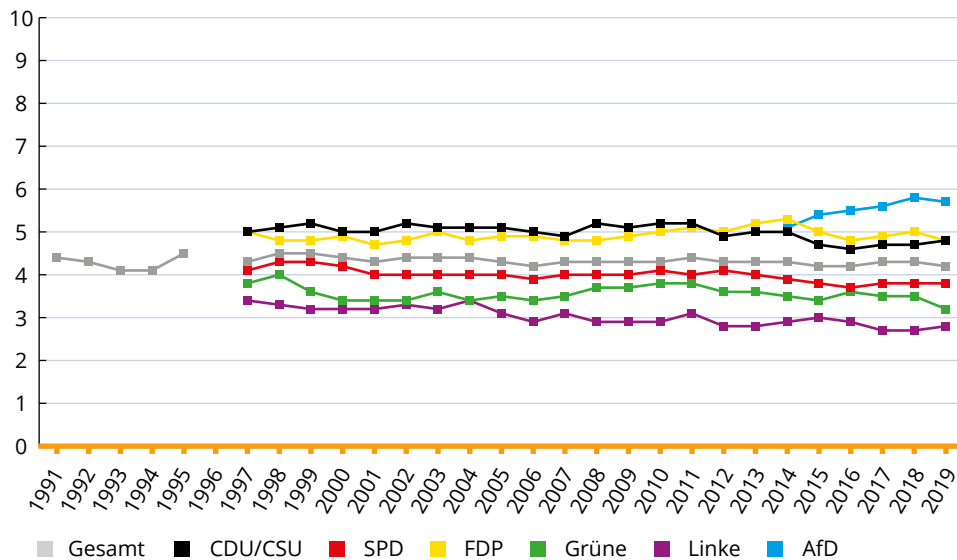


Abbildung 24b: Links-Rechts-Selbsteinstufung nach Parteianhängerschaft im Zeitverlauf – Ostdeutschland



Quelle: Politbarometer, kumulierte Jahresdaten. * 1988 ohne Daten für Mai. Siehe Erläuterung unter Abbildung 14b.

Frage: „Wenn von Politik die Rede ist, hört man immer wieder die Begriffe ‚links‘ und ‚rechts‘. (...) Stellen Sie sich dazu bitte noch einmal ein Thermometer vor, das diesmal aber nur von 0 bis 10 geht. 0 bedeutet sehr links, 10 bedeutet sehr rechts. (...) Wo würden Sie sich einstufen?“ Vgl. Abb. 9.

In Westdeutschland hat sich die Selbsteinordnung auf der Links-Rechts-Skala als Mittelwert der Parteienanhängerschaften in den letzten Jahrzehnten zunächst deutlich angenähert, bevor sie sich in den letzten Jahren wieder auseinanderentwickelt hat. 1976, dem ersten Jahr, für das Daten verfügbar sind, lagen auf der Links-Rechts-Skala zwischen der Wählerschaft der SPD, die am weitesten links stand, und der Union, die am weitesten rechts stand, 2,6 Punkte. Dieser Abstand vergrößerte sich in den 1980er Jahren mit dem Auftauchen der Grünen. Den größten Abstand in dieser Zeit gab es 1986, dem Jahr des Tschernobyl-Unfalls und der Proteste der Neuen Sozialen Bewegungen, mit 3,9 Skaleneinheiten zwischen den Grünen und der Union.²⁹

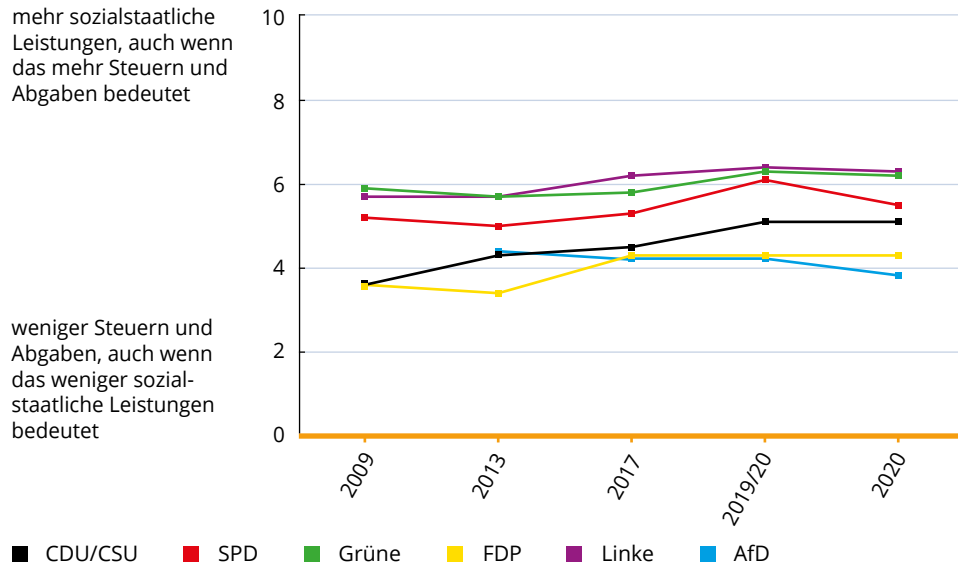
In den Folgejahren ging der Abstand auf der Links-Rechts-Skala zwischen den Wählerschaften der Parteien kontinuierlich zurück. Zwischen 1997 und 2014, als die AfD hinzu kam, lag der Unterschied in der Regel etwas über 2 Skaleneinheiten. Ab 2015 nimmt dann der Unterschied wieder zu und wächst auf 3,1 Punkte. Damit ist die Spanne in Westdeutschland zwischen AfD und Linkspartei heute etwas geringer als die Spanne zwischen Union und Grünen Mitte der 1980er Jahre, die Unterschiede in der durchschnittlichen Selbstverortung zwischen den Parteien sind aber deutlich größer als vor dem Aufkommen der AfD.

In Ostdeutschland ist der Abstand zwischen den Wählerinnen und Wählern von Linkspartei und Union in den 1990er und 2000er Jahren etwas geringer als in Westdeutschland. Die Spanne vergrößert sich etwas später als in Westdeutschland. Während 2015 der Unterschied zwischen den Anhängerinnen und Anhängern von Linkspartei und AfD in Westdeutschland 2,9 Punkte auf der Links-Rechts-Skala beträgt, sind es in Ostdeutschland 2,4 Punkte. Auch 2016 ist der Unterschied in Ostdeutschland geringer (West: 3,0 Skaleneinheiten, Ost: 2,6 Skaleneinheiten). Grund dafür ist die mittigere Einordnung von AfD-Wählenden in Ostdeutschland. Ab 2017 gibt es aber keinen nennenswerten Ost-West-Unterschied mehr.

Die Links-Rechts-Selbsteinordnung der Parteienanhängerschaften zeigt eine zunehmende Polarisierung ab 2015 in Westdeutschland und ab 2017 in Ostdeutschland. Historisch ist dieser Unterschied nicht einmalig, doch man muss weit zurückblicken in eine sehr konfliktreiche Zeit in Westdeutschland, um eine ähnlich starke Polarisierung zu finden.

Für die konkretere Frage nach der Entscheidung zwischen mehr Sozialleistungen und weniger Steuern reichen die verfügbaren Umfragen nicht so weit zurück. Möglich ist aber auch ein Vergleich über die letzten zehn Jahre.

Abbildung 25: Einstellung zu sozialstaatlichen Leistungen vs. Steuern nach Parteianhängerschaft im Zeitverlauf



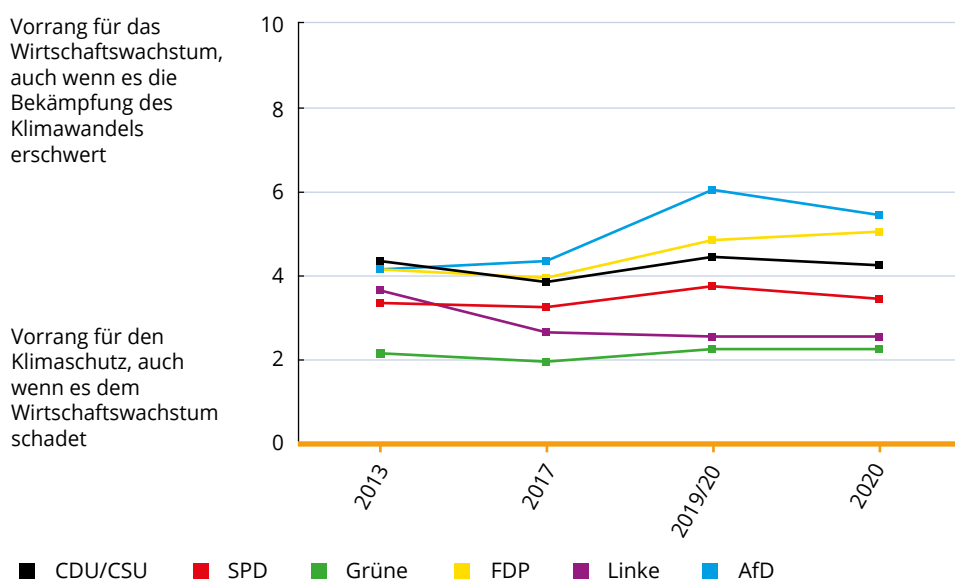
Quelle: 2009: German Longitudinal Election Study (GLES) Nachwahlbefragung 2009, ZA 5301. 2013: GLES Nachwahlbefragung 2013, ZA 5702. 2017: GLES Nachwahlbefragung 2017, ZA 6801. 2019/20: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2020: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Manche wollen weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet. Andere wollen mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet. Wie stehen Sie dazu? (...) 0 heißt, weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet, 10 heißt mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet.“ Vgl. Abb. 10.

Von 2009 bis 2020 haben die Wählerschaften fast aller Parteien ihre Haltung zu sozialstaatlichen Leistungen und Steuern kaum verändert, wobei es eine leichte Tendenz hin zu mehr Steuern bei mehr sozialstaatlichen Leistungen gibt. Unter den Anhängerinnen und Anhängern der CDU/CSU ist diese Tendenz am deutlichsten, während die Veränderungen bei den Anhängerschaften der anderen Parteien nur gering sind. Die Anhängerschaft der AfD geht dagegen den umgekehrten Weg und ist im Durchschnitt 2020 etwas mehr für weniger Steuern bei weniger sozialstaatlichen Leistungen, als dies 2013 der Fall war.

Eine zunehmende Polarisierung ist für diesen Zeitraum bei der Abwägung zwischen Steuern und sozialstaatlichen Leistungen nicht erkennbar. Die äußersten beiden Parteianhängerschaften liegen 2009 auf der Skala 2,3 Punkte auseinander, 2017 und 2019/20 geht der Abstand auf 2,1 Skaleneinheiten zurück und liegt 2020 bei 2,5 Skaleneinheiten. Die Veränderungen sind eher gering.

Abbildung 26: Einstellung zu Klimaschutz vs. Wirtschaftswachstum nach Parteianhängerschaft im Zeitverlauf



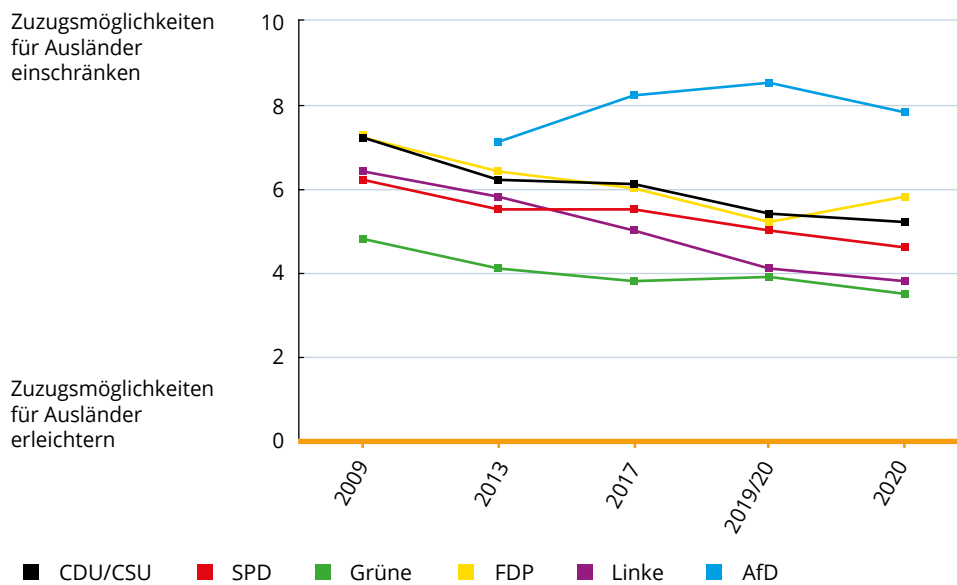
Quelle: 2013: German Longitudinal Election Study (GLES) Nachwahlbefragung 2013, ZA 5702. 2017: GLES Nachwahlbefragung 2017, ZA 6801. 2019/20: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2020: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“. Frage: „Manche meinen, dass die Bekämpfung des Klimawandels auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das dem Wirtschaftswachstum schadet. Andere meinen, dass das Wirtschaftswachstum auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das die Bekämpfung des Klimawandels erschwert. Wie stehen Sie dazu? (...) 0 bedeutet, dass die Bekämpfung des Klimawandels Vorrang hat, auch wenn es dem Wirtschaftswachstum schadet. 10 heißt, dass Wirtschaftswachstum Vorrang hat, auch wenn es die Bekämpfung des Klimawandels erschwert.“ Vgl. Abb. 11.

Die Einstellung zum Klimaschutz in Konkurrenz zum Wirtschaftswachstum wird erst seit 2013 erhoben. Doch auch in diesem kürzeren Untersuchungszeitraum gibt es nennenswerte Verschiebungen. Die Anhängerinnen und Anhänger der Linken haben sich im Durchschnitt hin zu einer Präferenz für Klimaschutz auf Kosten des Wirtschaftswachstums bewegt. Die Anhängerschaft der FDP ging im Durchschnitt in die umgekehrte Richtung. Die deutlichste Veränderung gibt es bei den Anhängerinnen und Anhängern der AfD. Sie haben sich zwischen 2013 und 2020 von einer tendenziellen Befürwortung von Klimaschutz auf Kosten von Wirtschaftswachstum hin zu einem Vorrang für das Wirtschaftswachstum bewegt.

In der Frage des Klimaschutzes in Konkurrenz zum Wirtschaftswachstum haben sich die Anhängerinnen und Anhänger verschiedener Parteien auseinanderbewegt. 2013 betrug der Abstand zwischen den beiden am weitesten voneinander entfernten Parteien, der Union und den Grünen, 2,2 Skaleneinheiten. Der maximale Abstand zwischen den Parteien nahm zu und war 2019/20 mit 3,8 Skaleneinheiten am größten, nun zwischen AfD

und Grünen. 2020 ist der Abstand in der Corona-Pandemie mit 3,2 Skalenpunkten wieder etwas zurückgegangen, wobei weiterhin die AfD auf der einen und die Grünen, nun fast gemeinsam mit der Linken, den anderen Pol besetzen. Parallel dazu hat das Klimathema für die Menschen an Bedeutung gewonnen, was dieser Polarisierung besondere Brisanz verleiht.

Abbildung 27: Einstellung zu Zugangsmöglichkeiten für Ausländer nach Parteianhängerschaft im Zeitverlauf



Quelle: 2009: German Longitudinal Election Study (GLES) Nachwahlbefragung 2009, ZA 5301. 2013: GLES Nachwahlbefragung 2013, ZA 5702. 2017: GLES Nachwahlbefragung 2017, ZA 6801. 2019/20: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2020: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

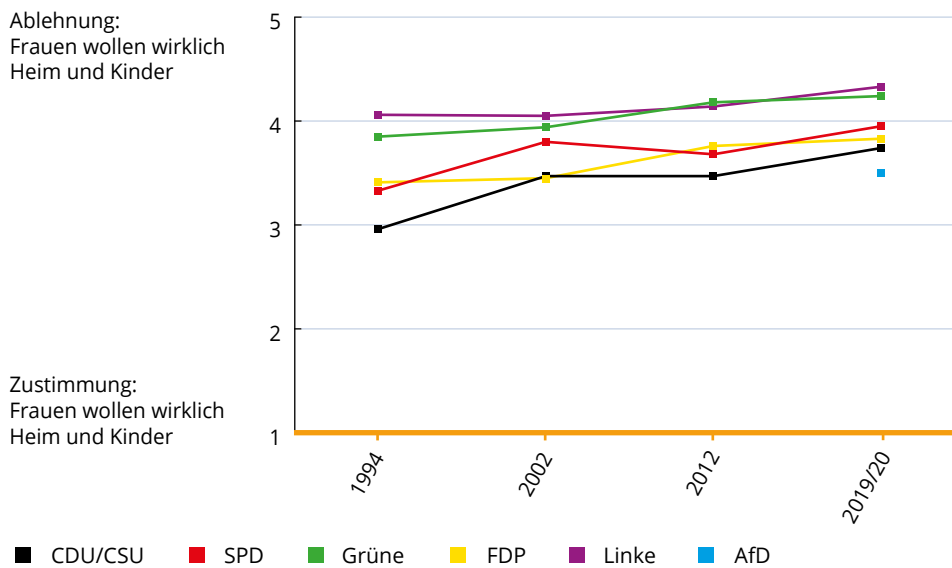
Frage: „Manche wollen die Zugangsmöglichkeiten für Ausländer erleichtern, andere wollen die Zugangsmöglichkeiten für Ausländer einschränken. Wie stehen Sie dazu? (...) 0 heißt, dass die Zugangsmöglichkeiten für Ausländer erleichtert werden sollen. 10 heißt, dass die Zugangsmöglichkeiten für Ausländer eingeschränkt werden sollen.“ Vgl. Abb. 12.

Eine ähnliche Verschiebung gab es in Hinblick auf den Umgang mit Migration. Zwischen 2009 und 2020 haben sich fast alle Parteianhängerschaften von einer Position der tendenziellen Einschränkung von Zugangsmöglichkeiten hin zur Erleichterung von Zugangsmöglichkeiten bzw. einer Mittelposition bewegt. Die Verschiebung ist bei den Anhängerinnen und Anhängern der Grünen, die 2009 der Mittelposition am nächsten waren, mit 1,3 Skalenpunkten hin zu einer für Zuwanderung offeneren Politik noch am geringsten. Bei der FDP (1,5 Skalenpunkte), der SPD (1,7 Skalenpunkte) und der Union (2,0 Skalenpunkte) ist die Veränderung in dieselbe Richtung etwas größer. Die stärkste Veränderung betrifft wiederum die Anhängerschaft der Linken, bei der sich der Durchschnitt um 2,6 Skalenpunkte verschoben hat.

Die Anhängerschaft der AfD bildet die Ausnahme. Als 2013 die AfD hinzukommt, ist ihre Anhängerschaft im Durchschnitt am stärksten für eine Beschränkung der Zuwanderung. Diese Haltung in der Anhängerschaft verschiebt sich 2017 noch stärker in Richtung einer Einschränkung, um 2020 der Mitte wieder etwas näherzukommen.

Die Unterschiedlichkeit zwischen den Parteianhängerschaften hat für die Positionen zum Umgang mit Migration deutlich zugenommen. 2009 lag der Unterschied zwischen den beiden am weitesten auseinanderliegenden Parteianhängerschaften (Grüne und CDU/CSU bzw. FDP) bei 2,4 Skalenpunkten. 2013 ist dieser Unterschied auf 3,0 und 2017 auf 4,5 Skalenpunkte angewachsen und bleibt 2019 auf diesem Niveau (4,4 Skalenpunkte). Während der Corona-Pandemie 2020 nimmt der Abstand wieder etwas ab auf 3,9 Skalenpunkte, liegt damit aber immer noch deutlich über dem anfänglichen Unterschied im Jahr 2009 von 2,4 Skalenpunkten. Wiederum ist der Abstand zwischen den Anhängerschaften der AfD auf der einen und jenen der Grünen sowie der Linken auf der anderen Seite am größten. Der Abstand zwischen den durchschnittlichen Positionen der Parteianhängerschaften ist damit in der Migrationsfrage noch größer als in der Klimafrage.

Abbildung 28: Einstellung zur Rolle von Frauen nach Parteianhängerschaft im Zeitverlauf



Quelle: 1994: Allgemeine Bevölkerungsumfrage (ALLBUS) 1994, ZA2400. 2002: ALLBUS 2002, ZA3700. 2012: ALLBUS 2012, ZA4614. 2019/20: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2020: Umfrage 1018 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Stimmen Sie der folgenden Aussage voll und ganz zu, eher zu, teils-teils zu, eher nicht zu oder überhaupt nicht zu? Einen Beruf zu haben, ist ja ganz schön, aber das, was die meisten Frauen wirklich wollen, sind ein Heim und Kinder.“ Vgl. Abb. 13.

Die Einschätzung zum Lebensziel von Frauen wurde auf einer anderen Skala gemessen. Möglich waren Antworten von „stimme voll und ganz zu“ (1) bis „stimme gar nicht zu“ (5). In den Parteianhängerschaften bewegen sich die durchschnittlichen Antworten

zwischen der mittleren Antwort „teils-teils“ und der Ablehnung der Aussage. Zwischen 1994 und 2019 haben sich alle Parteianhängerschaften in Richtung einer stärkeren Ablehnung der Aussage bewegt. Die Veränderung bei der Linken bzw. PDS ist mit 0,27 Skalenpunkten am geringsten. Bei den Grünen und der FDP sind die Verschiebungen mit 0,39 bzw. 0,42 Skalenpunkten in Richtung stärkerer Ablehnung nur etwas größer. Bei der Anhängerschaft der SPD hat die Ablehnung um 0,62 Skalenpunkte zugenommen, bei den Anhängerinnen und Anhängern der CDU/CSU um 0,78 Skalenpunkte.³⁰ Für die AfD liegt nur ein Messzeitpunkt vor.

Die Spanne zwischen den beiden am weitesten auseinanderliegenden Parteianhängerschaften liegt 1994 bei 1,1 Skalenpunkten. 2002 ist der Unterschied auf 0,6 Skalenpunkte gesunken, nimmt dann aber wieder leicht auf 0,8 Skalenpunkte zu.

Die Links-Rechts-Skala erlaubt für Westdeutschland eine Einordnung des Polarisierungsgrades von Parteianhängerschaften über einen langen Zeitraum. Auch in den konfliktreichen 1980er Jahren gab es einen großen Unterschied zwischen den Anhängerinnen und Anhängern von CDU/CSU einerseits und Grünen andererseits. Allerdings war der Unterschied in den folgenden Jahrzehnten deutlich geringer und erst in den letzten Jahren hat die Polarisierung der Parteianhängerschaften wieder zugenommen, nun zwischen Grünen und Linken auf der einen sowie AfD auf der anderen Seite. Dies wird auch in den konkreteren Fragen sichtbar, insbesondere in der Klima- und Migrationspolitik.

-
- 28 46 Prozent der AfD-Anhängerschaft verorten ihre Meinung auf der ganz äußeren Position zur Einschränkung von Zugangsmöglichkeiten (Wert 10), während sich bei den anderen Parteien maximal 7 Prozent für diese Meinung entscheiden (ohne Abbildung).
 - 29 Als Neue Soziale Bewegungen (im Sinne eines Eigennamens) werden die Protestbewegungen zwischen den späten 1960er bis in die 1980er Jahre in Westdeutschland und Westeuropa sowie Nordamerika bezeichnet. Am stärksten waren die Anti-Atomkraft-Bewegung, die Friedensbewegung, die Frauenbewegung und die Naturschutz- bzw. Umweltbewegung. Zwischen diesen thematischen Bewegungen und mit weiteren gab es umfangreiche Verflechtungen, die eine gemeinsame Bezeichnung als Neue Soziale Bewegungen rechtfertigt (Rucht 1994: 153; Roth und Rucht 1987).
 - 30 Ein Vergleich dieser Veränderungen mit den zuvor diskutierten Fragen über sozialpolitische Leistungen, Klimaschutz oder Migration ist nicht möglich, weil diese Frage mit einer anderen Antwortskala erhoben wurde. Um einen Vergleich über die Zeit zu ermöglichen, war es notwendig, die Skala den in der Vergangenheit gestellten Fragen anzupassen.



Polarisierte Lager

Unterschiedliche inhaltliche Positionen von Parteien und deren Wählerinnen und Wählern legen nahe, von distanzierenden, vielleicht auch einander unversöhnlich gegenüberstehenden Parteien und Parteianhängerschaften auszugehen. Dies ist allerdings nicht zwingend. Zum einen stehen Parteien in der Regel für eine Vielzahl von Themen. In einem Thema kann ich einer Partei nahestehen, während ich bei einem anderen Thema die Positionen einer anderen Partei teile. Zudem ist es möglich, sich in einer kontroversen politischen Frage für eine Position zu entscheiden, dabei aber gleichzeitig gute Gründe für eine andere Position zu sehen. Eine Position zu beziehen, kann bedeuten, die Gegenposition abzulehnen. Zwingend ist dies aber nicht.

In welchem Maße sich polarisierte politische Lager in Deutschland gebildet haben, soll in drei Perspektiven untersucht werden. Die erste Perspektive richtet sich auf die Wahrnehmung der Parteien und wie stark sie sich in ihren Positionen in den Augen der Wahlberechtigten unterscheiden. Als zweites geht der Blick auf die Wahlentscheidung. Hier müssen sich die Wahlberechtigten bei der entscheidenden Zweitstimme für eine Partei entscheiden. Doch nicht selten favorisieren die Menschen nicht nur eine Partei, sondern könnten sich auch die Wahl einer weiteren Partei vorstellen (vgl. zum Beispiel Neu 2021a: 8 ff., Neu/Pokorny 2021: 53 ff.). In welchem Maße sich bei der Wahlentscheidung und der alternativen Wahlentscheidung Lager bilden, ist die zweite Perspektive auf politische Lagerbildung.

Eine dritte Perspektive der politischen Lagerbildung richtet sich auf die Sympathie und Ablehnung der Parteien. Die Sympathie für eine Partei muss nicht zwingend mit der Ablehnung konkurrierender Parteien einhergehen. Erst wenn nicht nur die Partei oder Parteien der eigenen Seite gemocht und geschätzt werden, sondern zusätzlich die Parteien der anderen Seite abgelehnt werden, liegt eine politische Lagerbildung vor. Die Kombination der Vorliebe für eine Partei und der Ablehnung einer anderen Partei ist der dritte Blick auf politische Lagerbildung. Dabei steht bereits bei den inhaltlichen Positionen der sichtbare Gegensatz zwischen Linker und Grünen einerseits und der AfD andererseits im Fokus.

In welchem Maße die Pandemie die Polarisierung zwischen politischen Lagern verändert hat, wird am Ende des Kapitels betrachtet.

7.1 Unterschiedlichkeit der Parteien

Wie ähnlich oder unterschiedlich die verschiedenen Parteien einzuschätzen sind, ist abhängig von der Gewichtung der Themen. Die Links-Rechts-Unterscheidung kann noch einmal helfen, einen Vergleich der Parteien in grundlegenden Fragen zu ermöglichen. In Ost- und Westdeutschland hat in den letzten Jahren die Unterschiedlichkeit, vor allem der Parteien am Rand, deutlich zugenommen. Die wahrgenommenen Unterschiede, insbesondere zwischen AfD und Linker, sind in den letzten Jahren größer geworden. Eine ähnliche Spannbreite der Parteien auf der Links-Rechts-Skala gab es

in Westdeutschland in den 1980er Jahren, wobei die Unterschiedlichkeit heute noch etwas größer ist.

Im Politbarometer wurde über längere Zeit erhoben, wo die Befragten die Parteien auf der Links-Rechts-Skala einordnen.³¹ Damit lässt sich erkennen, wie unterschiedlich die Parteien aus Sicht der Wahlberechtigten sind.

Abbildung 29a: Links-Rechts-Einordnung der Parteien – Westdeutschland

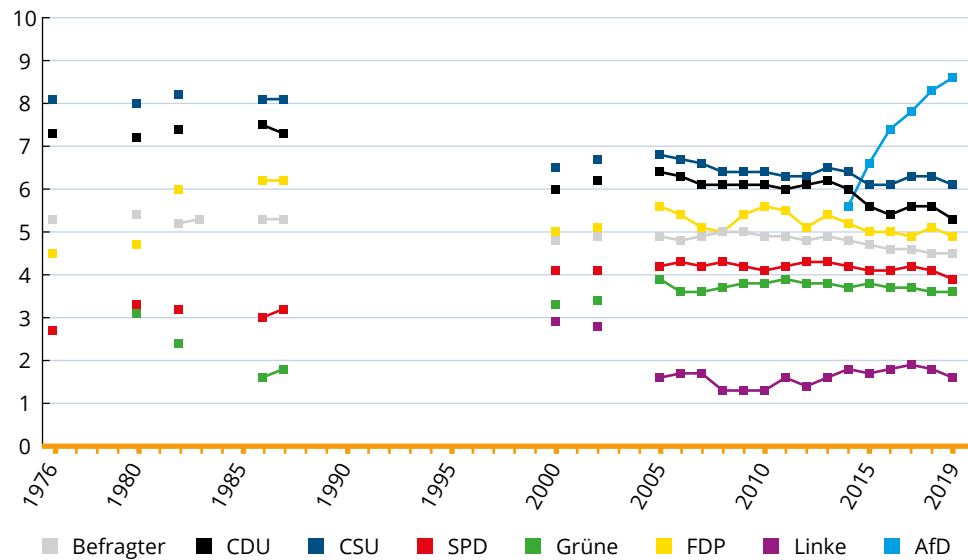
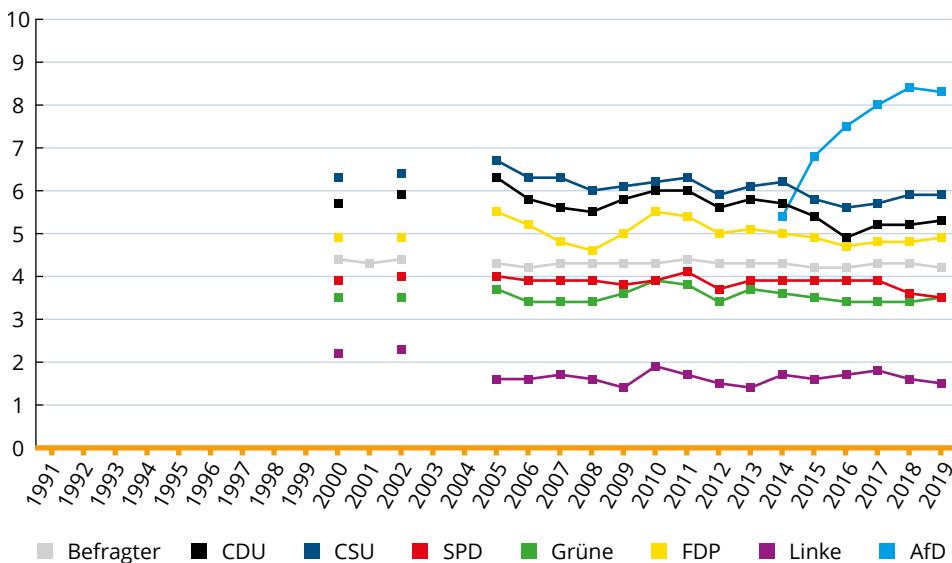


Abbildung 29b: Links-Rechts-Einordnung der Parteien – Ostdeutschland



Quelle: Politbarometer, kumulierte Jahresdaten.

Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt einige Parteien und hätte gerne von Ihnen gewusst, ob Sie diese Parteien eher links oder eher rechts einstufen. Sagen Sie es mir bitte wieder mit dem Thermometer von 0 bis 10. 0 bedeutet sehr links, 10 bedeutet sehr rechts.“

In Westdeutschland reichen erste Messungen bis in die 1970er Jahre. Die Entwicklung zeigt eine deutliche Annäherung der Parteien über die Jahrzehnte. Zwischen den beiden 1976 am weitesten auseinanderliegenden Parteien, der CSU und der SPD, lagen damals 5,4 Skalenpunkte auf der Skala von 0 (ganz links) bis 10 (ganz rechts). Dieser Abstand verringert sich mit der Zeit, wobei sich beide Parteien der Mitte annähern. 2012 beträgt der Abstand nur noch 2,0 Skalenpunkte, auch 2015 und 2016 liegt dieser kleinste Abstand zwischen der SPD und der CSU.

Allerdings machen die neu hinzukommenden Parteien das Spektrum breiter. Die Grünen und später die Linke erweitern die Spannweite der Parteienverteilung nach links und ab 2015 die AfD nach rechts.

Einen sehr großen Unterschied zwischen den beiden entferntesten Parteien gab es nach Einschätzung der Wahlberechtigten in Westdeutschland 1986 mit 6,5 Skalenpunkten zwischen der CSU und den Grünen. Es ist das Jahr, in dem sich die Wählerinnen und Wähler von CSU und Grünen auch selbst am unterschiedlichsten einschätzten (vgl. Abbildung 24a). Übertroffen wird dieser Abstand allerdings im aktuellsten Jahr, für das Daten verfügbar sind. Ab 2015 vergrößert sich in Westdeutschland der Abstand zwischen den beiden äußersten Parteien schrittweise und hat 2018 das Niveau von 1986 wieder erreicht. 2019 wird der Abstand in der Einschätzung der Wahlberechtigten noch einmal deutlich größer und liegt nun bei 7,0 Skalenpunkten. Erweitert wird der Abstand im Urteil der Wahlberechtigten durch die Bewegung der AfD nach rechts, aber auch der Linkspartei nach links.

In Ostdeutschland werden die Parteien ganz ähnlich auf der Links-Rechts-Skala verortet. Der Unterschied zwischen Linkspartei und AfD ist nach Ansicht der Bevölkerung ein wenig geringer und wird für 2019 bei 6,8 Skalenpunkten gesehen. Auch dies ist der größte Abstand zwischen den beiden Parteien im Erhebungszeitraum ab dem Jahr 2000. Allerdings war dieser maximale Abstand nach Ansicht der Ostdeutschen bereits 2018 erreicht.

Im Urteil der Wahlberechtigten haben sich die Parteien in den letzten Jahren und Jahrzehnten im Zentrum angenähert, aber an den Rändern unterscheiden sich die Parteien heute stärker als im gesamten Zeitraum, für den Daten verfügbar sind. Wahlentscheidungen fallen demnach in einem Parteienspektrum, das nach Ansicht der Wahlberechtigten heute besonders divers, besonders polarisiert ist.

7.2 Wahlentscheidung und alternative Wahlentscheidung

Bei einer Wahl müssen sich die Menschen für eine Partei entscheiden. Hinter dieser Entscheidung können aber sehr unterschiedliche Haltungen zum Parteienspektrum stehen. So kann für eine Person nur eine Partei infrage kommen und allen anderen Parteien begegnet diese Person mit tiefer Abneigung. Bei einer anderen Person kann sich die Sympathie auf zwei oder mehr als ähnlich angesehene Parteien beziehen und die übrigen Parteien kommen nicht infrage. Statt Parteien stünden sich möglicherweise Parteilager gegenüber. Schließlich könnten die Sympathien auf eine oder mehrere Parteien bezogen sein, die Einstellung zu den anderen oder den meisten anderen Parteien ist aber auch eher wohlwollend. Von einer Polarisierung wäre dann keine Rede. Die Suche nach polarisierten Lagern erfordert also gerade in einem Mehrparteiensystem unterschiedliche Blickwinkel.



Bei der Wahlentscheidung wägen die Wahlberechtigten zwischen unterschiedlichsten Parteien ab. Bei der präferierten Wahl und der auch noch denkbaren Alternative finden sich alle Kombinationen. Jenseits der Entscheidung, sich nur eine einzelne Partei vorstellen zu können, gibt es ein breites Spektrum von Kombinationen ohne klares Muster, was gegen polarisierte Parteienlager spricht. Auch die grundsätzliche Abkehr von Parteien, die in den letzten fünf Jahren gewählt wurden, ist eher selten, was ebenfalls gegen den Trend einer Polarisierung spricht. Allerdings ist die grundsätzliche Abkehr von den Parteien an den Polen der Polarisierung, also bei Grünen, Linken und der AfD, seltener als bei den anderen Parteien. Außerdem wenden sich Wahlberechtigte, die von einer vormals gewählten Partei enttäuscht sind, häufiger diesen Parteien zu, die sich an den Polen gegenüberstehen. Dies spricht wiederum eher für einen Trend zur Polarisierung.

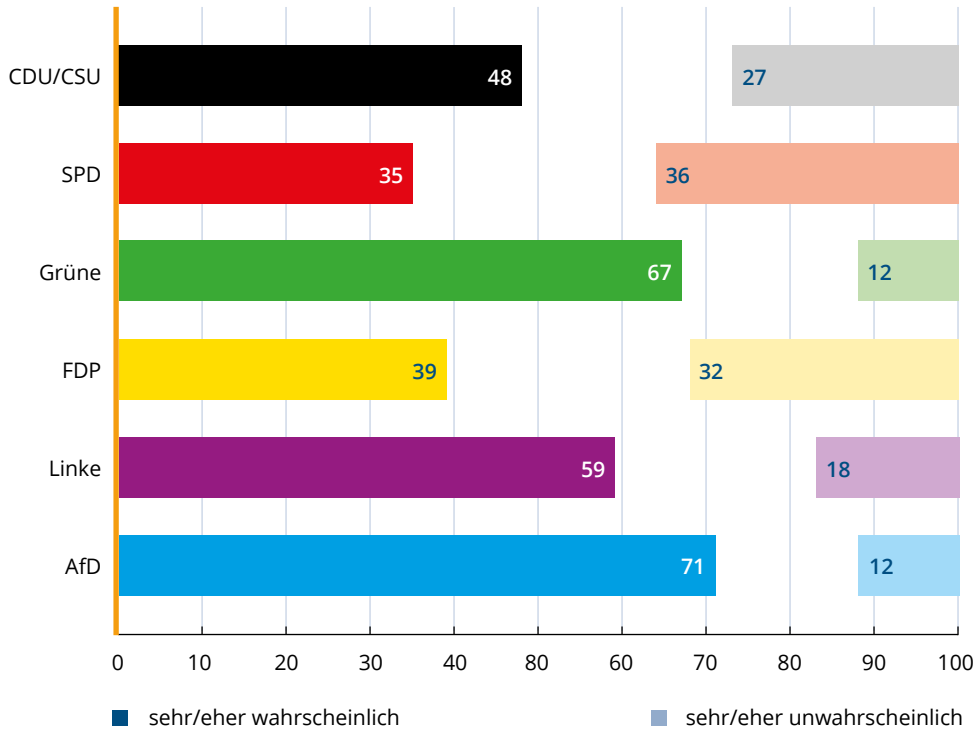
Im Detail sehen die Ergebnisse folgendermaßen aus. Neben einer Entscheidung für eine Partei bei einer angenommenen Bundestagswahl am nächsten Sonntag (Sonntagsfrage) wurde zusätzlich erhoben, ob sich die Befragten auch die Wahl einer anderen Partei vorstellen könnten. Eine Mehrheit der Wahlberechtigten, die sich bei der Sonntagsfrage für eine Partei entschieden haben, kann sich auch die Wahl einer anderen Partei vorstellen. Dabei finden sich in der Befragung ausnahmslos alle möglichen Kombinationen der im Bundestag vertretenen Parteien. Diese große Vielfalt ist ein erster Hinweis, der gegen eine ausgeprägte Lagerbildung spricht.

Zwischen den am häufigsten genannten Parteien CDU/CSU, Grüne und SPD gibt es große Überschneidungen. Eine aufgespaltene Wählerschaft müsste anders aussehen.

Die Angaben für die tatsächlichen Wahlentscheidungen der letzten fünf Jahre bei Bundestags- und Landtagswahlen ergeben ein etwas einheitlicheres, aber ähnliches Bild (ohne Abbildung). 62 Prozent geben an, in den vergangenen fünf Jahren nur eine Partei gewählt zu haben. Dies dürfte die tatsächliche Wechselbereitschaft deutlich unterschätzen.³² Bei den Kombinationen ist die Wahl von SPD und Grünen am häufigsten, kommt aber mit 7 Prozent nicht übermäßig häufig vor. Jeweils 3 Prozent geben an, CDU und Grüne, CDU und FDP oder CDU und SPD gewählt zu haben. Dazu finden sich eine ganze Reihe weiterer Kombinationen unter den Nennungen. Auch im vergangenen Wahlverhalten, so wie es berichtet wird, finden sich vielfältige Überschneidungen zwischen den Parteien.

Allerdings kann die Wahl unterschiedlicher Parteien in einem Zeitraum von fünf Jahren auch die Abkehr von einer Partei hin zu einer anderen dokumentieren, gegebenenfalls auch eine Polarisierung. Tatsächlich sind solche Abkehrbewegungen zu beobachten. Zu jeder Partei, die in der Vergangenheit eine Stimme erhalten hat, sollte die Wahrscheinlichkeit einer erneuten Wahl angegeben werden. Die Frage richtete sich entsprechend nicht an alle, sondern nur an ehemalige Wählerinnen und Wähler der jeweiligen Partei.

Abbildung 30: Wahrscheinlichkeit, eine früher gewählte Partei wieder zu wählen



Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „teils-teils“, „weiß nicht/keine Angabe“. Für Befragte in Bayern geht die Wahrscheinlichkeit einer Wahl der CSU ein, für Befragte außerhalb Bayerns geht die Wahrscheinlichkeit einer Wahl der CDU ein.

Frage: „Wenn Sie jetzt einmal an die letzten fünf Jahre denken: Welche Partei oder Parteien haben Sie in den letzten fünf Jahren gewählt – egal ob bei Bundestagswahlen, bei Landtags-, Europa- oder Kommunalwahlen? Gemeint ist die Zweitstimme, also die Stimme, die über die Stärke der Parteien im Parlament entscheidet, und nicht die Stimme, die Sie für den Kandidaten einer Partei abgegeben haben.“ (Zuordnung zu den Balken, mehrere Antworten möglich). „Wie wahrscheinlich ist es, dass Sie [nacheinander für jede Partei laut Vorgängerfrage] bei der nächsten Wahl Ihre Stimme geben – egal ob bei der Bundestagswahl oder bei einer Landtagswahl?“ (Verteilung innerhalb der Balken).

Lesebeispiel für den ersten Balken, linke Zahl: Von allen, die in den letzten fünf Jahren nach eigener Angabe die CDU/CSU gewählt haben, halten es 48 Prozent für sehr oder eher wahrscheinlich, auch in Zukunft die CDU/CSU zu wählen. Dabei hat eine Person zu jeder Partei, die sie oder er in den letzten fünf Jahren gewählt hat, diese Einschätzung abgegeben.



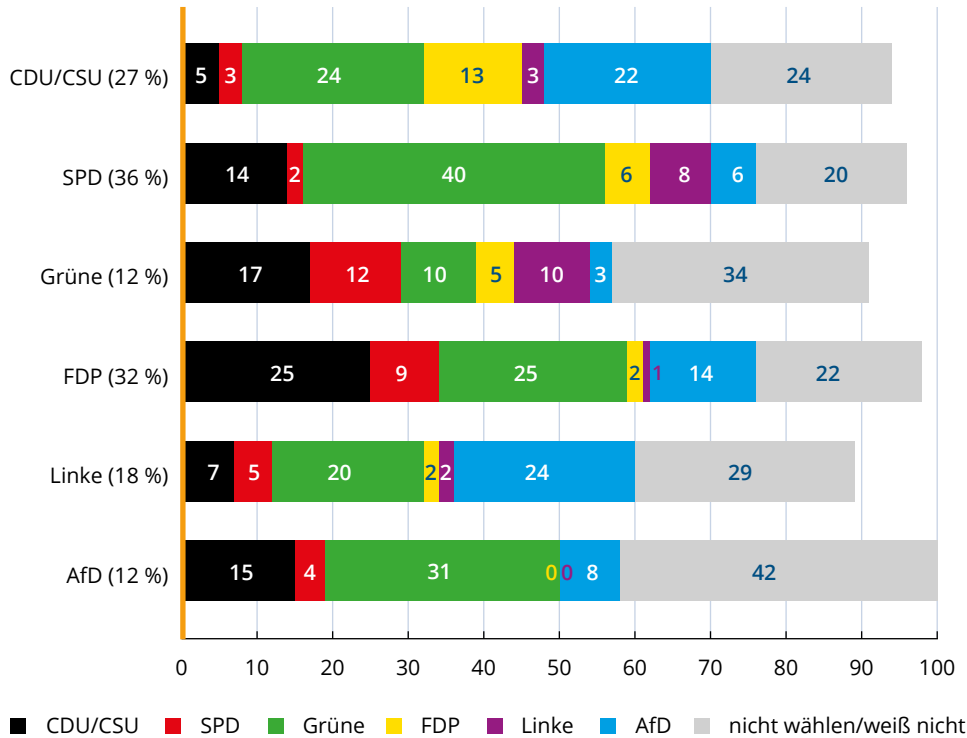
Ein großer Teil der ehemaligen Wählerinnen und Wähler einer Partei halten es auch in Zukunft für möglich, dieser Partei ihre Stimme zu geben. Dabei geht es wohlgerne nicht um eine Wahlabsicht, sondern die Chance für die Partei, die Stimme bei einer zukünftigen Wahl auf Bundes- oder Landesebene wieder zu erhalten. Bei den ehemaligen Wählerinnen und Wählern der AfD gibt mit 71 Prozent der größte Anteil an, die Partei bei einer zukünftigen Wahl sehr wahrscheinlich oder eher wahrscheinlich wieder wählen zu wollen. Bei der SPD ist der Anteil an Wählerinnen und Wählern, die in der Zukunft sehr oder eher wahrscheinlich die SPD noch einmal wählen werden, mit 35 Prozent am geringsten.

Auf der anderen Seite ist die entschiedene Abkehr von einer Partei eher selten. Die Grünen und die AfD haben die treueste Anhängerschaft. Bei ihnen ist der Anteil von ehemaligen Wählerinnen und Wählern, die eine erneute Wahl der Partei für eher oder sehr unwahrscheinlich halten, mit jeweils 12 Prozent am geringsten. Auch bei der Linken ist der Anteil mit 18 Prozent nicht sehr groß. Unter Wahlberechtigten, die in der Vergangenheit der SPD ihre Stimme gegeben haben, sind es mit 36 Prozent am meisten, die eine erneute Wahl der SPD für sehr oder eher unwahrscheinlich halten.

Insgesamt ist die grundlegende Abkehr von einer Partei die Ausnahme und nicht die Regel. Auch wenn sich Wählende für eine andere Partei entscheiden, schließen sie es meist nicht aus, zurückzukehren. Eine Polarisierung ließe eine entschiedenere Abkehr erwarten. Allerdings sind die Wählerschaften der Parteien, die sich tendenziell an den Polen der politischen Auseinandersetzung gegenüberstehen, am stärksten festgelegt: die Anhängerschaften von Grünen, Linke und AfD.

Noch entscheidender für die Frage der Polarisierung ist der Weg, den enttäuschte Wählerinnen und Wähler nehmen, für welche Partei sie sich also stattdessen entscheiden. Diese Frage richtet den Blick allein auf jene, die in den vergangenen fünf Jahren eine Partei gewählt haben, aber nun eine erneute Wahl dieser Partei als eher oder sehr unwahrscheinlich einschätzen. Es sind also ausschließlich Personen, die von ihrer früher favorisierten Partei enttäuscht sind.

Abbildung 31: Wahlabsicht von ehemaligen Wählenden mit eher/sehr geringer Wahrscheinlichkeit der Wiederwahl



Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „andere Partei“, „weiß nicht/keine Angabe“. CSU für Befragte in Bayern, CDU für Befragte außerhalb Bayerns. Nur Befragte, die die erneute Wahl einer in den vergangenen fünf Jahren gewählten Partei (siehe Abbildung 30) als eher unwahrscheinlich oder sehr unwahrscheinlich einschätzen. Wie groß dieser Anteil unter allen ist, die innerhalb der letzten fünf Jahre die Partei gewählt haben, ist neben dem Parteinamen angegeben. Von den Personen, die in den vergangenen fünf Jahren die AfD gewählt haben, dies aber für die Zukunft als eher oder sehr unwahrscheinlich bezeichnen, entscheiden sich bei der Sonntagsfrage 0 Prozent für die FDP und die Linke.

Frage: „Wie wahrscheinlich ist es, dass Sie [nacheinander für jede Partei laut Vorgängerfrage] bei der nächsten Wahl Ihre Stimme geben – egal ob bei der Bundestagswahl oder bei einer Landtagswahl?“ (Zuordnung zu den Balken). „Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?“ (Verteilung innerhalb der Balken).

Lesebeispiel für den ersten Balken: Von allen, die in den letzten fünf Jahren nach eigener Angabe die CDU/CSU gewählt haben, haben 27 Prozent (Angabe in Klammern neben CDU/CSU) angegeben, die Wahl der CDU/CSU bei einer zukünftigen Wahl sei eher oder sehr unwahrscheinlich. Von diesen Personen wollen sich bei einer Bundestagswahl am nächsten Sonntag 5 Prozent für die CDU/CSU entscheiden, 3 Prozent für die SPD, 24 Prozent für die Grünen, 13 Prozent für die FDP, 3 Prozent für die Linke, 22 Prozent für die AfD und 24 Prozent wissen es nicht oder wollen nicht wählen gehen.



Unter diesen Enttäuschten gibt es recht viele, die sich bei einer vorgestellten Bundestagswahl am nächsten Sonntag für keine Partei entscheiden und nicht wählen wollen oder sich nicht entscheiden können. 20 Prozent der enttäuschten SPD- und 22 Prozent der enttäuschten FDP-Wählerinnen und -Wähler können sich für keine Partei entscheiden. Bei den enttäuschten Anhängerinnen und Anhängern der Union sind es 24 Prozent. Deutlich höher ist der Anteil von Unentschiedenen bei Enttäuschten jener Parteien, die an den Polen des Meinungsspektrums stehen. Von den ehemaligen Wählerinnen und Wählern der Linken können sich 29 Prozent nicht für eine Partei entscheiden, bei den Grünen sind es 34 Prozent und bei der AfD sogar 42 Prozent, die sich von ihrer früher bevorzugten Partei abgewendet haben, aber sich für keine andere Partei entscheiden können.

Bei den Parteien, die statt der vormalig gewählten Partei für eine kommende Bundestagswahl favorisiert werden, liegen die Grünen weit vorn. Bei fast allen Parteien sind die Grünen für die Enttäuschten die am häufigsten gewählte Alternative. Nur die Unzufriedenen bei der Linkspartei wenden sich noch etwas häufiger der AfD zu.

In den Verschiebungen bei der Wahlabsicht zeigt sich einerseits der Aufschwung der Grünen, der im Befragungszeitraum 2019/20 seinen Höhepunkt hatte. Sichtbar wird aber auch eine Tendenz zur Polarisierung mit den Grünen und der Linken am einen Pol und der AfD am anderen. Nicht nur die Grünen punkten erheblich bei den Unzufriedenen anderer Parteien, sondern auch die AfD. Bei den Parteien zwischen den Polen, der CDU/CSU, der SPD und der FDP, wollen jeweils rund 40 Prozent der Enttäuschten sich für eine Partei an einem der beiden Pole entscheiden, also entweder Grüne, Linke oder AfD. Bei den Parteien, die bei der Polarisierung außen stehen (Grüne, Linke, AfD), wollen sich jeweils weniger ehemalige Wählerinnen und Wähler abwenden. Die Enttäuschten dieser drei Parteien tun sich aber bei der Suche nach einer Alternative besonders schwer. Sie geben am häufigsten an, sich nicht entscheiden zu können oder zu wollen.

Abgemildert wird der Eindruck einer Polarisierung durch den Einfluss des Aufschwungs der Grünen, der sich in den Wählerschaften aller Parteien niederschlägt, einschließlich der AfD, die sich am entgegengesetzten Pol der Polarisierung befindet. Außerdem gibt bei allen Parteien jeweils eine Mehrheit an, die jeweilige Partei zumindest mit einiger Wahrscheinlichkeit wieder wählen zu wollen.

7.3 Sympathie und Antipathie für Parteien

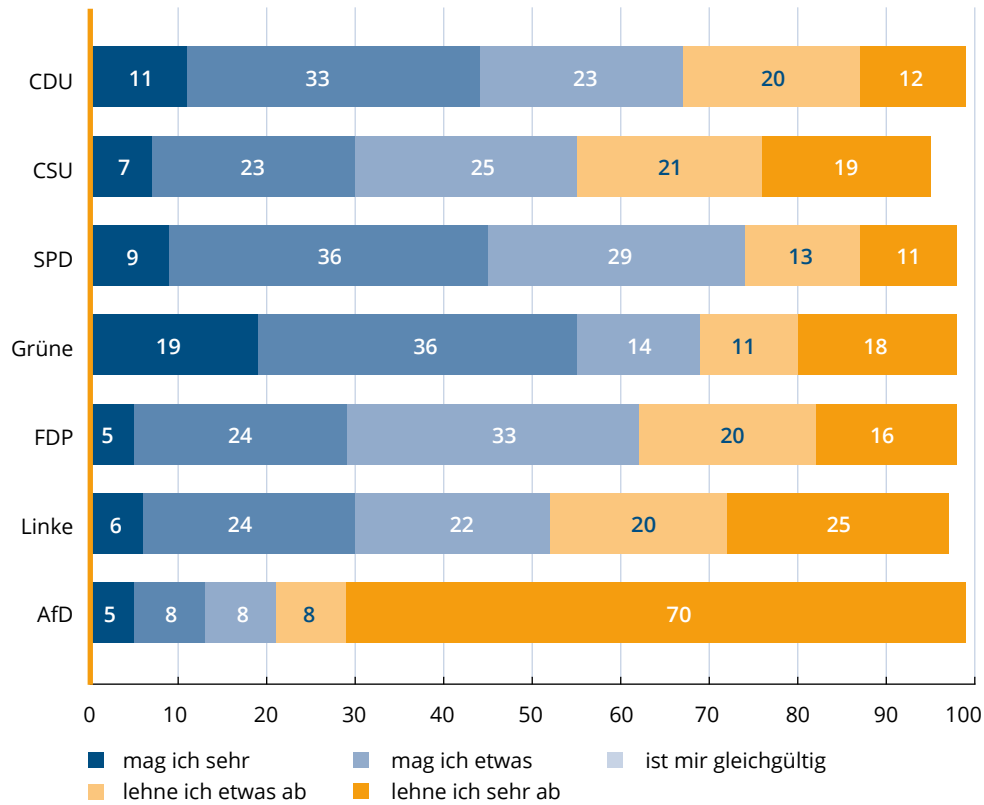
Die Wahlentscheidung für eine Partei und die Bereitschaft, die Wahl einer Partei zu erwägen, signalisiert zunächst einmal Nähe zu dieser Partei. Es ist eine davon losgelöste Frage, in welchem Maße andere Parteien abgelehnt werden. Politische Lagerbildung verschärft sich, wenn sich nicht nur die Sympathien auf bestimmte Parteien beziehen, sondern zusätzlich die Parteien der anderen Seite abgelehnt werden.

Die meisten Parteien werden von weniger als einem Fünftel der Wahlberechtigten sehr abgelehnt, bei der Linken ist es ein Viertel. Anders ist es bei der AfD, die von einer deutlichen Mehrheit abgelehnt wird. Es gibt eine große Vielfalt von Kombinationen an gemochten und abgelehnten Parteien, was zunächst gegen polarisierte Parteilager spricht. Allerdings zeigt sich die Polarisierung zwischen AfD und Linker und mehr noch

zwischen AfD und Grünen recht deutlich. Die Anhängerinnen und Anhänger der Grünen mögen besonders häufig die Grünen und lehnen gleichzeitig die AfD ab. Unter den AfD-Anhängerinnen und Anhängern dagegen mag eine große Mehrheit die AfD und lehnt gleichzeitig die Grünen ab. In dieser Gegenüberstellung von Grünen und AfD verortet sich aber auch eine Mehrheit der übrigen Wahlberechtigten. Drei von fünf Wahlberechtigten ordnen sich mit Sympathie für die Grünen und gleichzeitiger Antipathie gegen die AfD oder umgekehrt Sympathie für die AfD bei gleichzeitiger Antipathie gegen die Grünen einer Seite zu.

Betrachten wir die Ergebnisse der Reihe nach. Die Parteien in Deutschland lösen bei vielen keine große Begeisterung aus, aber auch keine übergroße Abneigung (ohne Abbildung). 6 Prozent der Wahlberechtigten in Deutschland sagen für keine der im Bundestag vertretenen Parteien, sie etwas oder sehr zu mögen. 92 Prozent dagegen sagen für mindestens eine der Parteien, sie mögen sie etwas oder sehr. Knapp die Hälfte (48 Prozent) mag sogar drei oder mehr Parteien (etwas oder sehr). Ähnlich sieht es für die andere Seite, die Ablehnung von Parteien, aus. Lediglich 10 Prozent geben bei keiner der Parteien an, sie stark abzulehnen.

Abbildung 32: Mögen und Ablehnen von Parteien



Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent.
Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die ...? Und wie denken Sie über ...?“ – Abfrage der Parteien in zufälliger Reihenfolge.

Lesebeispiel: Die CDU mögen 11 Prozent aller Befragten sehr, 33 Prozent mögen die CDU etwas, 23 Prozent der Befragten ist die CDU gleichgültig, 20 Prozent lehnen die CDU etwas ab und 12 Prozent lehnen die CDU sehr ab.

Die größten Sympathien ziehen die Grünen auf sich. 55 Prozent mögen die Grünen (etwas oder sehr). Mit etwas Abstand folgen die SPD und die CDU, die von 45 Prozent bzw. 44 Prozent sehr oder etwas gemocht werden. Die Linke, die CSU und die FDP folgen mit rund 30 Prozent, von denen sie gemocht werden. Ein sehr großer Abstand tut sich zur AfD auf. 13 Prozent geben an, die AfD etwas oder sehr zu mögen.

Parteien werden in den unterschiedlichsten Kombinationen gemocht. Wie schon bei der Wahlentscheidung und einer möglichen alternativen Wahl gibt es auch bei dem Mögen von Parteien eine große Vielfalt.

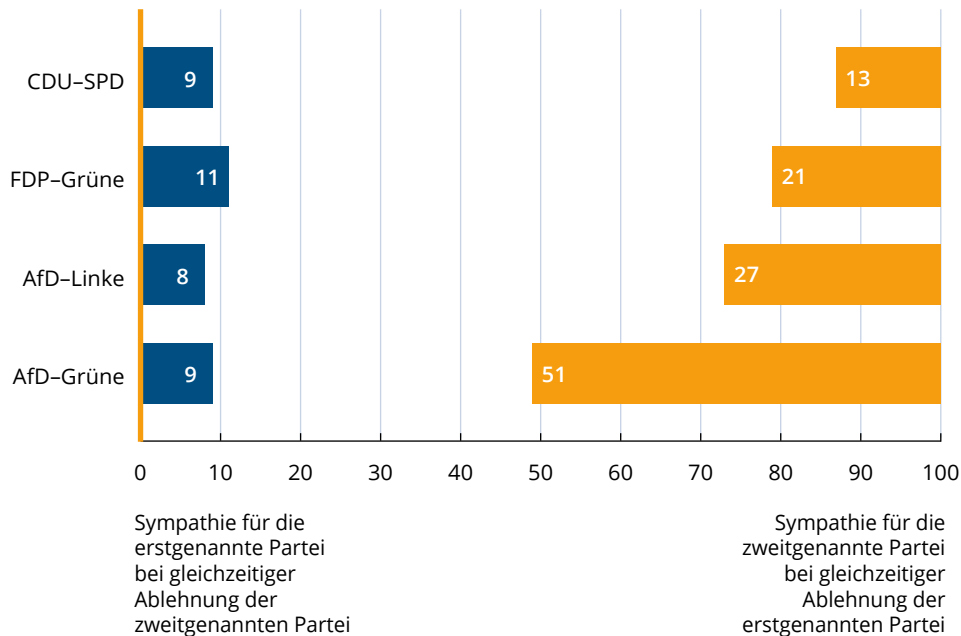
Bei allen Parteien, mit Ausnahme der Grünen, ist die starke Ablehnung weiter verbreitet als die starke Sympathie. Jenseits der starken Emotionen überwiegt aber vielfach die Sympathie. CDU, SPD und Grüne werden häufiger sehr oder etwas gemocht als sehr oder etwas abgelehnt.

Die politischen Ränder ziehen mehr Ablehnung auf sich, aber in sehr unterschiedlichem Ausmaß. 25 Prozent lehnen die Linke sehr ab, also doppelt so viele wie SPD oder CDU. Die AfD dagegen wird von 70 Prozent stark abgelehnt. Die Grünen dagegen, die ebenfalls an einem Pol des politischen Meinungsspektrums angesiedelt sind, werden eher selten abgelehnt. 18 Prozent lehnen die Grünen sehr ab, das ist ein Wert im Mittelfeld.

Gleichgültig sind insbesondere die Grünen (14 Prozent) und die AfD (8 Prozent) nur vergleichsweise wenigen, während auf alle anderen Parteien deutlich größere Anteile (22 bis 33 Prozent) mit Gleichgültigkeit reagieren.

Für eine polarisierte Situation geht es nicht allein um die Sympathie für eine oder mehrere Parteien, sondern um die Kombination von Sympathie für eine Seite und die Ablehnung der anderen Seite. Bei polarisierten Lagern lösen beide Seiten klare Bewertungen aus.

Abbildung 33: Polarisierte Parteisympathie



Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent andere Angaben zur Sympathie gegenüber beiden Parteien, „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die ...? Und wie denken Sie über ...?“ – Abfrage der Parteien in zufälliger Reihenfolge. Hier: Parteien werden etwas oder sehr gemocht bzw. etwas oder sehr abgelehnt.

Lesebeispiel für die Zeile „CDU-SPD“: 9 Prozent der Wahlberechtigten haben angegeben, die erstgenannte CDU sehr oder etwas zu mögen und gleichzeitig die zweitgenannte SPD sehr oder etwas abzulehnen. 13 Prozent mögen die zweitgenannte SPD sehr oder etwas, während sie die erstgenannte CDU sehr oder etwas ablehnen.

Über viele Jahrzehnte war die westdeutsche Politik bestimmt durch die Gegenüberstellung von konservativ und sozialdemokratisch, von CDU und SPD. So lohnt, gewissermaßen als Vergleichsmaßstab, ein Blick auf die Sympathie für die eine und Abneigung gegen die andere Seite. 9 Prozent der Befragten lehnen die SPD ab (stark oder etwas), während sie die CDU mögen (sehr oder etwas). Umgekehrt mögen 13 Prozent aller Befragten die SPD und lehnen die CDU ab. 23 Prozent verorten sich also auf einer der beiden Seiten und lehnen die andere Seite ab.³³ Umgekehrt gilt dies für die große Mehrheit von 74 Prozent der Wahlberechtigten nicht.³⁴ Die übergroße Mehrheit ist, bezogen auf eine Polarisierung, zwischen CDU und SPD neutral, weil sie gegenüber einer der beiden Parteien neutral ist oder beide mag oder beide ablehnt.

Bei einer Gegenüberstellung von FDP und Grünen sieht es ähnlich aus. 11 Prozent mögen die FDP und lehnen die Grünen sehr oder etwas ab. Umgekehrt mögen 21 Prozent die Grünen und lehnen die FDP ab. Auch wenn sich in diesem Fall insgesamt 32 Prozent auf

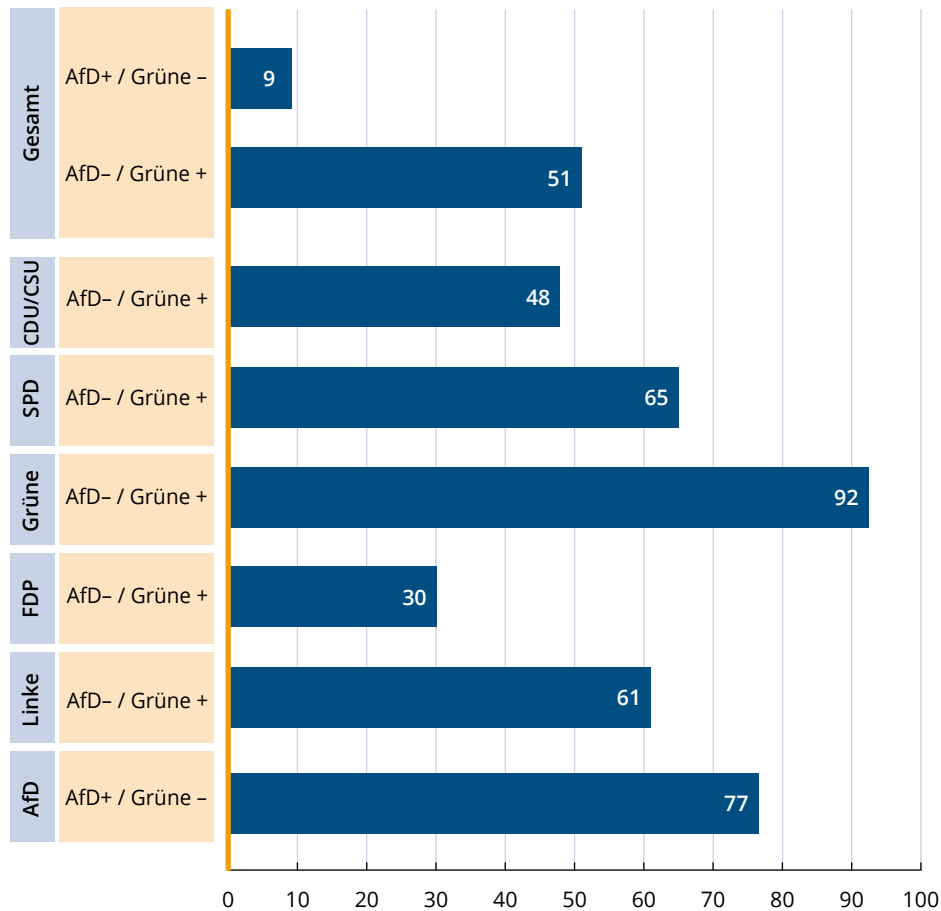
einer der beiden Seiten verorten und die jeweils andere ablehnen, bleibt die übergroße Mehrheit neutral.

Selbst bei der Gegenüberstellung von AfD und Linker, also der Parteien ganz rechts und ganz links im Parteienspektrum, bleibt es rund ein Drittel (35 Prozent), das sich auf der einen Seite verortet und die andere ablehnt.³⁵ Wiederum bleibt die große Mehrheit (65 Prozent) neutral.

Anders verhält es sich bei der AfD und den Grünen. 9 Prozent aller Wahlberechtigten mögen die AfD und lehnen gleichzeitig die Grünen ab. Auf der anderen Seite mögen 51 Prozent aller Wahlberechtigten die Grünen und lehnen die AfD ab. In der Gegenüberstellung von AfD und Grünen verortet sich eine Mehrheit aller Wahlberechtigten klar auf der einen oder anderen Seite.³⁶

In den Anhängerschaften der Parteien sind diese gegenseitigen Abgrenzungen sehr unterschiedlich verbreitet. Für die Anhängerschaften von CDU/CSU und SPD ist die Parteinahme für die eine und gegen die andere Seite nicht prägend. Unter den Anhängerinnen und Anhängern von CDU/CSU mögen 23 Prozent die Union und lehnen gleichzeitig die SPD ab (ohne Abbildung). Umgekehrt lehnen unter allen mit einer Wahlabsicht für die SPD 35 Prozent die CDU/CSU ab, während sie die SPD mögen. Für die Wählerinnen und Wähler von CDU/CSU und SPD ist es keineswegs typisch, die eine Partei zu mögen und die andere abzulehnen.

Abbildung 34: Polarisierte Parteisympathie AfD-Grüne nach Parteianhängerschaft



Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent andere Angaben zur Sympathie gegenüber beiden Parteien, „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die ...? Und wie denken Sie über ...?“ – Abfrage der Parteien in zufälliger Reihenfolge. Hier: Parteien werden „etwas“ oder „sehr“ gemocht bzw. abgelehnt. Lesebeispiel für den dritten Balken von oben „CDU/CSU“: Von allen, die bei einer vorgestellten Bundestagswahl am nächsten Sonntag die CDU/CSU wählen wollen, stehen 48 Prozent der AfD ablehnend gegenüber, während sie gleichzeitig die Grünen mögen.

Anders verhält es sich aber bei der Gegenüberstellung von Grünen und AfD. Die Positionierung in den Anhängerschaften der beiden betroffenen Parteien ist deutlich weiter verbreitet. 77 Prozent der AfD-Anhängerinnen und -Anhänger mögen die AfD und lehnen gleichzeitig die Grünen ab. In allen anderen Parteianhängerschaften gibt es diese Konstellation, also Sympathie für die AfD und Ablehnung der Grünen, zu weniger als 5 Prozent (nicht in der Abbildung). Auf der anderen Seite mögen in der Anhängerschaft der Grünen 92 Prozent die Grünen und lehnen gleichzeitig die AfD ab. Auch in den Anhängerschaften der SPD und der Linken mag jeweils eine deutliche Mehrheit die Grünen

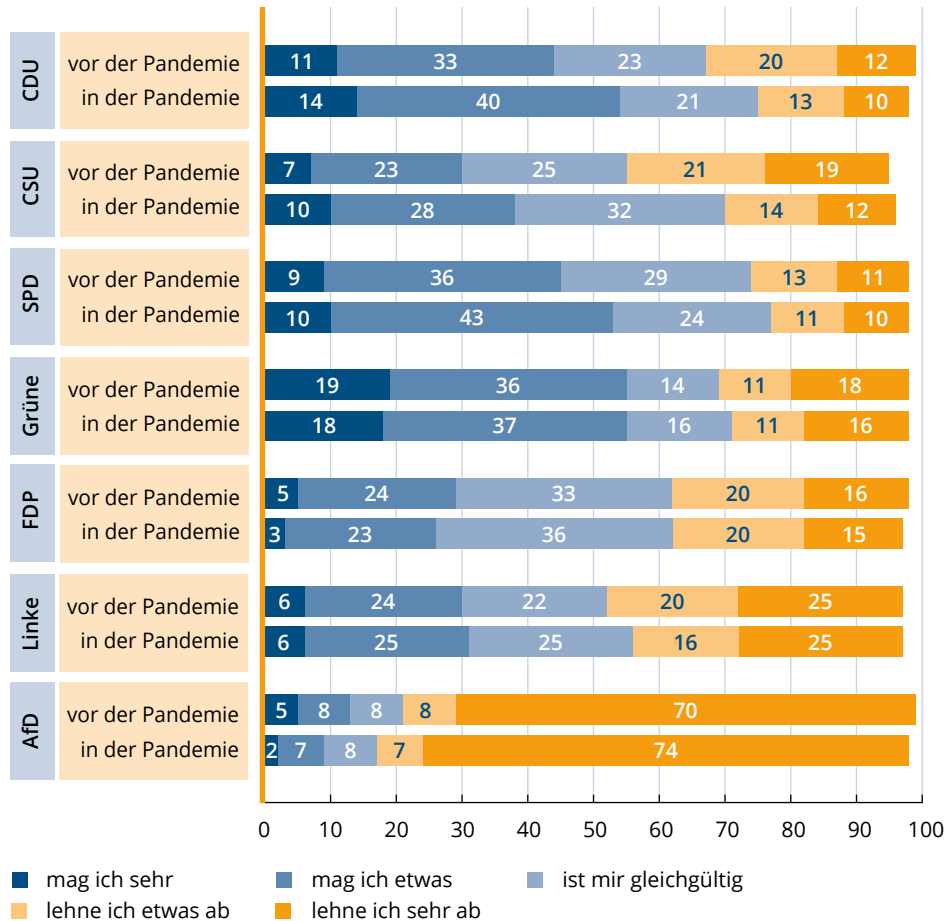
und lehnt gleichzeitig die AfD ab (65 bzw. 61 Prozent). Auch wenn die von ihnen eigentlich bevorzugte Partei nicht Teil der Gegenüberstellung ist, gibt es jeweils Mehrheiten, die sich eindeutig verorten mit einer Sympathie für die Grünen und einer Ablehnung der AfD. In der Anhängerschaft der CDU/CSU sind es mit 48 Prozent knapp die Hälfte und nur in der Anhängerschaft der FDP ist es mit 30 Prozent eine deutliche Minderheit, die gleichzeitig die Grünen mag und die AfD ablehnt, sich also auf dieser Polarisierungsachse klar positioniert.

Die Wahlentscheidungen sind vielfältig und der hohe Anteil an Wechselwählerinnen und Wechselwählern spiegelt sich in den vielfältigen Varianten von Sympathie und Abneigung gegen Parteien in den unterschiedlichsten Kombinationen. Die Gegenüberstellung von Grünen und AfD ist aber für viele mit einer klaren Bewertung verbunden. Gerade für die Wählerinnen und Wähler der Grünen ist die Ablehnung der AfD praktisch Konsens, aber auch unter den Wahlberechtigten insgesamt positioniert sich in dieser Achse eine deutliche Mehrheit. Die politische Lagerbildung spiegelt sich in den Haltungen zu Grünen und AfD. Für die Wahlentscheidung bleiben dann aber noch viele Möglichkeiten.

7.4 Polarisierung politischer Lager in der Pandemie

Die Pandemie hat den politischen und damit auch den parteipolitischen Raum verändert. Die Exekutive ist stärker in den Fokus getreten und war gleichzeitig in der Krisenbewältigung besonders gefordert. Damit haben sich auch die Sympathien für Parteien im Sommer 2020 etwas verschoben. Die Regierungsparteien CDU, CSU und SPD haben an Sympathie gewonnen. Bei den Oppositionsparteien Grüne, FDP und Linke hat sich dagegen kaum etwas verändert. Die Ablehnung der AfD hat noch einmal etwas zugenommen. Die polarisierte Lagerbildung mit Sympathie für die eine oder gleichzeitiger Ablehnung der anderen Seite verändert sich nicht grundlegend, wird aber noch einmal etwas stärker.

Abbildung 35: Mögen und Ablehnen von Parteien vor und in der Pandemie



Quelle: Vor der Pandemie: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. In der Pandemie: Umfrage 1023 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“. Identische Frageformulierung in beiden Umfragen.

Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die ...? Und wie denken Sie über ...?“

Im Einzelnen sehen die Ergebnisse folgendermaßen aus. Vor allem die Regierungsparteien CDU, CSU und SPD erhalten mehr Sympathie in der Pandemie. Bei der CDU steigt der Anteil von Menschen, die sie sehr oder etwas mögen, von 43 Prozent vor der Pandemie auf 54 Prozent in der Pandemie. Bei der CSU gibt es einen Anstieg von 30 Prozent auf 37 Prozent. Für die SPD gaben vor der Pandemie 44 Prozent an, die Partei sehr oder etwas zu mögen, während es in der Pandemie 52 Prozent sind.³⁷

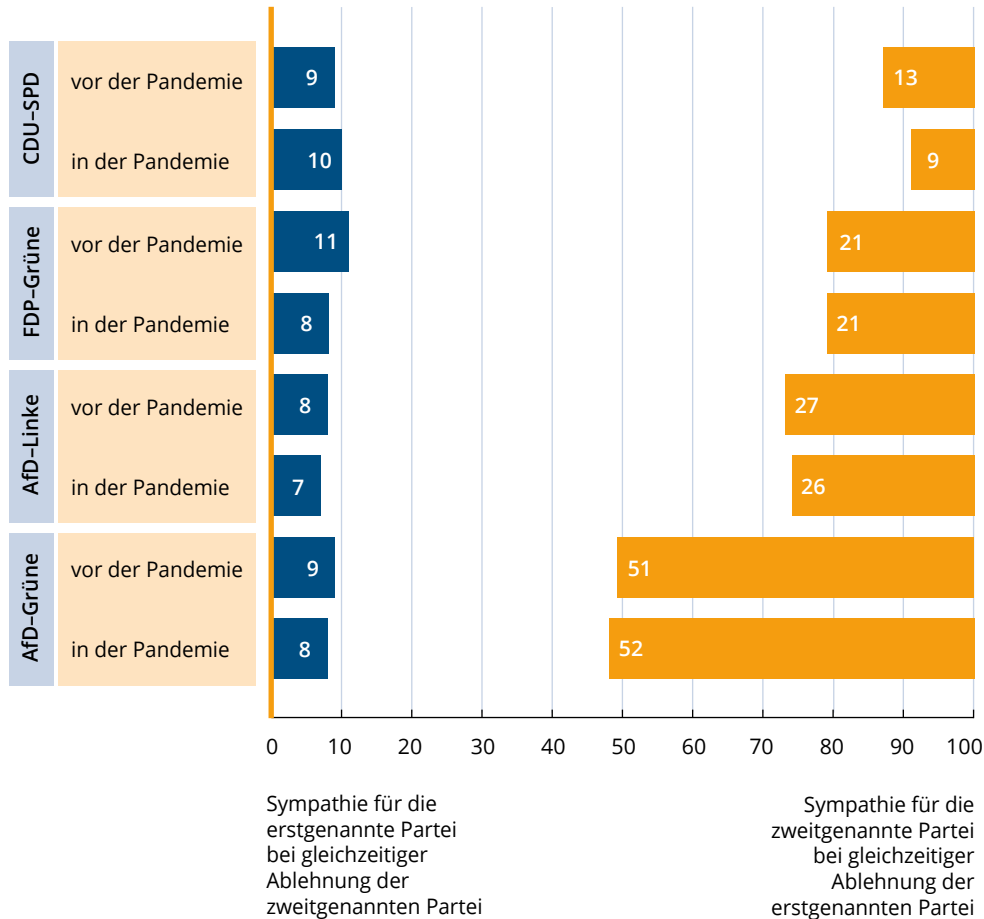
Bei den Grünen, der FDP und der Linken zeigen sich kaum Veränderungen. Die Ablehnung der AfD nimmt dagegen leicht zu. Vor der Pandemie gaben 70 Prozent an, die AfD sehr abzulehnen. In der Pandemie ist dieser Anteil noch leicht auf 74 Prozent gestiegen. Dies ist keine Verschiebung von Gleichgültigkeit hin zu Abneigung, sondern die Sympathie

für die AfD ging in der Pandemie zurück. Vor der Pandemie gaben 13 Prozent an, die AfD sehr oder etwas zu mögen, in der Pandemie sind es 9 Prozent.

Die Anhängerinnen und Anhänger der AfD unterscheiden sich in der Einschätzung ihrer eigenen Situation in der Pandemie deutlich von den übrigen Wahlberechtigten. Der Aussage „Die Corona-Krise ist eine starke berufliche Belastung für mich“ stimmen insgesamt 14 Prozent zu (ohne Abbildung). Unter den Personen, die die AfD sehr oder etwas mögen, sind es mit 25 Prozent deutlich mehr. Ähnlich sieht es bei anderen Belastungen aus. Einer starken privaten Belastung durch die Corona-Krise stimmen in der Bevölkerung 9 Prozent voll und ganz zu, während es unter denen mit AfD-Sympathie (sehr oder etwas mögen) 27 Prozent sind. Eine starke familiäre Belastung bestätigen unter allen Wahlberechtigten 10 Prozent, bei den Menschen mit Sympathie zur AfD sind es mit 13 Prozent etwas mehr. Finanziell bedeutet die Corona-Krise für 9 Prozent aller Wahlberechtigten eine starke Belastung („stimme voll und ganz zu“), bei jenen mit Sympathie für die AfD sind es 21 Prozent. Die Anhängerinnen und Anhänger der AfD fühlen sich von der Pandemie in verschiedener Hinsicht mehr belastet als die übrige Bevölkerung.

Ein weiterer deutlicher Unterschied zwischen den Anhängerschaften der AfD und der übrigen Parteien ist die Haltung zu Verschwörungstheorien. Bereits vor der Pandemie hatten die Anhängerinnen und Anhänger der AfD eine deutlich größere Neigung, an Verschwörungstheorien zu glauben als andere (Roose 2020a). Diese Neigung ist noch einmal stärker geworden im Vergleich zu den Anhängerschaften anderer Parteien (Roose 2020b). Da gleichzeitig die Sympathie für die AfD und die Absicht, sie zu wählen, etwas zurückgegangen sind, dürfte es sich hierbei um einen Sortierungseffekt in dem Sinne handeln, dass die offene Haltung der AfD gegenüber den „Querdenkern“ und einer Leugnung der Pandemie Menschen mit Sympathie für Verschwörungstheorien der AfD treu geblieben sind, während andere, die von einer verschwörungstheoretischen Erklärung der Pandemie nichts halten, der AfD den Rücken gekehrt haben.

Abbildung 36: Polarisierte Parteisympathie vor und in der Pandemie



Quelle: Vor der Pandemie: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. In der Pandemie: Umfrage 1023 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent andere Angaben zur Sympathie gegenüber beiden Parteien, „weiß nicht/keine Angabe“. Identische Frageformulierung in beiden Umfragen.
Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen? Wie denken Sie über die ...? Und wie denken Sie über ...?“ – Abfrage der Parteien in zufälliger Reihenfolge. Hier: Parteien werden „etwas“ oder „sehr“ gemocht bzw. abgelehnt. Lesebeispiel für die Zeile „CDU-SPD“: Vor der Pandemie haben 9 Prozent der Wahlberechtigten angegeben, die erstgenannte CDU sehr oder etwas zu mögen und gleichzeitig die zweitgenannte SPD sehr oder etwas abzulehnen. Vor der Pandemie mögen 13 Prozent die zweitgenannte SPD sehr oder etwas, während sie die erstgenannte CDU sehr oder etwas ablehnen. In der Zeile darunter wird deutlich, dass in der Pandemie der Anteil von Wahlberechtigten, die die CDU sehr/etwas mögen und gleichzeitig die SPD sehr/etwas ablehnen, bei 10 Prozent liegt. In der Pandemie mögen 9 Prozent die SPD sehr/etwas und lehnen gleichzeitig die CDU sehr/etwas ab.

Die polarisierte Lagerbildung im Sinne der Sympathie für eine Seite und gleichzeitiger Ablehnung der anderen Seite hat sich in der Pandemie nicht verändert. Allein die ohnehin seltene Ablehnung der CDU durch Anhängerinnen und Anhänger der SPD ist leicht zurückgegangen. Bei den übrigen Gegenüberstellungen hat sich dagegen nichts verändert. Die für die Polarisierung entscheidenden Konstellationen von Linke bzw. Grünen gegenüber der AfD sind in der Pandemie gleich geblieben. Unverändert gibt es vor allem unter jenen mit Sympathie für die Grünen eine knappe Mehrheit, die der AfD ablehnend gegenübersteht.

Die Polarisierung politischer Lager hat sich in der Pandemie kaum verändert. Die Sympathie für die Regierungsparteien und die Ablehnung der AfD haben zwar etwas zugenommen, aber die polarisierte Lagerbildung ist von diesen nicht sehr großen Verschiebungen nicht substantiell betroffen.

-
- 31 Anders als bei den Abbildungen 24a und 24b ordnen sich die Befragten hier nicht selbst ein, sondern sie verorten die Parteien auf der Links-Rechts-Skala.
 - 32 Die Veränderung der Wahlergebnisse und auch die Bereitschaft, bei der Erst- und Zweitstimme unterschiedliche Parteien zu wählen, lässt auf deutlich mehr Wechsel bei der Wahl schließen. Verantwortlich für diese Abweichung zwischen Befragungsergebnis und Wahlergebnissen dürfte eine unzureichende Rück Erinnerung an das tatsächliche Wahlverhalten und eine Verzerrung der Erinnerung durch aktuelle Präferenzen sein. Das Phänomen selbst ist altbekannt (vgl. Krauß 1994).
 - 33 Der Unterschied zwischen dem Wert für die zusammengefassten Kategorien und der Summe der Einzelwerte aus der Abbildung ergibt sich durch Rundungen.
 - 34 Weitere 3 Prozent haben zu einer der beiden Parteien keine Angabe gemacht.
 - 35 Der Unterschied zwischen dem Wert für die zusammengefassten Kategorien und der Summe der Einzelwerte aus der Abbildung ergibt sich durch Rundungen.
 - 36 Wird die Analyse auf jene beschränkt, die die Grünen sehr mögen und die AfD sehr ablehnen oder umgekehrt, so sinken die Anteile, aber das Muster bleibt identisch. 3 Prozent der Wahlberechtigten lehnen die Grünen sehr ab und mögen die AfD sehr, während 17 Prozent die Grünen sehr mögen und die AfD sehr ablehnen. Für die übrigen Gegenüberstellungen liegen die Anteile derjenigen, die eine Partei sehr mögen und gleichzeitig die andere sehr ablehnen, bei 6 Prozent und weniger.
 - 37 Die Unterschiede zwischen diesen Zahlen und der Summe der Einzelwerte für „sehr mögen“ und „etwas mögen“ ergeben sich durch Rundungen.



Polarisierte Gesellschaft

Harte politische Auseinandersetzungen können eine Gesellschaft unter Spannung setzen. Doch Politik kann auch „nur“ Politik sein. Nicht jede Meinungsverschiedenheit muss ausgefochten werden. Menschen können das Thema wechseln und bestimmte Fragen meiden. Die Tendenzen einer politischen Lagerbildung müssen also keineswegs zu einer polarisierten Gesellschaft beitragen.

Ob nicht nur politische Positionen und Parteien, sondern auch Menschen mit bestimmten politischen Ansichten gemieden werden, ist eine eigene Frage, die hier in drei Schritten beleuchtet wird. Die erste Frage ist, wie Menschen mit polarisierten Meinungen umgehen. Nicht jeder Umgang damit muss für den gesellschaftlichen Zusammenhalt problematisch sein. Die zweite Frage nimmt eine bestimmte, für den Zusammenhalt besonders relevante Form des Umgangs in den Blick: Kontaktabbrüche bzw. Kontaktvermeidung. Die Ablehnung des Umgangs miteinander verhindert einen Austausch und eine Diskussion über unterschiedliche Sichtweisen. Im dritten Schritt wird umgekehrt gefragt, in welchem Maße Menschen bereit sind, Kompromisse einzugehen und so einer politischen Polarisierung entgegenzutreten. Abschließend geht es um den Einfluss der Pandemie auf diese gesellschaftliche Polarisierung.

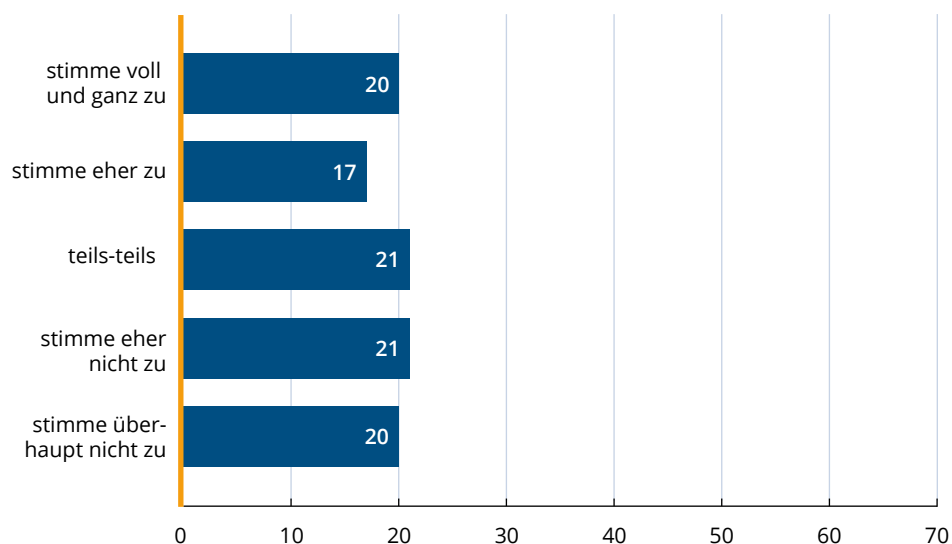
8.1 Umgang mit Meinungsdifferenzen

Politik und Demokratie leben von der Einbindung unterschiedlicher Positionen und Sichtweisen. Dies macht die politische Debatte in den politischen Institutionen so wichtig, aber auch in der Gesellschaft.

Die Meinungsfreiheit ist den Menschen besonders wichtig, um frei politische Debatten führen zu können (Neu 2019b: 6; Neu 2021b: 7). Unter Meinungsfreiheit wird allerdings vielfach nicht nur die Abwesenheit von Zensur verstanden, die nach verbreiteter Ansicht gegeben ist (ebd.), sondern auch eine angemessene Reaktion des Publikums (Roose 2019: 16 ff.). In diesem Verständnis geht es um eine offene und tolerante Streitkultur, die andere Meinungen gelten lässt und bei der auf Meinungsäußerungen nicht mit aggressiver Kritik reagiert wird.³⁸ Die Offenheit der Streitkultur und der angemessene Umgang miteinander in Diskussionen ist in polarisierten Gesellschaften von besonderer Relevanz, wenn grundlegend unterschiedliche Meinungen aufeinanderprallen.³⁹

Die Einschätzung, wie problematisch politische Diskussionen sind, fällt sehr unterschiedlich aus. Zu je gleichen Teilen meinen die Menschen, es gäbe eine geringere Offenheit für politische Diskussionen – oder eben nicht. Rund ein Viertel vermeidet tendenziell oder konsequent politische Diskussionen, um Streit zu vermeiden. Insbesondere die Anhängerschaft der AfD beobachtet eine schwierige Diskussionskultur. In den Tiefeninterviews und Gruppendiskussionen wird facettenreich deutlich, wie die Menschen mit politischem Streit umgehen, von kontroversen Diskussionen über Vermeidung bis zum Kontaktabbruch.

Abbildung 37: Abnehmende Offenheit politischer Gespräche



Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

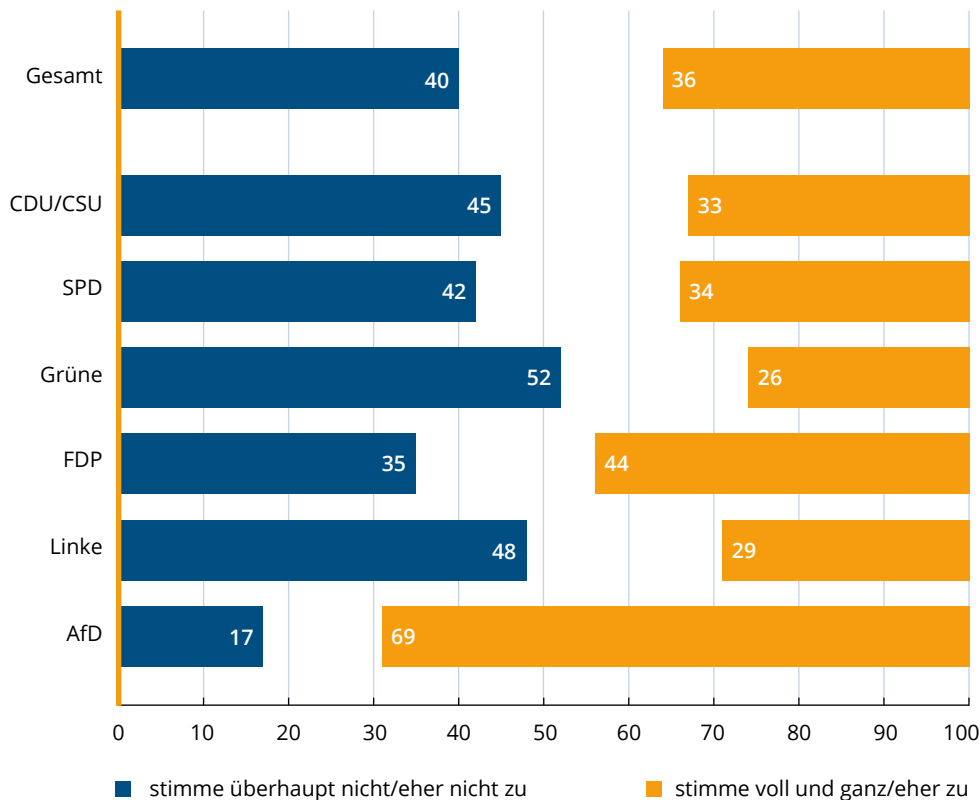
Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt nochmals einige Aussagen. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Früher konnte man offener politische Themen besprechen.“

Ob es eine Veränderung der Möglichkeit politischer Diskussionen gab, wird sehr uneinheitlich beurteilt. 20 Prozent sind überzeugt, dass offene politische Diskussionen in der Vergangenheit besser möglich waren als heute. Sie stimmen der Aussage „Früher konnte man offener politische Themen besprechen“ voll und ganz zu. Allerdings stimmen dieser Aussage ebenso viele überhaupt nicht zu. Und auch die abgestufte Einschätzung verteilt sich gleichmäßig auf die Zustimmung und Ablehnung der Aussage. 17 Prozent stimmen eher zu, 21 Prozent stimmen eher nicht zu und ebenfalls 21 Prozent antworten teils-teils und verorten sich damit in der Mitte. Politische Diskussionen werden offensichtlich sehr unterschiedlich erlebt.

Die Einschätzung ist bei Männern und Frauen kaum unterschiedlich, auch zwischen Ost- und Westdeutschland lässt sich kein Unterschied ausmachen. Anders sieht es bei der Parteianhängerschaft aus.



Abbildung 38: Abnehmende Offenheit politischer Gespräche – nach Parteianhängerschaft



Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „teils-teils“, „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt nochmals einige Aussagen. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Früher konnte man offener politische Themen besprechen.“

Die Anhängerschaften von CDU/CSU, SPD und Linker meinen zu gut 40 Prozent, politische Diskussionen seien nicht schwieriger geworden, während um die 30 Prozent von ihnen der Ansicht sind, es wäre früher leichter gewesen, politische Themen zu diskutieren. Die Anhängerinnen und Anhänger der Grünen sind im Vergleich etwas seltener der Ansicht, politische Diskussionen seien schwieriger geworden, während die Anhängerschaft der FDP etwas häufiger meint, politische Diskussionen seien heute weniger offen.

Deutlich pessimistischer ist aber die Einschätzung der AfD-Anhängerschaft. Von ihnen stimmen zwei Drittel (69 Prozent) der Aussage voll und ganz oder eher zu, früher seien politische Diskussionen offener gewesen, während diese Ansicht in der Bevölkerung insgesamt 36 Prozent teilen.

Die Unterschiedlichkeit der Einschätzungen findet sich auch in den Tiefeninterviews und Gruppendiskussionen. Auf die Frage, ob er in Diskussionen über Klima- oder Migrationspolitik alles sagen könne, meint ein Befragter: „Da muss man schon selbstbewusst sein,

das ist richtig“, ergänzt dann aber als Gesamteinschätzung: „Das ist eine ganz, ganz schwierige Frage. Ich würde die aber trotzdem damit beantworten, dass man alles sagen darf“ (w, West, 30–39, CDU). Eine andere meint: „Also ich für mich persönlich würde sagen, das trifft zu, dass ich alles sagen kann, was ich will“ (w, Ost, 20–29, Grüne). Ein anderer sieht sein Alter als Vorteil, um die eigene Meinung frei sagen zu können: „Ich sage die schon. Ich sage mal, wir sind in einem Alter, wo ich sage, ich muss auf niemanden Rücksicht nehmen. Wir haben viel erlebt, wir kennen uns aus auch ein bisschen und wenn man ein bisschen älter ist, hat man auch viel Erfahrung und so und da kann ich schon meine Meinung sagen“ (m, Ost, 60–69, AfD).

Dem steht die Ansicht gegenüber, eine offene Diskussion sei selten und schwierig oder gar unmöglich. „Ja, da wagt sich eigentlich kaum jemand wirklich aus der Deckung“, meint ein Befragter über Diskussionen zu Migrations- und Integrationspolitik (m, West, 50–59, FDP). Eine Linke-Wählerin sieht ebenfalls, insbesondere beim Thema Migration, Probleme: „Es herrscht ja Meinungsfreiheit, aber ich habe das Gefühl, dass man doch nicht so seine Meinung sagen darf. Zu bestimmten Personen, meiner Freundin oder so, da kann ich alles sagen. (...) Aber zum Beispiel ich kann nicht über politische Sachen zum Beispiel mit einer Deutschtürkin sprechen. (...) Wenn man sich äußert über unsere Mitbürger vielleicht im negativen Sinne, heißt es immer gleich, man ist ein Rassist“ (w, West, 40–49, Linke). Und ein anderer meint: „Eigentlich muss man schon aufpassen, mit wem man was beredet“ (m, Ost, 30–39, AfD).

Die Einschätzung für die Gesellschaft insgesamt, jenseits persönlicher Erfahrungen, ist eher skeptisch. Auch hier sagen manche, die Diskussionsatmosphäre sei angemessen offen und jede bzw. jeder könne seine oder ihre Meinung sagen.⁴⁰ „Also, da muss ich ganz ehrlich sagen, die Meinungsfreiheit, die wir hier haben, jeder darf schreiben, was er will. (...) Auch extrem durch das Internet (...). Dass man sagen kann, auch das Böse oder das Schlechte sagen kann oder jemand beleidigen kann oder ... Das hat sich wohl geändert, aber im Großen und Ganzen, dass keine Meinungsfreiheit ist, nein, das empfinde ich nicht so“ (w, West, 70–79, SPD). Ein Anderer verweist auch auf die Offenheit der Diskussion, die aber die Gegenmeinung beinhaltet: „Jeder darf sagen in diesem Land, was er möchte, dafür steht dieses Land. Ich glaube, was gemeint ist, dass die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, für die freie Meinungsäußerung, also, dass man die nicht gewillt ist, auszuhalten, weil es dann ein gewisses Medienecho gibt, einen Shitstorm bei Facebook, wie auch immer. (...) Das muss jeder für sich persönlich selber entscheiden, ob er das aushalten kann. Es geht darum, es auszuhalten, wenn dann Leute mich kritisieren für meine Meinungsäußerung. Aber dann zu sagen, dass ich dadurch nichts sagen kann, ist völliger Blödsinn“ (m, Ost, 40–49, Grüne).

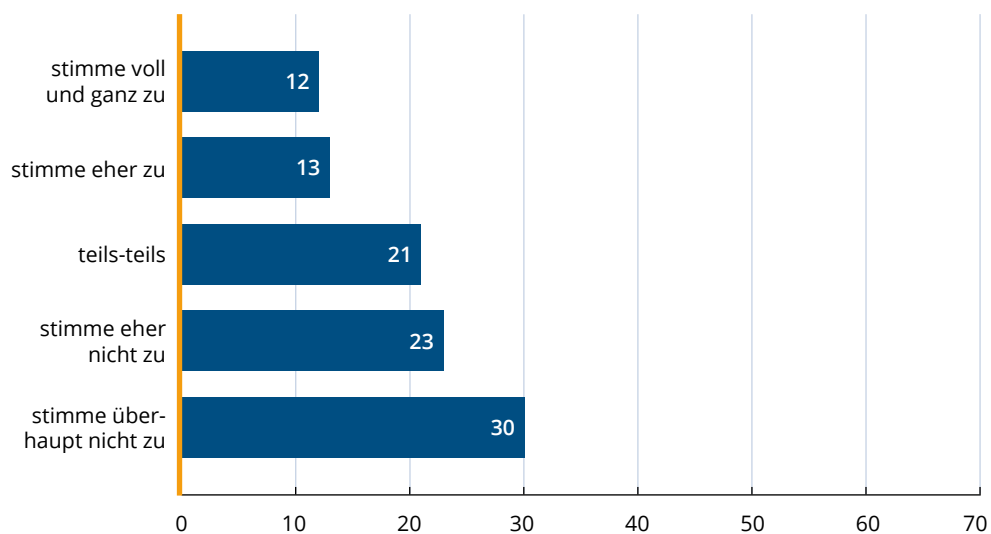
Andere sehen in diesen Reaktionen aber durchaus eine Einschränkung und meinen entsprechend, die Diskussionskultur in Deutschland sei nicht angemessen offen. „Solange man der breiten Masse beistimmt, ist es vollkommen in Ordnung, da kann man sagen, was man will. Wenn man irgendwo ein bisschen in eine Richtung driftet oder eine Aussage trifft, die da nicht ganz hingehört, ist man gleich rechts oder links und dann ist der Abend gelaufen“ (m, West, 30–39 CDU). „Auf der Straße, wenn man sagt, das kann doch nicht angehen, wenn man sich einmischt, da hat man gleich Riesenterror am Hals“ (m, West, 40–49, AfD). In einer Gruppendiskussion berichtet ein Teilnehmer von seinen Erfahrungen in der Bandmusikszene: „Da war es vor zwölf Jahren noch so, dass es relativ vielfältige Bands waren, die auch teilweise vielfältige Meinungen hatten. Ich sage mal, von



sehr links zu links, zur Mitte zu rechts, das war toleriert und geduldet (...), kein Rechtsrock oder so, aber schon in eine etwas rechtliche Richtung gehend. Heutzutage ist das nicht mehr so, das wird nicht mehr geduldet. (...) Ich habe das schon erlebt. Da sind Leute rausgeschmissen worden, weil gesagt wurde, dass der irgendwie mit irgendjemandem befreundet ist, der wohl in der rechten Szene aktiv ist“ (m, Ost, 30–39, Grüne).

Einzelne sehen die Offenheit der Diskussion auch durch die Medien eingeschränkt oder zumindest nicht ausreichend breit angelegt. „Ich sage nicht, dass die Medien die Meinungsfreiheit einschränken. Ich meine, dass sie sehr stark in die Richtung gehen, die Probleme nur von einer Seite zu beleuchten (...). Ich sage mal, die Kehrseite der Medaille sich anzugucken, dass das vielfach fehlt in der Berichterstattung“ (m, West, 50–59, SPD). Eine andere meint: „Ich vermisse den Meinungspluralismus, eigentlich die gelebte Demokratie. Man wird schon von der Berichterstattung von der Presse her dazu gedrängt, eine bestimmte Meinung zu haben. Es wird gleich eine Bewertung vorgenommen, im Sinne des Mainstreams, und die habe ich bitteschön auch zu denken. Das erinnert mich ganz stark an die DDR“ (w, Ost, 60–69, AfD).

Abbildung 39: Vermeidung politischer Diskussionen



Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent.

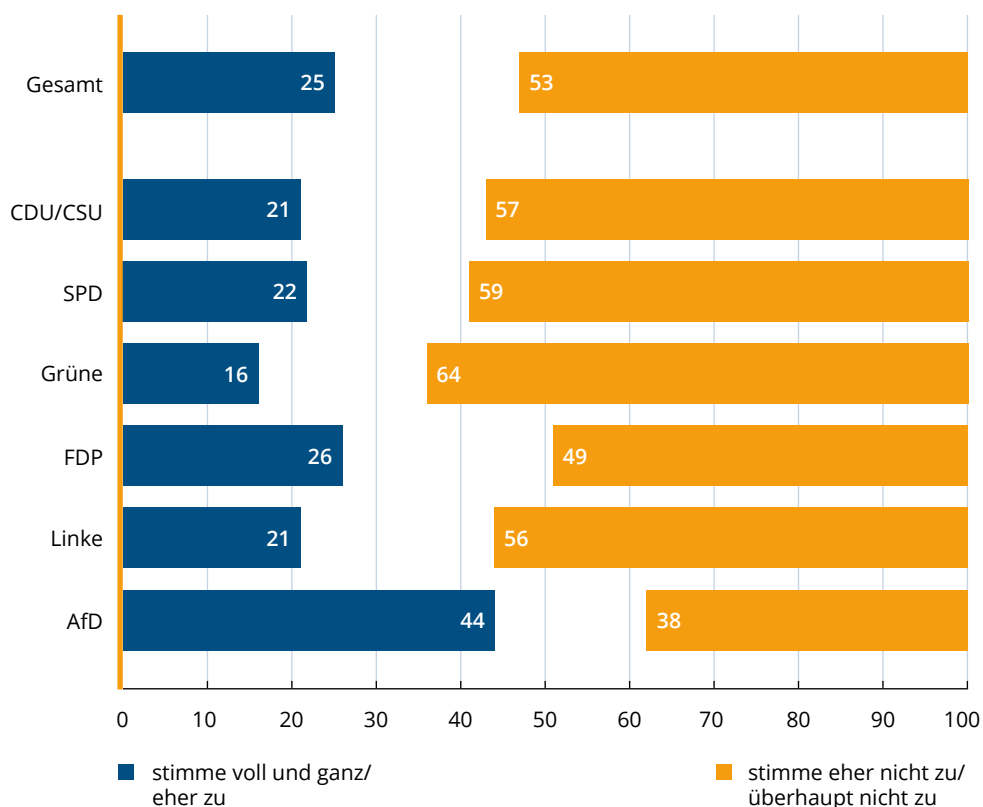
Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt nochmals einige Aussagen. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. In letzter Zeit vermeide ich Gespräche zu politischen Themen, weil es dann nur Streit gibt.“

Angesichts der verbreiteten Einschätzung, politische Diskussionen seien zumindest tendenziell weniger offen als in der Vergangenheit, liegt der Schluss nahe, politische Debatten zu vermeiden. Dies ist aber nur zum Teil der Fall. Ein Viertel der Befragten (25 Prozent) stimmt der Aussage „In letzter Zeit vermeide ich Gespräche zu politischen Themen, weil es dann nur Streit gibt“ voll und ganz oder eher zu. 21 Prozent beurteilen die Aussage mit teils-teils, aber eine Mehrheit von 53 Prozent stimmt der Aussage eher nicht oder überhaupt nicht zu.

Die Zustimmung ist in Ostdeutschland mit 29 Prozent etwas höher als in Westdeutschland (24 Prozent). Auch stimmen Frauen der Aussage etwas häufiger zu (28 Prozent) als Männer (23 Prozent).

Abbildung 40: Vermeidung politischer Diskussionen – nach Parteianhängerschaft



Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt nochmals einige Aussagen. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. In letzter Zeit vermeide ich Gespräche zu politischen Themen, weil es dann nur Streit gibt.“

In den meisten Parteianhängerschaften sind es etwas über 20 Prozent, die politische Diskussionen eher meiden. Bei den Grünen sind es mit 16 Prozent etwas weniger, bei der FDP mit 26 Prozent etwas mehr. Dies entspricht in etwa dem Bevölkerungsdurchschnitt. In der Anhängerschaft der AfD gibt es dagegen deutlich mehr, die politische Diskussionen vermeiden, weil es dann Streit gäbe. 44 Prozent stimmen der Aussage, politische Themen zu meiden, eher oder voll und ganz zu. Auf der anderen Seite geben allerdings auch 38 Prozent an, dies eher nicht oder überhaupt nicht zu tun.

In den Tiefeninterviews und Gruppendiskussionen wird deutlich, dass die Vermeidung politischer Diskussionen, zumindest bei den besonders konfliktträchtigen Themen, nur eine mögliche Reaktion ist, wenn auch eine vergleichsweise häufig gewählte. Gespräche



über heikle politische Themen lieber zu meiden, berichten die Befragten für unterschiedliche Konstellationen. „Wo ich mich wirklich sehr zurückhalte, das ist am Arbeitsplatz“ (m, West, 50–59, SPD). Ein anderer berichtet von der Auswahl seines Gesprächspartners auf der Arbeit: „Ich habe mir das eigentlich so ausgesucht, dass ich halt keinen Konflikt mit einem habe, zum Glück auch. Ich gehe auch so Sachen gerne aus dem Weg. Ich mag so was auch nicht, muss ich ehrlich sagen“ (m, West, 20–29, CDU). In einer ostdeutschen Gesprächsgruppe berichtet ein Teilnehmer, er habe nicht die Möglichkeit, sich einen gleichgesinnten Kollegen zu suchen und so hat er eine andere Strategie: „Einfach ignorieren, wenn die über Holocaust reden, einfach ignorieren“ (m, Ost, 20–29, CDU).

Wenn im erweiterten Bekanntenkreis Ansichten vertreten werden, die als inakzeptabel angesehen werden, wird auch von dem Versuch der Kontaktvermeidung berichtet: „Deshalb meide ich diese Veranstaltungen und Feste nicht. Die Leute schon, wenn es möglich ist“ (w, West, 50–59, Grüne). Ähnlich berichtet es eine andere: „Bei Feiern, wenn man eingeladen ist und dort sind andere Gäste, mit denen man zufällig zusammensitzt, die andere Themen haben oder wenn ein bisschen Alkohol im Spiel ist, da ziehe ich mich zurück. Da muss ich nicht meine Meinung auf die Tischdecke legen“ (w, Ost, 60–69, Grüne). Ein anderer berichtet nicht, dass er Widerspruch zurückhält, sondern er ist von Anfang an vorsichtig, seine Meinung zu sagen: „Wo man nicht weiß, ob das, was man sagt, auch richtig aufgefasst wird. Nicht, dass man in eine bestimmte Ecke gedrängt wird“ (m, West, 40–49, AfD).

Auch in der Familie werden vielfach politische Themen lieber gemieden, um Streit zu vermeiden. „Also wir haben uns eigentlich in der Familie abgesprochen, dass wir zu Feierlichkeiten das Thema Politik komplett ausblenden“ (m, Ost, 50–59, CDU). „Ich will keinen Stress mit meinem blöden Bruder und ich will keinen Stress mit meiner Mutter, also lassen wir bei Familienfeiern, wenn wir uns denn zweimal im Jahr sehen müssen, dann halte ich meine Klappe“ (w, West, 50–59, CDU).

Der Vermeidung einer Diskussion stehen allerdings eine Reihe anderer Umgangsweisen gegenüber. So berichten einige, sie diskutieren durchaus politisch, auch sehr kontrovers und ohne Aussicht auf eine Annäherung. Aber dann verlassen sie das Thema wieder: „Wo man dann sagt: (...) So jetzt beenden wir mal die Sache. (...) In den Jahren, die wir uns nun alle kennen, gehen wir dann so salopp auf's andere Thema über“ (m, Ost, 50–59, CDU). „Die vertreten ihre Meinung und ich meine. Nicht dass es da Auseinandersetzungen gibt. Um Gottes Willen. (...) Das wird mal eben so gesagt, dann ist das Thema erledigt“ (w, West, 70–79, CDU). Beschrieben werden Konflikte, die in einem freundschaftlichen Sinne eingefroren sind. „Aber man ist dann wieder gut, weil man weiß: Das ist jetzt irgendwie eine Meinungsverschiedenheit, aber das hält das auch aus, das hält die Freundschaft oder das soziale Netzwerk hält das aus“ (w, Ost, 20–29, Grüne).

Andere beschreiben, wie sie sich in kontroversen Diskussionen zwar nicht einig werden, aber auf den Anspruch der Einigkeit und damit der Überzeugung des Gegenübers bewusst verzichten. „Ich nehme mir nicht das Recht raus, hier irgendwelche Leute, sage ich mal, umzupolen. Da muss jeder selber auf den Trichter kommen, was wichtig und richtig ist für ihn und was nicht“ (m, Ost, 40–49, SPD). „Ja, weil ich mir denke, es geht hier auch bei einer Diskussion nicht darum, jetzt jemandem meine Meinung überzustülpen oder mir eine andere Meinung überstülpen zu lassen, sondern es geht ja eher da um den Austausch“, berichtet eine Befragte (w, West, 30–39, Grüne) von schwierigen Diskussionen in der Familie, kommt dann aber doch auch zu dem Schluss: „Ja, nicht schon wieder! So ungefähr“.

Ein anderer beschreibt das Bemühen, die Standpunkte der anderen zumindest nachzuvollziehen: „Es ist auch so, dass man sagt: Okay, ist in Ordnung, ich sehe es zwar so und so, aber ich kann es nachvollziehen“ (m, West, 50–59, SPD). „Wir sagen: Okay, irgendwann bringt das nichts mehr. Wir kommen auf keinen Nenner, der eine kann den anderen nicht überzeugen, und Argumente sind zwar auf beiden Seiten irgendwo. Jeder versteht den anderen, aber wir kommen nicht weiter. Dann haben wir gesagt: Okay, dann lassen wir das“ (m, West, Grüne).

Einige Befragte berichten von intensiven Diskussionen, die sehr ins Grundsätzliche gehen: „Nicht, dass wir uns streiten, aber wir sagen uns schon die Meinung. Warum, wieso bist du so abgedriftet?“ (w, Ost, 60–69, Grüne). Diese Debatten können durchaus schmerzhaft sein. Eine andere berichtet von langen Diskussionen mit der Mutter: „Wir sind da in keinen großen Konflikt geraten, aber ich habe versucht, erstmal ihre Angst wahrzunehmen und dagegen zu argumentieren. Das war nicht so, dass wir uns angeschrien hätten oder so, sondern wir haben ganz ruhig darüber gesprochen. Aber es kam halt immer wieder“ (m, Ost, 40–49, Grüne). Sie beschreibt einen für sie durchaus anstrengenden Prozess, kommt dann aber zu dem Schluss: „Wir sprechen das offen an und wie gesagt, es tut gut, darüber zu sprechen“.

Manche berichten auch von einem gewissen Spaß oder zumindest einer Bereicherung an sehr kontroversen Diskussionen. „Ja, also nicht überzeugen im Sinne von Meinungswechsel. Das passiert eher selten. Aber es eröffnet auf jeden Fall erst mal eine zusätzliche Perspektive auf das ganze Thema“ (m, West, 50–59, FDP). „Die Einen finden es total gut, die Anderen finden es ganz lächerlich und schrecklich und es ist auch immer wieder spannend“ (w, West, 30–39, Linke). „Wenn eine politische Diskussion ist, finde ich es schon auch spannend irgendwie. Einfach um der Diskussion willen, so ein bisschen Argumente schärfen“ (w, Ost, 40–49, Grüne). Und ein AfD-Anhänger berichtet: „Dann konkret noch mit einem Kollegen, inzwischen gibt es Einzelne, die sagen halt pauschal, alles was in Richtung AfD geht – wir haben Angst vor dem Hakenkreuz, dass das sofort wieder an der Wand hängt und alles wird plattgemacht. Wenn man mit denen ins Gespräch kommt, ist es relativ entspannt. Wir können auf einer sachlichen Ebene miteinander diskutieren, reden“ (m, Ost, 40–49, AfD). Auch bei den sehr kontroversen Themen wird keineswegs immer ausgewichen, sondern gerade bei lange bestehenden, engen Freundschaften oder Familienbeziehungen lassen sich auch viele auf die Diskussion ein. Einige berichten dann auch, ihr Gegenüber erfolgreich überzeugt zu haben. Von anderen überzeugt worden zu sein, wird dagegen fast nicht berichtet.

Nicht immer sind die Beteiligten aber willens oder in der Lage, die Diskussion auszufechten oder einzudämmen. Immer wieder berichten Befragte auch davon, Beziehungen aufgrund politischer Meinungsdivergenzen beendet zu haben. „Dem habe ich die Freundschaft gekündigt. Ich sage: Du willst mich verscheißern oder provozieren? – Nein, das meine ich ernst. Ich sagte: Dann reden wir nie mehr wieder“ (m, Ost, 60–69, CDU). Eine andere berichtet von dem Ende einer Bekanntschaft: „Bei Facebook hat ein entfernter Bekannter von mir immer so Sachen gepostet, mit denen ich überhaupt nicht einverstanden bin, auch aus der rechten Ecke. (...) Ich habe am Anfang mir immer die Mühe gemacht und habe tatsächlich immer unterkommentiert und Fragen gestellt. Und irgendwann hört es auf, dann komme ich auf einen Punkt und drücke da, Freund entfernen. Das kann ich nicht mehr, ich kann es nicht mehr lesen, ich will es nicht mehr lesen, ich will nicht mehr damit konfrontiert werden, habe ich keinen Bock mehr drauf und weg



damit“ (w, Ost, 30–39, CDU). Oft ist es auch der Freundes- und Bekanntenkreis aus dem Herkunftsort, der aufgrund politischer Meinungsunterschiede gemieden wird. „Also alles, was in die Neonazirichtung geht, kommt für mich nicht infrage. Und Höcke, Gauland, das sind Neonazis. Und wenn ich die wähle, dann wähle ich Neonazis. Ich komme von einem sächsischen Dorf eigentlich. Das heißt, mein Familienkreis, Bekanntenkreis, Freundeskreis ist sehr viel blau gewesen. Und als das aufkam, diese AfD-Welle, habe ich das dann rigoros komplett aussortiert, also egal, ob Facebook, ob auf Familienfeiern, ob im Freundeskreis und ja, mit den Menschen kann und will ich nichts zu tun haben. Also, das ist für mich Abschaum, und ja, das sind Neonazis“ (m, Ost, 30–39, Grüne).

Meist sind es AfD-Anhänger, zu denen der Kontakt abgebrochen wird, weil sich unüberbrückbare Meinungsunterschiede auftun. Allerdings berichtet ein Teilnehmer einer Gruppendiskussion auch von einem ehemaligen Freund auf der anderen Seite des politischen Spektrums: „Ich habe einen Freund, wir waren immer sehr gut befreundet und er ist sehr, sehr links, um mal die andere Meinung zu sagen. Und wir kamen nie auf einen Zweig und das wurde bei ihm immer extremer. Er hat sich in dieses Thema immer mehr reingesteigert. (...) Wir sind nie auf einen grünen Zweig gekommen und irgendwann musste ich die Freundschaft wirklich beenden“ (m, Ost, 30–39, CDU).

Es sind Kontaktabbrüche dieser Art, bei denen sich eine tiefe politische Polarisierung in den Beziehungen der Menschen niederschlägt. Die politischen Meinungsunterschiede gehen über Politik hinaus und beeinflussen, mit wem Kontakt akzeptiert wird und mit wem eben nicht. Dem steht aber vielfach das Bemühen gegenüber, Ausgleich zu suchen, die andere oder den anderen zu verstehen.

Beiden Umgangsweisen, dem Kontaktabbruch und der Kompromissbereitschaft, wird im Folgenden genauer nachgegangen, wobei jeweils zunächst das Augenmerk auf den Umgangsweisen selbst liegt, also zu wem der Kontakt abgebrochen wird und in welchen Bereichen Kompromisse akzeptiert werden, um dann näher zu betrachten, welche Personen eher zu der jeweiligen Umgangsweise neigen. Abschließend lässt sich zumindest für die Kontaktabbrüche der Einfluss der Pandemie einschätzen. Neben diesen beiden, für die Polarisierung besonders relevanten Formen gibt es aber ein breites Spektrum anderer Umgangsweisen, wie fortgesetzte Diskussionen, Vermeidung bei Aufrechterhaltung der Beziehung und all die anderen Strategien, die hier beschrieben wurden.

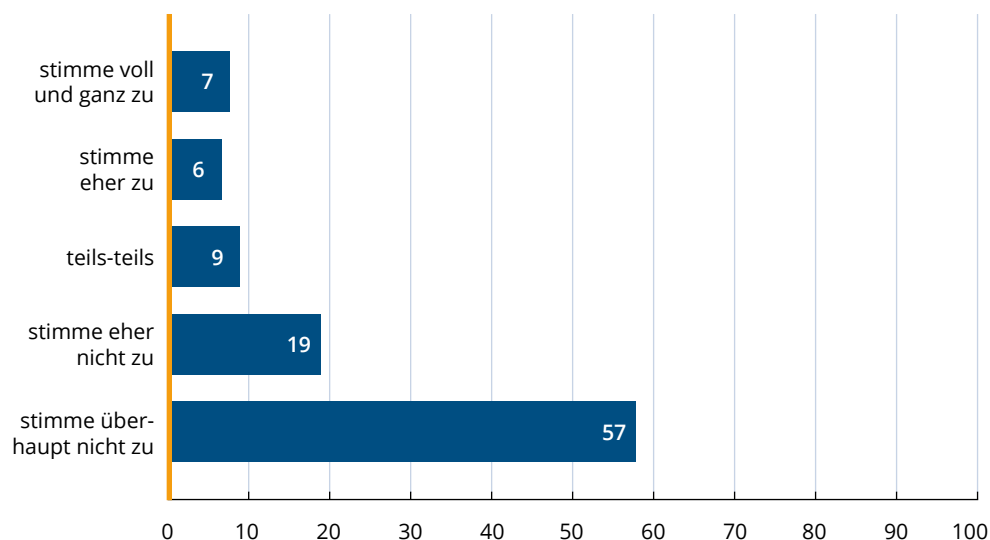
8.2 Kontaktabbruch

In der Bandbreite der Reaktionen auf grundlegende Meinungsunterschiede ist der Kontaktabbruch die radikalste und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt gleichzeitig problematischste. In welchem Maße die politische Meinung ausschlaggebend war, den Kontakt abubrechen, lässt sich oft nicht ganz einfach beurteilen. Es gibt viele Gründe, einen Kontakt abubrechen und politische Einstellungen können einen Beitrag zu der Entscheidung leisten. Daher wird der Kontaktabbruch aufgrund von politischen Ansichten nicht mit „ja“ oder „nein“ abgefragt, sondern erlaubt eine graduelle Beurteilung durch die Befragten, um diesen Unschärfen Rechnung zu tragen.

Einen Kontaktabbruch wegen politischer Ansichten berichtet eine Minderheit. Etwas häufiger berichten dies Anhängerinnen und Anhänger der Linken, während die Anhänger-

schaft der AfD dies seltener berichtet als der Bevölkerungsdurchschnitt. Menschen mit konsequenten Ansichten, die den Positionen der Grünen und der Linken nahestehen (erleichterter Zuzug von Ausländern, Klimaschutz vor Wirtschaftswachstum, mehr sozialstaatliche Leistungen), berichten häufiger von Kontaktabbrüchen als der Bevölkerungsdurchschnitt, wobei auch in diesen Gruppen der Kontaktabbruch die Ausnahme ist. Auch die Vermeidung von Kontakt zu bestimmten Personengruppen ist selten und zu Wählern einer bestimmten Partei wird nicht häufiger der Kontakt gemieden als zu anderen Personengruppen (zum Beispiel Jägern oder Homosexuellen). Die Ausnahme sind AfD-Wähler, mit denen eine Mehrheit nichts zu tun haben will. Andersherum lehnen AfD-Wählerinnen und -Wähler etwas häufiger den Kontakt zu bestimmten Personengruppen ab als andere.

Abbildung 41: Kontaktabbruch aufgrund politischer Ansichten

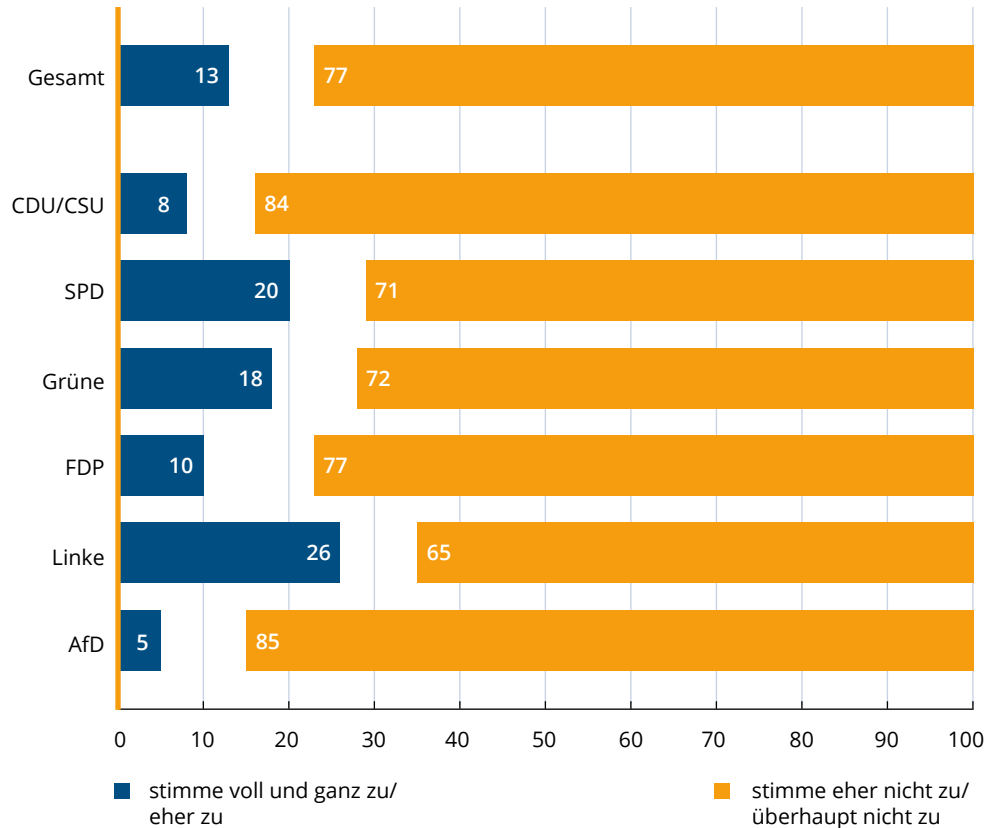


Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt nochmals einige Aussagen. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Zu bestimmten Menschen habe ich den Kontakt wegen ihrer politischen Ansichten abgebrochen.“

Die übergroße Mehrheit gibt an, bisher niemals Kontakt aufgrund politischer Ansichten abgebrochen zu haben. 57 Prozent stimmen der Aussage „Zu bestimmten Menschen habe ich den Kontakt wegen ihrer politischen Ansichten abgebrochen“ überhaupt nicht zu. Weitere 19 Prozent stimmen der Aussage eher nicht zu. Auf der anderen Seite geben aber 13 Prozent an, der Aussage eher oder voll und ganz zuzustimmen. Bei ihnen ist es vorgekommen, dass auseinandergelungene politische Entscheidungen zumindest mitverantwortlich dafür waren, dass sich die Wege getrennt haben.

Abbildung 42: Kontaktabbruch aufgrund politischer Ansichten – nach Parteianhängerschaft



Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „teils-teils“, „weiß nicht/keine Angabe“.

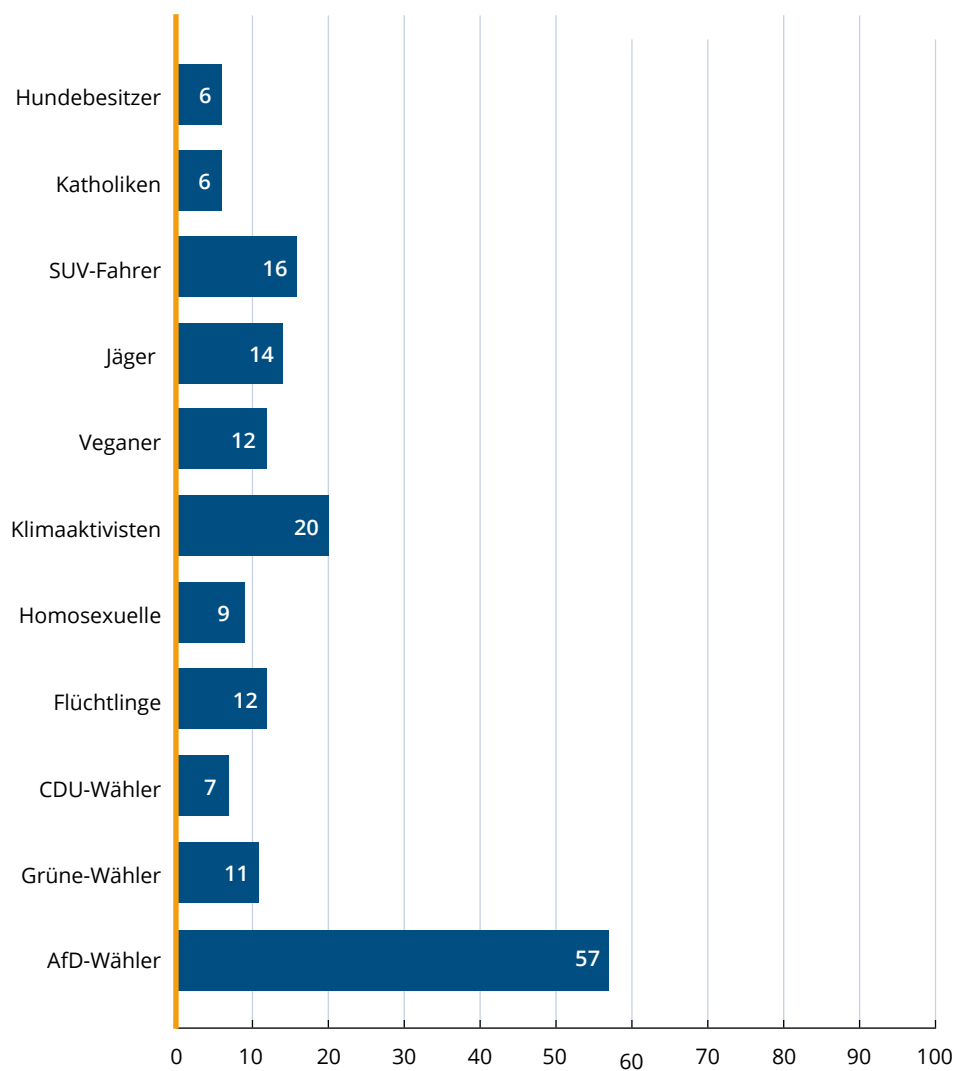
Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt nochmals einige Aussagen. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Zu bestimmten Menschen habe ich den Kontakt wegen ihrer politischen Ansichten abgebrochen.“

Am häufigsten geben Anhängerinnen und Anhänger der Linken an, einen Kontakt aufgrund politischer Ansichten abgebrochen zu haben. 26 Prozent stimmen der Aussage voll und ganz oder eher zu. Doch auch in den Anhängerschaften von SPD (20 Prozent) und Grünen (18 Prozent) kommt dies durchaus häufiger vor.

Selten sind Kontaktabbrüche aufgrund politischer Einstellungen dagegen bei Anhängerinnen und Anhängern der FDP (10 Prozent) und der CDU/CSU (8 Prozent). Am seltensten ist dies allerdings in der Anhängerschaft der AfD der Fall. 5 Prozent von ihnen stimmen der Aussage über einen politisch motivierten Kontaktabbruch voll und ganz oder eher zu. Der Abbruch von Kontakten aus politischen Gründen zeigt potenziell Gräben und Spaltungen in der Gesellschaft. Zunächst sind dies aber Einzelfälle. Ein Thema für den gesellschaftlichen Zusammenhalt werden Kontaktabbrüche insbesondere dann, wenn sie sich auf ganze Personengruppen beziehen und, unabhängig von individuellen Erfahrungen, Kontakte gemieden werden.

Deshalb wurde in der Umfrage erhoben, ob es Menschengruppen gibt, mit denen die oder der Befragte nichts zu tun haben möchte. Als abgelehnte Gruppen kommen prinzipiell sehr viele infrage. Ziel der Auswahl abgefragter Gruppen war, ein möglichst breites Spektrum potenziell abgelehnter Gruppen abzudecken, um unterschiedlichste Bruchlinien auffinden zu können.⁴¹

Abbildung 43: Menschen, mit denen man nichts zu tun haben möchte



Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „ja, würde mit ihnen etwas zu tun haben wollen“, „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Es gibt ja Menschen, mit denen man am liebsten nichts zu tun haben möchte. Wie ist das bei Ihnen mit folgenden Personengruppen? Würden Sie mit [Liste] persönlich etwas zu tun haben wollen oder nicht? [In zufälliger Reihenfolge:] Hundebesitzer, Katholiken, SUV-Fahrer, Jäger, Veganer, Klimaaktivisten, Homosexuelle, Flüchtlinge, CDU-Wähler, Grüne-Wähler, AfD-Wähler. Antwortmöglichkeiten: „ja, würde mit ihnen etwas zu tun haben wollen“; „nein, würde mit ihnen nichts zu tun haben wollen“.



Die Menschen schließen für ihre Kontakte nur wenige Gruppen aus. 23 Prozent schließen keine Personengruppe aus und sagen für alle, dass sie mit ihnen etwas zu tun haben wollen (ohne Abbildung). 31 Prozent schließen nur eine Gruppe aus, 18 Prozent schließen zwei Gruppen aus.

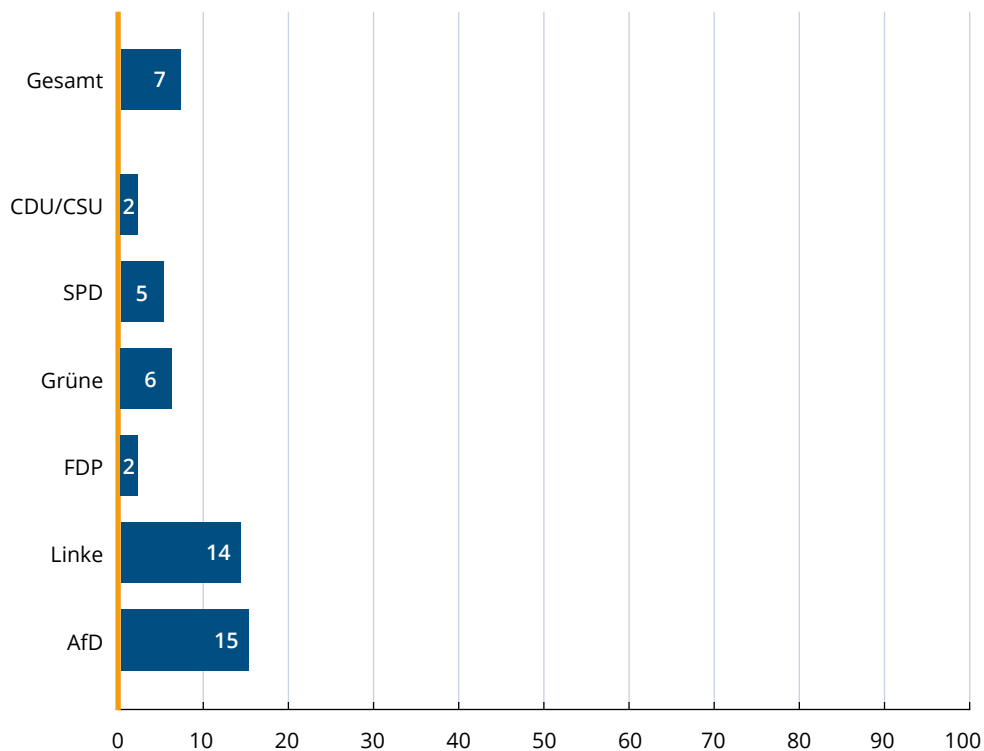
Die meisten der genannten Gruppen ziehen den Unwillen von nur wenigen auf sich. Hundebesitzer, Katholiken und Homosexuelle werden von weniger als 10 Prozent abgelehnt, Homosexuelle von 9 Prozent. Jäger und SUV-Fahrer ziehen schon etwas mehr Unmut auf sich, es gibt 14 Prozent bzw. 16 Prozent, die mit ihnen nichts zu tun haben wollen. Für Klimaaktivisten geben mit 20 Prozent relativ viele an, mit ihnen nichts zu tun haben zu wollen, wobei auch in diesem Fall eine übergroße Mehrheit den Kontakt nicht ausschließt.

Die Wähler von CDU und Grünen rangieren im Mittelfeld in diesem Vergleich und das bedeutet, sie werden ebenfalls von relativ wenigen abgelehnt. Dies ist insbesondere im Vergleich zu den ebenfalls politischen Klimaaktivisten bemerkenswert.

Sehr verbreitet ist allerdings die Ablehnung von Wählern der AfD. Eine Mehrheit von 57 Prozent will mit AfD-Wählern nichts zu tun haben. Hier bestätigt sich der von AfD-Anhängerinnen und -Anhängern beschriebene Eindruck, von anderen grundlegend abgelehnt zu werden.

Die Parteianhängerschaften unterscheiden sich etwas in der Häufigkeit, mit der bestimmte Gruppen abgelehnt werden. Die Auswahl der abgefragten Personengruppen diente gerade dazu, verschiedene politische Richtungen mit Personengruppen zu konfrontieren, die ihnen möglicherweise unangenehm sind.

**Abbildung 44: Menschen, mit denen man nichts zu tun haben möchte:
CDU-Wähler – nach Parteianhängerschaft**



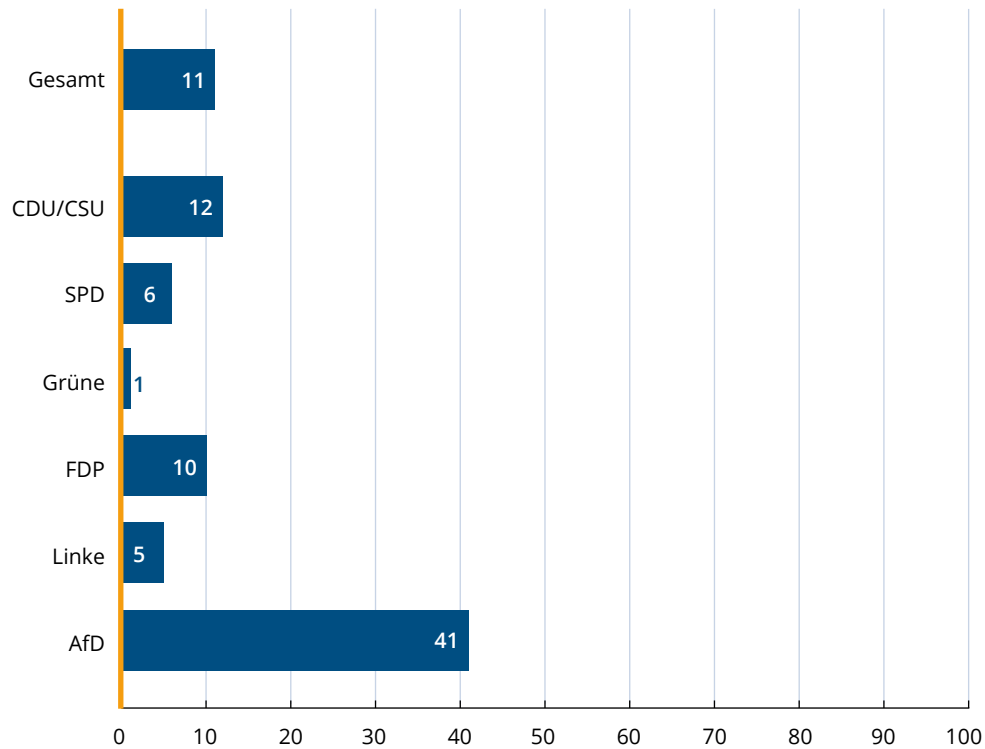
Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent.
Fehlende Werte zu 100 Prozent „ja, würde mit ihnen etwas zu tun haben wollen“, „weiß nicht/
keine Angabe“.

Frage: „Es gibt ja Menschen, mit denen man am liebsten nichts zu tun haben möchte. Wie ist das bei Ihnen mit folgenden Personengruppen? Würden Sie mit CDU-Wählern persönlich etwas zu tun haben wollen oder nicht? Antwortmöglichkeiten: „ja, würde mit ihnen etwas zu tun haben wollen“; „nein, würde mit ihnen nichts zu tun haben wollen“.

CDU-Wähler werden nicht sehr häufig von anderen gemieden. Es sind etwas mehr Anhängerinnen und Anhänger der Parteien an den politischen Rändern, der AfD und der Linken, die mit CDU-Wählern nichts zu tun haben wollen. Unter ihnen sind es 15 Prozent bzw. 14 Prozent, während im Bevölkerungsdurchschnitt 7 Prozent CDU-Wähler meiden.



Abbildung 45: Menschen, mit denen man nichts zu tun haben möchte:
Grüne-Wähler – nach Parteianhängerschaft

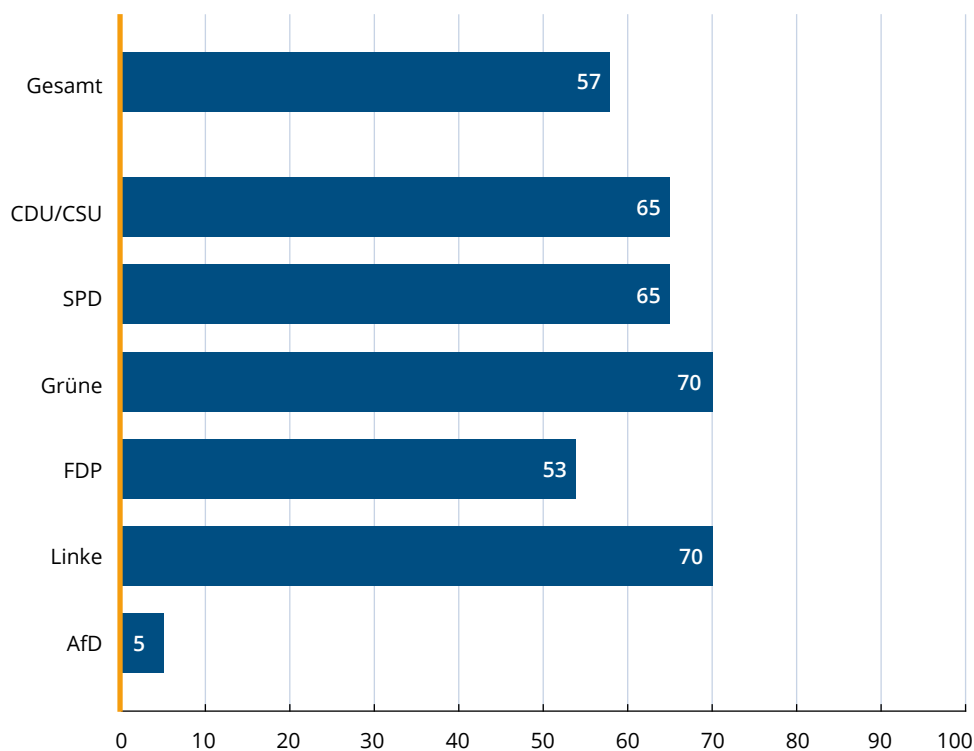


Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent.
Fehlende Werte zu 100 Prozent „ja, würde mit ihnen etwas zu tun haben wollen“, „weiß nicht/
keine Angabe“.

Frage: „Es gibt ja Menschen, mit denen man am liebsten nichts zu tun haben möchte. Wie ist das bei Ihnen mit folgenden Personengruppen? Würden Sie mit Grünen-Wählern persönlich etwas zu tun haben wollen oder nicht? Antwortmöglichkeiten: „ja, würde mit ihnen etwas zu tun haben wollen“; „nein, würde mit ihnen nichts zu tun haben wollen“.

Grüne-Wähler werden etwas häufiger gemieden. 11 Prozent in der Gesamtbevölkerung wollen mit Grüne-Wählern nichts zu tun haben. In den Anhängerschaften von CDU/CSU und FDP ist der Anteil ebenfalls auf diesem Niveau, während er bei SPD und Linke niedriger ist. Es sind aber vor allem die Anhängerinnen und Anhänger der AfD, die Grüne-Wähler ablehnen. 41 Prozent der AfD-Anhängerschaft geben an, mit Grünen nichts zu tun haben zu wollen.

**Abbildung 46: Menschen, mit denen man nichts zu tun haben möchte:
AfD-Wähler – nach Parteianhängerschaft**

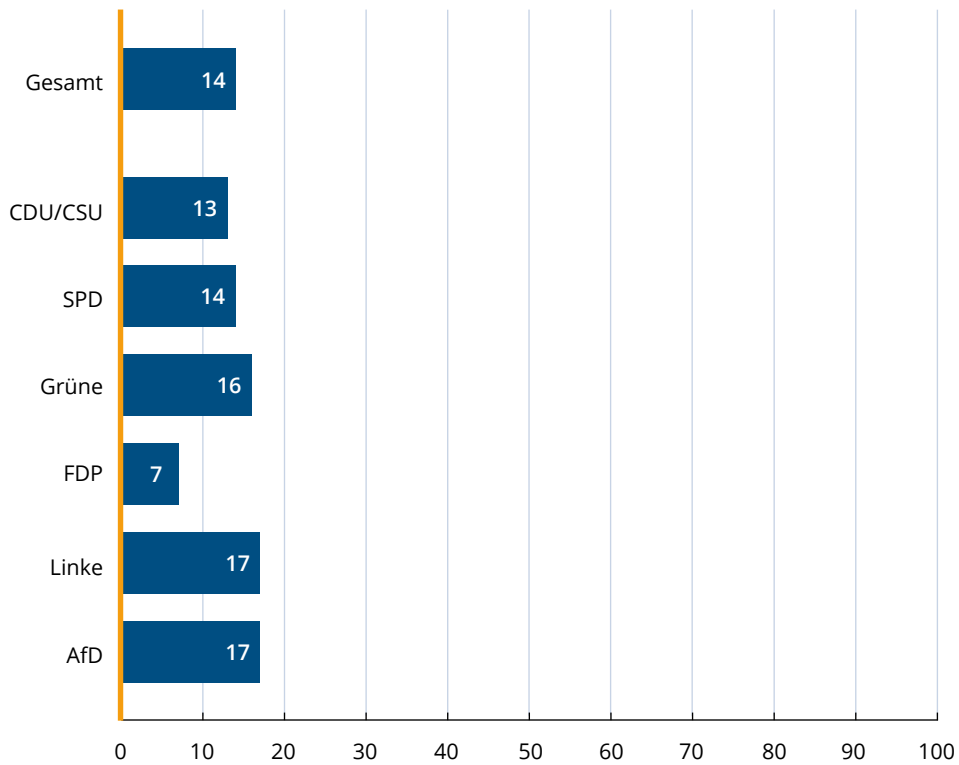


Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent.
Fehlende Werte zu 100 Prozent „ja, würde mit ihnen etwas zu tun haben wollen“, „weiß nicht/
keine Angabe“.

Frage: „Es gibt ja Menschen, mit denen man am liebsten nichts zu tun haben möchte. Wie ist das bei Ihnen mit folgenden Personengruppen? Würden Sie mit AfD-Wählern persönlich etwas zu tun haben wollen oder nicht? Antwortmöglichkeiten: „ja, würde mit ihnen etwas zu tun haben wollen“; „nein, würde mit ihnen nichts zu tun haben wollen“.

Die Ablehnung von AfD-Wählern ist weitverbreitet. In der Gesamtbevölkerung wollen 57 Prozent nichts mit AfD-Wählern zu tun haben. Unter den Wählerinnen und Wählern der FDP sind es mit 53 Prozent etwas weniger, in den übrigen Anhängerschaften liegt der Anteil höher. 65 Prozent sind es bei CDU/CSU und SPD. Bei den Parteien am anderen Pol der Polarisierung, also bei Grünen und Linken, liegen die Anteile mit jeweils 70 Prozent noch etwas höher. Auch unter den Wählerinnen und Wählern der AfD finden sich 5 Prozent, die nichts mit Wählern der AfD zu tun haben wollen.

Abbildung 47: Menschen, mit denen man nichts zu tun haben möchte:
Jäger – nach Parteianhängerschaft

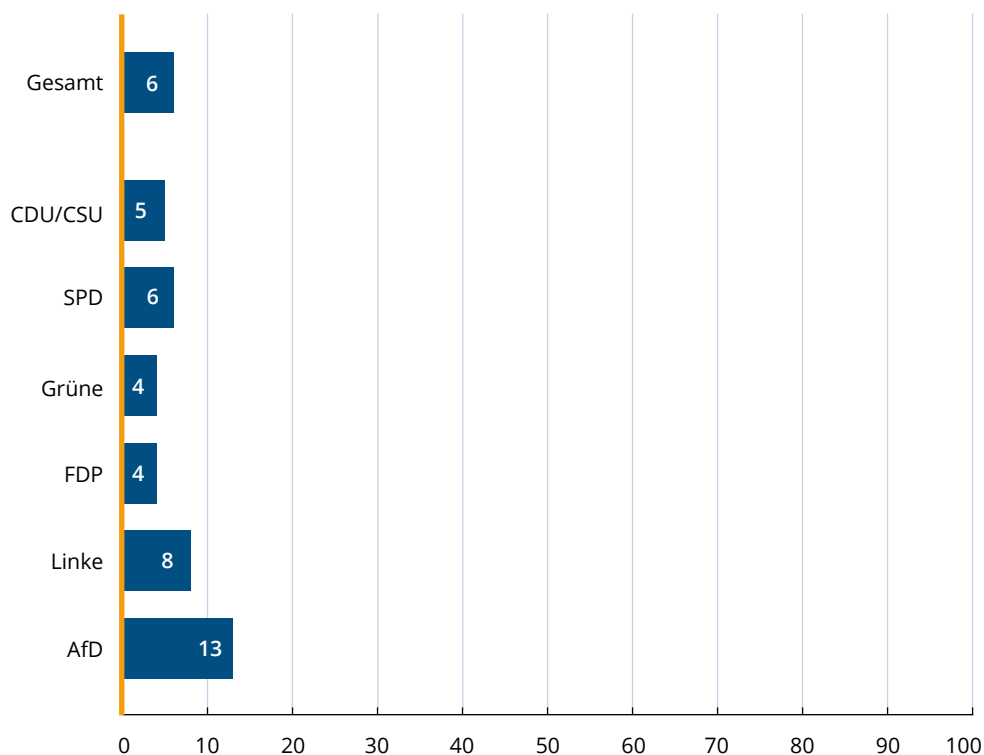


Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent.
Fehlende Werte zu 100 Prozent „ja, würde mit ihnen etwas zu tun haben wollen“, „weiß nicht/
keine Angabe“.

Frage: „Es gibt ja Menschen, mit denen man am liebsten nichts zu tun haben möchte. Wie ist das bei Ihnen mit folgenden Personengruppen? Würden Sie mit Jägern persönlich etwas zu tun haben wollen oder nicht? Antwortmöglichkeiten: „ja, würde mit ihnen etwas zu tun haben wollen“; „nein, würde mit ihnen nichts zu tun haben wollen“.

Den Umgang mit Jägern wollen insgesamt 14 Prozent meiden. Dies entspricht recht genau dem Anteil in den Wählerschaften von CDU/CSU und SPD. Bei der FDP sind es mit 7 Prozent weniger, bei den Grünen, der Linken und der AfD mit 16 Prozent bis 17 Prozent etwas mehr.

**Abbildung 48: Menschen, mit denen man nichts zu tun haben möchte:
Katholiken – nach Parteianhängerschaft**

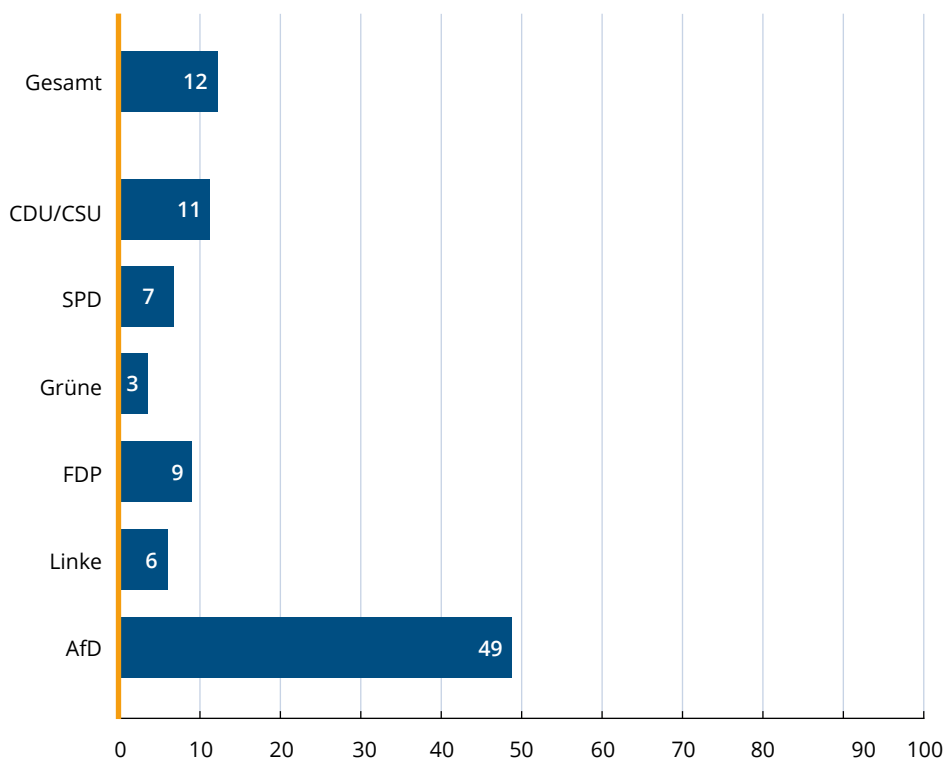


Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent.
Fehlende Werte zu 100 Prozent „ja, würde mit ihnen etwas zu tun haben wollen“, „weiß nicht/
keine Angabe“.

Frage: „Es gibt ja Menschen, mit denen man am liebsten nichts zu tun haben möchte. Wie ist das bei Ihnen mit folgenden Personengruppen? Würden Sie mit Katholiken persönlich etwas zu tun haben wollen oder nicht? Antwortmöglichkeiten: „ja, würde mit ihnen etwas zu tun haben wollen“; „nein, würde mit ihnen nichts zu tun haben wollen“.

Den Umgang mit Katholiken wollen nur wenige meiden. In der Bevölkerung sind es 6 Prozent, in den meisten Parteianhängerschaften bewegt sich die Ablehnung von Katholiken auf sehr ähnlichem Niveau. Bei der AfD wollen allerdings 13 Prozent der Wählerinnen und Wähler nichts mit Katholiken zu tun haben.

Abbildung 49: Menschen, mit denen man nichts zu tun haben möchte:
Flüchtlinge – nach Parteianhängerschaft



Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent.
Fehlende Werte zu 100 Prozent „ja, würde mit ihnen etwas zu tun haben wollen“, „weiß nicht/
keine Angabe“.

Frage: „Es gibt ja Menschen, mit denen man am liebsten nichts zu tun haben möchte. Wie ist das bei Ihnen mit folgenden Personengruppen? Würden Sie mit Flüchtlingen persönlich etwas zu tun haben wollen oder nicht? Antwortmöglichkeiten: „ja, würde mit ihnen etwas zu tun haben wollen“; „nein, würde mit ihnen nichts zu tun haben wollen“.

Mit Flüchtlingen wollen 12 Prozent der Gesamtbevölkerung lieber nichts zu tun haben. Auf diesem Niveau ist es auch in den Anhängerschaften von CDU/CSU und FDP, bei SPD und Linke ist es etwas niedriger und es sind noch einmal weniger bei den Grünen. Die Anhängerschaft der AfD lehnt dagegen fast zur Hälfte (49 Prozent) den Umgang mit Flüchtlingen ab.

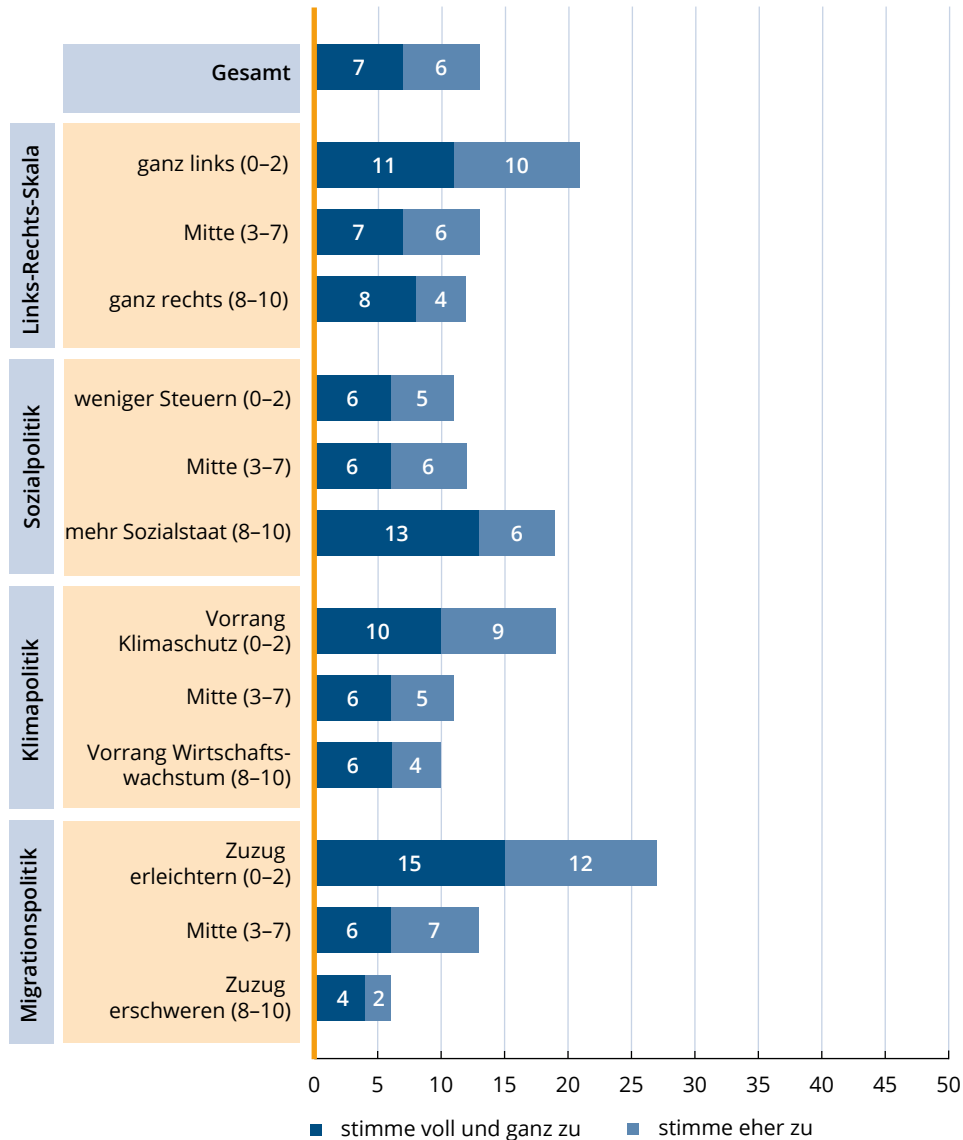
Durchweg lehnen nur wenige den Umgang mit bestimmten Personengruppen ab. Veganer oder Jäger, Grünen-Wähler oder CDU-Wähler, Katholiken oder Homosexuelle, mit all diesen Personengruppen will eine sehr große Mehrheit etwas zu tun haben. Die eine Ausnahme sind Wähler der AfD. Mit ihnen will eine Mehrheit nichts zu tun haben. Umgekehrt sind es allerdings die Anhängerinnen und Anhänger der AfD, die zu etwas höheren Anteilen mit anderen Personengruppen nichts zu tun haben wollen. Besonders ausgeprägt ist dies bei politisch besetzten Gruppen wie Flüchtlingen, Klimaaktivisten und Grünen-Wählern, es gilt aber auch für Veganer oder eher konservativ besetzte Gruppen wie Jäger oder Katholiken. AfD-Wählerinnen und -Wähler zeichnen sich durch eine

höhere politische Homogenität ihrer Freundschaften aus. In einer Untersuchung zur politischen Ähnlichkeit in Paarbeziehungen und Freundschaften (Hirndorf 2020a) geben Anhängerinnen und Anhänger der AfD zu sehr viel größeren Anteilen an, selten oder nie in Gesprächen über politische Themen mit dem häufigsten Gesprächspartner unterschiedlicher Meinung zu sein.⁴²

Menschen, die zu anderen den Kontakt aufgrund unterschiedlicher politischer Ansichten abbrechen, haben tendenziell einen höheren formalen Bildungsabschluss und sind jünger.⁴³ Allerdings sind die Unterschiede zwischen verschiedenen Personengruppen, seien diese nach Bildung, Erfahrung längerer Arbeitslosigkeit oder Zukunftsoptimismus differenziert, durchweg klein. Zudem gibt es für eine ganze Reihe von Merkmalen keine signifikanten Unterschiede. Es ist eine nicht sehr große, aber sozialstrukturell und in ihren Lebenshaltungen recht heterogene Gruppe, die von Kontaktabbrüchen berichtet.

Deutlicher sind die Unterschiede allerdings in Abhängigkeit von politischen Einstellungen. Politische Überzeugungen jenseits der Mitte machen einen Kontaktabbruch deutlich wahrscheinlicher. Dabei sind es aber nicht alle Randpositionen gleichermaßen, die häufiger bei Menschen vorkommen, die Kontakte aus politischen Differenzen heraus abgebrochen haben.

Abbildung 50: Kontaktabbruch – nach politischen Positionen



Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent "teils-teils", „stimme eher nicht zu“, „stimme überhaupt nicht zu“, „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt nochmals einige Aussagen. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Zu bestimmten Menschen habe ich den Kontakt wegen ihrer politischen Ansichten abgebrochen.“

Für die Fragen zur Links-Rechts-Skala, der Sozial-, Klima- und Migrationspolitik siehe die Abbildungen 9 bis 12.

Unter allen, die sich auf dem Links-Rechts-Spektrum am linken Rand positionieren, stimmen der Aussage „Zu bestimmten Menschen habe ich den Kontakt wegen ihrer politischen Ansichten abgebrochen“ 11 Prozent voll und ganz zu, weitere 10 Prozent

stimmen eher zu. Menschen, die sich politisch ganz rechts bei dieser Skala einordnen, stimmen der Aussage dagegen zu 8 Prozent voll und ganz zu, weitere 4 Prozent stimmen eher zu. Dies liegt nahe an den Anteilen für jene, die sich in der Mitte positionieren (7 Prozent voll und ganz, 6 Prozent eher). Während also Menschen mit Überzeugungen ganz links auf der Links-Rechts-Skala überdurchschnittlich häufig einen Kontakt aufgrund politischer Meinungsunterschiede abgebrochen haben, gilt dies für Menschen ganz rechts auf der Skala nicht.

Bei der Einstellung zu sozialstaatlichen Leistungen ergibt sich ein ganz ähnliches Bild. Menschen, die sehr konsequent einen Ausbau sozialstaatlicher Leistungen bei höheren Steuern und Abgaben favorisieren (Werte 8 bis 10), berichten häufiger über einen Kontaktabbruch aufgrund politischer Meinungen als der Bevölkerungsdurchschnitt. Ebenso berichten jene, die konsequent dem Klimaschutz den Vorzug vor Wirtschaftswachstum geben wollen, häufiger davon, einen Kontakt aufgrund politischer Meinungsverschiedenheiten abgebrochen zu haben. Noch deutlicher ist es bei Menschen, die konsequent für die Erleichterung der Zugangsmöglichkeiten für Ausländer plädieren. Sie berichten doppelt so häufig von einem Kontaktabbruch aus politischen Gründen als der Durchschnitt.

Politische Einstellungen am Rande des Spektrums, die in Richtung der Positionen von Grünen und Linke gehen, fallen überdurchschnittlich zusammen mit einem Kontaktabbruch aus politischen Gründen. Die Migrationspolitik erweist sich dabei wiederum als besonders polarisierend und konsequente Einstellungen in diesem Politikfeld führen eher zu Kontaktabbrüchen als in den anderen Themen. Das polarisierende Thema Migration fällt mit dem Kernthema der AfD zusammen, deren Anhängerinnen und Anhänger überdurchschnittlich häufig angeben, sich ausgegrenzt zu fühlen. Andererseits meiden AfD-Anhängerinnen und -Anhänger etwas häufiger andere Personengruppen.

8.3 Kompromissbereitschaft

Bei weit auseinandergehenden politischen Ansichten ist Kontaktabbruch eine Möglichkeit, mit den Differenzen umzugehen. Andere suchen dagegen nach Ausgleich und Kompromissen.

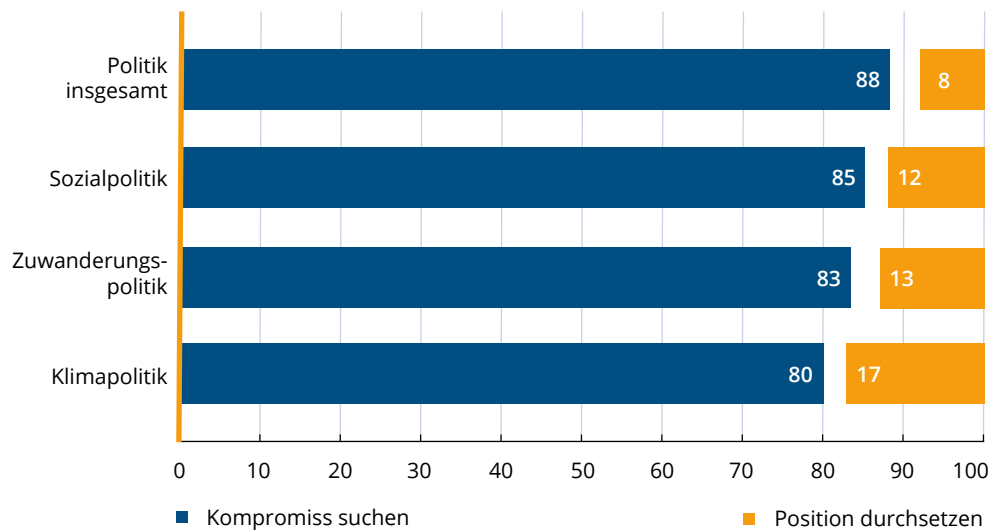
Bei allen abgefragten Politikfeldern (Sozialpolitik, Klimapolitik, Migrationspolitik) gibt es eine große Mehrheit für Kompromisse. Allerdings nimmt die Kompromissbereitschaft leicht ab, sobald konkrete Politikfelder bezeichnet sind. Die Anhängerschaften von Linken und AfD befürworten etwas seltener Kompromisse in der Sozial- und Migrationspolitik, bei der Klimapolitik sind es die Anhängerinnen und Anhänger von Grünen und Linken. Doch in jedem abgefragten Politikfeld gibt es in allen Parteienanhängerschaften eine Mehrheit zugunsten der Kompromissuche. Jüngere möchten etwas häufiger, dass Positionen durchgesetzt werden und Menschen mit Meinungen am Rande des Spektrums, in der einen oder anderen Richtung, sind etwas seltener für Kompromisse, wobei auch sie mehrheitlich die Kompromissuche vorziehen.

Betrachten wir die Kompromissbereitschaft etwas genauer. Die Einstellung zu Kompromissen in der Politik dürfte eine generelle Haltung sein, mehr noch wird sie aber vom konkreten Gegenstand abhängen. Die besonders kontroversen Politikfelder dürften



für die Polarisierung besonders relevant sein, aber andererseits eine besonders kompromisslose Haltung nahelegen, weil sie den Menschen besonders wichtig sind.

Abbildung 51: Kompromiss oder Durchsetzung

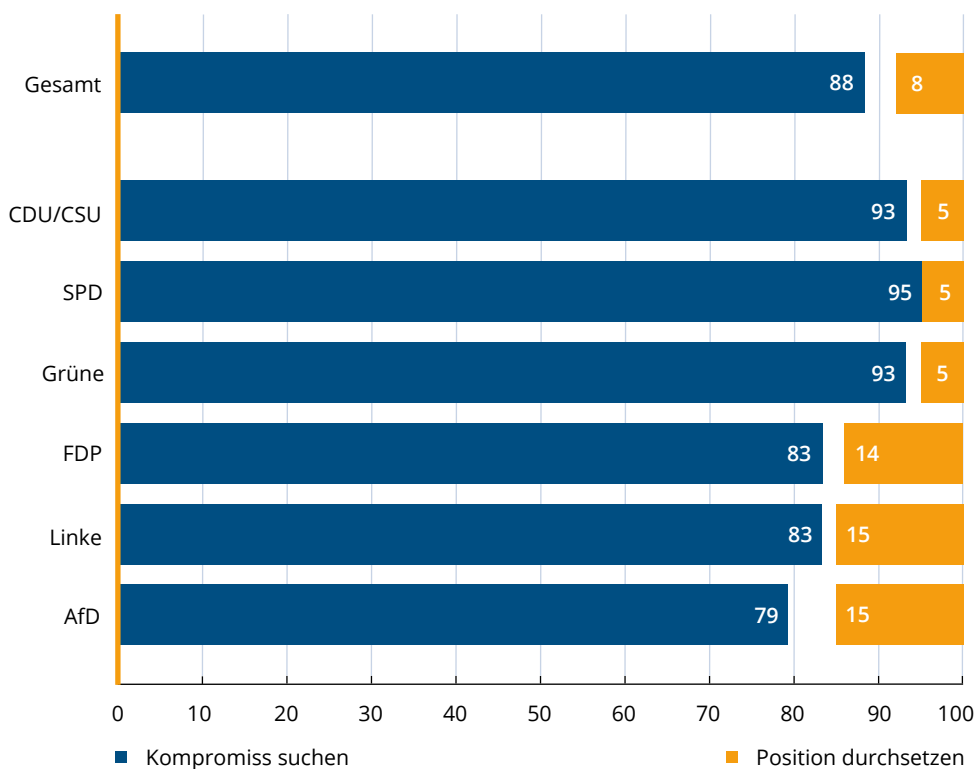


Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weder-noch“ (spontan), „weiß nicht/keine Angabe“. Frage: „In der Politik vertreten Politiker ja öfters mal unterschiedliche Ansichten. Was bevorzugen Sie in der [zufällig rotierend: Umwelt- und Klimapolitik/Zuwanderungspolitik/Sozialpolitik/immer am Ende: Politik insgesamt]? Dass Politiker mit Politikern, die andere Ansichten haben, zusammenarbeiten und Kompromisse suchen? Oder dass dort Politiker an ihren Positionen festhalten und diese auch gegen Widerstände durchsetzen?“

Die übergroße Mehrheit wünscht sich Kompromissbereitschaft in der Politik. Die unterschiedlichen Parteien sollen nach Ansicht der Wahlberechtigten aufeinander zugehen und eine gemeinsame Position entwickeln. 88 Prozent sind der Ansicht, Politiker sollten zusammenarbeiten und Kompromisse suchen. Eine Minderheit von 8 Prozent ist dagegen der Ansicht, Politiker sollten an ihren Ansichten festhalten.

Dies ist die allgemeine Einschätzung für die Politik insgesamt. Werden allerdings konkrete Politikfelder genannt, nimmt die Befürwortung von Kompromissen etwas ab. Dies gilt für alle konkretisierten Politikfelder, wobei auch hier jeweils eine große Mehrheit der Ansicht ist, es sollte nach Kompromissen gesucht werden. Für die Sozialpolitik wünschen sich 85 Prozent Kompromisse, bei der Zuwanderungspolitik sind es 83 Prozent und bei der Klimapolitik ist die Neigung zu Kompromissen mit 80 Prozent noch einmal etwas geringer.

Abbildung 52: Kompromiss oder Durchsetzung nach Parteipräferenz – Politik insgesamt



Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent „weder-noch“ (spontan), „weiß nicht/keine Angabe“.

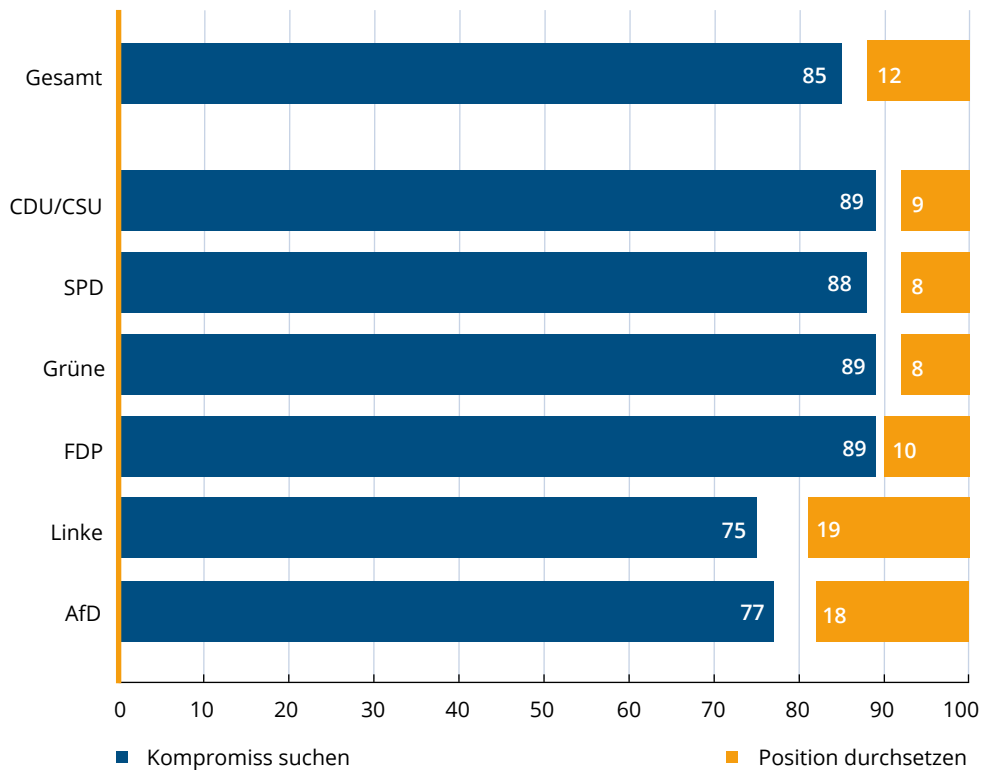
Frage: „Was bevorzugen Sie in der Politik insgesamt? Dass Politiker mit Politikern, die andere Ansichten haben, zusammenarbeiten und Kompromisse suchen? Oder dass dort Politiker an ihren Positionen festhalten und diese auch gegen Widerstände durchsetzen?“

Die Anhängerschaften der Parteien teilen sich bei der Kompromissneigung in zwei Gruppen. Die Anhängerinnen und Anhänger von CDU/CSU, SPD und Grünen befürworten zu über 90 Prozent Kompromisse generell in der Politik. Bei FDP, Linker und AfD sind es mit rund 80 Prozent auch die meisten, allerdings ist die Zustimmung etwas geringer, während eine kleine Gruppe von jeweils rund 15 Prozent eine konsequente Durchsetzung der eigenen Position erwartet.

Für die einzelnen konkreten Politikbereiche bleibt dieses Muster im Grundsatz bestehen, wobei jeweils etwas weniger Kompromisse unterstützen. Zudem ist die Kompromissneigung in den Bereichen, die der jeweiligen Anhängerschaft besonders am Herzen liegen oder in denen sie sich in einer deutlichen Minderheitenposition sehen, etwas geringer. So ist die Zustimmung zu Kompromissen in der Sozialpolitik und der Migrationspolitik bei den Anhängerinnen und Anhängern von Linken und AfD niedriger. In der Klimapolitik sind die Anhängerschaften von Grünen und Linken etwas weniger kompromissbereit. Es sind also vor allem die Parteianhängerschaften der politischen Ränder, die etwas unterdurchschnittlich Kompromisse befürworten, wobei auch bei ihnen in allen Politikfeldern eine Mehrheit diese vorzieht.

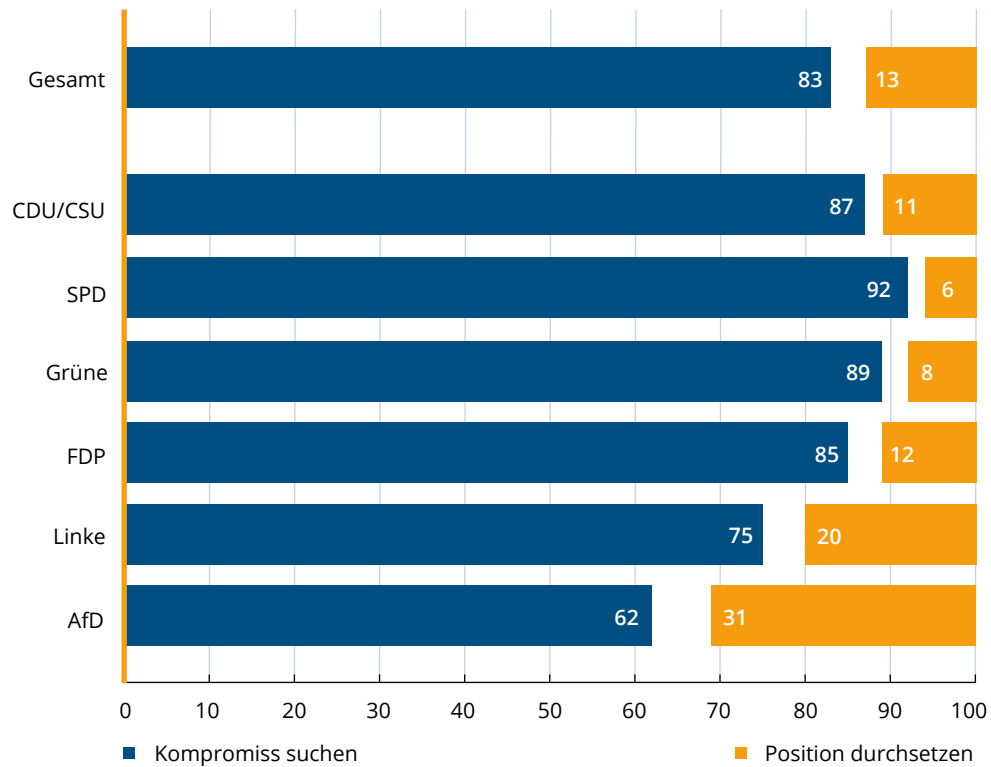


Abbildung 53: Kompromiss oder Durchsetzung nach Parteipräferenz – Sozialpolitik



Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent.
Fehlende Werte zu 100 Prozent „weder-noch“ (spontan), „weiß nicht/keine Angabe“.
Frage: „Was bevorzugen Sie in der Sozialpolitik? Dass Politiker mit Politikern, die andere Ansichten haben, zusammenarbeiten und Kompromisse suchen? Oder dass dort Politiker an ihren Positionen festhalten und diese auch gegen Widerstände durchsetzen?“

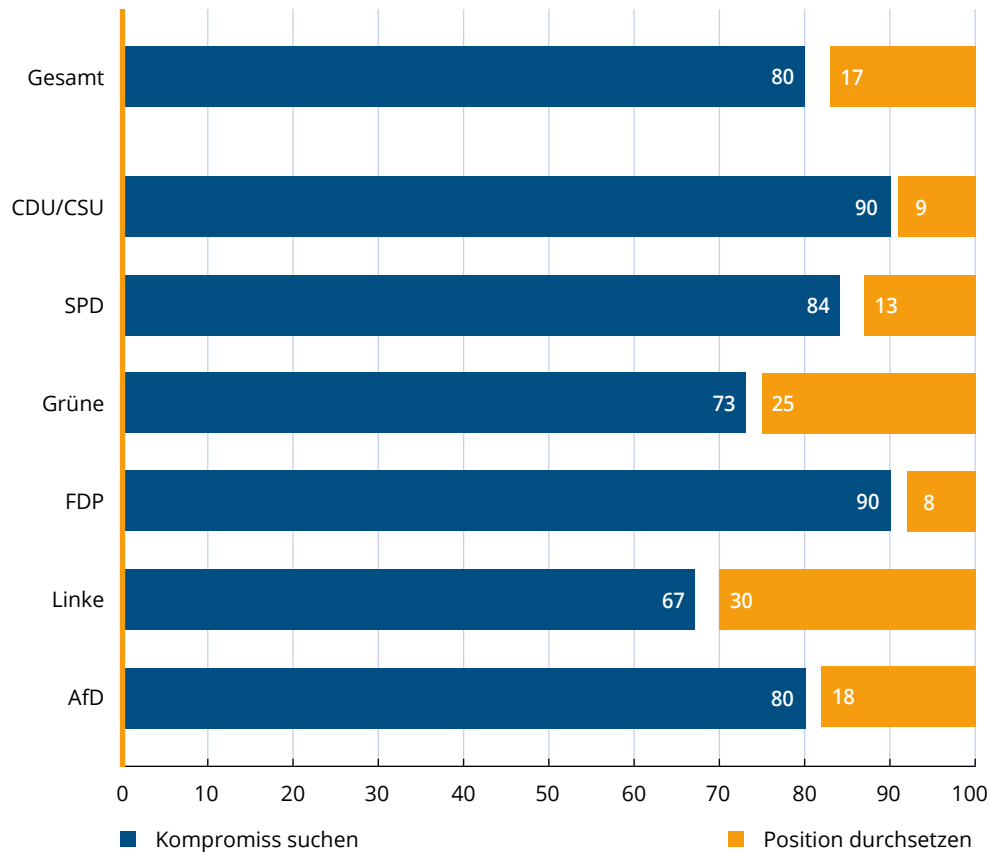
Abbildung 54: Kompromiss oder Durchsetzung nach Parteipräferenz –
Zuwanderungspolitik



Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent.
Fehlende Werte zu 100 Prozent „weder-noch“ (spontan), „weiß nicht/keine Angabe“.
Frage: „Was bevorzugen Sie in der Zuwanderungspolitik? Dass Politiker mit Politikern, die andere Ansichten haben, zusammenarbeiten und Kompromisse suchen? Oder dass dort Politiker an ihren Positionen festhalten und diese auch gegen Widerstände durchsetzen?“



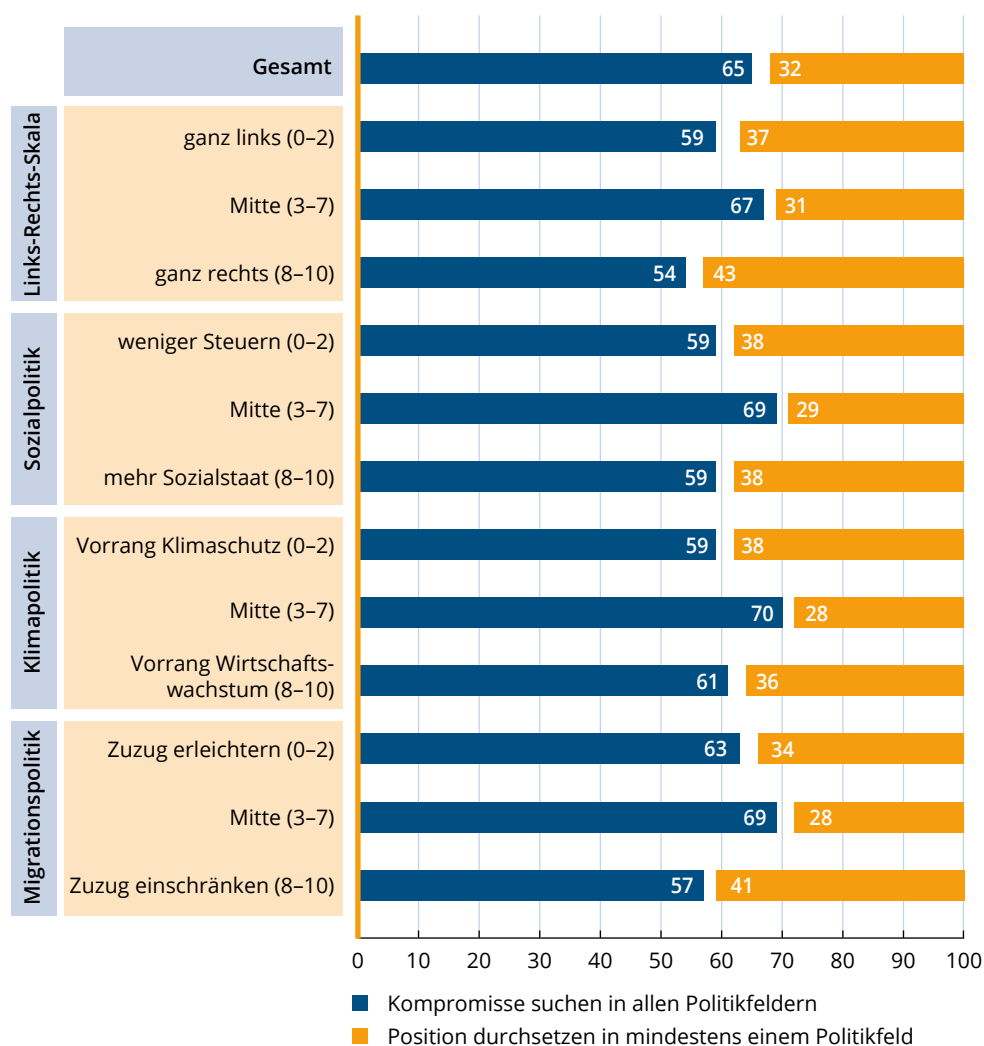
Abbildung 55: Kompromiss oder Durchsetzung nach Parteipräferenz –
Umwelt- und Klimapolitik



Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent.
Fehlende Werte zu 100 Prozent „weder-noch“ (spontan), „weiß nicht/keine Angabe“.
Frage: „Was bevorzugen Sie in der Umwelt- und Klimapolitik? Dass Politiker mit Politikern, die andere Ansichten haben, zusammenarbeiten und Kompromisse suchen? Oder dass dort Politiker an ihren Positionen festhalten und diese auch gegen Widerstände durchsetzen?“

Die Jüngeren (18 bis 34 Jahre) erwarten häufiger von Politikern über alle Politikfelder hinweg, an ihren Positionen festzuhalten. Diese stärkere Neigung der Jüngeren zum Durchsetzen der Positionen gibt es in allen Politikfeldern. Auch Menschen mit geringem Haushaltseinkommen tendieren stärker zu einer kompromisslosen Haltung, während jene mit einem grundlegenden Vertrauen in die Zukunft eher Kompromisse vorziehen.

Abbildung 56: Kompromiss oder Durchsetzen (alle Politikfelder) – nach politischen Positionen



Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weder-noch“ (spontan), „weiß nicht/keine Angabe“ bei mehr als einem Politikfeld.

Frage: „Was bevorzugen Sie in der [zufällig rotierend: Umwelt- und Klimapolitik/Zuwanderungspolitik/Sozialpolitik/immer am Ende: Politik insgesamt]? Dass Politiker mit Politikern, die andere Ansichten haben, zusammenarbeiten und Kompromisse suchen? Oder dass dort Politiker an ihren Positionen festhalten und diese auch gegen Widerstände durchsetzen?“ Für die Fragen zur Links-Rechts-Skala, der Sozial-, Klima- und Migrationspolitik siehe die Abbildungen 9 bis 12.

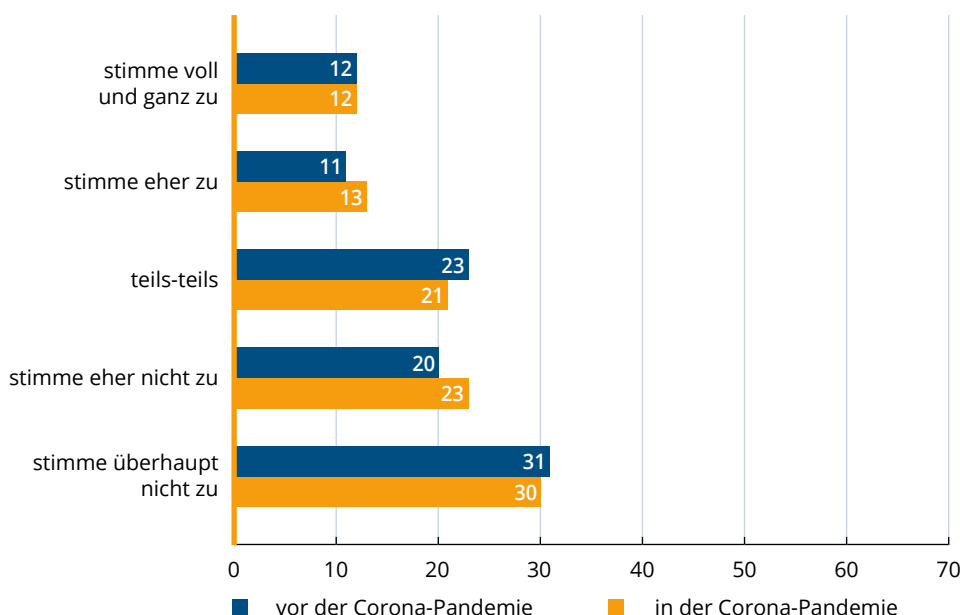
Politische Einstellungen am Rande des Spektrums gehen durchweg einher mit einer geringeren Neigung zu Kompromissen. Menschen, die sich auf der Links-Rechts-Skala ganz links (Werte 0 bis 2) oder ganz rechts (Werte 8 bis 10) verorten, sind häufiger für das kompromisslose Durchsetzen von Positionen als Personen, die sich in der Mitte sehen. Dasselbe gilt für die Sozialpolitik, die Klimapolitik und die Migrationspolitik. Zwar sind jene mit Einstellungen am Rande des Spektrums ebenfalls mehrheitlich für

die Kompromissuche, aber der Anteil, der für eine Durchsetzung der Positionen plädiert, ist jeweils größer.

8.4 Gesellschaftliche Polarisierung in der Pandemie

Der Stress der Pandemie könnte auch das Diskussionsklima und die gesellschaftliche Polarisierung beeinflusst haben. Tatsächlich ist dies aber nicht der Fall. Das Diskussionsklima wird genauso gesehen wie vor der Pandemie und allein der Kontakt zu AfD-Wählerinnen und -Wählern wird in der Pandemie noch etwas häufiger abgelehnt als zuvor.

Abbildung 57: Vermeidung politischer Diskussionen vor und in der Pandemie



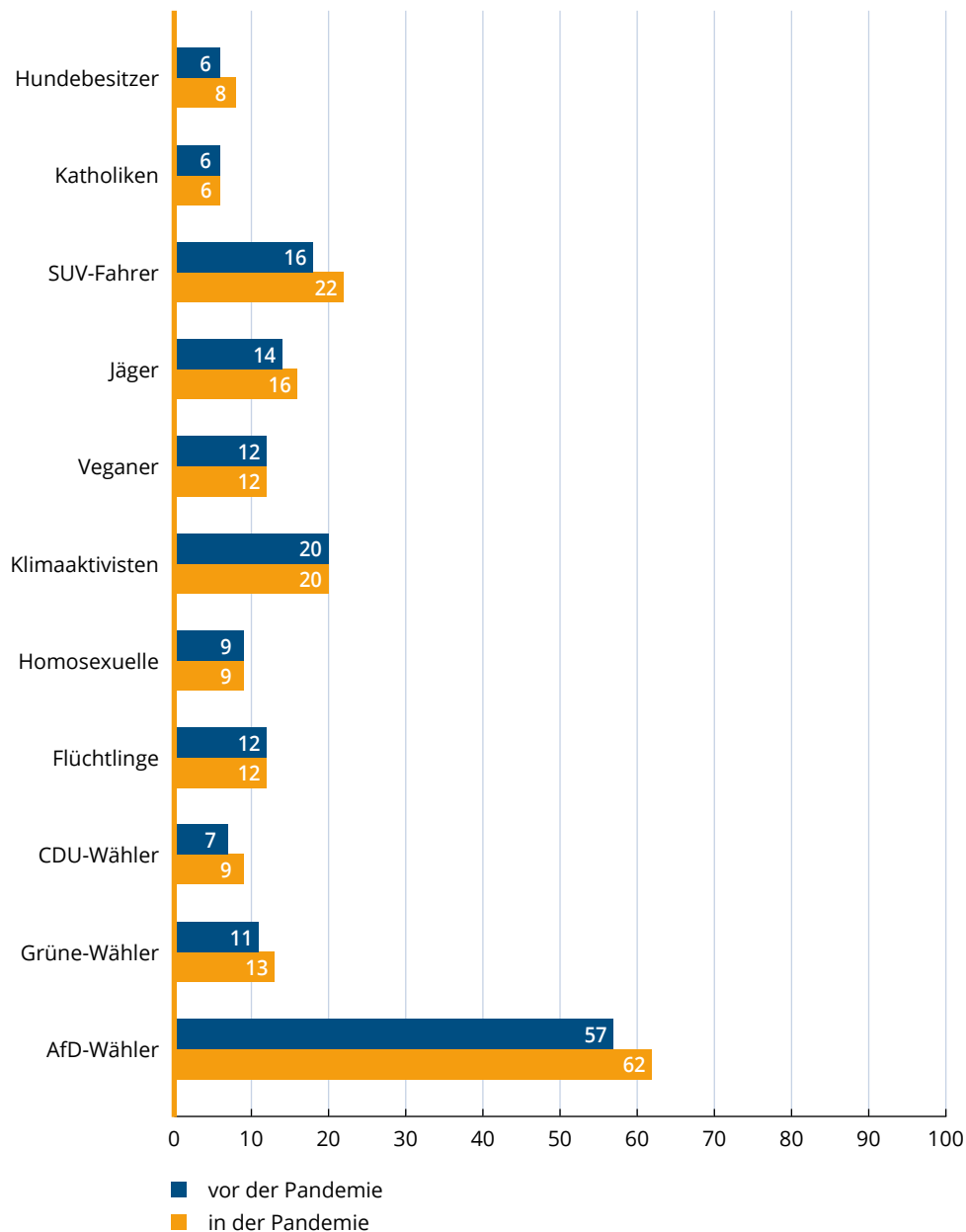
Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20 und Umfrage 1023 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2020. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt nochmals einige Aussagen. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. In letzter Zeit meide ich Gespräche zu politischen Themen, weil es dann nur Streit gibt.“

Die Brisanz von politischen Diskussionen hat sich mit der Pandemie nicht verändert. Unverändert berichten rund die Hälfte, politische Diskussionen überhaupt nicht oder zumindest tendenziell nicht zu meiden. Auch das Muster bei den Parteianhängerschaften verändert sich in der Pandemie nicht wesentlich. Es bleiben die Anhängerinnen und Anhänger der AfD, die deutlich häufiger berichten, politische Themen zu meiden.

Das gleiche gilt für den Kontaktabbruch aufgrund politischer Ansichten. In der Pandemie berichten die Menschen in derselben Verteilung wie vor der Pandemie von der Erfahrung, aus politischen Gründen einen Kontakt abgebrochen zu haben (ohne Abbildung).

Abbildung 58: Menschen, mit denen man nichts zu tun haben möchte – vor und in der Corona-Pandemie



Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20 und Umfrage 1023 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2020. Fehlende Werte zu 100 Prozent „ja, würde mit ihnen etwas zu tun haben wollen“, „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Es gibt ja Menschen, mit denen man am liebsten nichts zu tun haben möchte. Wie ist das bei Ihnen mit folgenden Personengruppen? Würden Sie mit [Liste] persönlich etwas zu tun haben wollen oder nicht? [In zufälliger Reihenfolge:] Hundebesitzer, Katholiken, SUV-Fahrer, Jäger, Veganer, Klimaaktivisten, Homosexuelle, Flüchtlinge, CDU-Wähler, Grüne-Wähler, AfD-Wähler. Antwortmöglichkeiten: „ja, würde mit ihnen etwas zu tun haben wollen“; „nein, würde mit ihnen nichts zu tun haben wollen“.“



Die Bereitschaft, mit bestimmten Personengruppen in Kontakt zu sein, hat sich mit der Pandemie ebenfalls kaum verändert. SUV-Fahrer sind etwas unbeliebter geworden, wobei ein Zusammenhang mit der Pandemie nicht naheliegt. Ebenfalls leicht zugenommen hat die Ablehnung der AfD-Wähler. Vor der Pandemie wollten 57 Prozent mit AfD-Wählern nichts zu tun haben, in der Pandemie ist dieser Anteil auf 62 Prozent gestiegen.

Damit hat die Pandemie die gesellschaftliche Polarisierung kaum verändert. Bei der Vermeidung politischer Diskussionen oder dem Kontaktabbruch aufgrund politischer Ansichten hat es in der Pandemie im Vergleich zum Zeitraum davor keine Veränderung gegeben. Die Ablehnung von AfD-Wählern hat bei einem hohen Niveau bereits vor der Pandemie noch einmal etwas zugenommen.

-
- 38 Hinter diesem Verständnis kann sich auch ein Missverständnis der Meinungsfreiheit verbergen. Schließlich geht es bei der Meinungsfreiheit gerade darum, auch harte Kritik äußern zu dürfen.
 - 39 Vergleiche dazu auch Köhler und Roose (2019).
 - 40 Die Frage einer mehr oder weniger offenen Diskussionsatmosphäre wird vielfach, auch in den Tiefeninterviews und Gruppendiskussionen, unter dem Begriff der Meinungsfreiheit diskutiert. Gemeint ist damit allerdings durchweg nicht eine Abwesenheit von staatlicher Zensur. Die Neutralität des Staates wird durchweg anerkannt. Vergleiche auch Roose (2019: 16 ff.).
 - 41 Für die Befragung war es aufgrund der maximal zumutbaren Fragebogenlänge nicht möglich, für die verschiedenen Personengruppen jeweils eine männliche und eine weibliche Person zu benennen, also beispielsweise CDU-Wählerin und als weitere Frage CDU-Wähler. Dies hätte möglicherweise interessante Hinweise auf eine geschlechtsabhängige Wahrnehmung bestimmter Personengruppen ergeben. Diese Frage steht aber nicht im Zentrum dieser Studie und konnte aus Kapazitätsgründen nicht weiter verfolgt werden. Um den Einfluss der geschlechtsabhängigen Wahrnehmung auszuschließen, wird jeweils für die Personengruppe eine männliche Person genannt, soweit die Formulierung eine Identifikation des Geschlechts erfordert.
 - 42 Bei den Anhängerinnen und Anhängern der AfD geben 66 Prozent an, selten oder nie in Gesprächen mit der Person, mit der am häufigsten politische Themen besprochen werden, unterschiedlicher Meinung zu sein. Bei den Anhängerschaften der anderen Parteien liegt dieser Anteil zwischen 30 Prozent (CDU/CSU) und 38 Prozent (FDP) (Hirndorf 2020a: 14).
 - 43 Diese und die weiteren berichteten Zusammenhänge wurden in einem multivariaten Modell geprüft. In dem Modell sind folgende Variablen enthalten: Alter, Bildung, Migrationshintergrund, Betroffenheit von mehr als sechs Monaten Arbeitslosigkeit in der Berufsbiografie, Erreichbarkeit einer Hausärztin bzw. eines Hausarztes, Sorge um Deutschlands Zukunft, Kontrollüberzeugung. Folgende nicht signifikanten Variablen wurden aus dem Modell entfernt: West-Ost, Geschlecht, Einschätzung des Haushaltseinkommens, Zukunftsorgen, persönliche Zukunftsangst.



Polarisierte Gesellschaft erleben: Ausgrenzung und gesellschaftliche Zugehörigkeit

Gesellschaftlicher Zusammenhalt, auch über Meinungsunterschiede hinweg, schlägt sich nicht zuletzt in der Wahrnehmung der eigenen Situation nieder. In einer pluralen Gesellschaft können nicht alle damit rechnen, ihre eigene Meinung durchzusetzen, aber eine angemessene Behandlung dürfen durchaus alle erwarten.

In welchem Maße Menschen den Eindruck haben, Teil der Gesellschaft zu sein und angemessen behandelt zu werden, wird abschließend in vier Weisen betrachtet. Die summarische Betrachtung ist das Gefühl einer gerechten Behandlung in der Gesellschaft. Konkreter bezogen auf die politische Debatte ist das Gefühl, in den Medien mit den eigenen Ansichten angemessen vorzukommen, und das Gefühl einer angemessenen Repräsentation in der Demokratie. Das Gefühl, ausgegrenzt zu sein, ist schließlich die stärkste Form, nicht Teil des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu sein. Das Gefühl einer Gruppe in der Gesellschaft, benachteiligt und von Lebenschancen ausgeschlossen zu werden, macht Polarisierung sowohl wahrscheinlicher (McCoy/Somer 2019a: 15) als auch folgenreicher, weil sie die Wahrscheinlichkeit einer tiefen Spaltung der Gesellschaft und einer Beschädigung der Demokratie erhöhen (McCoy/Somer 2019b: 237 ff., Lütjen 2021).

In der Gesellschaft kann es vielfältige Gründe geben, nicht in vollem Maße dazuzugehören oder nach eigener Einschätzung nicht den angemessenen Anteil von ihr zu bekommen. Soziale Ungleichheit, Diskriminierung aufgrund der Herkunft und andere Aspekte können dabei eine Rolle spielen. Der Eindruck einer Schlechterstellung relativ zu vergleichbaren anderen wird in den Sozialwissenschaften unter dem Begriff der relativen Deprivation (Walker/Smith 2001; Pettigrew 2015) diskutiert. Meist ist damit eine materielle Schlechterstellung gemeint, doch mit Blick auf politische Polarisierung wäre auch ein Gefühl der Zurücksetzung in Hinblick auf politische Positionen, gerade Randpositionen, denkbar. Die Leitfrage für die empfundene Ausgrenzung ist daher, ob ausschließlich ungünstigere Lebenschancen oder auch politische Meinungen diesen Eindruck, ausgegrenzt zu sein, wahrscheinlicher machen.

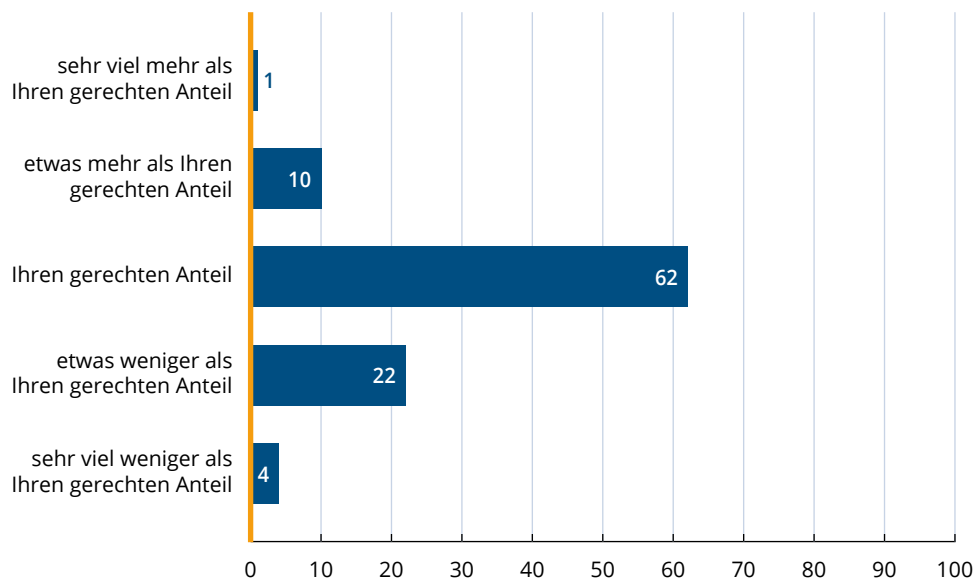
9.1 Gerechte Behandlung in der Gesellschaft

Der Eindruck, einen gerechten Anteil in der Gesellschaft zu bekommen, fasst die Berücksichtigung in der Gesellschaft zusammen. Eine große Mehrheit ist der Ansicht, den gerechten Anteil in der Gesellschaft zu bekommen. Eher weniger als den gerechten Anteil bekommen nach eigener Ansicht Menschen, die nach eigener Einschätzung nicht gut mit ihrem Haushaltseinkommen zurechtkommen, formal niedrigere Bildungsabschlüsse haben und sich eher Sorgen um ihre Zukunft machen. Wenn diese Einflüsse bereits in Rechnung gestellt sind, haben Menschen mit Ansichten am Rande des Meinungsspektrums eher das Gefühl, nicht ihren gerechten Anteil zu bekommen. Dies gilt allerdings nicht für alle konsequenten Ansichten, sondern nur für Personen, die für weniger Steuern bei weniger sozialstaatlichen Leistungen plädieren, die dem Wirtschaftswachstum



Vorrang vor dem Klimawandel einräumen wollen und die den Zuzug von Ausländern einschränken wollen. Die Einschätzung, weniger als den gerechten Anteil in der Gesellschaft zu bekommen, hängt nicht nur mit der materiellen Lebenssituation zusammen, sondern auch mit bestimmten Ansichten.

Abbildung 59: Einschätzung gerechter Anteil

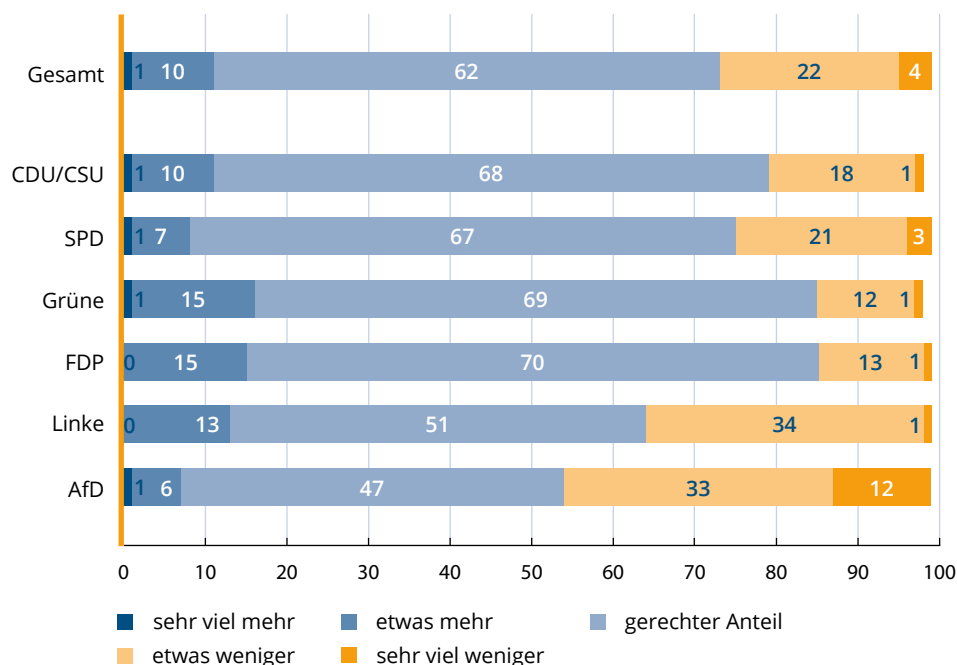


Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent.
Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie persönlich sehr viel weniger als Ihren gerechten Anteil bekommen, etwas weniger als Ihren gerechten Anteil, Ihren gerechten Anteil, etwas mehr als Ihren gerechten Anteil oder sehr viel mehr als Ihren gerechten Anteil?“

Das Gefühl, den gerechten Anteil in der Gesellschaft zu bekommen, ist zunächst einmal sehr verbreitet. Eine deutliche Mehrheit von 62 Prozent ist der Meinung, den gerechten Anteil im Leben zu erhalten. 10 Prozent meinen sogar, etwas mehr als ihren gerechten Anteil zu bekommen. Sehr viel mehr bekommen allerdings nach eigener Meinung nur wenige (1 Prozent). Auf der anderen Seite bekommt ein gutes Viertel weniger, als der gerechte Anteil nach ihrer Meinung wäre. 22 Prozent meinen, sie bekommen etwas weniger und 4 Prozent sagen, sie bekommen sehr viel weniger als ihren gerechten Anteil.

Abbildung 60: Einschätzung gerechter Anteil – nach Parteianhängerschaft



Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

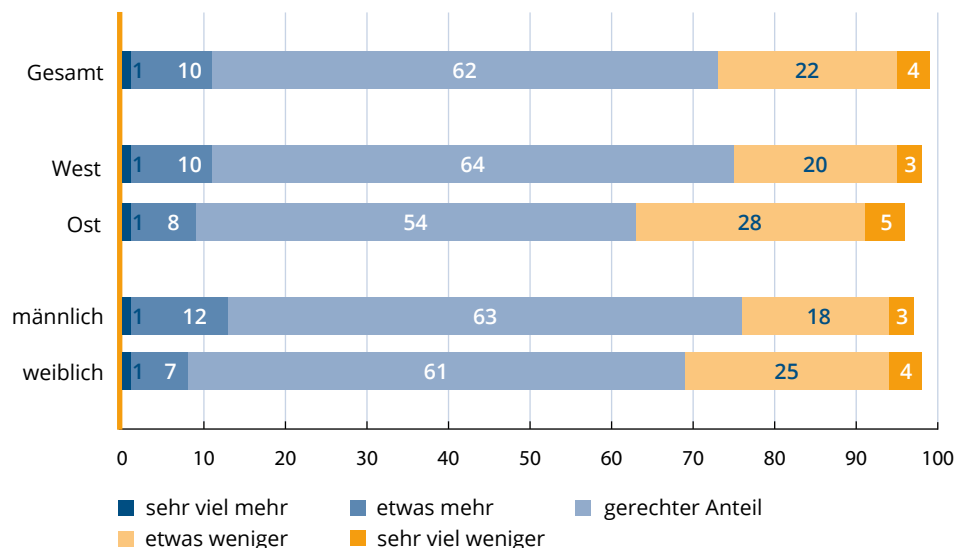
Frage: „Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie persönlich sehr viel weniger als Ihren gerechten Anteil bekommen, etwas weniger als Ihren gerechten Anteil, Ihren gerechten Anteil, etwas mehr als Ihren gerechten Anteil oder sehr viel mehr als Ihren gerechten Anteil?“

Unter den Anhängerinnen und Anhängern der CDU/CSU, SPD, Grünen und FDP sind 67 Prozent bis 70 Prozent der Ansicht, sie bekämen ihren gerechten Anteil im Leben. In der Anhängerschaft der Linken ist dieser Anteil mit 51 Prozent niedriger. Den kleinsten Anteil mit 47 Prozent gibt es bei der AfD.

Die Ansicht, mehr als den gerechten Anteil zu bekommen, ist selten. Bei den Anhängerinnen und Anhängern von Grünen und FDP kommt dies etwas häufiger vor als im Bevölkerungsdurchschnitt, in der Anhängerschaft der AfD ist es seltener. Die Meinung, etwas oder sehr viel weniger zu bekommen, als einem zustünde, ist häufiger vertreten. In der Anhängerschaft der Grünen (14 Prozent) und der FDP (13 Prozent) ist diese Ansicht im Vergleich noch am seltensten vertreten. In der Anhängerschaft der Linken ist der Anteil mit 35 Prozent höher als im Bevölkerungsdurchschnitt (25 Prozent).⁴⁴ Bei all diesen Parteien dominiert die Ansicht, etwas weniger zu bekommen, während die Meinung, sehr viel weniger zu bekommen, ausgesprochen selten vorkommt. Das ist anders bei den Anhängerinnen und Anhängern der AfD. 33 Prozent von ihnen meinen, etwas weniger zu bekommen, als ihnen zusteht. Weitere 12 Prozent sagen, sie bekommen sehr viel weniger, als ihnen zusteht. Das Gefühl, ungerecht behandelt zu werden, ist damit in der Anhängerschaft der AfD recht weitverbreitet. Fast die Hälfte (45 Prozent) ist der Ansicht, sie bekäme etwas oder sehr viel weniger, als sie eigentlich bekommen sollte.



Abbildung 61: Einschätzung gerechter Anteil – nach Ost/West und Geschlecht



Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

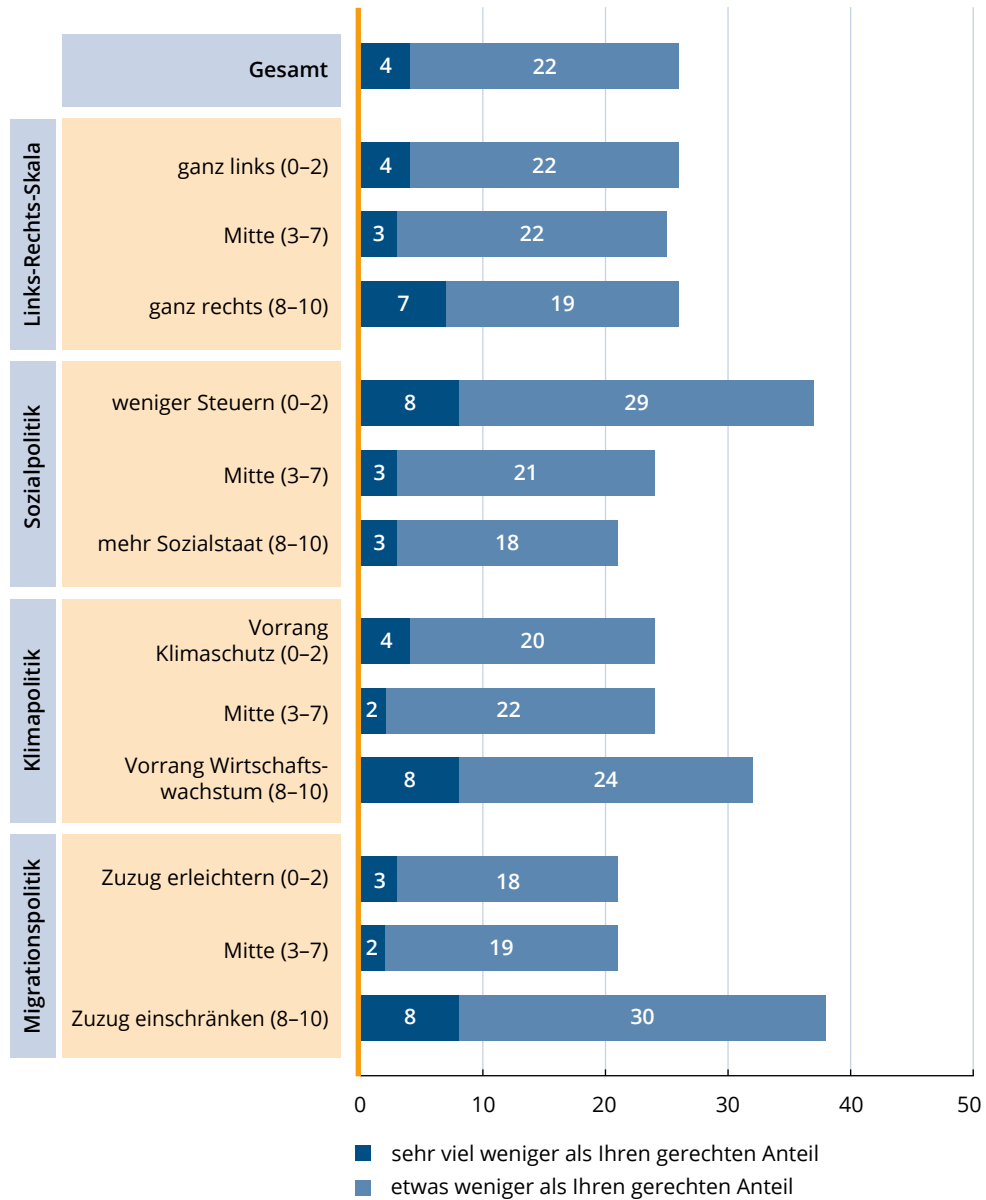
Frage: „Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie persönlich sehr viel weniger als Ihren gerechten Anteil bekommen, etwas weniger als Ihren gerechten Anteil, Ihren gerechten Anteil, etwas mehr als Ihren gerechten Anteil oder sehr viel mehr als Ihren gerechten Anteil?“

Mehr Ost- als Westdeutsche sind der Ansicht, weniger als ihren gerechten Anteil zu bekommen.⁴⁵ In Westdeutschland sagen 20 Prozent, sie bekämen etwas weniger, und weitere 3 Prozent sagen, sie bekämen sehr viel weniger als ihren gerechten Anteil. In Ostdeutschland ist der Anteil mit 28 Prozent, die etwas weniger, und 5 Prozent, die sehr viel weniger bekommen als ihren gerechten Anteil, deutlich höher. Dasselbe gilt für Frauen im Vergleich zu Männern. 21 Prozent der Männer meinen, etwas oder sehr viel weniger zu bekommen als ihren gerechten Anteil. Bei den Frauen sind es 29 Prozent.

Menschen mit formal niedrigerem Bildungsabschluss sind häufiger der Ansicht, weniger als ihren gerechten Anteil zu bekommen. Dies gilt auch für Menschen, die ihr Haushaltseinkommen als weniger gut einschätzen. Unter jenen, die mit ihrem Haushaltseinkommen nach eigener Einschätzung sehr gut oder gut leben können, sind 1 Prozent der Ansicht, sie bekämen sehr viel weniger, als ihnen zusteht. Bei allen, die mit ihrem Haushaltseinkommen nur schwer oder sehr schwer zurechtkommen, sind es dagegen 27 Prozent (ohne Abbildung).

Menschen, die sich größere Sorgen um ihre Zukunft machen, mit Angst in die Zukunft blicken und auch für Deutschlands Zukunft eher schwarzsehen, haben zu höheren Anteilen den Eindruck, weniger als ihren gerechten Anteil zu bekommen. Unter denen, die sich große oder sehr große Sorgen über die Zukunft machen, meinen 9 Prozent, sie bekämen sehr viel weniger, als ihnen zusteht, und weitere 37 Prozent meinen, sie bekommen etwas weniger (ohne Abbildung). In der Gruppe derjenigen, die sich geringe oder keine Sorgen über die Zukunft machen, meinen 2 Prozent, sie bekämen sehr viel weniger, und 18 Prozent meinen, sie bekommen etwas weniger, als ihnen zusteht.

Abbildung 62: Einschätzung gerechter Anteil – nach politischen Positionen



Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „Ihren gerechten Anteil“, „etwas mehr als Ihren gerechten Anteil“, „sehr viel mehr als Ihren gerechten Anteil“, „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie persönlich sehr viel weniger, als Ihren gerechten Anteil bekommen, etwas weniger als Ihren gerechten Anteil, Ihren gerechten Anteil, etwas mehr als Ihren gerechten Anteil oder sehr viel mehr als Ihren gerechten Anteil?“

Für die Fragen zur Links-Rechts-Skala, der Sozial-, Klima- und Migrationspolitik siehe die Abbildungen 9 bis 12.



Menschen mit Positionen am Rande des Meinungsspektrums unterscheiden sich nur zum Teil vom Bevölkerungsdurchschnitt in der Einschätzung, ob sie ihren gerechten Anteil bekommen. Eine Einstellung am Rande der Links-Rechts-Skala hängt nicht mit der Beurteilung einer gerechten Behandlung zusammen.⁴⁶ Anders sieht es mit der Position in der Sozialpolitik aus. Ungerechter behandelt fühlen sich aber nicht jene, die mehr sozialstaatliche Leistungen fordern. Stattdessen fühlen sich Menschen, die weniger Steuern bei geringeren sozialstaatlichen Leistungen fordern, weniger gerecht behandelt. 8 Prozent von ihnen meinen, sie bekämen sehr viel weniger, als ihnen zusteht (gesamt 4 Prozent), und weitere 29 Prozent sagen, sie bekämen etwas weniger als ihnen zusteht (gesamt 22 Prozent).

Mit Blick auf den Klimaschutz fühlen sich jene eher ungerecht behandelt, die einen Vorrang des Wirtschaftswachstums vor dem Klimaschutz fordern. Besonders deutlich ist aber der Unterschied bei der Position zur Migrationspolitik. Personen, die eine Beschränkung von Zugangsmöglichkeiten für Ausländer fordern, fühlen sich häufiger ungerecht behandelt als andere. 8 Prozent von ihnen meinen, sie bekämen sehr viel weniger, als ihnen zusteht (gesamt 4 Prozent) und 30 Prozent meinen, sie bekämen etwas weniger, als ihnen zusteht (gesamt 22 Prozent).

Das Gefühl, in der Gesellschaft ungerecht behandelt zu werden, ist durchweg selten. Allerdings hängt dieses Gefühl nicht nur mit einer materiell ungünstigeren Lebenssituation zusammen, sondern auch mit politischen Einstellungen.

9.2 Gefühl der angemessenen Repräsentation in den Medien

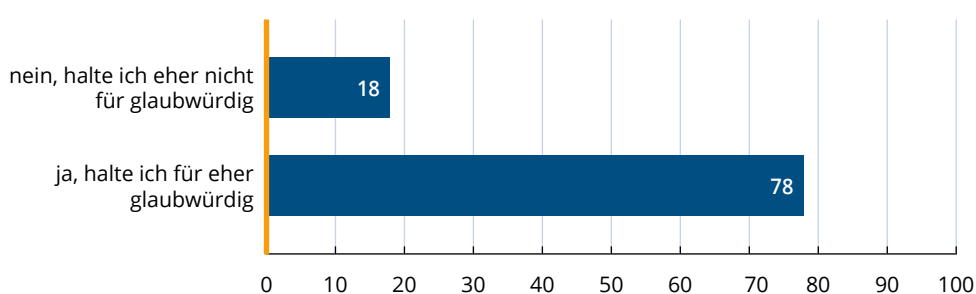
Menschen finden in einer Gesellschaft nicht nur Berücksichtigung, indem sie selbst bei persönlichen Begegnungen akzeptiert werden, sondern auch durch eine Berücksichtigung in den repräsentativen Institutionen der Gesellschaft. Für die politische Debatte sind dabei die Medien von großer Bedeutung.

Insgesamt fühlt sich eine große Mehrheit in den Medien angemessen repräsentiert. Fast vier von fünf Wahlberechtigten hält die politischen Nachrichten in den öffentlich-rechtlichen Medien alles in allem für glaubwürdig. Zwei Drittel fühlen sich mit ihren Ansichten in den öffentlich-rechtlichen Medien gut oder sehr gut vertreten. Dies gilt allerdings nicht für eine Mehrheit der AfD-Anhängerschaft. Mit Blick auf die Lebenssituation von Menschen, die sich mit ihren Meinungen weniger gut oder gar nicht in den öffentlich-rechtlichen Medien vertreten sehen, zeigen sich ebenfalls Unterschiede. Menschen in schwierigeren Lebenssituationen fühlen sich eher nicht gut vertreten. Zusätzlich sind es wiederum Menschen, die konsequent für weniger Steuern bei weniger sozialstaatlichen Leistungen, einen Vorrang des Wirtschaftswachstums vor dem Klimaschutz und eine Einschränkung der Zugangsmöglichkeiten für Ausländer plädieren, die sich in den Medien mit ihren Ansichten nicht wiederfinden.

Der Blick zunächst auf die Mediennutzung insgesamt zeigt, wie vielfältige Angebote genutzt werden. Die Menschen informieren sich aus den unterschiedlichsten Quellen und finden dabei auch für sie glaubhafte Informationen über Politik. Nur 2 Prozent geben an, aus keinem Medium glaubwürdige Informationen über Politik zu erhalten (ohne Abbildung). Dagegen nennen 63 Prozent Tages- und Wochenzeitungen einschließ-

lich deren Online-Angebote, 43 Prozent geben öffentlich-rechtliches Radio und 75 Prozent öffentlich-rechtliches Fernsehen einschließlich der Online-Angebote und Mediatheken an.⁴⁷ Privates Radio (14 Prozent) und privates Fernsehen (24 Prozent) wurden sehr viel seltener als Quelle für glaubhafte Informationen zum politischen Geschehen genannt. 36 Prozent nennen andere Online-Quellen wie die Informationsangebote von Email-Anbietern oder Blogs und 12 Prozent nennen soziale Medien wie Facebook oder Twitter.

Abbildung 63: Glaubwürdigkeit öffentlich-rechtlicher Medien



Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent.

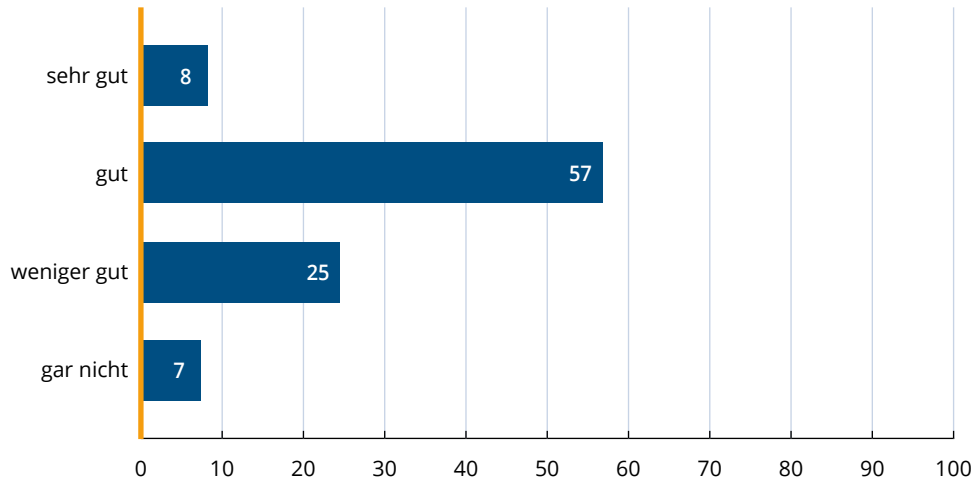
Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Halten Sie politische Nachrichten in den öffentlich-rechtlichen Medien wie ARD und ZDF alles in allem für glaubwürdig oder für nicht glaubwürdig?“

Trotz der zunehmenden Diversität der politischen Öffentlichkeit (Machill u. a. 2013) sind die öffentlich-rechtlichen Medien, insbesondere das öffentlich-rechtliche Fernsehen, von größter Bedeutung. Eine deutliche Mehrheit von 78 Prozent hält die politischen Nachrichten in den öffentlich-rechtlichen Medien alles in allem für glaubwürdig. 18 Prozent zweifeln dagegen und bewerten die politischen Informationen in den öffentlich-rechtlichen Medien als eher nicht glaubwürdig.



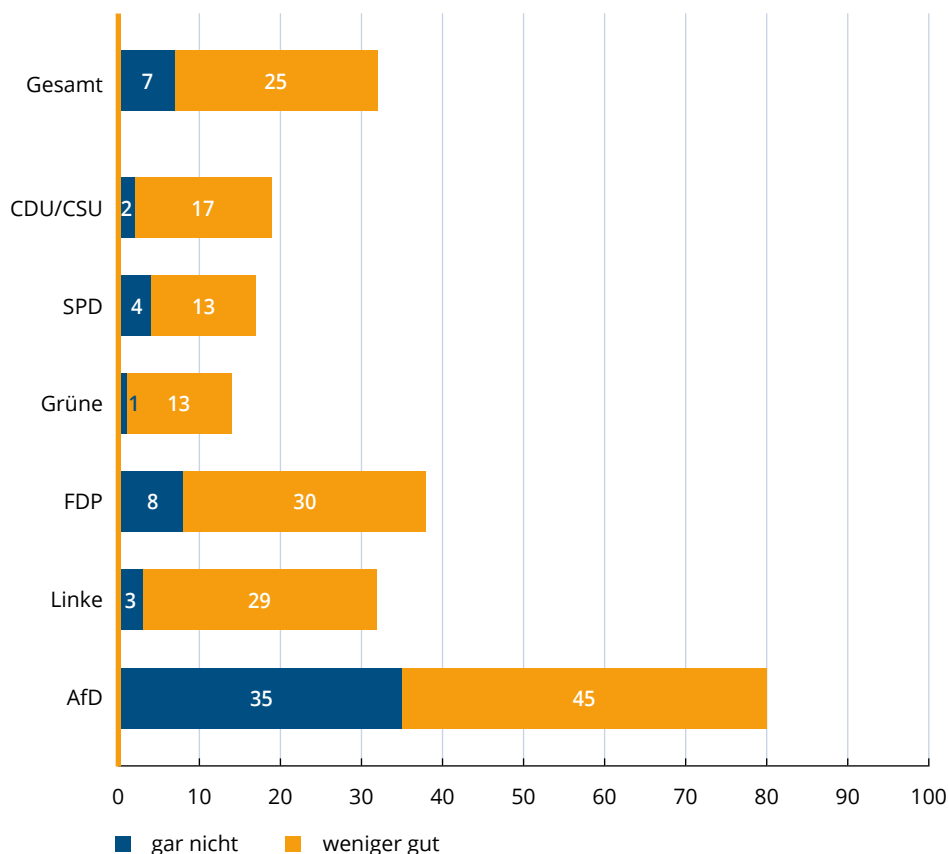
Abbildung 64: Repräsentation in öffentlich-rechtlichen Medien



Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent.
Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.
Frage: „Wie gut fühlen Sie sich mit Ihren politischen Ansichten und Meinungen in den öffentlich-rechtlichen Medien wie ARD und ZDF vertreten?“

Ebenfalls eine deutliche, wenn auch etwas kleinere Mehrheit fühlt sich sehr gut oder gut mit ihren Meinungen in den öffentlich-rechtlichen Medien repräsentiert. 8 Prozent geben an, sie fühlen sich sehr gut in den öffentlich-rechtlichen Medien vertreten und weitere 57 Prozent fühlen sich gut vertreten. Rund ein Drittel meint, weniger gut oder gar nicht mit den eigenen Meinungen in den öffentlich-rechtlichen Medien vertreten zu sein.

Abbildung 65: Repräsentation in öffentlich-rechtlichen Medien – nach Parteianhängerschaft



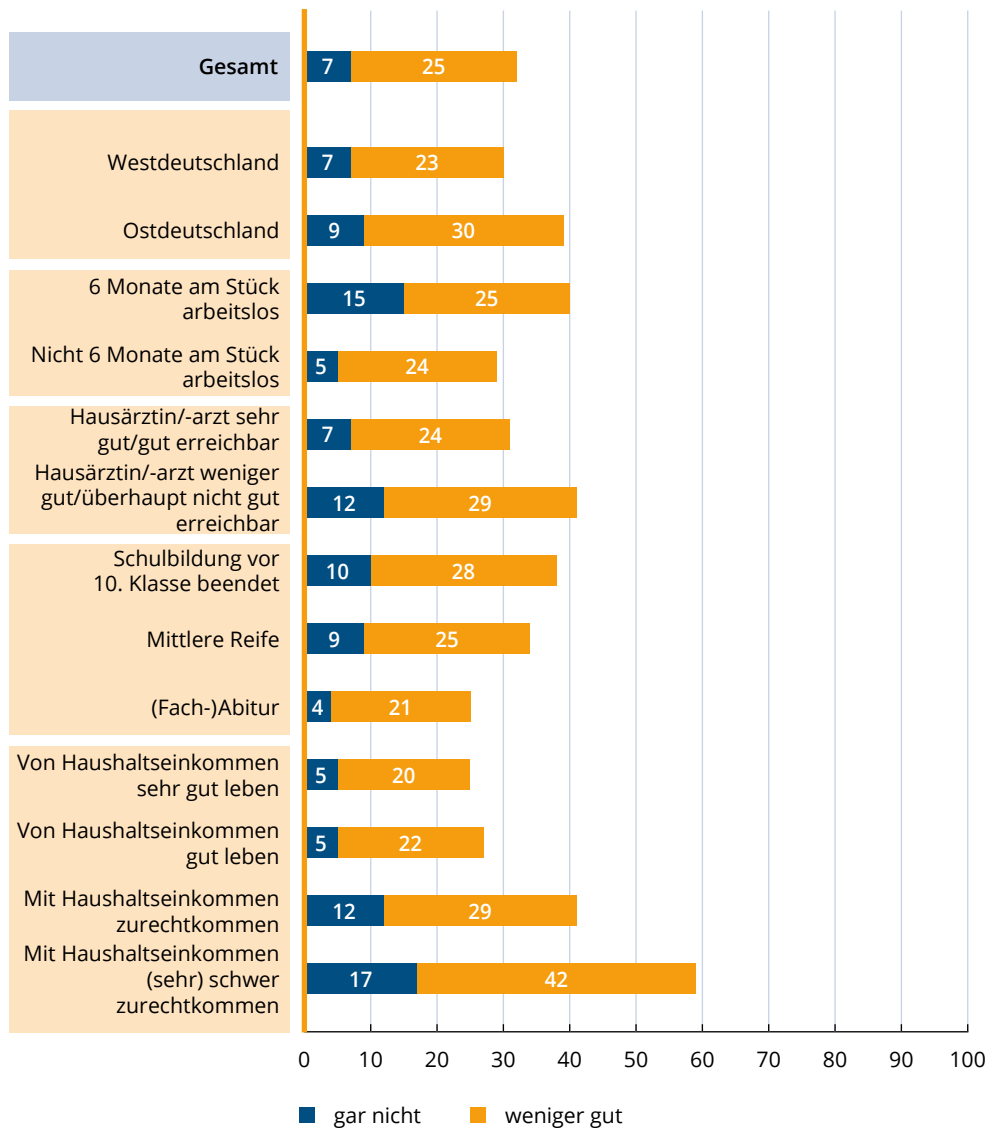
Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „sehr gut“, „gut“, „weiß nicht/keine Angabe“.
Frage: „Wie gut fühlen Sie sich mit Ihren politischen Ansichten und Meinungen in den öffentlich-rechtlichen Medien wie ARD und ZDF vertreten?“

Die Anhängerinnen und Anhänger der Parteien finden sich sehr unterschiedlich in der Medienberichterstattung wieder. In den Anhängerschaften von CDU/CSU, SPD und Grünen sind zwischen 14 und 19 Prozent der Ansicht, ihre Meinungen seien weniger gut oder gar nicht in den öffentlich-rechtlichen Medien zu finden. Die Anhängerinnen und Anhänger der FDP und der Linken sind dagegen deutlich kritischer. Etwas über ein Drittel unter ihnen fühlt sich weniger gut oder gar nicht vertreten mit ihren Ansichten.

Deutlich anders sieht es aus bei den Anhängerinnen und Anhängern der AfD. Sie fühlen sich in einer großen Mehrheit nicht gut vertreten in den öffentlich-rechtlichen Medien. 35 Prozent fühlen sich gar nicht vertreten, 45 Prozent weniger gut.



Abbildung 66: Repräsentation in öffentlich-rechtlichen Medien – nach diversen Merkmalen

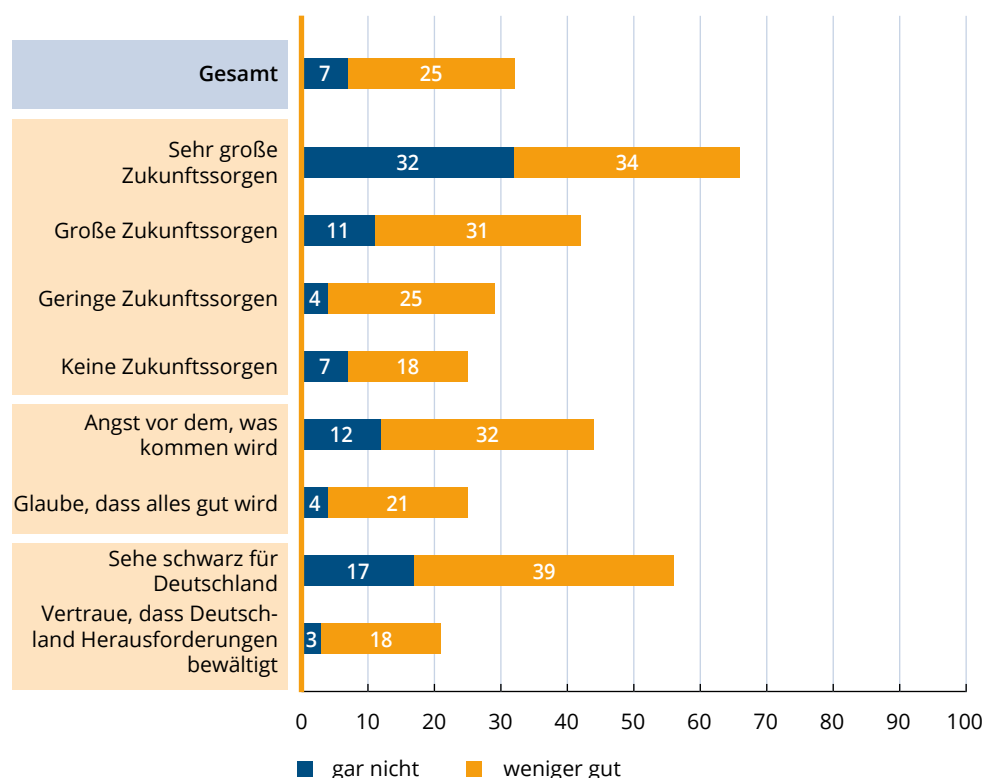


Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „sehr gut“, „gut“, „weiß nicht/keine Angabe“.
Frage: „Wie gut fühlen Sie sich mit Ihren politischen Ansichten und Meinungen in den öffentlich-rechtlichen Medien wie ARD und ZDF vertreten?“

Menschen aus Ostdeutschland fühlen sich in ihren Ansichten in den öffentlich-rechtlichen Medien nicht so gut vertreten wie Menschen aus Westdeutschland. Dazu fühlen sich Menschen in schwierigen Lebensumständen mit ihren Ansichten schlechter repräsentiert als andere. Es gibt einen Unterschied nach formalem Bildungsabschluss, der Erfahrung einer längeren Arbeitslosigkeit (über sechs Monate am Stück) und der Einschätzung des eigenen Haushaltseinkommens. Auch eine ungünstige regionale Infrastruktur, hier abgebildet durch die schwierige Erreichbarkeit einer Hausärztin bzw. eines

Hausarzt, fällt zusammen mit einer schlechteren Beurteilung von ARD und ZDF. Die jeweils ungünstigere Lebenssituation geht einher mit einer negativeren Einschätzung der Repräsentation eigener Ansichten in den öffentlich-rechtlichen Medien.⁴⁸

Abbildung 67: Repräsentation in öffentlich-rechtlichen Medien – nach diversen Einstellungen

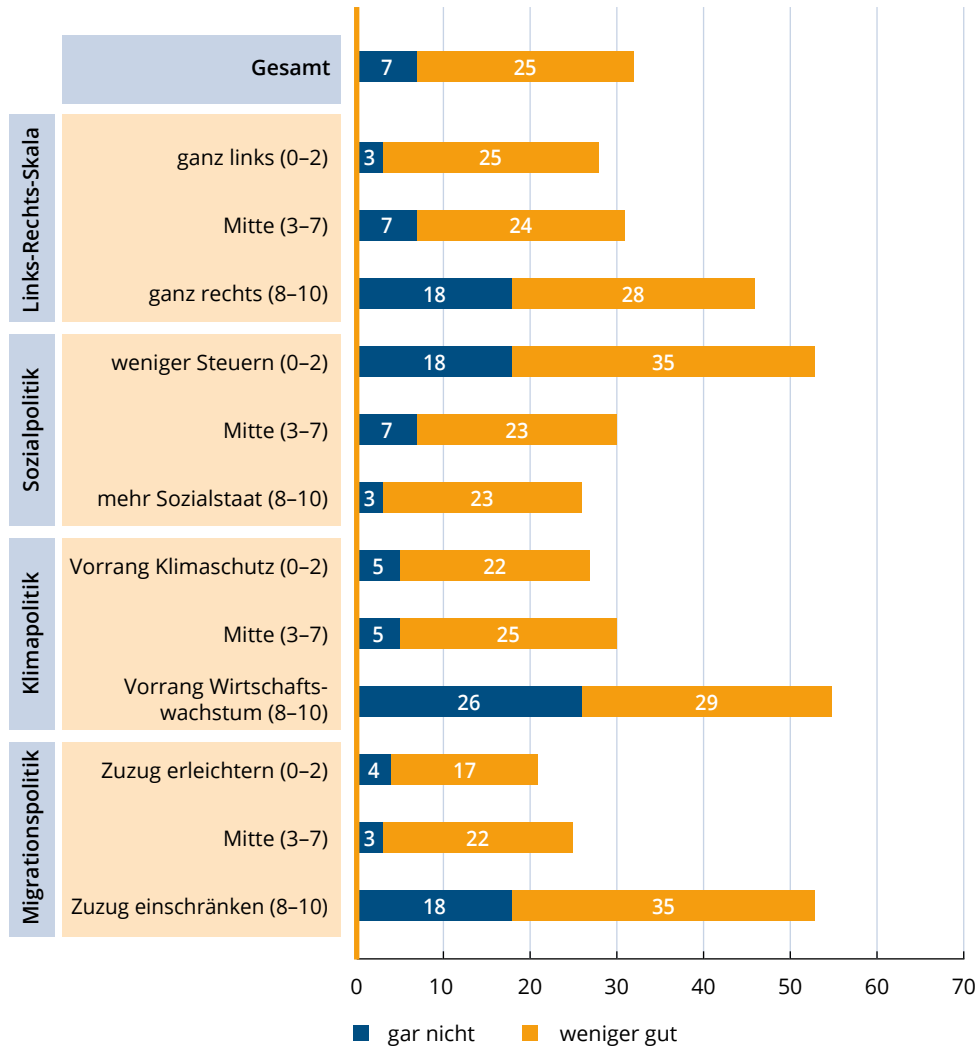


Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „sehr gut“, „gut“, „weiß nicht/keine Angabe“.
Frage: „Wie gut fühlen Sie sich mit Ihren politischen Ansichten und Meinungen in den öffentlich-rechtlichen Medien wie ARD und ZDF vertreten?“

Ein entsprechendes Bild ergibt sich bei den Lebenshaltungen von Menschen, die sich mit ihren Ansichten nicht angemessen in den öffentlich-rechtlichen Medien wiederfinden können. Personen mit sehr großen oder großen Zukunftssorgen, Angst vor der Zukunft und einer negativen Erwartung für die Zukunft Deutschlands fühlen sich häufiger in den öffentlich-rechtlichen Medien nicht angemessen vertreten.



Abbildung 68: Repräsentation in öffentlich-rechtlichen Medien – nach politischen Positionen



Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „sehr gut“, „gut“, „weiß nicht/keine Angabe“.
Frage: „Wie gut fühlen Sie sich mit Ihren politischen Ansichten und Meinungen in den öffentlich-rechtlichen Medien wie ARD und ZDF vertreten?“
Für die Fragen zur Links-Rechts-Skala, der Sozial-, Klima- und Migrationspolitik siehe die Abbildungen 9 bis 12.

Zusätzlich zu den Einflüssen der Lebenssituation erweisen sich die politischen Einstellungen als einflussreich auf die Einschätzung, wie gut die eigenen Ansichten in den öffentlich-rechtlichen Medien repräsentiert sind.⁴⁹ Schlecht repräsentiert in den öffentlich-rechtlichen Medien sehen sich häufiger Menschen mit politischen Einstellungen am Rande des Spektrums. Dabei ist es aber jeweils ein bestimmter Rand, der zu dieser Haltung neigt. Menschen, die sich im Links-Rechts-Spektrum ganz rechts einordnen (Werte 8 bis 10), fühlen sich zu 18 Prozent gar nicht und zu 28 Prozent weniger gut mit ihren

Meinungen in den öffentlich-rechtlichen Medien vertreten. In der Mitte fühlen sich dagegen nur 7 Prozent gar nicht und 24 Prozent weniger gut vertreten und ganz links (Werte 0 bis 2) ist der Anteil jener, die sich nicht so gut mit ihren Meinungen in den öffentlich-rechtlichen Medien vertreten fühlen, noch einmal kleiner mit 3 Prozent gar nicht und 25 Prozent weniger gut.

Bei den Haltungen zur Sozialpolitik zeigt sich ein entsprechendes Bild. Unter jenen, die konsequent für weniger Steuern bei weniger sozialstaatlichen Leistungen plädieren (Werte 0 bis 2), fühlen sich 18 Prozent gar nicht (gesamt 7 Prozent) und weitere 35 Prozent (gesamt 25 Prozent) weniger gut in den öffentlich-rechtlichen Medien vertreten. Jene, die auf der anderen Seite konsequent für mehr Steuern bei mehr sozialstaatlichen Leistungen plädieren (Werte 8 bis 10), und alle, die bei dieser Frage eine Mittelposition einnehmen, unterscheiden sich dagegen nicht sehr vom Bevölkerungsdurchschnitt.

Bei der Klimapolitik zeigt sich ein noch deutlicheres Bild. Unter allen, die konsequent Wirtschaftswachstum, auch auf Kosten des Klimaschutzes, fordern (Werte 8 bis 10), sehen sich 26 Prozent gar nicht (gesamt 7 Prozent) und weitere 29 Prozent weniger gut (gesamt 25 Prozent) mit ihren Ansichten in den öffentlich-rechtlichen Medien vertreten. Menschen mit anderen Meinungen, also auch jene, die konsequent für Klimaschutz plädieren, unterscheiden sich in ihrer Einschätzung der Berichterstattung dagegen nicht wesentlich vom Durchschnitt.

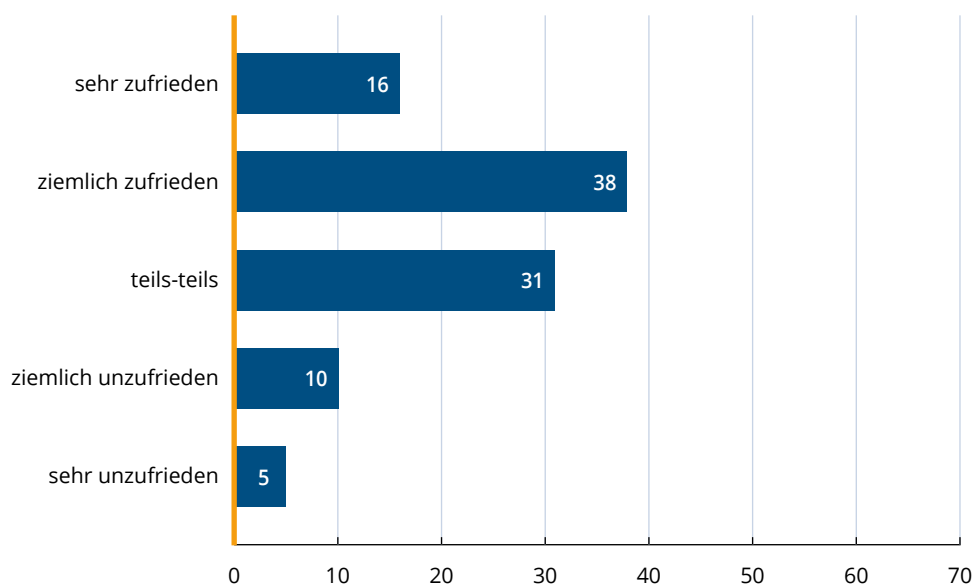
Bei den Haltungen zur Migrationspolitik wiederholen sich diese Einstellungen. Von jenen, die konsequent die Zugangsmöglichkeiten für Ausländer einschränken wollen (Werte 8 bis 10), denken 18 Prozent, sie kommen mit ihrer Meinung in den öffentlich-rechtlichen Medien gar nicht vor (gesamt 7 Prozent), und weitere 35 Prozent fühlen sich weniger gut vertreten (gesamt 25 Prozent). Auf der anderen Seite beurteilen jene, die konsequent für eine Erleichterung der Zugangsmöglichkeiten für Ausländer plädieren, ihre Repräsentation in den öffentlich-rechtlichen Medien etwas positiver als der Durchschnitt.

Die Berichterstattung in den öffentlich-rechtlichen Medien genießt sehr breites Vertrauen und eine deutliche Mehrheit fühlt sich mit ihren Ansichten gut oder sehr gut vertreten. Allerdings zeichnet sich eine Gruppe ab, die diesen Eindruck überhaupt nicht teilt. Dies ist nicht an beiden Rändern des Meinungsspektrums der Fall, sondern vor allem bei Personen, die sich weit rechts einordnen, weniger sozialstaatliche Leistungen bei geringeren Steuern möchten, das Wirtschaftswachstum über den Klimaschutz stellen und die Zugangsmöglichkeiten für Ausländer konsequent einschränken wollen. Es sind zudem Menschen, die in schwierigen oder zumindest nicht privilegierten Umständen leben.

9.3 Gefühl der angemessenen Repräsentation in der Demokratie

Die Einschätzung einer angemessenen Repräsentation in der Politik lässt sich an der Zufriedenheit mit der bestehenden Demokratie ablesen. Insgesamt sind die Menschen tendenziell zufrieden mit der Demokratie, wie sie in Deutschland besteht, auch wenn ein knappes Drittel unentschlossen ist. Die Demokratiezufriedenheit ist in den Anhängerschaften von CDU/CSU, SPD und Grünen höher als in jenen von FDP, Linken und AfD, wobei unter den Anhängerinnen und Anhängern der AfD der mit Abstand höchste Anteil von sehr Unzufriedenen zu finden ist. Menschen in schwierigen Lebensumständen und mit Zukunftssorgen schätzen die Demokratie etwas skeptischer ein als der Bevölkerungsdurchschnitt. Zudem ist eine geringere Demokratiezufriedenheit eher bei Menschen zu finden, die sich politisch weit rechts verorten, konsequent für weniger Steuern bei weniger sozialstaatlichen Leistungen und einen Vorrang des Wirtschaftswachstums vor dem Klimaschutz plädieren sowie konsequent die Einschränkung der Zugangsmöglichkeiten für Ausländer fordern.

Abbildung 69: Demokratiezufriedenheit

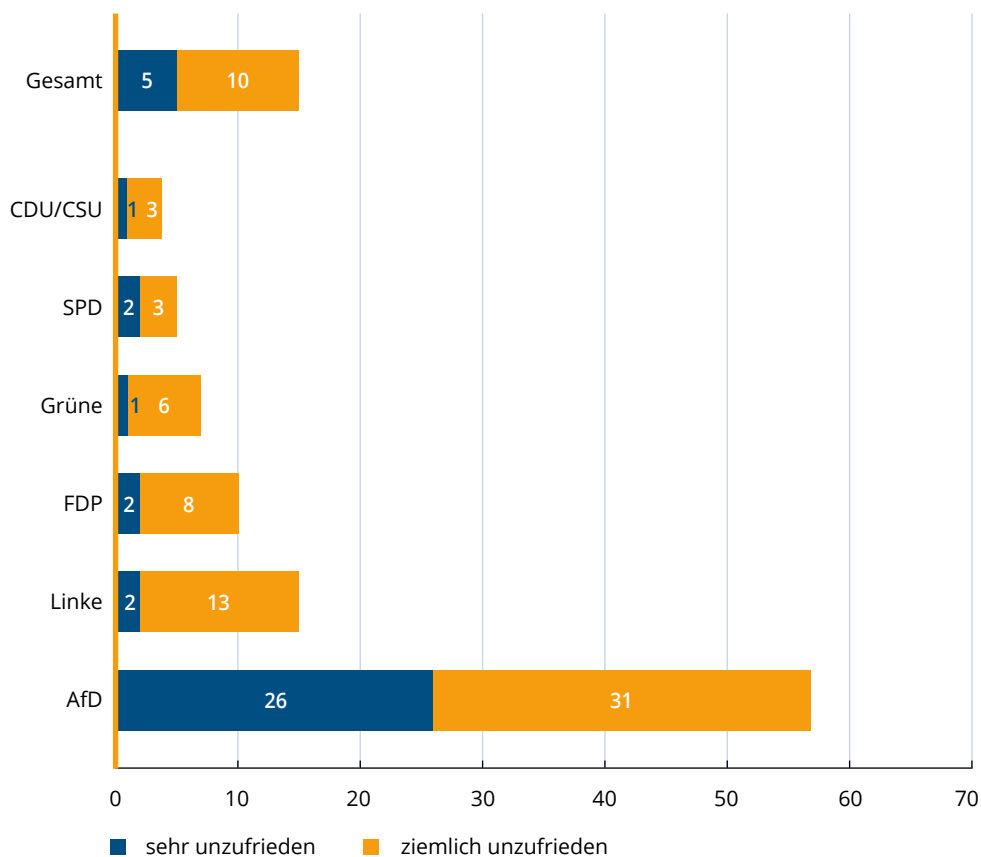


Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent.
Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht: Sind Sie ...?“

Im Einzelnen stellt sich die Demokratiezufriedenheit folgendermaßen dar. In Deutschland sind 16 Prozent der Wahlberechtigten alles in allem sehr zufrieden mit der bestehenden Demokratie in Deutschland, 38 Prozent sind ziemlich zufrieden. Damit ist eine Mehrheit von 54 Prozent zufrieden. Ein weiteres knappes Drittel entscheidet sich für „teils-teils“. Die Unzufriedenen machen zusammen 15 Prozent aus, wobei 10 Prozent ziemlich unzufrieden und 5 Prozent sehr unzufrieden sind.

Abbildung 70: Demokratieunzufriedenheit – nach Parteianhängerschaft



Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „sehr zufrieden“, „ziemlich zufrieden“, „teils-teils“, „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht: Sind Sie ...?“

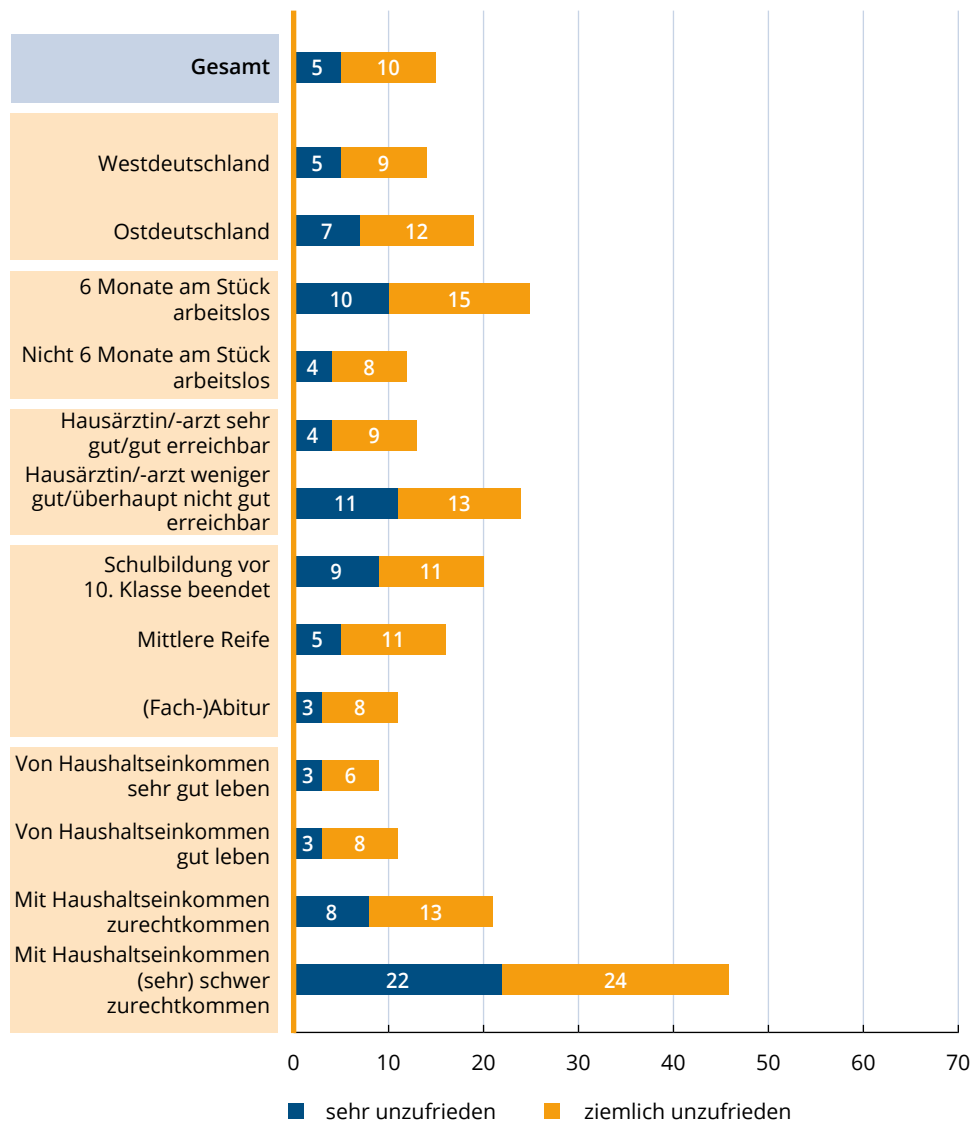
Die Anhängerinnen und Anhänger von CDU/CSU, SPD und Grünen sind ausgesprochen selten unzufrieden mit der Demokratie in Deutschland. Jeweils 1 bis 2 Prozent von ihnen sind sehr unzufrieden, 3 Prozent bzw. 6 Prozent sind ziemlich unzufrieden.

Etwas negativer ist die Einschätzung bei den Anhängerinnen und Anhängern von FDP und Linken. In den Anhängerschaften der beiden Parteien sind mit 2 Prozent nicht auffällig viele sehr unzufrieden, aber der Anteil der ziemlich Unzufriedenen ist mit 8 bzw. 13 Prozent etwas höher.

Deutlich heraus stechen die Anhängerinnen und Anhänger der AfD. Rund ein Viertel von ihnen sind sehr unzufrieden (26 Prozent) und fast ein Drittel (31 Prozent) sind ziemlich unzufrieden.



Abbildung 71: Demokratieunzufriedenheit – nach diversen Merkmalen



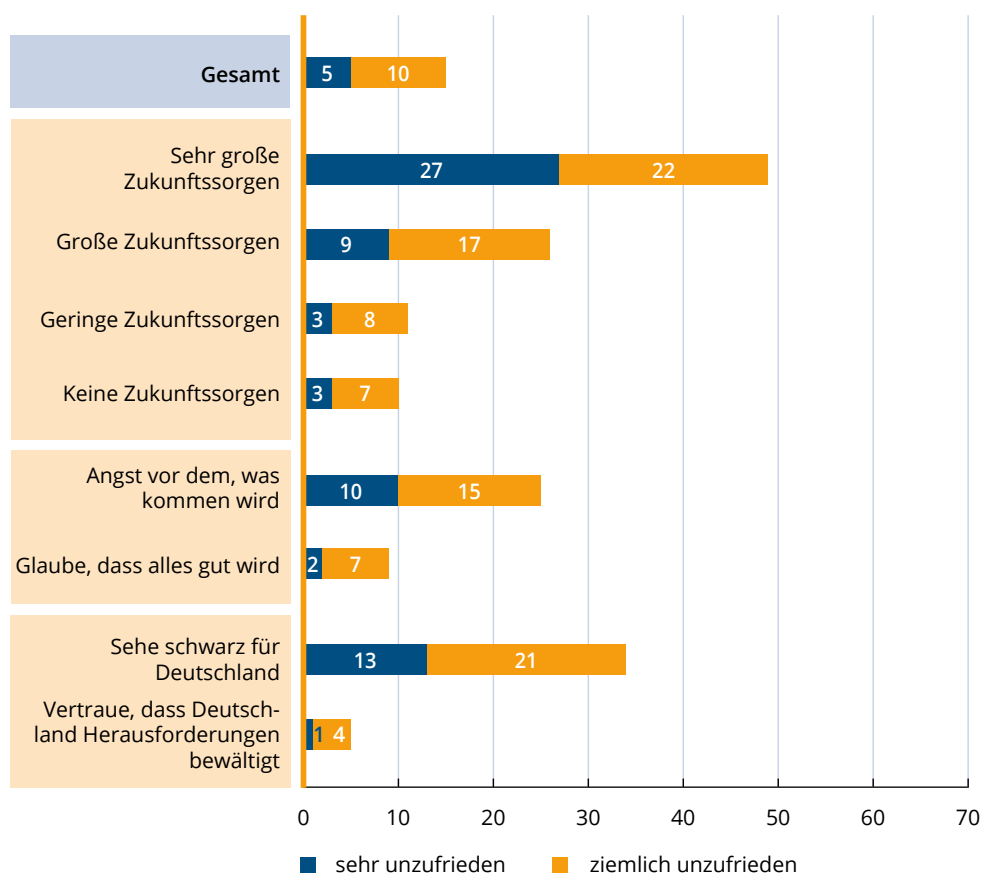
Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „sehr zufrieden“, „ziemlich zufrieden“, „teils-teils“, „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht: Sind Sie ...?“

Die Menschen in Ostdeutschland sind etwas weniger zufrieden mit der Demokratie in Deutschland als die Westdeutschen. In Ostdeutschland sind 7 Prozent sehr unzufrieden und weitere 12 Prozent ziemlich unzufrieden, während in Westdeutschland 5 Prozent sehr und 9 Prozent ziemlich unzufrieden sind.⁵⁰ Zudem sind wiederum Menschen in schwierigeren Lebenssituationen weniger zufrieden mit der Demokratie als der Bevölkerungsdurchschnitt. Unter jenen, die in ihrer Berufsbiografie sechs Monate am Stück arbeitslos waren, für die eine Hausärztin bzw. ein Hausarzt weniger oder überhaupt

nicht gut erreichbar ist, die einen niedrigeren formalen Bildungsabschluss haben und mit ihrem Haushaltseinkommen nur schwer oder sehr schwer zurechtkommen, ist die Unzufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland deutlich höher.⁵¹

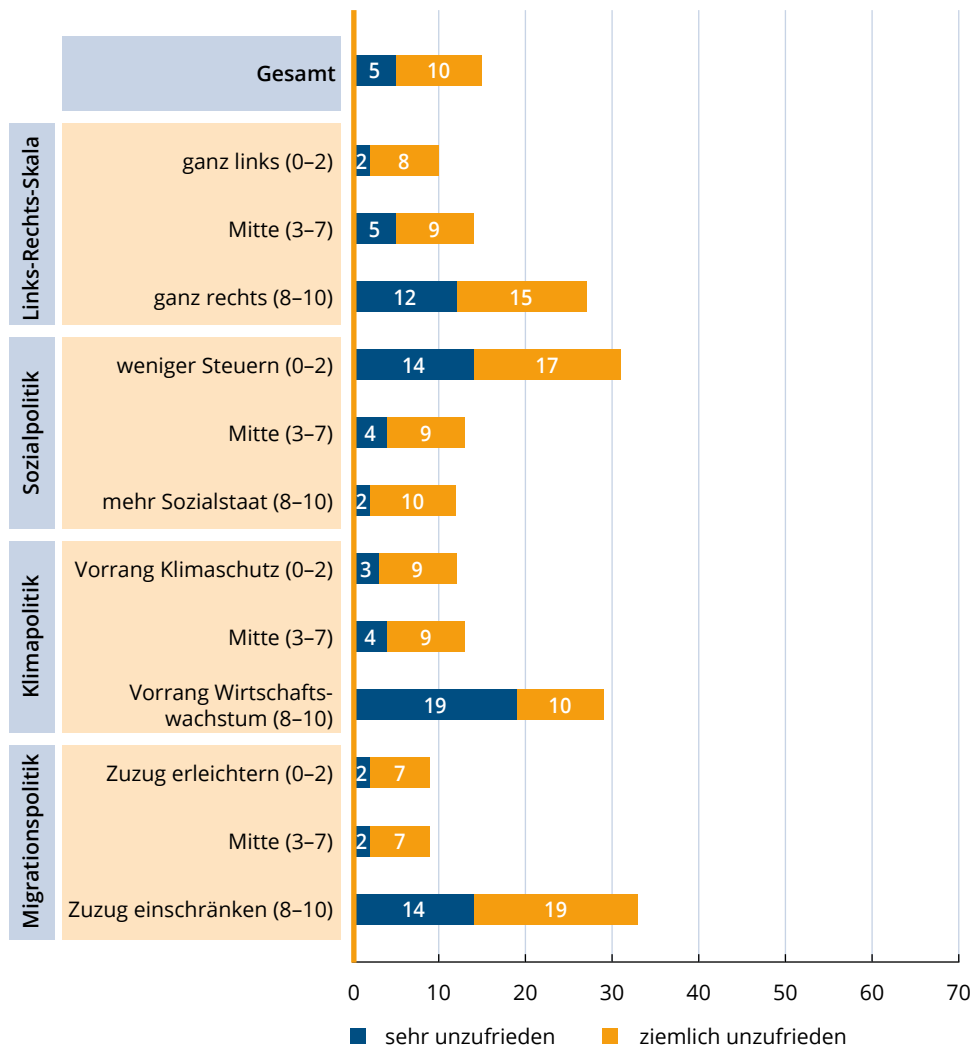
Abbildung 72: Demokratieunzufriedenheit – nach diversen Einstellungen



Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „gerade richtig“, „sehr gut“, „gut“, „weiß nicht/keine Angabe“. Frage: „Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht: Sind Sie ...?“

Menschen, die sich erheblich um ihre eigene, aber auch um Deutschlands Zukunft sorgen, beurteilen die Demokratie ausgesprochen kritisch. Beispielsweise sind Menschen mit keinen oder geringen Zukunftssorgen zu 3 Prozent mit der Demokratie in Deutschland sehr unzufrieden und zu 7 Prozent bzw. 8 Prozent ziemlich unzufrieden. Unter jenen, die sich sehr große Zukunftssorgen machen, sind dagegen 25 Prozent sehr unzufrieden mit der Demokratie und weitere 22 Prozent sind ziemlich unzufrieden. Ähnlich sieht es für die Angst vor der eigenen Zukunft und die eigene Zukunftsperspektive Deutschlands aus.

Abbildung 73: Demokratieunzufriedenheit – nach politischen Positionen



Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent.
Fehlende Werte zu 100 Prozent „gerade richtig“, „sehr gut“, „gut“, „weiß nicht/keine Angabe“.
Frage: „Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht: Sind Sie ...?“
Für die Fragen zur Links-Rechts-Skala, der Sozial-, Klima- und Migrationspolitik siehe die Abbildungen 9 bis 12.

Doch nicht nur eine schwierige Lebenssituation, auch einige Einstellungen am Rande des Meinungsspektrums machen eine kritische Beurteilung der Demokratie in Deutschland wahrscheinlicher. Dabei sind Menschen besonders kritisch, die sich ganz rechts auf der Links-Rechts-Skala einordnen (Werte 8 bis 10), die konsequent weniger Steuern bei weniger sozialstaatlichen Leistungen und einen konsequenten Vorrang des Wirtschaftswachstums, auch auf Kosten des Klimaschutzes, fordern. Auch Personen, die konsequent die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer einschränken wollen, sind mit der Demokratie in Deutschland zu höheren Anteilen sehr oder ziemlich unzufrieden als der Bevölkerungsdurchschnitt. Personen mit konsequenten Einstellungen auf der jeweils anderen Seite

des Spektrums, die sich beispielsweise ganz links verorten oder konsequent den Vorrang des Klimaschutzes vor dem Wirtschaftswachstum fordern, sind dagegen nicht überdurchschnittlich unzufrieden mit der Demokratie in Deutschland.

Beim Blick auf die Demokratiezufriedenheit wiederholt sich das Muster, das sich auch für die Einschätzung des Meinungsspektrums in öffentlich-rechtlichen Medien gezeigt hatte. Mit der Demokratie unzufrieden sind häufiger Personen in schwierigen Lebensumständen, aber zusätzlich auch jene, die sich politisch weit rechts verorten, konsequent weniger sozialstaatliche Leistungen, einen Vorrang des Wirtschaftswachstums vor dem Klimaschutz und eine Einschränkung der Zugangsmöglichkeiten für Ausländer präferieren.

9.4 Gefühl der Ausgrenzung

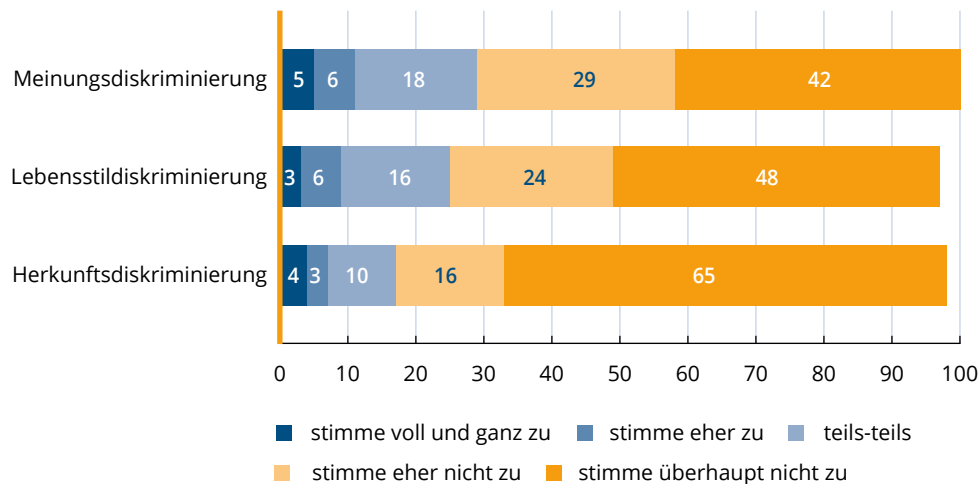
Das Gefühl einer geringeren Wertschätzung und der Diskriminierung ist die weitestgehende Form der Ausgrenzung, die sich nicht nur auf bestimmte Bereiche der Gesellschaft wie Medien oder Politik bezieht, sondern auf die gesamte Person. Um einzuschätzen, wie stark eine Gesellschaft politisch polarisiert ist, kommt dem Gefühl einer Ausgrenzung wegen der politischen Meinung eine besondere Bedeutung zu.

Das Gefühl, aufgrund der eigenen politischen Ansichten ausgegrenzt zu werden, berichten nur wenige. Dieses Gefühl kommt allerdings etwas häufiger vor als der Eindruck, aufgrund der eigenen Herkunft oder des eigenen Lebensstils ausgegrenzt zu werden.

Den Eindruck einer Ausgrenzung aufgrund der politischen Meinung berichten häufiger Menschen in schwierigen Lebenssituationen und mit Zukunftsangst. Im politischen Meinungsspektrum haben den Eindruck einer Ausgrenzung aufgrund politischer Ansichten häufiger Menschen, die sich weit rechts einordnen, die konsequent für weniger Steuern bei weniger sozialstaatlichen Leistungen, die für einen konsequenten Vorrang des Wirtschaftswachstums vor dem Klimaschutz und eine konsequente Einschränkung der Zugangsmöglichkeiten für Ausländer plädieren. Personen mit Positionen am anderen Ende der jeweiligen Meinungsskala fühlen sich dagegen nicht häufiger aufgrund politischer Ansichten ausgegrenzt als der Bevölkerungsdurchschnitt.



Abbildung 74: Gefühl der Diskriminierung im Vergleich



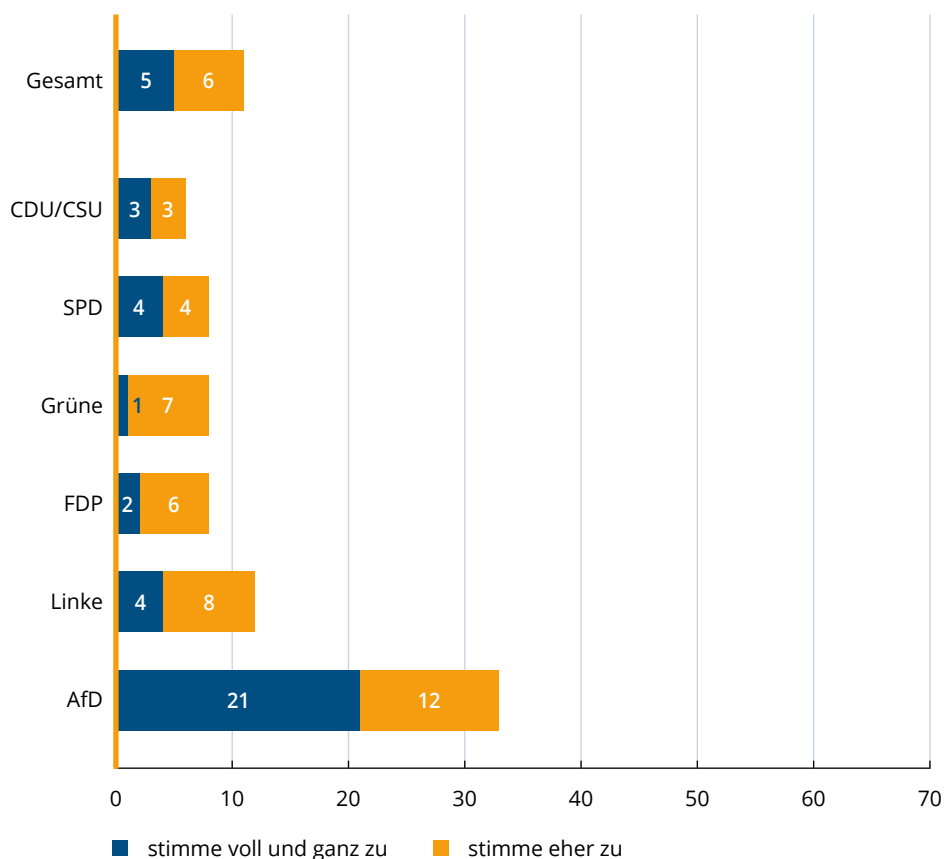
Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt einige Aussagen. Sagen Sie mir bitte jeweils wieder, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.“ Herkunftsdiskriminierung: „Menschen mit meiner Herkunft sind in Deutschland nicht gut angesehen.“ Lebensstildiskriminierung: „Auf meine Art zu leben, sehen andere herab.“ Meinungsdiskriminierung: „Oft habe ich das Gefühl, mit meinen Ansichten ausgegrenzt zu werden.“

Das Gefühl einer Diskriminierung aufgrund der eigenen politischen Ansichten ist selten. 5 Prozent stimmen der Aussage „Oft habe ich das Gefühl, mit meinen Ansichten ausgegrenzt zu werden“ voll und ganz zu, weitere 6 Prozent stimmen eher zu. Die Ablehnung dieser Aussage ist sehr viel häufiger. Eine große Mehrheit stimmt der Aussage eher nicht (29 Prozent) oder überhaupt nicht zu (42 Prozent).

Eine Diskriminierung aufgrund des eigenen Lebensstils oder der Herkunft wird allerdings von den Wahlberechtigten in Deutschland noch etwas seltener berichtet. Während eine Diskriminierung aufgrund der politischen Meinung 42 Prozent vollständig ablehnen, sind es bei der Lebensstildiskriminierung 48 Prozent. Ein geringeres Ansehen aufgrund der Herkunft lehnen mit 65 Prozent noch einmal mehr vollständig ab.⁵² Der Eindruck einer Diskriminierung aufgrund der politischen Ansichten ist seltener, eine Lebensstil- oder Herkunftsdiskriminierung wird aber noch seltener wahrgenommen.

Abbildung 75: Gefühl der Meinungsdiskriminierung – nach Parteianhängerschaft

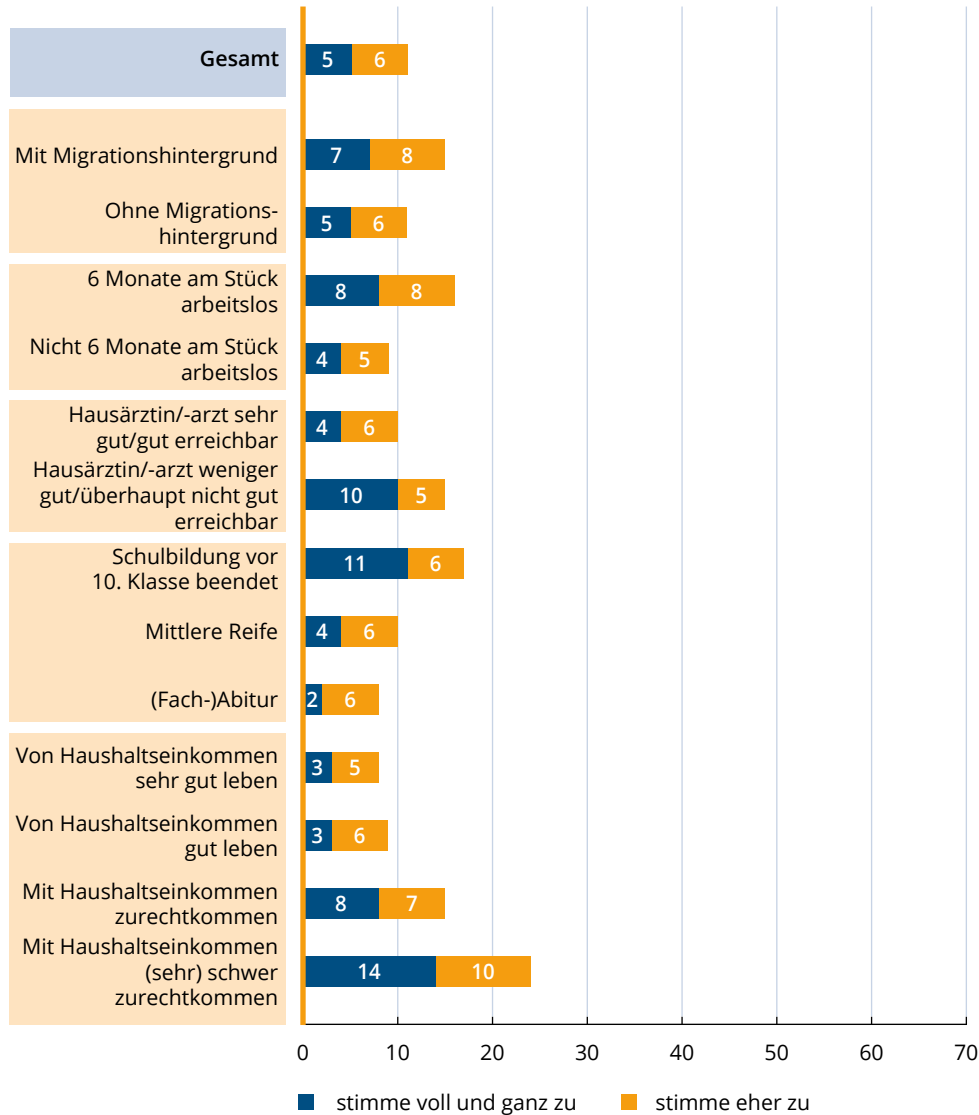


Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „teils-teils“, „stimme eher nicht zu“, „stimme überhaupt nicht zu“, „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt einige Aussagen. Sagen Sie mir bitte jeweils wieder, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Oft habe ich das Gefühl, mit meinen Ansichten ausgegrenzt zu werden.“

Das Gefühl, aufgrund der eigenen politischen Ansichten ausgegrenzt zu sein, konzentriert sich in der Anhängerschaft einer Partei: der AfD. Unter den Anhängerinnen und Anhängern der AfD stimmen der Aussage „Oft habe ich das Gefühl, mit meinen Ansichten ausgegrenzt zu werden“ 21 Prozent voll und ganz zu, weitere 12 Prozent stimmen ihr eher zu. Ein Drittel der Anhängerschaft der AfD fühlt sich demnach tendenziell aufgrund der politischen Haltungen ausgegrenzt, während es in den Anhängerschaften der übrigen Parteien meist unter 10 Prozent sind.

Abbildung 76: Gefühl der Meinungsdiskriminierung – nach diversen Merkmalen



Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent.

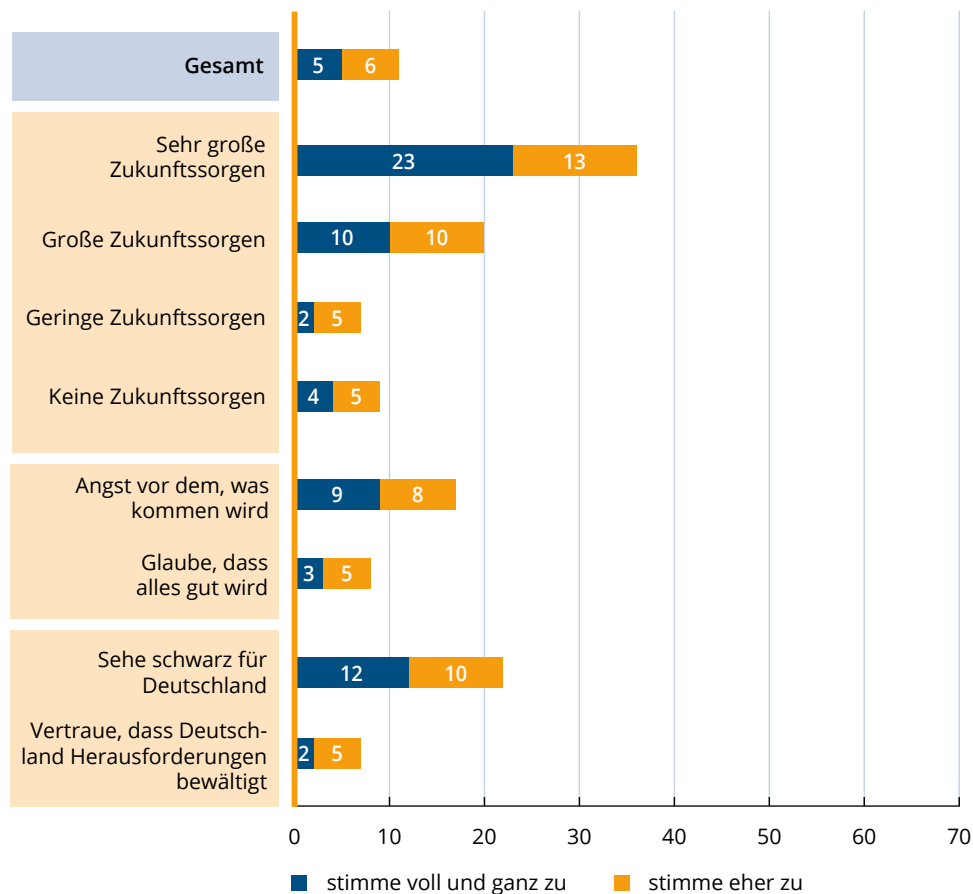
Fehlende Werte zu 100 Prozent „teils-teils“, stimme eher nicht zu“, „stimme überhaupt nicht zu“, „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt einige Aussagen. Sagen Sie mir bitte jeweils wieder, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Oft habe ich das Gefühl, mit meinen Ansichten ausgegrenzt zu werden.“

Bei dem Eindruck der Meinungsdiskriminierung gibt es keinen signifikanten Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland.⁵³ Männer und Jüngere haben häufiger das Gefühl, aufgrund ihrer politischen Meinung ausgegrenzt zu werden (nicht in der Abbildung). Zudem haben diesen Eindruck häufiger Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen, die in ihrer Berufsbiografie bereits mehr als sechs Monate am Stück arbeitslos

waren sowie jene in einer ungünstigeren regionalen Infrastruktur, für die eine Hausärztin bzw. ein Hausarzt nicht gut erreichbar ist. Ein formal niedrigerer Bildungsabschluss und eine schwierige Einkommenssituation gehen häufiger zusammen mit dem Eindruck, aufgrund der eigenen Meinung diskriminiert zu werden.

Abbildung 77: Gefühl der Meinungsdiskriminierung – nach diversen Einstellungen



Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent „teils-teils“, stimme eher nicht zu“, „stimme überhaupt nicht zu“, „weiß nicht/keine Angabe“.

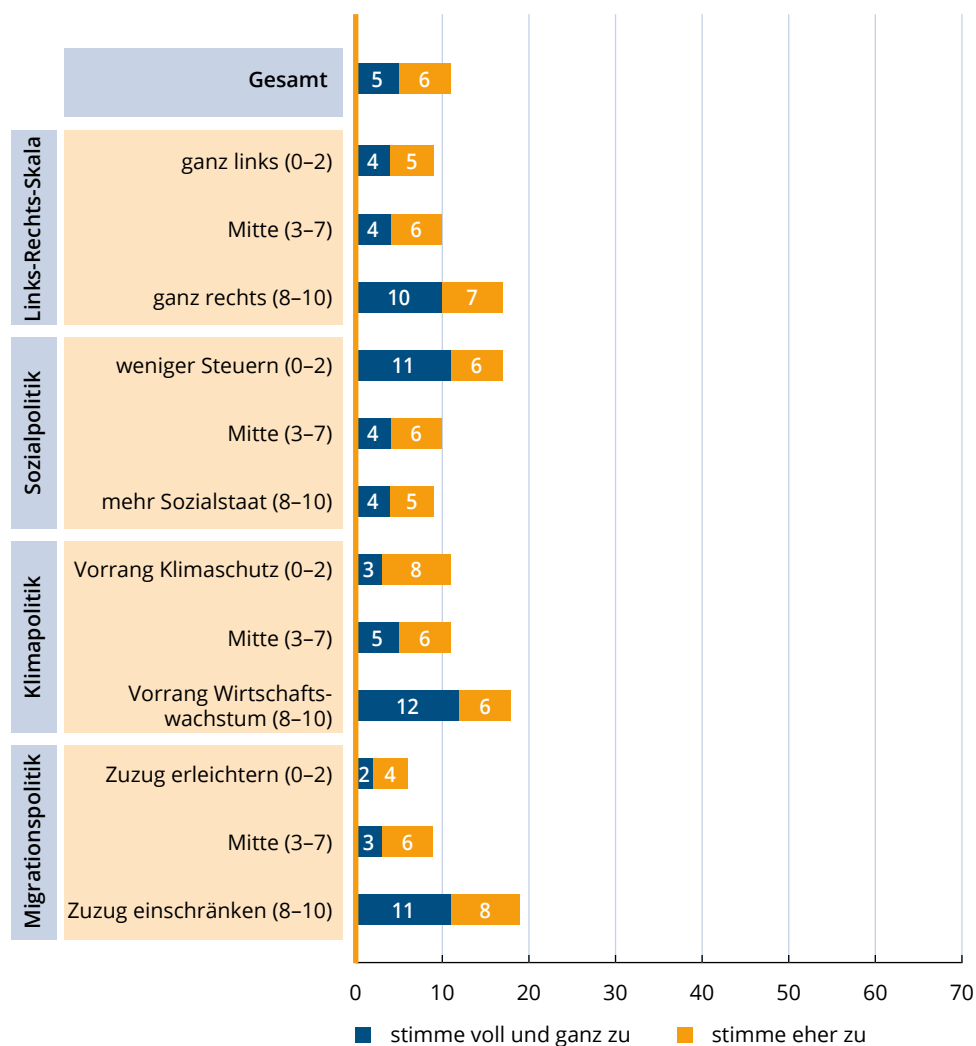
Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt einige Aussagen. Sagen Sie mir bitte jeweils wieder, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Oft habe ich das Gefühl, mit meinen Ansichten ausgegrenzt zu werden.“

Menschen, die sich Sorgen um ihre Zukunft machen und Angst haben vor dem, was die Zukunft bringt, tendieren stärker zu dem Gefühl, ausgegrenzt zu sein. Auch bei jenen, die für Deutschlands Zukunft schwarzsehen, ist der Anteil höher, die sich ausgegrenzt fühlen.



Menschen in schwierigen Lebenssituationen, die sich über ihre Zukunft und die Zukunft des Landes Sorgen machen, längere Arbeitslosigkeit erlebt haben und finanziell nicht gut ausgestattet sind, empfinden sich zu höheren Anteilen ausgegrenzt. Gleichzeitig sind es auch in diesen Gruppen jeweils nur Minderheiten, meist kleinere Minderheiten, die der Aussage „Oft habe ich das Gefühl, mit meinen Ansichten ausgegrenzt zu werden“ voll und ganz oder eher zustimmen.

Abbildung 78: Gefühl der Meinungsdiskriminierung – nach politischen Positionen



Quelle: Umfrage 1021 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019/20. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „teils-teils“, stimme eher nicht zu“, „stimme überhaupt nicht zu“, „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt einige Aussagen. Sagen Sie mir bitte jeweils wieder, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Oft habe ich das Gefühl, mit meinen Ansichten ausgegrenzt zu werden.“

Für die Fragen zur Links-Rechts-Skala, der Sozial-, Klima- und Migrationspolitik siehe die Abbildungen 9 bis 12.

Politische Ansichten, die am Rande des Meinungsspektrums stehen, machen zusätzlich den Eindruck einer Ausgrenzung aufgrund politischer Ansichten wahrscheinlicher.⁵⁴ Dabei sind es aber wiederum nicht alle Randpositionen, sondern lediglich bestimmte gehen mit dem Eindruck der Meinungsdiskriminierung einher. So stimmen Menschen, die sich weit links auf dem Links-Rechts-Spektrum verorten (Werte 0 bis 2), der Aussage über eine häufige Ausgrenzung genauso oft zu wie die Gesamtbevölkerung. Personen, die sich ganz rechts einordnen (Werte 8 bis 10), geben allerdings zu größeren Teilen an, häufig ausgegrenzt zu werden. Während in der Gesamtbevölkerung der Aussage „Oft habe ich das Gefühl, mit meinen Ansichten ausgegrenzt zu werden“ 5 Prozent voll und ganz zustimmen, sind es unter den Personen weit rechts auf der Links-Rechts-Skala 10 Prozent.

Ein ähnliches Ergebnis zeigt sich für die Ansichten zum Sozialstaat. Personen, die konsequent für weniger Steuern und Abgaben bei weniger sozialstaatlichen Leistungen sind, stimmen zu 10 Prozent voll und ganz der Aussage zu, sich oft ausgegrenzt zu fühlen (Bevölkerungsdurchschnitt 5 Prozent). Weitere 7 Prozent von ihnen stimmen eher zu (Bevölkerungsdurchschnitt 6 Prozent). Die entgegengesetzte konsequente Meinung hängt aber nicht zusammen mit dem Eindruck, oft ausgegrenzt zu werden.

Genauso ist es für jene, die konsequent für einen Vorrang des Wirtschaftswachstums auch auf Kosten des Klimaschutzes und für die Einschränkung der Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer plädieren. Sie geben überdurchschnittlich häufig an, sich aufgrund ihrer politischen Meinung ausgegrenzt zu fühlen, während Personen mit der konsequenten Gegenposition einen solchen Eindruck nicht haben.

Das Gefühl der Meinungsdiskriminierung ist insgesamt häufiger bei Menschen, die in schwierigen Umständen leben und sich große Sorgen machen. Zusätzlich spielen politische Haltungen eine Rolle für ein Gefühl der Ausgrenzung. Es sind aber nicht alle politischen Positionen am Rande des Meinungsspektrums, die mit dem Gefühl der Ausgrenzung einhergehen, sondern das Gefühl der Meinungsdiskriminierung hat eine politische Richtung. Angesichts dieser Befunde gilt es allerdings auch festzuhalten: Bei all diesen Gruppen, also Menschen mit diesen politischen Positionen oder in diesen Lebenssituationen, fühlt sich die Mehrheit nicht ausgegrenzt. Jeweils stimmt eine Mehrheit der Aussage „Oft habe ich das Gefühl, mit meinen Ansichten ausgegrenzt zu werden“ eher nicht oder überhaupt nicht zu.



- 44 Der Unterschied zwischen dem angegebenen Prozentwert für die zusammengefassten Antworten im Text und den Einzelwerten in der Abbildung ergibt sich durch Rundungen.
- 45 Diese und die weiteren berichteten Zusammenhänge wurden in einem multivariaten Modell geprüft. Dabei wurden zunächst in Anlehnung an die Theorie der relativen Deprivation Aspekte berücksichtigt, die auf eine vergleichsweise ungünstige Lebenssituation hinweisen, insbesondere in materieller Hinsicht: Geschlecht, Bildung, Einschätzung des Haushaltseinkommens, Zukunftssorgen, Zukunftsangst und Einschätzung von Deutschlands Zukunft. Geprüft und aufgrund von Insignifikanz aus dem Modell ausgeschlossen wurden Alter, Migrationshintergrund, Erfahrung von längerer Arbeitslosigkeit (mehr als sechs Monate am Stück) und Erreichbarkeit einer Hausärztin bzw. eines Hausarztes.
- 46 Der Unterschied zwischen der Gerechtigkeitseinschätzung von Personen, die sich ganz links verorten, und den anderen ist im multivariaten Modell und unter Einbeziehung auch der übrigen Abstufungen (gerechter Anteil, etwas mehr als den gerechten Anteil, sehr viel mehr als den gerechten Anteil) nicht signifikant.
- 47 Die Frage „Aus welchen Medien beziehen Sie glaubwürdige Nachrichten über das politische Geschehen?“ wurde offen gestellt. Die Interviewerinnen und Interviewer ordneten die Antworten den Kategorien zu und es waren mehrere Antworten möglich.
- 48 All diese Aspekte erweisen sich auch in einem multivariaten Modell, das bei der Berücksichtigung eigener Meinungen in den öffentlich-rechtlichen Medien die gesamte Skala der Antworten von „gar nicht“ bis „sehr gut“ berücksichtigt, als signifikant. Dies gilt auch, wenn zusätzlich die ebenfalls signifikanten Einflüsse der Zukunftssorgen in das Modell eingehen.
- 49 Die Einflüsse wurden in einem multivariaten Modell zusätzlich zu den zuvor diskutierten Aspekten der relativen Deprivation geprüft. Dabei wurden die Variablen des Deprivationsmodells nacheinander mit jeder Einstellungsskala einzeln geprüft.
- 50 Diese und die weiteren berichteten Ergebnisse sind in einem multivariaten Modell signifikant. Im multivariaten Modell sind der Migrationshintergrund und die Kontrollüberzeugung nicht signifikant. Die Erfahrung einer längeren Arbeitslosigkeit (mehr als sechs Monate am Stück) ist auf dem Zehn-Prozent-Niveau signifikant.
- 51 Diese Befunde wurden in der Forschung zur Demokratiezufriedenheit vielfach nachgewiesen (vgl. z. B. Delhey/Böhnke 1999: 16 ff.; Lange 2020; Tausendpfund 2021).
- 52 Bei dem Ergebnis ist zu bedenken, dass nur Wahlberechtigte befragt wurden. Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit sind in der Umfrage nicht repräsentiert. Eine Befragung auch von Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit könnte einen deutlich höheren Anteil von Personen finden, die eine Diskriminierung aufgrund ihrer Herkunft wahrnehmen.
- 53 Diese und die weiteren berichteten Zusammenhänge wurden in einem multivariaten Modell geprüft. In dem Modell zur relativen Deprivation sind folgende Variablen enthalten: Alter, Geschlecht, Bildung, Einschätzung des Haushaltseinkommens, Migrationshintergrund, Betroffenheit von mehr als sechs Monaten Arbeitslosigkeit in der Berufsbiografie, Erreichbarkeit einer Hausärztin bzw. eines Hausarztes, Zukunftssorgen, persönliche Zukunftsangst, Sorge um Deutschlands Zukunft. Ost-West erwies sich als insignifikant und wurde aus dem Modell entfernt.
- 54 Die Einflüsse wurden in einem multivariaten Modell zusätzlich zu den zuvor diskutierten Aspekten der relativen Deprivation geprüft. Dabei wurden die Variablen des Deprivationsmodells nacheinander mit jeder Einstellungsskala einzeln geprüft.



Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Polarisierung – Fazit

Die innere Zerrissenheit der Gesellschaften in den USA und weiteren Ländern ist mit Händen zu greifen. Freundschaften, die an politischen Meinungsunterschieden zerbrechen, Familien, durch die ein politischer Riss geht. Diese Beobachtungen, aber auch Entwicklungen in Deutschland, haben die Frage aufgeworfen, wie es hierzulande mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt und der politischen Polarisierung steht. Droht Deutschland ein ähnliches Schicksal wie anderen Ländern, in denen sich politische Lager unversöhnlich gegenüberstehen und diese Meinungsunterschiede die Menschen auseinanderreiben?

Eine neue Schärfe in den öffentlichen Debatten, politische Demonstrationen mit einer feindselig-populistischen Grundstimmung gaben Anlass, auch in Deutschland eine zunehmende Polarisierung zu vermuten. Die Bevölkerung kommt vielfach zu einem ähnlichen Eindruck, wonach sich Menschen unversöhnlich gegenüberstehen und der gesellschaftliche Zusammenhalt nicht sehr stark ist.

Die hier vorgenommene detaillierte Vermessung und Erkundung von politischer Polarisierung in Deutschland kommt zu einem geteilten Befund. Auf der einen Seite finden sich keine Hinweise auf eine tiefe Spaltung zwischen großen Teilen der Gesellschaft. Im Gegenteil tendiert die große Mehrheit zu Mittelpositionen. Es gibt bei der Wahlpräferenz viel Bewegung zwischen den Parteien und von einer Lagerbildung kann keine Rede sein. Eine große Mehrheit bevorzugt eine Kompromissorientierung. Zudem lehnt eine große Mehrheit die Polarisierung ab und bevorzugt eine Offenheit zur Einbindung unterschiedlichster Menschen im Leben und in politischen Diskussionen.

Diesem Befund einer geringen Polarisierung in Deutschland steht allerdings ein zweiter Befund gegenüber. Das Meinungsspektrum und die Meinungsunterschiede zwischen den Parteianhängerinnen und Parteianhängern haben sich in den letzten Jahren in einer Weise auseinanderbewegt, wie es das lange Zeit nicht gab. Viel wichtiger aber: Die Offenheit für politische Diskussion, Meinungswechsel und Kompromiss erreicht nicht alle. Ein Teil des Meinungs- und Parteienspektrums ist aus der Überlappung von Ansichten und Offenheit für den Umgang in großen Teilen ausgeschlossen und schließt sich selbst aus.

Es sind Menschen, die sich im Links-Rechts-Spektrum weit rechts positionieren, für weniger Steuern, auch auf Kosten sozialstaatlicher Leistungen, plädieren, dem Wirtschaftswachstum konsequent den Vorrang vor Klimaschutz einräumen und den Zuzug für Ausländer konsequent einschränken wollen. Sie sehen sich zu einem erheblichen Anteil nicht in den öffentlich-rechtlichen Medien mit ihrer Meinung vertreten, sind zu höheren Anteilen unzufrieden mit der Demokratie in Deutschland und fühlen sich zu höheren, wenn auch letztlich nicht sehr großen Anteilen aufgrund ihrer politischen Meinung ausgegrenzt. Auch in dieser Gruppe bleibt es jeweils eine Minderheit, die unzufrieden mit dem Meinungsspektrum in den öffentlich-rechtlichen Medien oder der Demokratie ist, allerdings ist diese Unzufriedenheit in diesem rechts stehenden

Personenkreis deutlich höher. Von einer übergroßen Mehrheit werden nicht nur diese politischen Positionen abgelehnt, sondern auch die AfD als Partei und ihre Wählerinnen und Wähler. Gleichzeitig sind es die Anhängerinnen und Anhänger der AfD, die vielfach andere Parteien ablehnen und zu höheren Anteilen, wenn auch deutlich nicht mehrheitlich, mit anderen Personengruppen den Kontakt meiden.

Hier zeigt sich auch für Deutschland eine Polarisierungstendenz. Sie bewegt sich auf einem anderen Niveau, als dies beispielsweise für die USA gilt, doch auch in Deutschland stehen sich Teile der Gesellschaft, sehr ungleich große Teile, aus politischen Gründen gegenüber, vielleicht nicht unversöhnlich – aber vielleicht schon.

Bevor ein zu alarmierender Eindruck entsteht, sind einige Relativierungen notwendig. Es ist gewiss nicht das erste Mal, dass politische Fragen die Menschen entzweien. So wurden die Parteien in der Bundesrepublik auch in der Vergangenheit ähnlich weit voneinander entfernt eingestuft und es gab auch früher schon die gegenseitige Abschottung politischer Lager, ohne dass der gesellschaftliche Zusammenhalt dauerhaft und irreparabel Schaden genommen hätte. Es gibt eine Reihe von Faktoren, die in Deutschland gegen eine starke Polarisierung wirken. Dazu gehören eine Tradition des politischen Ausgleichs, eine starke Kompromissbereitschaft in der Bevölkerung, ein Verhältniswahlrecht und nicht zuletzt eine Tradition, zu starke Unterschiede in den Lebensbedingungen durch den Sozialstaat und die Angleichung der Lebensverhältnisse in unterschiedlichen Regionen abzumildern. Schließlich ist ein gewisses Maß an ersichtlichen, klar markierten politischen Unterschieden und damit ein gewisses Maß der politischen Polarisierung eine Bedingung für politischen Wettbewerb.

Für eine grundsätzliche Entwarnung reichen diese Überlegungen gleichwohl nicht. Im Gegenteil: Auch in anderen Ländern haben Polarisierungen klein angefangen, waren aber ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr aufzuhalten, sondern haben sich selbst immer weiter verstärkt und die Gesellschaft mit ihrer Demokratie nachhaltig beschädigt. Polarisierungstendenzen sind deshalb immer riskante Entwicklungen.

Das Gegenmittel gegen Polarisierung ist nicht leicht auszumachen. Nicht jede politische Forderung hat qua Existenz bei einer Minderheit das Anrecht, umgesetzt oder in einem Kompromiss berücksichtigt zu werden. Auch ist es demokratische Pflicht, Extremismus konsequent auszuschließen und Angriffen auf die Demokratie, die Menschenwürde und die Grundwerte der Gesellschaft entschieden entgegenzutreten. Gleichzeitig ist aber nicht jede Meinung, nur weil sie einem selbst vielleicht sehr fremd ist und möglicherweise auch abstoßend erscheint, deshalb undemokratisch. Dem Angriff auf die Demokratie konsequent entgegenzutreten, aber die Breite demokratischer Meinungen zuzulassen, auch dort wo es unangenehm ist, und immer wieder bereit sein, nach Ausgleich und Kompromiss zu suchen, das dürfte der Weg für eine entpolarisierende Haltung sein.

Literatur

- A Arant, Regina/Dragolov, Georgi/Boehnke, Klaus, 2017:** Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- B Baldassarri, Delia/Bearman, Peter, 2007:** Dynamics of Political Polarization. In: American Sociological Review, Jg. 72, Heft 1, S. 784–811.
- C Carothers, Thomas/O'Donohue, Andrew (Hrsg.), 2019:** Democracies Divided. The Global Challenge of Political Polarization. Washington: Brookings Institution Press.
- D Decker, Frank, 2018:** Jenseits von links und rechts. Lassen sich Parteien noch klassifizieren? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 68, Heft 46–47, S. 21–26.
- Delhey, Jan/Böhnke, Petra, 1999:** Über die materielle zur inneren Einheit? Wohlstandlagen und subjektives Wohlbefinden in Ost- und Westdeutschland. Discussion Paper FS III 99–142. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Die ZEIT, 2019:** Aus der Redaktion: Warum sich die ZEIT ändert. Die ZEIT, 05.09.2019, S. 1.
- F Fiorina, Morris P./Abrams, Samuel J., 2008:** Political Polarization in the American Public. In: Annual Review of Political Science, Jg. 11, Heft 1, S. 563–588.
- Follmer, Robert/Brand, Thorsten/Unzicker, Kai, 2020:** Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2020. Eine Herausforderung für uns alle. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsstudie. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Fuchs, Dieter/Klingemann, Hans-Dieter, 1990:** The Left-Right Schema. Theoretical Framework. In: Jennings, M. Kent/Deth, Jan W. van (Hrsg.): Continuities in Political Action. A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies. Berlin, New York: de Gruyter, S. 203–234.
- G GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, 2011:** Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2002. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA3700 Datenfile Version 2.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.11138>.
- GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, 2017:** Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 1994. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA2400 Datenfile Version 2.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.12823>.
- GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, 2019:** German General Social Survey – ALLBUS 2012. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4616 Datenfile Version 1.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.13418>.

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Datenarchiv für Sozialwissenschaften, 2020: Politbarometer Partielle Kumulation Ost und West (1977–2019) – Variablen Report. Köln.

Giddens, Anthony, 1997: Jenseits von Links und Rechts. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

H Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), 1997a: Was hält die Gesellschaft zusammen?
Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), 1997b: Was treibt die Gesellschaft auseinander?
Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Helms, Ludger, 2017: Polarisierung in der Demokratie. Formen und Wirkungen.
In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 45, Heft 3, S. 57–68.

Hirndorf, Dominik, 2020a: Let's talk about politics! Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage zur politischen Kommunikation im persönlichen Umfeld. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Hirndorf, Dominik, 2020b: Krisenbarometer-Sonderausgabe: Menschen in der Corona-Krise. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Hitzler, Ronald, 2002: Sinnrekonstruktion. Zum Stand der Diskussion (in) der deutschsprachigen interpretativen Soziologie. In: Forum Qualitative Sozialforschung, Jg. 3, Heft 2.

Hutter, Swen, 2014: Protesting Culture and Economics in Western Europe. New Cleavages in Left and Right Politics. Minneapolis: University of Minnesota Press.

I Iyengar, Shanto u.a., 2019: The Origins and Consequences of Affective Polarization in the United States. In: Annual Review of Political Science, Jg. 22, Heft 1, S. 129–146.

K Klein, Ezra, 2020: Why we're polarized. New York: Avid Reader Press.

Köhler, Thomas/Roose, Jochen, 2019: Kulturen des Streitens verstehen und stärken. Ein Schwerpunkt der Konrad-Adenauer-Stiftung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Krause, Laura-Kristine/Gagné, Jérémie, 2019: Die andere deutsche Teilung. Zustand und Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Berlin: More in Common.

Krauß, Fritz, 1994: Gewichtung bei Umfragen zum politischen Meinungsklima. In: Gabler, Siegfried/Hoffmeyer-Zlotnik, Jürgen H. P./Krebs, Dagmar (Hrsg.): Gewichtung in der Umfragepraxis. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 152–165.

Kriesi, Hanspeter u. a., 2006: Globalization and the transformation of the national political space: Six European countries compared. In: European Journal of Political Research, Jg. 45, Heft 6, S. 921–956.

Kroh, Martin, 2007: Measuring Left-Right Political Orientation: The Choice of Response Format. In: *Public Opinion Quarterly*, Jg. 71, Heft 2, S. 204–220.

Kromrey, Helmut/Roose, Jochen/Strübing, Jörg, 2016: Empirische Sozialforschung. Modelle und Methoden der standardisierten Datenerhebung und Datenauswertung. Berlin, Boston: de Gruyter.

Kümpel, Anna Sophie/Rieger, Diana, 2019: Wandel der Sprach- und Debattenkultur in sozialen Online-Medien. Ein Literaturüberblick zu Ursachen und Wirkungen von inziviler Kommunikation. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

- L Lammert, Norbert, 2019:** Zwischen Konflikt und Konsens. Zur Debattenkultur in Deutschland. In: *Politische Meinung*, Jg. 64, Nr. 557/30. Juli 2021, S. 12–16. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Lange, Hendrik, 2020: Determinanten der Demokratiezufriedenheit. Einfluss ökonomischer Faktoren auf die politische Kultur in der BRD. Wiesbaden: Springer VS.

Layman, Geoffrey C./Carsey, Thomas M./Horowitz, Juliana Menasce, 2006: Party Polarization in American Politics. Characteristics, Causes, and Consequences. In: *Annual Review of Political Science*, Jg. 9, Heft 1, S. 83–110.

Lütjen, Torben, 2021: Die amerikanische Lektion. Wie Polarisierung der Demokratie schaden kann. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 71, Heft 17–18, S. 9–14.

Lütjen, Torben, 2020: Amerika im Kalten Bürgerkrieg. Wie ein Land seine Mitte verliert. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

- M Machill, Marcel/Beiler, Markus/Krüger, Uwe, 2013:** Das neue Gesicht der Öffentlichkeit. Wie Facebook und andere soziale Netzwerke die Meinungsbildung verändern. Düsseldorf: Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen.

Mason, Lilliana, 2015: „I Disrespectfully Agree“. The Differential Effects of Partisan Sorting on Social and Issue Polarization. In: *American Journal of Political Science*, Jg. 59, Heft 1, S. 128–145.

McCarty, Nolan, 2019: *Polarization. What Everyone Needs to Know*. Oxford: Oxford University Press.

McCoy, Jennifer/Somer, Murat, 2019a: Transformations through Polarizations and Global Threats to Democracy. In: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, Jg. 681, Heft 1, S. 8–22.

McCoy, Jennifer/Somer, Murat, 2019b: Toward a Theory of Pernicious Polarization and How It Harms Democracies: Comparative Evidence and Possible Remedies. In: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, Jg. 681, Heft 1, S. 234–271.

McCoy, Jennifer/Somer, Murat (Hrsg.), 2019c: Polarizing Polities: A Global Threat to Democracy. Special Issue of The Annals of the American Academy of Political and Social Science: Jg. 681, Heft 1.

Münch, Richard, 1997: Elemente einer Theorie der Integration moderner Gesellschaften. Eine Bestandsaufnahme. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Was hält die Gesellschaft zusammen? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft. Band 2. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 66–109.

N Nagel, Melanie, 2016: Polarisierung im politischen Diskurs. Eine Netzwerkanalyse zum Konflikt um „Stuttgart 21“. Wiesbaden: Springer VS.

Neu, Viola, 2019a: „Das wird man wohl noch sagen dürfen.“ Eine Analyse der Facebookseiten von CDU, SPD und AfD im Bundestagswahlkampf 2017. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Neu, Viola, 2019b: Niemand möchte die Demokratie abschaffen. Einstellungen zu Demokratie, Sozialstaat und Institutionen. Ergebnisse einer repräsentativen Studie. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Neu, Viola, 2021a: Des Wählers Herz. Emotionale Parteienbewertung aus repräsentativen und qualitativen Umfragen. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Neu, Viola, 2021b: Demokratische Einstellungen und Wahlverhalten. Eine repräsentative Analyse von Einstellungen und Wahlverhalten von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund und in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländern. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Neu, Viola/Pokorny, Sabine, 2021: Vermessung der Wählerschaft vor der Bundestagswahl 2021. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage zu politischen Einstellungen. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

P Pettigrew, Thomas F., 2015: Samuel Stouffer and Relative Deprivation. In: Social Psychology Quarterly, Jg. 78, Heft 1, S. 7–24.

Pickel, Gert u.a. (Hrsg.), 2019: Handbuch Integration. Wiesbaden: Springer VS.

Pokorny, Sabine, 2019: (Un-)Soziale Medien? Der Einfluss der Facebooknutzung auf die Sprach- und Streitkultur. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Pokorny, Sabine, 2020: Regionale Vielfalten 30 Jahre nach der Wiedervereinigung. Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den politischen Einstellungen in Deutschland. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Pokorny, Sabine, 2021: Regionale Vielfalten vor der Bundestagswahl 2021. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage. Analysen und Argumente Nr. 430. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Prior, Markus, 2013: Media and Political Polarization. In: Annual Review of Political Science, Jg. 16, Heft 1, S. 101–127.

R Reckwitz, Andreas, 2020: Ein neuer Paradigmenwechsel: Weder rechts noch links. In: taz futurzwei, 08.12.2020, Heft 12. Auch unter: <https://taz.de/Ein-neuer-Paradigmenwechsel/!170712/> [zuletzt 29. 07.2021].

Roose, Jochen, 2010: Vergesellschaftung an Europas Binnengrenzen. Eine vergleichende Studie zu den Bedingungen sozialer Integration. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Roose, Jochen, 2019: Das lebendige Grundgesetz. Grundrechte aus Sicht der Bevölkerung: Wertigkeit, Umsetzung, Grenzen. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Roose, Jochen, 2020a: Sie sind überall. Eine repräsentative Umfrage zu Verschwörungstheorien. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Roose, Jochen, 2020b: Verschwörung in der Krise. Repräsentative Umfragen zum Glauben an Verschwörungstheorien vor und in der Corona-Krise. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.), 1987: Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Rucht, Dieter, 1994: Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Frankfurt/M.: Campus.

S Schenke, Julian, 2018: Pegida-Effekte? Jugend zwischen Polarisierung und politischer Unberührtheit. Bielefeld: transcript.

Schiefer, David/Noll, Jolanda van der, 2017: The Essentials of Social Cohesion: A Literature Review. In: Social Indicators Research, Jg. 132, Heft, S. 579–603.

Small, Mario Luis, 2011: How to Conduct a Mixed Methods Study: Recent Trends in a Rapidly Growing Literature. In: Annual Review of Sociology, Jg. 37, Heft 1, S. 57–86.

T Tausendpfund, Markus, 2021: Zufriedenheit mit der Demokratie. In: Tausendpfund, Markus (Hrsg.): Empirische Studien lesen. Wiesbaden: Springer VS, S. 13–49.

Terwey, Michael, 2003: Zum aktuellen Wandel im Zugriff auf ALLBUS-Materialien und zur ALLBUS-Nutzung in Publikationen. In: ZA-Information 53, S. 195–202.

Terwey, Michael, 2012: Generelle Hinweise zur Auswertung von ALLBUS-Daten: Stichprobentypen und Gewichtungen. In: Terwey, Michael/Baltzer, Stefan (Hrsg.): Variable Report ALLBUS/Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften Kumulation 1980–2010. ZA-Nr. 4574. Köln: GESIS, GESIS – Variable Reports; No. 2012/51: x–xvi.

Trüdinger, Eva-Maria/Bollow, Uwe, 2011: Andere Zeiten, andere Inhalte. Bedeutungsgehalt und Bedeutungswandel der politischen Richtungsbegriffe Links und Rechts im innerdeutschen Vergleich. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 42, Heft 2, S. 398–418.

Tucker, Joshua A. u. a., 2018: Social Media, Political Polarization, and Political Disinformation: A Review of the Scientific Literature. Loughborough: Loughborough University

W Walker, Iain/Smith, Heather J. (Hrsg.), 2001: Relative Deprivation. Specification, Development, and Integration. Cambridge, New York: Cambridge University Press.

Z Zeit online 2018: Machen Sie mit bei „Deutschland spricht“! <https://www.zeit.de/gesellschaft/2018-07/deutschland-spricht-2018-anmeldung> [zuletzt 12.01.2021].

Der Autor

PD Dr. Jochen Roose studierte an der Freien Universität Berlin Soziologie. Nach einer Promotion als Mitarbeiter des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung und einer Station an der Universität Leipzig habilitierte er an der FU Berlin in Soziologie. Als Professor war er an der Universität Hamburg, der FU Berlin und der Universität Wrocław (Breslau) beschäftigt, bevor er 2018 als Koordinator für Umfragen und Parteienforschung in der Hauptabteilung Politik und Beratung zur Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin, wechselte. Seit Januar 2020 arbeitet er in der Wahl- und Sozialforschung für die Hauptabteilung Analyse und Beratung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Jochen Roose

Wahl- und Sozialforschung
Hauptabteilung Analyse und Beratung
T +49 30 / 26 996-3798
jochen.roose@kas.de

Postanschrift:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
10907 Berlin

Anhang: Details zu den Umfragen

Alle in dieser Studie genutzten standardisierten Umfragen sind telefonische oder persönliche Umfragen mit zufällig ausgewählten Teilnehmenden.⁵⁵ Die Ergebnisse sind jeweils repräsentativ für die wahlberechtigte, deutschsprachige Wohnbevölkerung in Deutschland. Dies gilt allerdings nicht für die qualitativen Erhebungen, die Tiefeninterviews und Gruppendiskussionen. Qualitative Studien streben keine Repräsentativität an, sondern sollen mit mehr Details und Offenheit für Unerwartetes die Breite unterschiedlicher Konstellationen deutlich machen (Hitzler 2002, Kromrey/Roose/Strübing 2016).

Für die erste *standardisierte Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema Polarisierung* wurden vom 9. Oktober 2019 bis 27. Februar 2020 im Auftrag der Stiftung vom Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap insgesamt 3.250 Wahlberechtigte telefonisch befragt. Für die Studie wird durch die Konrad-Adenauer-Stiftung ein Fragebogen entworfen, nach dem die Befragung durch Infratest dimap durchgeführt wird. Die Analyse der Rohdaten liegt bei der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Von den 3.250 Befragten wurden 3.000 Befragte nach dem Dual-Frame-Ansatz ausgewählt, bei dem 60 Prozent der Befragten mit einer Zufallsauswahl von Festnetz-Nummern und 40 Prozent mit einer Zufallsauswahl von Mobiltelefon-Nummern in die Stichprobe kommen. Um vergleichende Aussagen für West- und Ostdeutschland treffen zu können, wurden zusätzlich 250 Personen aus den ostdeutschen Flächenländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen befragt. Dabei handelt es sich um eine Zufallsauswahl aus Festnetz-Nummern. Die Gesamtstichprobe wurde zum einen nach Strukturmerkmalen der Bevölkerung (Altersgruppen, Geschlecht, Schulabschluss) und zum anderen nach der tatsächlichen regionalen Verteilung gewichtet.⁵⁶ Damit ist die Befragung repräsentativ für die bei einer Bundestagswahl wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Diese Studie ist als „KAS-Umfrage 1021“ bezeichnet.

Die zweite *standardisierte Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema Polarisierung* fand in der Corona-Pandemie statt und nimmt einen Teil der Fragen aus der ersten Umfrage noch einmal auf, um Vergleiche zu ermöglichen. Vom 9. August bis 11. September 2020 befragte wiederum das Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung insgesamt 1.521 Wahlberechtigte telefonisch, ebenfalls mit dem Dual-Frame-Ansatz (60 Prozent Festnetz, 40 Prozent Mobiltelefon). Darunter sind 522 Personen aus den ostdeutschen Flächenländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Auch in diesem Fall wurden die Daten zum einen nach Strukturmerkmalen der Bevölkerung (Altersgruppen, Geschlecht, Schulabschluss) und zum anderen nach der tatsächlichen regionalen Verteilung gewichtet. Damit ist die Befragung repräsentativ für die bei einer Bundestagswahl wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Diese Studie ist als „KAS-Umfrage 1023“ bezeichnet.⁵⁷

Ergänzt werden die beiden Umfragen durch eine *qualitative Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema Polarisierung*. Ziel der offeneren Vorgehensweise ist es, detaillierter die Sichtweisen der Menschen zu erkunden und nicht im Vorhinein vermutete Aspekte zu entdecken. Für die qualitative Studie wurden deshalb 68 Tiefeninterviews und 24 Gruppendiskussionen im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung vom Institut Mauss Research

durchgeführt. Diesen offenen Erhebungsverfahren liegt ein Leitfaden zugrunde, der die Themen für die Tiefeninterviews bzw. die Gruppendiskussionen bezeichnet. Diese Leitfäden wurden von der Konrad-Adenauer-Stiftung entwickelt und zusätzlich gab es eine ausführliche Abstimmung mit dem Institut Mauss Research über die interessierenden Aspekte.

Bei der Auswahl von Befragten für die Tiefeninterviews war das Ziel eine große regionale Streuung. Deshalb erfolgten diese Interviews telefonisch. Die Auswahl der Befragten für Tiefeninterviews ist eine bewusste Auswahl, die eine möglichst große Breite an Perspektiven abdecken soll. Deshalb wurden unterschiedliche Menschen nach Alter, Geschlecht, formalem Bildungsabschluss, Tätigkeitsstatus (z. B. Erwerbstätigkeit, Haushaltstätigkeit, Rente), Ost- bzw. Westdeutschland und Parteipräferenz ausgewählt. Die Befragten stammen aus dem großen Pool des Anbieters respondi, in dem sich Personen befinden, die sich für Befragungen zu beliebigen Themen bereit erklärt haben.

Zusätzlich gab es 24 Gruppendiskussionen. Im Vorfeld wurden vier Arten von Gruppen nach Parteipräferenz der Beteiligten definiert. Drei Gruppen bestanden aus Personen, die jeweils homogen eine Partei präferierten. Als Parteien wurden dafür die CDU, die Grünen und die AfD ausgewählt. Hinzu kam eine vierte Gruppe, in der die Parteipräferenzen gemischt waren. In weiteren Kriterien (Alter, Geschlecht, formaler Bildungsabschluss, Tätigkeitsstatus) wurde eine Mischung angestrebt, wobei aufgrund der Gruppengröße nicht alle Merkmale in allen Kombinationen vertreten sein konnten.

Diese vier Gruppen wurden jeweils an sechs Orten durchgeführt, drei in Ostdeutschland und drei in Westdeutschland. Zwei dieser drei Gruppen im jeweiligen Landesteil waren in Städten, eine weitere in einem ländlichen Raum.⁵⁸ Für jede Gruppe wurde eine Größe von acht bis zehn Personen angestrebt, wobei diese Gruppengröße nicht in jedem Fall erreicht werden konnte.

Die Tiefeninterviews fanden vom 28. Oktober 2019 bis zum 27. November 2019 statt, die Gruppendiskussionen erfolgten zwischen dem 18. November 2019 und dem 11. Dezember 2019. Die Interviews und Gruppendiskussionen wurden von Mauss Research durchgeführt, transkribiert, kodiert und in einen Bericht zusammengeführt. Die Auswertung in dieser Publikation ist inspiriert durch diese Analyse von Sebastian Graf von Mauss Research, verwendet aber zusätzlich die transkribierten Interviews selbst und ist entsprechend die Auswertung durch die Konrad-Adenauer-Stiftung. Diese Befragung ist als „KAS-Umfrage 1022“ bezeichnet. Die Interviewzitate im Ergebnisteil entstammen dieser Umfrage.

Um weitere Facetten der Polarisierung in Deutschland abbilden zu können und insbesondere Vergleiche mit früheren Zeitpunkten möglich zu machen, wurden weitere Datenquellen herangezogen.

Im Jahr vor der Corona-Pandemie hat das *Presse- und Informationsamt der Bundesregierung eine Umfrage zum Thema Polarisierung in Deutschland* beauftragt, die hier ebenfalls genutzt wird.⁵⁹ Die telefonische Umfrage wurde vom 21. Januar bis 4. Februar 2019 von der Forschungsgruppe Wahlen nach dem Dual-Frame-Ansatz mit einer Kombination von Festnetz- und Mobilfunk-Nummern durchgeführt. Insgesamt wurden 2.029 zufällig ausgewählte Personen befragt. Befragte in Ostdeutschland wurden überproportional berück-

sichtigt, um auch Vergleiche zwischen Ost- und Westdeutschland zu ermöglichen. Die Daten wurden nach Geschlecht, Alter und Bildung gewichtet. Zusätzlich korrigiert ein Gewicht nach regionaler Verteilung die Überrepräsentation von Befragten in Ostdeutschland. Die Studie ist repräsentativ für die wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Die Studiennummer beim Zentralarchiv ist ZA-6732.

Ebenfalls vom *Presse- und Informationsamt der Bundesregierung* wurde zu Beginn der Pandemie in Deutschland im April 2020 eine *Umfrage zu Vertrauen in Staat und Gesellschaft in der Corona-Krise (April 2020)* beauftragt, in der eine relevante Frage aus der Umfrage zum Thema Polarisierung noch einmal gestellt wurde⁶⁰. Mit einem analogen Vorgehen wie die Studie des Amtes von 2019 wurden vom 22. April bis 29. April 2019 von der Forschungsgruppe Wahlen 2.088 Personen zufällig nach dem Dual-Frame-Ansatz ausgewählt und telefonisch befragt. Auch in dieser Umfrage wurde Ostdeutschland überproportional berücksichtigt. Die Daten wurden nach Geschlecht, Alter und Bildung gewichtet. Zusätzlich korrigiert ein Gewicht nach regionaler Verteilung die Überrepräsentation von Befragten in Ostdeutschland. Die Studie ist repräsentativ für die wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Die Studiennummer beim Zentralarchiv ist ZA-7672.


Das Politbarometer wird seit 1976 durch die Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, erhoben. In der Regel werden alle zwei bis drei Wochen rund 1.000 Personen telefonisch zu politischen Themen befragt. Die Daten der Befragung sind über das Zentralarchiv des GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften erhältlich. Dort sind auch Details zu jeder einzelnen Befragung zu finden.⁶¹

Bei der *German Longitudinal Election Study (GLES)* handelt es sich um persönliche Befragungen, die unmittelbar nach den Bundestagswahlen seit 2009 durchgeführt wurden.⁶² 2009 wurden 2.115 Personen befragt, 2013 wurden 1.908 Personen befragt und 2017 wurden 2.112 Personen befragt. Durchführendes Institut war 2009 BIK-Marplan, Offenbach am Main, 2013 Marplan Media- und Sozialforschungsgesellschaft, Frankfurt/M., und 2019 Kantar Public, Berlin. Die Daten sind jeweils nach Geschlecht, Alter, Bildung und BIK-Größenklassen (Klassifizierung von Regionstypen) gewichtet. Ostdeutschland ist in den Befragungen überrepräsentiert, was bei Ergebnissen für Gesamtdeutschland durch ein Gewicht nach regionaler Verteilung korrigiert wird. Die Ergebnisse sind jeweils repräsentativ für die wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Die Studiennummern beim Zentralarchiv sind ZA 5301 für 2009, ZA 5702 für 2013 und ZA 6801 für 2017.⁶³

Die *Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS)* ist eine regelmäßig durchgeführte Erhebung mit wechselnden, über längere Intervalle wiederkehrenden Themen. Eine Zufallsauswahl von Personen wird persönlich befragt, wobei die Befragten Antworten selbst auf Papier oder in einen Computer eintragen. 1994 wurden insgesamt 3.450 Personen durch das Institut Infratest Burke, München und Berlin, befragt. 2002 wurden 2.820 Personen von INFAS, Bonn, befragt. 2012 wurden 3.480 Personen durch TNS Infratest Sozialforschung, München, befragt (GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften 2019). Ostdeutschland ist in den Befragungen jeweils überrepräsentiert, was durch Gewichtungen bei Auswertungen für Gesamtdeutschland berücksichtigt ist (Terwey 2012, zum ALLBUS generell siehe auch Terwey 2003). Die Studiennummern beim Zentralarchiv sind ZA 2400 für 1994, ZA 3700 für 2002 und ZA 4614 für 2012 (GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften 2011, 2017, 2019).

Schließlich gehen einzelne Ergebnisse der *Umfrage „Vermessung der Wählerschaft“ der Konrad-Adenauer-Stiftung* (KAS-Umfrage 1018) in die Untersuchung ein. Es handelt sich wiederum um eine telefonische Befragung von insgesamt 8.042 Personen, die nach dem Dual-Frame-Ansatz mit 40 Prozent Mobilfunk-Nummern und 60 Prozent Festnetz-Nummern zufällig ausgewählt wurden, wobei ein Verfahren der regionalen Schichtung Anwendung gefunden hat. Details zu der Studie finden sich bei Pokorny (2021). Die Daten wurden nach Geschlecht, Alter, Bildung und regionaler Verteilung gewichtet und sind repräsentativ für die wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland.

-
- 55 Im Kapitel 3 zur Methode der Studie wurden die Umfragen bereits kurz vorgestellt, während die Informationen hier detaillierter sind. Es ergeben sich aber Überschneidungen.
 - 56 Eine „politische“ Gewichtung nach Parteipräferenzen erfolgt nicht. Daher können die Ergebnisse insbesondere bei der Entscheidung für eine Partei bei einer angenommenen Bundestagswahl am kommenden Sonntag („Sonntagsfrage“) von den Ergebnissen anderer Umfragen abweichen, selbst wenn sie vom selben Institut durchgeführt wurden. Abweichungen entstehen auch dadurch, dass die vorliegenden Umfragen mehr Personen befragen als bei Umfragen zur politischen Stimmung üblich. Daraus ergibt sich auch ein längerer Zeitraum der Erhebung, der wiederum im Vergleich zu sehr kurzfristig durchgeführten Umfragen zu Unterschieden führen kann.
 - 57 Die beiden Umfragen wurden zunächst intern als Umfrage 2020–05 und Umfrage 2020–07 geführt (siehe Roose 2020a und 2020b). Da diese Bezeichnung auch als Angabe eines Monats missverstanden wurde, ist die interne Nummerierung auf eine fortlaufende Zahl umgestellt worden.
 - 58 Eine Gruppendiskussion im ländlichen Raum war nicht voll verwertbar, weil sich die Teilnehmenden augenscheinlich zum großen Teil kannten, was die Diskussion beeinflusst. Die Wiederholung musste aus praktischen Gründen dann in einer Stadt stattfinden.
 - 59 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 2019: Polarisierung von Politik und Gesellschaft. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA6732 Datenfile Version 1.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.13368>.
 - 60 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Berlin, 2020: Vertrauen in Staat und Gesellschaft während der Corona-Krise (April 2020). GESIS Datenarchiv, Köln. ZA7672 Datenfile Version 1.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.13620>.
 - 61 Das Zentralarchiv der GESIS vergibt Studiennummern, um die einzelnen Umfragen eindeutig zu identifizieren und für andere auffindbar zu machen. Für die Analysen hier wurde nicht der kumulierte Datensatz des Politbarometers verwendet, sondern die einzelnen Jahreskumulationen.
 - 62 Die Nachwahlbefragungen fanden vom 28. September 2009 bis 23. November 2009, vom 23. September 2013 bis 23. Dezember 2013 und vom 25. September 2017 bis 30. November 2017 statt. Im Rahmen der GLES wurden noch weitere Umfragen gemacht, die hier nicht benutzt wurden.
 - 63 2009: Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Weßels, Bernhard: German Longitudinal Election Study – Nachwahl-Querschnitt, 28.09.–23.11.2009. GESIS, Köln: ZA5301, Version 4.0.0, doi: 10.4232/1.10998. 2013: Rattinger, Hans; Roßteutscher, Sigrid; Schmitt-Beck, Rüdiger; Weßels, Bernhard; Wolf, Christof (2014): Vor- und Nachwahl-Querschnitt (GLES 2013). GESIS Datenarchiv, Köln: ZA5702 Datenfile Version 2.0.0, doi: 10.4232/1.12064. 2017: Roßteutscher, Sigrid; Schoen, Harald, Schmitt-Beck, Rüdiger; Weßels, Bernhard; Wolf, Christof; Wagner, Aiko (2017): Nachwahl-Querschnitt (GLES 2017). GESIS Datenarchiv, Köln: ZA6801 Datenfile Version 1.0.0, doi: 10.4232/1.12954.



Unversöhnliche Debatten, Anfeindungen, ein Riss durch die Gesellschaft – politische Polarisierung kann den gesellschaftlichen Zusammenhalt infrage stellen. Langfristige Entwicklungen, aber auch die Corona-Pandemie haben für Deutschland die Frage aufgeworfen, wie politisch polarisiert das Land ist.

Die Studie analysiert den Stand und die Entwicklung politischer Polarisierung in Deutschland. Dabei nutzt sie umfangreiches Material: eine neue, repräsentative Umfrage vor und eine weitere in der Corona-Pandemie, qualitative Interviews, Gruppendiskussionen und weitere repräsentative Umfragen, die einen Blick in die Vergangenheit erlauben.

So entsteht ein facettenreiches Bild zur politischen Polarisierung in Deutschland: die Wahrnehmung von Polarisierung in der deutschen Gesellschaft, die Polarisierung von Meinungen, die Entstehung polarisierter politischer Lager, Polarisierung im gesellschaftlichen Leben und Zusammenhänge von Polarisierung und Haltungen zu Gesellschaft und Demokratie.